



Journal

für

Gesetzkunde und Rechtsgelehrsamkeit.

Herausgegeben

von

F. Lassaulx

Avoue bei den Tribunalien zu Koblenz.

Zweiter Jahrgang.

Fünftes Heft.

Mit Genehmigung S. E. des Groß-Richters.

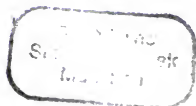
Koblenz, 1805.

in der Lassaulx'schen Buchhandlung.

Nachricht.

Von gegenwärtiger Zeitschrift erscheint monatlich ein Heft. 6 Hefte machen einen Band aus, zu welchem Titel und Register nachgeliefert werden. Der Pränumerations-Preiß für den Jahrgang ist 15 Franks 50 Cent., fl. 7 12 kr. Rheinisch oder Rthlr. 4 Sächsisch, auf kürzere Zeit kann man sich nicht abonniren. Wer diesen Betrag baar an die Verlagshandlung einschickt, dem geben wir hiermit die Versicherung, daß er die Hefte immer pünktlich nach ihrem Erscheinen und so weit die französischen Posten reichen, portofrei zugesandt erhalten soll; diesen Vortheil kann jedoch sonst Niemand als die Verlagshandlung gestatten.

Inhalt.



I.

Ueber das CivilGesetzbuch der Franzosen, rücksichtlich auf dessen Abweichungen von dem gemeinen Recht und der vorigen französischen Gesetzgebung.

Vorbemerkung.

Noch sind seit der Erscheinung des CivilGesetzbuchs der Franzosen keine zwei Jahre verloffen, und schon sind in Frankreich mehrere Kommentarien und im Auslande mehrere Kritiken desselben erschienen. So groß das Verdienst der ersten, worunter sich die Arbeiten mehrerer der MitArbeiter am Gesetzbuch auf das vortheilhafteste auszeichnen, auch sein mag, und so groß ihr Nuzzen auch in dem Augenblicke sein muß, wo die Zweifel über die wahre Deutung mehrerer Verfügungen des Gesetzbuchs wohl nur durch die Männer gelößt werden können, die als MitArbeiter und MitVerfasser mit dem Geiste, in welchem diese Verfügungen niedergeschrieben worden sind, nothwendig vertraut sein müssen, so sind sie doch wohl nur als köstliche Materialien zu einem vollständigen Kommentar anzusehn, den Zeit und Erfahrung vorbereiten müssen, und der sich durch die Entscheidungen der höchsten Gerichte über strittige Fälle aus dem neuen Rechte, bei der Publizität ihrer Verhandlungen und den vielen Kanälen zur

Mittheilung derselben, von selbst bilden wird. Es ist sicher nicht das geringste Verdienst jener Kommentarien, durch den Unterricht, welchen sie verbreiten, diese Entscheidungen vorzubereiten, und dem Richter über den Sinn der Gesetze, deren erste Anwendung auch bei der sorgfältigsten Abfassung Kontroversen erleiden muß, Aufklärung zu verschaffen.

Was nun die im Auslande erschienene Prüfungen und Kritiken des neuen Gesetzbuchs betrifft, so scheinen die, welche mir bekannt geworden sind, von einem allzueinseitigen GesichtsPunkt auszugehn. Die beste CivilGesetzgebung ist unstreitig die, welche die Sitten, die Gebräuche und Gewohnheiten einer Nation ohne Zwang und Reibung zu dem höchsten Prinzip der Moral zurückzuführen sucht Jede Gesetzgebung paßt daher nicht für jedes Volk und jedes Zeitalter, denn indem sie dessen Sitten und Neigungen vielleicht allzusehr widerstreben würde, könnte Zwang von der einen und Widerstand von der andern Seite um so eher die wohlthätigen Wirkungen an und für sich moralischer Principien vereiteln, als die Gewohnheit immer den Neuerungen widerstrebt. Das erste Requisit, um das französische CivilGesetzbuch zu beurtheilen, ist daher die genaue Kenntniß der Sitten der Nation und ihrer vorigen Gesetzgebung, deren gänzlicher Abgang sich in jenen Kritiken auffallend äussert. Nochmal, Zeit und Erfahrung allein vermögen es die Vortreflichkeit oder Mängel empirischer Versuche in der Gesetzgebung zu bewähren; und theoretische von dem Geist der Nation und des Zeitalters unabhängige Berechnungen dürften in dieser Hinsicht nicht weniger trüglich sein, als der Maasstab, der die Güte einer Gesetzgebung nur nach ihrer mehr oder minder sclavischen Konkordanz mit den Grundsätzen des römischen Rechtes abmißt, ohne

die Zweige zu unterscheiden, worin jenes ehrwürdige Denkmal menschlicher Weisheit das Resultat ewiger, aus dem Rechte der Natur hergeleiteter, Satzungen ist, und jene, worin der Gesetzgeber diese Grundsätze den Gebräuchen seines Volkes, den Sitten seines Zeitalters anzupassen gezwungen war, die nicht mehr die unsrigen sind.

Gegenwärtige Abhandlung soll weder ein Kommentar noch eine Kritik des neuen Gesetzbuchs sein, sondern vielmehr eine Ergänzung desjenigen Kommentars, den ich zu meiner Uebersetzung des neuen CivilGesetzbuchs geliefert habe, und der ein getreuer Auszug aus den Beweggründen, Berichten und Diskussionen ist, die man als den offiziellen Kommentar desselben ansehen kann. Sie ist jedoch von jener Arbeit ganz unabhängig, und steht blos in soweit mit derselben in Verbindung, als sie nichts von dem dort Gesagten wiederhohlen will, und vielmehr bei jedem Leser die Kenntniß derselben, oder die der Original-Quellen, die sich ja ohnehin in den Händen jedes Geschäfts-Mannes befinden müssen, voraussetzt. Ich werde daher, wo ich mich auf den Text des Gesetzbuchs zu berufen habe, nur den Artikel anführen, und wenn von den, von den Staatsräthen, Berichterstattern und Tribunen gehaltenen Vorträgen die Rede ist, den Inhalt derselben als bekannt voraussetzen.

Diese Abhandlung hat den vierfachen Zweck

1.) die allgemeine Grundsätze über jeden Zweig des neuen Rechtes kurz zusammenzustellen;

2.) die Abweichungen desselben von dem alten, mit Anführung der Parallelstellen so wie die Gründe, derselben, anzugeben;

3.) diejenigen Fragen herauszuheben, welche der Text

des Gesetzbuchs unentschieden gelassen zu haben scheint, so wie die Entscheidungen anzugeben, welche über viele derselben bereits bekannt geworden sind;

4.) diejenige Grundsätze und Meinungen, nebst ihren Gründen anzugeben, welche bei der Diskussion des Gesetzbuchs den darin herrschenden entgegengesetzt worden sind.

Ich werde am Schlusse dieser Abhandlung das Verzeichniß der schätzbaren Werke liefern, welche ich zu derselben benuzt habe. Diese Vorbemerkung aber glaube ich nicht besser schliessen zu können, als indem ich über die Art der Abfassung und der Diskussion des neuen Gesetzbuchs einige Notizen mittheile, welche in Deutschland noch nicht allgemein bekannt zu sein scheinen.

Schon in den ersten Jahren der Revoluzion beschäftigten sich die Gesetzgebenden Versammlungen mit dem Plane einer neuen und einförmigen CivilGesetzgebung. Kommissionen wurden zu dem Ende ernannt, deren Arbeiten jedoch bald durch die tumultuarischen Auftritte des Kriegs und der Revoluzion unterbrochen wurden. Im Jahr 4 (1796) gab der itzigeReichsErzkanzler Cambaceres ein Project zu einem CivilGesetzbuch heraus, welches bei der nachherigen Diskussion anfangs zu Grunde gelegt ward. Ein Beschluß der Konsuln vom 24 Thermidor 8 Jahrs, ernannte eine neue Kommission, welche aus den H. H. Tronchet, Senator, Portalis, Minister der Kulte, Bigot de Preameneu, President der GesetzgebungsSektion des StaatsRathes und Maleville, President des KassationsGerichtshofes bestand, um die, in den verschiedenen bisher bekannt gemachten Projecten eines CivilGesetzbuchs, befolgte Ordnungen zu vergleichen, demnach einen Plan zu entwerfen, und die HauptGrundlagen der Gesetzgebung zu

diskutiren. Diese Kommission vertheilte die verschiedenen Titel unter ihre Glieder, vereinigte sich an bestimmten Tagen unter dem Vorsitz des Hrn. Tronchet und übergab schon nach 4 Monaten das Resultat ihrer Arbeiten, das am 1 Pluviose 9 Jahrs im Druck erschien.

Das damalige Project des CivilGesetzbuches wich in sehr vielen Materien von dem heutigen wesentlich ab. Auch die Eintheilung war verschieden; dem Ganzen hatte man ein livre préliminaire vorausgeschickt, die Eintheilung der Titel selbst in mehrere Bücher aber noch nicht gemacht. Dies Project ward an den KassationsGerichtshof und die Appellationshöfe versendet, mit der Aufforderung ihre Bemerkungen darüber einzusenden, deren Sammlung nachher im Druck erschienen ist. Hierauf ward die Diskussion im Staatsrath eröfnet, welche, mit einigen Unterbrechungen, während 4 Jahren fortdauerte. Die Ordnung dieser Diskussion war folgende: die GesetzgebungsSektion untersuchte zuerst jeden Titel in Gegenwart der Glieder der Kommission; ward er gutgeheissen, oder waren die vorgeschlagenen Abänderungen nach der Mehrheit der Stimmen genehmigt worden, so ward er gedruckt und an alle Glieder des StaatsRaths vertheilt; hier ward er nun von den vereinigten Sektionen, unter dem Vorsitz des Kaisers, oder in dessen Abwesenheit des zweiten Konsuls, immer mit Zuziehung der Kommissarien, nochmals debattirt. Die Mehrheit der Stimmen entschied wieder die Streitfragen.

War auf diese Art der Titel im StaatsRath abgeschlossen, so ward er dem Tribunat mitgetheilt, das ihn nun gleichfalls in seinen geheimen Sitzungen debattirte, und seine Bemerkungen darüber machte; die Sektion der Gesetzgebung des StaatsRaths untersuchte diese, und erstat-

tete darüber ihren Bericht an die vereinigten Sektionen des StaatsRathes: diese stimmten wieder über die vom Tribunat anverlangten Abänderungen.

Nun wurden drei StaatsRäthe ernannt, um den Vorschlag dem GesetzgebendenKörper zu überbringen. Sie entwickelten demselben die Grundsätze desselben, so wie die Gründe, aus welchen diese in der Diskussion den Vorzug erhalten hatten. Der Gesetzgebende Körper verwieß jeden Vorschlag an das Tribunat, und dieses setzte eine Kommission aus, um ihren Bericht darüber zu erstatten. Hatten Glieder des Tribunats sich einschreiben lassen, um für oder gegen den Vorschlag zu sprechen, so wurden diese nach dem Berichterstatter gehört. Sodann stimmte das Tribunat über den Vorschlag ab, und es wurden Redner ernannt, um seinen Wunsch dem Gesetzgebenden Körper vorzutragen. Durch dessen Genehmigung ward der Vorschlag zum Gesetz erhoben.

Aktenstücke dieser öffentlichen Diskussion, sind die exposés des motifs jeden Titels durch die Redner der Regierung, die Berichte der Berichterstatter im Tribunat, die daselbst so wie nachher im Gesetzgebenden Körper gehaltene Reden; über die geheime Diskussion im StaatsRath muß man das Protokoll derselben, geführt durch den Sekretair desselben Hr. Locre, so wie die observations de la cour de cassation et des cours d'appel sur le projet du code civil, nachschlagen.

Eintheilung des CivilGesetzbuchs.

Das CivilGesetzbuch besteht aus drei Büchern. Das erste begreift, ausser einem Präliminartitel, in eilf Titeln die persönlichen Gesetze; das zweite handelt in vier Titeln von den Dingen, das dritte, in zwanzig Titeln, von den verschiedenen ErwerbsArten des Eigenthums. Alles, was die Klagen betrifft, wird im Kodex der Civil-Prozedur abgehandelt werden.

Die Kommission hatte dem ganzen Gesetzbuch, wie schon bemerkt, ein PräliminarBuch vorausgeschickt, welches Hr. Portalis nach dem Vorbild des Livre des loix von Domat entworfen hatte. Es ward aber schier ohne Widerspruch unterdrückt, und durch den, nur aus 6 Artikeln bestehenden, Präliminartitel ersetzt, und zwar aus dem Grundsatz: omnis definitio in jure periculosa est. Man glaubte, daß Lehrsätze ein Gegenstand des Unterrichts in den RechtsSchulen nicht aber der Inhalt gesetzlicher Verfügungen werden können.

Man hat gegen diese Eintheilung mehrere Einwendungen gemacht, die zum Theil nicht ungegründet zu sein scheinen; die von Domat und Despeisses befolgte Ordnung (nach welcher sie die nöthigen Notizen über die Personen und Dinge in ein Präliminarbuch zusammengefaßt hatten und nachher die ganze Gesetzgebung in zwei Theile: die Kontrakte, und die Erbschaften, zerfallen liessen) hatte viele Anhänger gefunden, welche be-

haupteten, mehrere der in den beiden ersten Büchern abgehandelten Gegenstände gehörten eigentlich in das dritte, welches den ganzen Gegenstand des Gesetzbuchs umfasse; so z. B. im ersten Buch die Abwesenheit, als ein Erwerbsmittel für die zurückgelassene Verwandte betrachtet, die Ehe, die Ehescheidung, die Filiazion, die Adoption, die väterliche Gewalt, und im zweiten das ZuwachsRecht, die Nuzmessung, die Berechtigungen, und die Servituden; nähme man aber diese Gegenstände hinweg, so würde nur Stoff für einige vorläufige Notizen übrig bleiben. Die Anhänger dieser Meinung beriefen sich auf das Misverhältniß zwischen dem Umfang der drei Bücher, indem das erste 509, das zweite nur 195 und das dritte 1571 Artikel zählt.

Wenn man inzwischen die Eintheilung des CivilGesetzbuchs mit der so sehr gepriesenen der Institutionen vergleicht, so ist ihr Vorzug vor derselben nicht zu verkennen, weil nicht zu läugnen ist, daß die Lehre von den Klagen, die einen großen Theil der lezten einnimmt, gar nicht an diese Stelle gehört, und daß die von den Kontrakten daselbst höchst unvollständig ist. Von der Eintheilung der Pandekten kann die Rede hier gar nicht sein, da man von jeher methodische Ordnung darin vermißt hat. Die Eintheilung einer Gesetzgebung von solchem Umfang, und welche so ausgedehnte Zweige begreift, ist übrigens, wie Hr. von Maleville sehr richtig bemerkt hat, nothwendig willkührlich, und diejenige wohl als die beste anzusehn, welche dem Gedächtniß am meisten nachhilft, die verschiedenen Gegenstände von einander absondert, und nicht durch zu grosse Massen ermüdet, und in dieser Hinsicht scheint die Eintheilung des Gesetzbuchs, im Ganzen genommen, vor der von Domat den Vorzug zu

verdienen. Sie ist einfach, und wenn gleich das lezte Buch zwei Drittel des Ganzen einnimmt, so wird doch dessen Studium und Nachschlagen durch die Verschiedenheit der darin abgehandelten Materien sehr erleichtert. Es zerfällt zudem ohnehin in zwei grosse Massen, indem die beiden ersten Titel desselben die Lehre von der Erbfolge, den Schenkungen und den Testamenten ganz besonders behandeln; vielleicht hätte man diese beiden Titel zu einem eigenen Buche erheben können, was im Grunde doch auch wohl gleichgültig ist, da sie sich von selbst von der Kontrakts Materie absondern.

Eintheilung des ersten Buchs.

Die Eintheilung des ersten Buchs gab gleichfalls zu einigen Debatten Anlaß. Die Kommission hätte es blos in zehn Bücher eingetheilt (es war nämlich von der Adoption in ihrem Project keine Rede); der Kaiser war der Meinung, daß die Gesetzgebung über die Personen nur in drei Abschnitte zerfallen müsse, von welchen der erste den Zustand jedes Individuums in der bürgerlichen Gesellschaft festsetzen sollte, der zweite die Verhältnisse der Ehegatten untereinander, und der dritte die zwischen Aeltern und Kindern. Die entgegengesetzte Meinung des Konsuls Cambaceres gieng jedoch durch, und man setzte der Eintheilung der Kommission blos den Titel: von der Adoption, hinzu, und zwar gegen die Meinung der Gesetzgebungs Sektion, die bloß ein Kapitel des Titels: von der Vaterschaft und der Filiazion, daraus machen wollte.

Ausser der Bemerkung, daß mehrere in diesem Buch abgehandelte Materien ins dritte Buch zu gehören schei-

nen, hat man auch gegen die Eintheilung dieses Buches die Bemerkung gemacht, daß das dritte Kapitel des Titels 2. und das zweite Kapitel des Titels 5. denselben Gegenstand abhandeln, und es daher vielleicht zweckmässiger gewesen sein dürfte, diese beide Kapitel in eins zusammen zu schmelzen. Eben so scheint ein Theil der Verfügungen des 6. Titels in den Kodex der Civil Prozedur zu gehören.

Wenn man die Eintheilung dieses Buchs mit der der Institutionen vergleicht, so wird man finden, daß die Titel 1 — 9 der Institutionen allgemeine Definitionen oder staatsrechtliche Verfügungen enthalten, die nicht in das CivilGesetzbuch gehören, und daß sie nur sehr wenige Artikel enthalten, welche denen der Titel 1, 2, 3, 4, 6, und 7 des CivilGesetzbuchs entsprechen. Man hat in dieser Hinsicht die korrespondirende Verfügungen des ff. des Cod. und der Nov. nachzuschlagen, die wir bei den einzelnen Titeln anzeigen werden.

Präliminartitel.

Die 6 Artikel dieses Titels sind, wie wir oben bemerkt haben, an die Stelle des Präliminarbuchs gesetzt worden, welches die Kommission ihrem Project des Civil-Kodex vorausgeschickt hatte, und das den Minister Portalis zum Verfasser hatte. Der Art. 1. hat viele Gegner gefunden; man kann in den Anmerkungen zu meiner Uebersetzung des CivilGesetzbuchs die verschiedene Vorschläge nachschlagen, welche an dessen Stelle gemacht worden sind; besonders hatte die Meinung, eine einförmige Zeitfrist zu bestimmen, von welcher an jedes Gesetz für das ganze Reich exekutorisch sein sollte, viele Anhänger; die GesetzgebungsSektion des StaatsRaths war ihr bei-

getreten, und hatte jenen ZeitPunkt auf fünfzehn Tage zu bestimmen vorgeschlagen; allein die Besorgniß, daß durch eine solche Bestimmung die Gesetze oft ihren Zweck in den der Hauptstadt am nächsten gelegenen Departementen um so mehr verfehlten möchten, weil ohnehin die Promulgation der Gesetze schon kraft der Konstitutionen während 10 Tagen verschoben werden muß, behielt das Uebergewicht.

Als eine Ergänzung dieses Artikels ist der Beschluß vom 25 Thermidor 11 Jahrs anzusehn, der die Entfernungen aller HauptOrte der Departemente von Paris, und somit den Tag bestimmt, an welchem jedes Gesetz Kraft der durch diesen Artikel begründeten gesetzlichen Vermuthung in jedem Departemente für bekannt gehalten wird, und vollzogen werden muß. Noch ist in Hinsicht auf diesen Artikel zu bemerken:

1.) daß er von allen Gesetzen ohne Unterschied der Materien spricht, und daher keine Ausnahme zuläßt, als die, welche allenfalls in besondern Fällen in einem Gesetz selbst enthalten sein könnte.

2.) da der Artikel nur von Gesetzen spricht, so geht er die Kaiserliche Dekrete und sonstige Beschlüsse nichts an; diese sind also nach wie vor, 24 Stunden nach ihrer Ankunft im HauptOrte des Departements, exekutorisch, wenn anderst nicht der Beschluß selbst eine andere Epoche bestimmt hat.

3.) Der Ausdruck des zweiten §.: „von dem Augenblick an, wo die Verkündigung (des Gesetzes) daselbst bekannt sein kann,„ verglichen mit den Ausdrücken des ersten §. des Artikels könnten auf die Voraussetzung führen, als ob, wenn man z. B. den Beweiß erbringen würde, daß ein Gesetz an einem Orte

vor den durch den Artikel bestimmten Zeitfrist wirklich bekannt war, dasselbe auch vor diesem Zeitpunkt daselbst verbindliche Kraft hätte haben müssen; allein diese Voraussetzung würde offenbar irrig sein, weil der lezte Paragraph desselben Artikels in bestimmten Ausdrücken eine gesezliche Vermuthung aufstellt, gegen welche ein solcher Beweiß nicht zulässig sein würde.

Der Art. 2. ist aus der L. 7. Cod de legibus entlehnt. Der darin aufgestellte allgemeine Grundsaz erleidet zwei Ausnahmen; 1.) wenn ein besonderes Gesez selbst eine rückwirkende Verfügung enthält, so darf der Richter sich nicht weigern, diese anzuwenden, indem ihm keine Gesezgebende Gewalt zusteht. Nur dann, wenn ein Gesez die Epoche, von welcher an es seine Wirkung haben soll, nicht bestimmt hat, hat der Richter es nur von dem Tage an zu handhaben, von welchem an es zufolge des Art., für alle Bürger verbindliche Kraft hatte 2.) Wenn ein Gesez blos die Auslegung eines frühern enthält, so hat der Richter es auf alle Fälle anzuwenden, die von diesem frühern regulirt werden; die Gesezgebungs Sektion hatte sogar diese Verfügung dem Artikel einverleibt, sie ward aber weggelassen, theils als überflüssig, theils, weil sie bei der nicht seltenen Schwierigkeit, ein blos interpretirendes Gesez von einem verfügenden zu unterscheiden, zu Misdeutungen hätte Anlaß geben können. Es ist auch zu bemerken, daß dieser Grundsaz den Rechten keinen Abbruch thun kann, welche vor dem interpretirenden Gesez bereits durch in Rechts Kraft erwachsene Urtheile (oder auch durch Vergleiche, weil erreur de droit keine Ursache zur Rescision eines Vergleiches ist), erworben worden sein könnten.

Die Verfügungen des Art. 3 sind einfach; da der Ausdruck habitent, jedoch glauben machen könnte, als beträfe die Verfügung des ersten §. blos die Einwohner, so mag die Bemerkung vielleicht nicht überflüßig sein, daß auch Fremde, sogar Reisende, den PolizeiGesetzen unterworfen sind, und wegen Zuwiderhandlungen gegen dieselbe vor die französische Tribunalien gebracht und nach den französischen Gesetzen bestraft werden, es sei denn, daß durch Staatsrechtliche Verträge eine Ausnahme getroffen worden wäre; eine solche Ausnahme findet Kraft des Völkerrechts immer zu Gunsten der Gesandten und Personen von diplomatischem Karakter statt. Die beiden lezten Paragraphen sind sowohl den allgemein angenommenen RechtsGrundsätzen, als dem alten Unterschied zwischen Real- und PersonalKlagen angemessen, der jedoch jezt von geringem Interesse ist, da nicht mehr, wie ehedem, jede Provinz ihre besondere Gesetzgebung über diese verschiedene Klagen hat.

In dem Art 4. wurden die Ausdrücke: „der Richter welcher ꝛc. macht sich der Verweigerung der JustizPflege schul„dig, in die „soll als der Verweigerung der JustizPflege „schuldig verfolgt werden können" umgeändert. Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß in peinlichen Materien, wo es keine andere Verbrechen giebt, als die Thatsachen, die das Gesetz ausdrücklich als solche verboten hat, der Richter durch obigen Artikel keineswegs die Gewalt erhalten hat, das Stillschweigen des Gesetzes zu suppliren; er darf zwar sein Urtheil nicht verweigern noch aufschieben, aber dies Urtheil muß immer freisprechen, wenn das Gesetz die Handlung, deren jemand beschuldigt ist, nicht verboten hat. Wollte in Civil-

Fällen der Richter vorerst den Gesetzgeber um Rath fragen, so würde dieser Gesetzgeber zugleich auch Richter sein, und seine Entscheidung eine rückwirkende Kraft haben; in KriminalFällen ist aber sogar eine solche Anfrage nicht denkbar, denn wer etwas thut, was kein Gesetz verboten hat, kann nicht verfolgt, nicht ergriffen und nicht angeklagt werden; es kann über seine Handlung gar keine Betreibung, keine Klage entstehen, die zu einer solchen Anfrage Anlaß geben könnte. Der Grundsatz des Gesetzbuchs entspricht übrigens der L. 13. ff de test.

Der Artikel 5 erinnert an die Arrêts de Reglement der ehemaligen Parlemente, wodurch diese Gerichtshöfe in ihren Bezirken eine Gesetzgebende Gewalt ausübten, die damals weniger auffallend war, als sie es heutzutage sein würde, weil der Grundsatz der Trennung der Gewalten noch nicht organisirt war, und die Parlamente sogar nach der ReichsKonstitution ein Theil der Gesetzgeben, den StaatsGewalt waren, indem die Edikte erst durch die Einschreibung auf ihre Register exekutorisch wurden, die sie nicht selten verweigerten. Die GesetzgebungsSektion des StaatsRaths hatte übrigens statt des Artikels, so wie er itzt abgefaßt ist, einen andern genehmigt, wodurch den Gerichten verboten ward „die Gesetze durch „allgemeine und reglementarische Verfügungen zu inter„pretiren“ der aber abgeändert ward, weil er zu dem Misverständniß hätte Anlaß geben können, als ob den Richtern noch eine andere Art von Auslegung der Gesetze, als die durch Entscheidung der Streitfragen, zu welchen die Abfassung derselben in einzelnen Fällen statt geben kann, zustünde.

Der KassationsGerichtshof war schon einigemal in dem Falle, von diesem Artikel Anwendung machen zu müssen. So ist offenbar die Verfügung, wodurch einige Tribunalien erster Instanz sich erlaubt haben, bei Annullationen von Friedensrichterlichen Urtheilen den Friedensrichtern zu verbieten, in ähnlichen Fällen eben so zu sprechen, eine Uebertretung desselben. Anderst ist es aber mit dem Verbot, zu rezidiren, welches bei Zuchtgerichtlichen Urtheilen sogar vorgeschrieben ist, und ins Urtheil eingerückt werden muß.

Der sechste und lezte Artikel ist bloß die Uebersetzung der L 45. ff de reg. jur. und der L 6. cod. de pactis; es ist hier der Ort nicht, die Konventionen zu verzeichnen, welche dieser Artikel verbietet; diejenigen derselben, welche am häufigsten vorkommen, finden sich im Laufe des Gesetzbuchs noch mit besondern Verboten belegt, so z. B. die, welche dem ehelichen Bande und der daraus entspringen Gewalt des Mannes, oder der der Aeltern über ihre Kinder, Abbruch thun, und die, welche die gesetzliche Erbfolge verändern, oder versteckte Substitutionen oder verbotene Liberalitäten enthalten könnten.

Noch war in den Sitzungen vom 14 Thermidor und 4 Fructidor 9 Jahrs ein Artikel folgenden Inhalts genehmigt worden. „Wenn das Gesetz gewisse Akte in Anbetracht der Umstände für betrügerisch erachtet, so ist man „nicht zuläßig in dem Beweiß, daß diese Akte ohne Arg„list errichtet worden sind.“ Aus dem VerbalProzeß ist nicht zu ersehen, warum dieser Artikel weggeblieben ist, wahrscheinlich weil der Grundsatz nicht von so allgemeiner Anwendung war, um hier eine Stelle zu verdienen,

oder auch weil es unnöthig schien, ihn zum Inhalt einer besondern Verfügung zu machen, da es, wie wir schon oben im Vorbeigehn bemerkt haben, eine längst angenommene und allgemein bekannte RechtsRegel ist, daß jede gesetzliche Vermuthung, præsumptio juris et de jure, den Beweiß des Gegentheils ausschließt.

(Die Fortsetzung folgt.)

II.

Rechtsstreit zwischen den Erben Roquelaure und der Dame Siren, die Unterdrückung des Civilstandes der leztern betreffend.

Marie Therese Charlotte, Gemahlin des Herrn Siren stand als die Tochter unbekannter Eltern auf den TaufRegistern angeschrieben. Einige Jahre vor der Revoluzion klagt sie Cocheaux an, als habe dieser ihren wahren Civilstand unterschlagen. Sie stellt diese Klage vor dem Chatelet von Paris an, welchem sie bald darauf eine Bittschrift übergiebt, wodurch sie diese Gerichtsstelle ersucht, ihr zu erlauben, den Herrn und die Frau von Roquelaure beizuladen, um zu sehen, wie das zu erlassende Urtheil ihnen gemeinschaftlich erklärt würde, und um sich verurtheilen zu sehn, die Klägerin als die rechtmässige Tochter des Herrn und der Dame Houchin, der Aeltern der Frau von Roquelaure, anzuerkennen.

Am 4 Jänner 1786 ward Herr und Frau von Roquelaure in Gemäßheit einer auf diese Bittschrift ertheilten Ordonnanz vorgeladen. Mit der Ladung werden ihnen die Akten der gegen Cocheaux angestellten peinlichen Untersuchung mitgetheilt. Herr und Frau von Roquelaure legen gegen diese Untersuchung die Berufung ein.

Am 3 Februar 1786 Urtheil der peinlichen Sektion des Chatelets, welches die Information gegen Cocheaux (welcher unterdessen verstorben war) in ein Zeugenverhör verwandelt; die Dame Syrey aber mit ihrer Klage gegen Herrn und Frau v. Roquelaure mit diesen vor den gewöhnlichen Richter in Civilsachen verweißt.

Am 18 Februar 1786 legen Hr. und Frau von Roquelaure gegen die Verfügung des obigen Urtheilsspruchs die Berufung ein, kraft welcher die gegen Cocheaux geführte Untersuchung als Zeugenverhör gelten soll. Am 6 April 1789 erfolgt hierauf ein Urtheilsspruch der peinlichen Kammer (Chambre de tournelle) des Parlamentes von Paris, welches die ganze Prozedur null und nichtig erklärt, vorbehaltlich der Dame Sirey, ihre Klage im Civilwege anzustellen.

Unterdessen stirbt die Frau von Roquelaure, und hinterläßt ihren Sohn als einzigen Erben. Im Jahr 6 sucht die Dame Sirey gegen diesen die Kassation des Urtheilsspruches vom 6 April 1789 nach. Es erfolgt hierauf am 19 Messid. J. 6 ein Urtheil des KassationsGerichtes, welches das Urtheil von 1789, als dem Art. 8 des Titels 14 der Ordonnanz von 1670 zuwiederlaufend kassirt, und die Sache vor ein DepartementsGericht verweißt, um in Gemäßheit der, vor der Institution der Jury, bestehenden Gesetzgebung eingeleitet und abgeurtheilt zu werden.

Durch die Organisation der neuen Gerichte ward die Sache an das AppellationsGericht zu Paris gebracht, welches aber ein Urtheil desselben Inhalts wie das vom 6 April 1789 erließ.

Neues KassationsGesuch der Dame Sirey; nochmaliges Urtheil des KassationsGerichts vom 29 Prairial 9 J., welches dieß Urtheil kassirt und die Parthien vor das AppellationsGericht von Dijon verweißt. Die Qualität dieser leztern hatte sich unterdessen durch den Tod des jungen Roquelaure nochmal verändert; die Sache ward daher hier zwischen der Dame Sirey einerseits und den Erben des jungen Roquelaure, welche Theils von der Familie Houchin theils von der Familie Roquelaure waren, fortgesezt.

Die Sache ward plaidirt; als aber das Urtheil gesprochen werden sollte, waren von acht Richtern, welche beisaßen, vier der Meinung, daß die Prozedur annullirt und die Parthien in den Civilweg zurückverwiesen werden müßten; die vier andern hielten dafür, daß die Prozedur bestätigt werden müsse. Am 11 Floreal 12 Jahrs Urtheil des Tribunals, wodurch dieses erklärt: daß die Stimmen getheilt sind, und daß ein Richter weiter berufen werden müsse, um der Sache den Ausschlag zu geben.

Die Erben Roquelaure übergeben dem Appellationshofe eine Bittschrift, worin sie vorstellen: daß der Fall nicht vorhanden sei, einen Richter weiter zu berufen; daß in allen peinlichen Verhandlungen die Gleichheit der Stimmen für die gelindeste Meinung entscheide; daß folglich nichts zu thun sei, als ein Urtheil abzufassen, wodurch die Prozedur annullirt, und die Parthien in den CivilWeg zurückverwiesen würden.

Am 5 Messidor 12 Jahrs erster Urtheilsspruch, wodurch Hr. Rubat, Richter des AppellationsGerichtshofs und Präsident des peinlichen Gerichts zu Chalons sur Saone, in Gemäßheit eines Schreibens des Gros-

RichtersJustizMinisters beigezogen wird; und am nämlichen Tage zweiter Urtheilsspruch, im Berathschlagungs Zimmer erlassen, welcher erklärt: daß es der Fall nicht sei, über die Bittschrift der Erben Roquelaure zu berathschlagen.

Nun legen die Erben gegen den Hr. Rubat eine peremptorische Recusation ein. Am 7 Messidor, Urtheilsspruch wodurch der Gerichtshof, in Erwägung daß Hr. Rubat von dem GrosRichter zum Departiteur ernannt worden ist, erklärt, daß es der Fall nicht sei, über die Recusation zu berathschlagen.

Endlich am 16 Messidor, EndUrtheil, von dem Appellationshof zu Dijon erlassen, (welcher aus den acht ersten Richtern und dem Hr. Rubat bestand) wodurch der Gerichtshof:

Erstens, in Erwägung, daß die Unterdrückung des Civilstandes eines Individuums ein Verbrechen ist, daß die peinliche Klage ein Rechtsmittel ist, welches jedermann offen steht, der durch ein Verbrechen verlezt worden ist, und daß es keine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel giebt; die peinliche Prozedur, welche beim ehemaligen Chatelet zu Paris instruirt worden ist, für regelmäßig und kompetenterweise eingeleitet erklärt, und befiehlt, daß das, wovon appellirt worden, seine ganze und völlige Wirkung hervorbringen soll:

zweitens, die Hauptsache evozirend und darüber Recht erkennend, in Erwägung, daß es aus der peinlichen Untersuchung erhellt, daß Copeaux zur Unterschlagung des Civilstandes der Dame Sirey, rechtmäßiger Tochter der Eheleute Hou-

chin mitgewirkt hat, die Erben des besagten Copeaux zu allen Schadloshaltungen gegen die Dame Sirey verurtheilt, so wie die Liquidation sie bestimmen wird;

drittens, gegenwärtigen Urtheilsspruch den Erben Roquelaure gemeinschaftlich erklärt; verordnet, daß der GeburtsAkt berichtigt werden soll, befiehlt, daß besagte Erben Roquelaure verbunden sein sollen, die Dame Sirey als rechtmäßige Tochter der Eheleute Houchin anzuerkennen, und diese ermächtigt, diesen Namen zu führen, und die damit verbundenen Rechte geltend zu machen.

Gegen diese Urtheilssprüche vom 11 Floreal, 3, 7 und 16 Messidor 12 Jahrs suchten die Erben Roquelaure Kassation nach. Folgendes waren die Gründe, womit sie dies Gesuch unterstüzten: Erstens müsse der Urtheilsspruch vom 11 Floreal null und nichtig erklärt, und an dessen Stelle, unter demselben Datum, ein anderer, der Meinung der 4 Richter, die für die Annullation der ganzen Prozedur gestimmt hätten, gleichlautender, auf die Register des Gerichtshofs eingetragen werden, weil der Art. 12 des Titels 25 der peinlichen Ordonnanz von 1670, wolle, daß bei getheilten Meinungen die gelindeste angenommen werden solle. Zweitens: wolle man aber auch annehmen, daß der Fall einer Theilung vorhanden gewesen wäre, so müsse doch das Urtheil vom 7 Messidor 12 Jahrs, als dem Gesetz vom 23 Vendemiaire 4 Jahrs zuwiderlaufend annullirt werden. Am 3 Messidor habe der Gerichtshof den Hr. Rubat berufen, am nämlichen Tage sei er rekusirt worden, also 3 Ta-

ge vor dem der ersten Audienz, die am 7ten statt gehabt hätte, der Gerichtshof habe also über diese Rekusation nicht hinausgehen können. Drittens sei das Endurtheil aus dreien Gründen null und nichtig. Und zwar

erstens, weil es allen rechtlichen Grundsätzen zuwieder das peinliche Verfahren des Chatelets von Paris bestätigt hätte: es fände nie eine peinliche Klage wegen Unterdrückung des Civilstandes statt, so lange dieser selbst noch nicht erworben gewesen wäre; und dazu sei ausser dem Faktum der Geburt von gewissen Aeltern auch noch der Titel dieser Geburt und ein demselben entsprechender Besitzstand erforderlich. Das peinliche Gesetzbuch von 1791, welches die Verbrechen auf das genaueste klassifizirt habe, enthalte nur einen einzigen Artikel in dieser Hinsicht, des Inhalts: „wer „überführt ist, den Beweiß des Civilstandes „eines Individuums vernichtet zu haben, soll mit ei„ner zwölfjährigen Eisenstrafe belegt werden (Art. 32. Absch. 1. Tit. II.) wo also der Civilstand nie erworben gewesen wäre, wo nie ein Beweiß desselben vorhanden gewesen wäre, da fände auch keine Klage auf Unterdrückung desselben statt, und die Dame Sirey, welche nie Beweise des Standes, den sie in Anspruch nähme, in Händen gehabt hätte, wäre daher in ihrer Klage unzulässig gewesen; das Kind unbekannter Aeltern, welches darauf klage, daß man ihm einen ihm selbst unbekannten Civilstand benommen habe, stelle offenbar eine chimärische und absurde Behauptung auf; ehe es über die Unterdrückung des Civilstandes klagen könne, müsse es vor allem beweisen, welchen es besessen und welchen man ihm benommen hätte: es sei daher gegen alle rechtliche Grundsätze gewesen, daß man das

peinliche Verfahren der Dame Sirey gut geheissen habe, ehe sie im Civilwege die PräjudizialKlage gegen die Familie, in welche sie sich eindringen wolle, ausgefochten hätte, so wie das CivilGesetzbuches (Art. 327.) ausdrücklich verordnet hätte; vergebens mache man den Einwurf, dies Gesetzbuch sei auf den vorliegenden Fall aus dem doppelten Grunde nicht anwendbar, weil dasselbe keine rückwirkende Kraft habe, und das KassationsGericht ausdrücklich entschieden hätte, daß diese Sache gemäß der vor der Einführung der Geschwornen bestehenden Gesetzgebung entschieden werden solle; das Verbrechen der Unterdrückung eines Civilstandes sei kein Verbrechen wie andere, wobei bloß der Kläger und der Beklagte betheiligt wären, diese Klage interessire die ganze Familie, in welche der Kläger zu gehören behaupte; seine Klage setze daher die Existenz eines Standes voraus, dessen er beraubt worden wäre; ohne diese Vorherexistenz sei kein Verbrechen denkbar; da aber diese Vorherexistenz die ganze Familie interessire, so sei es nothwendig, sie vorher im Civilwege gegen sie anerkennen zu lassen, ehe man eine peinliche Klage gegen den angeblichen Urheber der Unterdrückung des Civilstandes anstellen könne; vergebens wende man ferner ein, die Unterdrückung eines jeden Civilstandes sei ein Verbrechen, die Auslassung der wahren Namen der Aeltern sei schon allein im Verbrechen, und daher sei auch sogar der berechtigt, auf Unterdrückung des Civilstandes zu klagen, der seinen wahren Civilstand noch gar nicht kennte; was nicht existirt hätte, könnte nicht unterdrückt worden sein; wer also nie einen Civilstand gehabt, könne auch nicht über Unterdrückung desselben klagen; die Klage auf Unterdrückung setze etwas voraus, was unterdrückt worden sein sollte; der, welcher als ein Kind unbekannter

Aeltern eingeschrieben worden wäre, der diesen und keinen andern Civilstand besessen hätte, und nun behaupten wolle, seine Aeltern zu kennen, wolle seinen bisherigen Civilstand verändern, und einen neuen erwerben; seine Klage auf Suppression sei im Grunde nichts als eine Klage auf Erlangung eines Civilstandes; er müsse daher diese CivilReklamation nothwendig zuerst verfolgen, ehe er auf Unterdrückung seines Standes klagen könne.

Die alten Ordonnanzen hätten alle den CivilGerichten allein die Erkenntniß über Reklamationen eines Civilstandes zuerkannt; man habe daher nicht im peinlichen Wege auf Unterdrückung eines Civilstandes klagen können, ehe der CivilRichter entschieden hätte, daß dieser wirklich unterdrückt worden; im vorliegenden Falle sei die Klage auf Unterdrückung des Civilstandes anfangs in allgemeinen Ausdrücken angestellt worden, und würde, wenn sie sich darauf beschränkt hätte, den Erben Roquelaure fremd geblieben sein; allein sobald die Zeugen ihre Aussagen abgegeben hätten, sei aus dieser Klage eine Klage auf Unterdrückung des Civilstandes als Tochter von Herrn und Frau Houchin geworden; von diesem Augenblik an habe sie die Familie Roquelaure betroffen, und der peinliche Richter habe über diese Klage nicht erkennen können, so lange der CivilRichter nicht entschieden hätte, daß die Dame Sirey wirklich die Tochter von Herrn und Frau von Houchin wäre; das Urtheil von Dijon, welches diesen Grundsätzen zuwieder entschieden hätte, müsse daher annullirt werden.

Zweitens sei es der Fall nicht gewesen, die Hauptsache zu evoziren; hätte das Gericht aber evoziren wollen, so hätte es die Prozedur und namentlich die zwei-

te Aussage des Zeugen Favin für nichtig erklären müssen.

Drittens habe der Gerichtshof seinen Urtheilsspruch nicht den Erben Roquelaure gemeinschaftlich erklären können. Die Dame Sirey habe in erster Instanz gegen die Dame Roquelaure, Tochter von Herr und Frau von Houchin geklagt; die Sentenz des peinlichen Richters vom 3 Februar 1786 habe die Dame Sirey, in Hinsicht auf die Dame Roquelaure, vor den CivilRichter verwiesen. Von dieser Verfügung des angeführten Urtheils sei keine Berufung eingelegt worden; die Dame Sirey habe es ohne Vorbehalt der Dame Roquelaure zustellen lassen; zwar hätten Herr und Frau von Roquelaure gegen diese Sentenz die Berufung eingelegt, allein bloß von der ersten Verfügung derselben, wodurch in Hinsicht auf Copeaux die Information in ein Zeugenverhör konvertirt worden wäre; in allen Akten der darauf folgenden Prozedur hätten die Erben Roquelaure nie aufgehört zu wiederhohlen, daß sie ihre Appellation von der Sentenz vom 3 Februar 1786 auf diesen einzigen Punct beschränkten; es bestehe daher eine, in Rechtskraft erwachsene, Entscheidung des ersten Richters, wodurch alles, was das gegenseitige Interesse der Dame Sirey und der Erben Roquelaure betrafe, in den Civilweg verwiesen worden wäre; der Gerichtshof von Dijon, der als AppellationsRichter über das peinliche Verfahren zu erkennen gehabt, habe villeicht die Hauptsache evoziren, und über die peinliche Klage in Hinsicht auf den Angeklagten erkennen können; aber er konnte nicht über die Anträge der Dame Sirey gegen die Erben Roquelaure, mit welchen sie in den Civilweg verwiesen war, erkennen.

Urtheil vom 25 Brumaire XIII.

Der Gerichtshof,

Nach Anhörung des Berichtes des Hr. Aumont, so wie des Antrags des Kais. GeneralProkurators,

Erkennend Erstens über das KassationsGesuch der Erben Roquelaure gegen die Urtheilssprüche des Appellationshofes von Dijon vom 11 Floreal und 3 Messidor 12 Jahrs;

Angesehen, daß die von dem Art. 12 des Titels 25 der Ordonnanz von 1670 vorgeschriebene Regel bloß auf solche peinliche Prozesse anwendbar ist, welche eine PönalVerurtheilung zur Folge haben können; daß der fragliche Rechtsstreit, als der Spruch vom 11 Floreal 12 Jahrs erlassen worden ist, ein blosser CivilProzeß in Hinsicht auf seinen Gegenstand geworden war, ohngeachtet er immer in Hinsicht auf die Kompetenz der Richter, welche darüber zu erkennen hatten, peinlich blieb;

Angesehen, was die Verfügung desselben Urtheilsspruches vom 3 Messidor betrift, welche einen Richter ernennt, um den Ausschlag zu geben, daß diese Ernennung von dem Appellationshof von Dijon regelmäßiger Weise vorgenommen worden ist,

Angesehen, in Betreff des Urtheilsspruchs, der am nämlichen Tage in dem BerathschlagungsZimmer auf die Bittschrift der Erben Roquelaure erlassen worden ist, daß diese nicht zulässig waren, und kein Interesse hatten, ihn anzugreifen, weil die darin enthaltene Verfügung regelmäßig in der Audienz vom nämlichen Tage auf Begehren derselben Erben verkündigt worden ist;

Verwirft dieses Gesuch und verurtheilt die Kläger auf Kassation in die von ihnen hinterlegte Geldstrafe;

Zweitens; erkennend über das KassationsGesuch derselben Erben Roquelaure vom 8 Thermidor,

Angesehn, in soweit es den Urtheilsspruch vom 7 Messidor betrift, welcher die peremptorische Rekusation dieser Erben gegen den dazu berufenen Richter verworfen hat, daß diese Rekusation gesetzlicher Weise verworfen worden ist, weil die Erben Roquelaure durch ihre Rekusation des Richters Godinet das Recht der peremptorischen Rekusation erschöpft hatten, welches das Gesetz vom 23 Vendemiaire Jahr 4 ihnen ertheilt hat;

und in soweit es den Urtheilsspruch vom 7 Thermidor betrift, in sofern derselbe über die Appellation von der Klage, Erlaubniß zu informiren und der Information ꝛc. und von der ersten Verfügung der Sentenz vom 3 Februar 1786, welche die Information in Zeugenverhör verwandelt hat, erkennt; angesehen 1) daß der Appellationshof von Dijon, durch seine Entscheidung, daß die Dame Sirey eine peinliche Klage wegen Unterdrückung ihres Civilstandes habe anstellen können, ohne vorher über die Präjudizial-Klage von den CivilGerichten erkennen zu lassen, keinem, der Verkündigung des CivilGesetzbuchs vorherigen, Gesetz zuwiedergehandelt hat; daß übrigens der, in dieser Hinsicht von dem besagten Gerichtshof angenommene Grundsatz schon durch zwei Urtheile des Kassationshofes vom 19 Messidor 6 Jahrs und 29 Prairial 9 Jahrs bestätigt worden war, von welchen das erste auf das KassationsGesuch der Dame Sirey ge-

gen den Parlamentsschluß von 1789 und das zweite auf die Opposition des minderjährigen Roquelaure gegen den Spruch des KassationsGerichtes erlassen worden ist; Angesehen 2) daß der Art. 21 des Gesetzes vom 9 October 1789, in Betreff des Verbots, über peinliche Prozesse anderst als nach vorheriger Berathschlagung abzusprechen, die CivilProzesse nichts angeht; Angesehen 3) daß der am 3 Messidor berufene Richter nicht allein von der Frage, über welche die Meinungen getheilt waren, sondern auch von allen andern, welche nothwendig mit derselben verpflochten waren, Kenntniß nehmen mußte, und daß man dieselbe nicht trennen konnte, ohne eine neue Theilung der Stimmen befürchten zu müssen; Angesehen 4) daß die von den Erben Roquelaure gegen die Aussagen der zwölf ersten und des vierzehnten Zeugen der Information gemachten Einwürfe durch den Urtheilsspruch vom 29 Prairial 9 Jahrs verworfen worden ist;

verwirft besagtes KassationsGesuch,

Drittens, über dasselbe KassationsGesuch erkennend, in soweit es die Verfügung desselben Urtheilsspruchs vom 7 Thermidor betrift, welche dies in der Hauptsache gegen die Erben Copeaux erlassene Urtheil den Erben Roquelaure gemeinschaftlich erklärt, so wie alle Folgen dieser Verfügung:

Angesehn, daß die Parthien mit dem Begehren eines gemeinschaftlichen Urtheils, welches die Dame Siren durch ihre Bittschrift vom 4 Jänner 1786 eingeführt hatte, durch die zweite Verfügung der Sentenz vom darauf folgenden 3 Februar, welcher alle Parthien beigetreten sind, und auf deren Wirkung die Erben Roquelaure in keiner der von ihnen genomme-

nen Konklusionen verzichtet haben, vor den CivilRichter verwiesen worden waren; daß also der Appellationshof von Dijon inkompetent war, um, als peinliches Gericht, über dasselbe Begehren, daß das Urtheil gemeinschaftlich erklärt werden möge, welches die Dame Sirey gegen ein in Rechtskraft erwachsenes und von ihr anerkanntes Urtheil erneuert hatte, zu erkennen;

Aus diesen Beweggründen und nach Einsicht des Art. 456 des Gesetzbuchs vom 3 Brumaire 4 Jahrs und des Artikels 5 des Titels 27 der Ordonnanz von 1667 kassirt und annullirt der Gerichtshof die lezte Verfügung des Urtheilsspruchs vom 7 Thermidor, in soweit sie die Erben Roquelaure betrift, vorbehaltlich des Rechtes der Dame Sirey, in Gemäßheit der Sentenz vom 3 Februar 1786 ihre Klage nach Gutdünken gegen sie einzuführen und vorbehaltlich der VertheidigungsMittel der Gegenparthie.

Anmerkung.

Der Raum unserer Bitte erlaubte es nicht, von diesem berühmten Prozesse mehr als obige Skizze zu geben; wir haben geglaubt, daß sie vielleicht für einen grossen Theil unserer Leser nicht ohne Interesse sein dürfte, weil die Klagen auf Reklamation eines Civilstandes, oder wegen Suppression desselben in Deutschland äusserst selten und die Prozedur derselben schier ganz unbekannt ist; wem daran gelegen ist, diesen Theil der französischen Jurisprudenz genauer kennen zu lernen, wird in den gründlichen Denkschriften, die in obiger Rechtssache erschienen sind, vollkommene Befriedigung finden.

III.

Entscheidungen strittiger Rechtsfragen.

A.

CivilGesezbuch.

Art. 390, 444, 446 des CivilGesezbuchs, Titel X. Buch I.

17. Kann, wenn einem Minderjährigen vor dem CivilGesezbuch ein Vormund ernannt worden ist, der Vater nach der Verkündigung desselben die Vormundschaft ohne weiteres wieder an sich ziehen, wenn gleich der FamilienRath auf die Beibehaltung des vorigen Vormundes angetragen hat?
18. Ist der Friedensrichter kompetent, um über diese Beibehaltung zu erkennen?
19. Kann ein Gericht erster Instanz über die Appellation von der Entscheidung eines FriedensRichters in vormundschaftlichen Angelegenheiten in erster und lezter Instanz erkennen?

Ohngeachtet der KassationsGerichtshof durch nachstehendes Urtheil eigentlich nur die lezte dieser Fragen entschieden hat, so wirft doch der Antrag des Kais. GeneralProkurators, worauf dasselbe erlassen worden, ein grosses Licht auf die beiden ersten, in Hinsicht auf welche das Tribunal von Koblenz eine durchaus richtige Anwendung von dem Gesez gemacht zu haben scheint.

Schäffer, Handelsmann in Andernach, schreitet nach dem Tode seiner Frau, zur zweiten Ehe. Man ernennt dem einzigen Kinde der ersten Ehe einen Vormund. Als das CivilGesetzbuch verkündigt ward, behauptet Schäffer, daß kraft dem Art. 390 desselben dieser Vormund seine Verwaltung an ihn als gesetzlichen Vormund abtreten müsse.

Da der alte Vormund sich abzutreten weigert, wird der FamilienRath zusammenberufen, vor welchem derselbe den Vater der Unfähigkeit beschuldigt, und darauf anträgt, daß der Minderjährige in dem Hause des Grosvaters, der denselben zu sich genommen hatte, verbleiben solle. Der FamilienRath bestätigt hierauf den vorigen Vormund in seinen AmtsVerrichtungen, und der FriedensRichter erläßt, unterm 6 Prairial 11 Jahrs einen Akt, wodurch er befiehlt, daß der Minderjährige durch den Vormund in das Haus des GrosVaters gebracht und der Vormund einstweilen in seinen AmtsVerrichtungen gehandhabt werden solle.

Dieses Urtheil (oder Ordonnanz) ward Schäffer zugestellt. Dieser appellirt von derselben an das CivilGericht von Koblenz. Hier behauptete der Herausgeber dieser Zeitschrift für Schäffer: die Ordonnanz des FriedensRichters müsse wegen Gewaltüberschreitung annullirt werden; man habe dem Vater weder die Vormundschaft noch die Aufsicht und Erziehung seines Kindes entziehen können; der Art. 390. müsse von dem Augenblicke seiner Verkündigung an seine Vollziehung erhalten; von diesem Augenblicke an gäbe es keinen andern Vormund mehr als den Vater; es sei hier von einer eintretenden, nicht von einer rückgreifenden Wirkung des Gesetzes die Rede, die blos dann statt finden würde, wenn man die vor der Verkündigung des CivilGesetzbuchs von dem Vormund vorge-

nommene Akte anfechten wollte; endlich könne Schäffer nicht Kraft des Art. 444. von der Vormundschaft entfernt werden, weil man weder die Thatsachen seiner vorgeblichen Unfähigkeit angeführt, noch die vom CivilGesetzbuch zur Absetzung eines Vormundes vorgeschriebene Prozedur befolgt hätte. Hr. Lassaulx trug demnach auf die Annullirung der Ordonnanz des FriedensRichters an, so wie darauf, daß das Tribunal verordnen möge, daß der minderjährige Sohn von Schäffer an diesen zurückgegeben werden, und Schäffer in allen Rechten als gesetzlicher Vormund seines Sohns gehandhabt werden möge.

Herr Thrumb behauptete für den Vormund Hilken: die Ordonnanz des FriedensRichters sei nur provisorisch und als solche der Appellation nach dem Art. 6 des Gesetzes vom 26 October 1790 nicht unterworfen; das Gesetz vom 3 Brumaire 2 Jahrs setze sich dem Antrag Schäffers entgegen, denn da in erster Instanz blos von einer provisorischen Maasregel die Rede gewesen wäre, so sei Schäffer in seinem Antrag über die Hauptsache selbst, Wiedereinsetzung in die Vormundschaft, unzuläßig, welcher Antrag von dem in erster Instanz ganz und gar verschieden wäre; endlich hiesse es, dem CivilGesetzbuch eine rückwirkende Kraft verleihen, wenn man dasselbe auf bereits bestehende, und der vorigen Gesetzgebung zufolge bestellte, Vormundschaften anwenden wollte.

Urtheil des Tribunals von Koblenz vom 13 Thermidor 11 Jahrs, welches, in erster und lezter Instanz erkennend, die Ordonnanz des FriedensRichters und alles was daraus gefolgt war, null und nichtig erklärt, und befiehlt, daß Jakob Schäffer in allen Rechten als gesetzlicher Vormund seines

Sohnes Nikolas gehandhabt und dieser ihm zurückgegeben werden solle.

KassationsGesuch von Seiten Hilkens. Vor dem Kassationshof läßt er durch Sirey alle in erster Instanz vorgebrachte Gründe nochmal vortragen. Der Kais. GeneralProkurator Hr. Pons nahm hierauf das Wort: „das erste Mittel des Klägers auf Kassation gründet sich auf den Art. 6 des Gesetzes vom 26 October 1790, weil von der blos provisorischen Ordonnanz des FriedensRichters die Appellation unzulässig gewesen wäre. Allein kann man ein Urtheil, das einen Vater der Gewalt beraubt, die das Gesetz ihm über sein Kind ertheilt, blos präparatorisch nennen? hätte der FriedensRichter sich darauf beschränkt, die Berufung eines FamilienRathes zu verordnen, so wäre dies eine präparatorische, der Appellation nicht unterworfene, Verfügung; allein indem er befohlen hat, daß der Minderjährige einstweilen bei seinem Grosvater verbleiben sollte, hat er eine offenbar definitive Entscheidung erlassen; es giebt Prozesse über den Besitz, wie über die Sache selbst; die Urtheile in einem und andern Falle sind der Appellation unterworfen, wenn sie nicht blos präparatorische und auf die Instruction Bezug habende Verfügungen enthalten; dieses Mittel ist also ungegründet. Was das zweite betrifft, welches aus dem Gesetz vom 1 Mai 1790, wodurch zwei JurisdictionsGrade begründet werden, und dem vom 3 Brumaire 2 Jahrs, welches verbietet, in der AppellationsInstanz neue Begehren einzuführen, gezogen wird, so ist keine Frage, daß das Tribunal, wenn blos auf die Annullation der Ordonnanz des FriedensRichters angetragen worden wäre, seine Gewalt überschritten haben würde, wenn es den

Vater ohne weiteres in alle Rechte der Vormundschaft wieder eingesetzt hätte; allein Schäffer hatte in seiner Ladung an dies Tribunal zugleich mit jenem Antrag, auf die Annullation der Berathschlagnng des FamilienRaths, auf seine Einsetzung in die Vormundschaft angetragen. Dieses Mittel ist also eben so wenig gegründet, als das dritte, welches Sirey aus der Gegenwart Schäffers bei der Berathschlagung, ziehen will, die er als Einstimmung in diesselbe geltend machen will; schon vorher hatte Schäffer gegen seinen Ausschluß von der Vormundschaft reklamirt, und seitdem nie aufgehört, diese Berathschlagung anzugreifen; diese Beharrlichkeit vor und nach derselben schließt jede Unterstellung einer Beistimmung aus; auch ist dies Mittel schon deshalb unzulässig, weil es nicht vor dem Tribunal zu Koblenz vorgebracht worden ist.

„Was endlich die rückgreifende Wirkung betrifft, die dem CivilGesetzbuch dadurch beigelegt worden sein soll, daß das Urtheil von Koblenz Hilken einer Vormundschaft beraubt habe, zu welcher er auf gesetzliche Weise gelangt war, und einen andern darein eingesetzt habe, der gesetzlicher Weise von derselben ausgeschlossen worden, so liegt wenig daran, ob der Kläger vor oder nach der Verkündigung des Gesetzbuchs ernannt worden war; die Vormundschaft ist kein EigenthumsRecht, das, einmal erworben, durch kein späteres Gesetz modifizirt werden kann; sie ist eine Vollmacht, die man von dem Gesetz erhält, und die daher länger nicht besteht, als das Gesetz, welches sie geschaffen hat, es für gut befindet, sie beizubehalten. Die Neuerungen, welche das Gesetz in dieser Hinsicht macht, sind im Augenblick exekutorisch, weil der Stand der Personen immer dem der Gesetzgebung folgen muß;

diese Betrachtung ist um so mehr auf die Vormundschaften anwendbar, weil sie dem Vormund kein unwiederrufliches Recht auf die Person des Minderjährigen ertheilen; wenn die Behauptung des Klägers statt finden sollte, so müßte die Vormundschaft ein reelles und unwiederrufliches Recht sein, welches gegen alle RechtsGrundsäze streitet.

„Allein wir glauben, fuhr der Hr. Substitut fort, daß es unsre AmtsPflicht ist, Ihnen ein RechtsMittel vorzutragen, welches die Kassation des angefochtenen Urtheils nach sich ziehen zu müssen scheint, und darin besteht, daß das Tribunal zu Koblenz seine Gewalt überschritten hat, indem es in erster und lezter Instanz gesprochen hat; die Kompetenz oder Inkompetenz des FriedensRichters war eine vorläufige Frage, die es zu untersuchen hatte; denn war der FriedensRichter kompetent, so mußte das Tribunal sich darauf beschränken, zu erklären, ob er gut oder übel gesprochen hatte; dann war es offenbar ermächtigt, so wie es es gethan hat, in lezter Instanz zu sprechen; war er aber inkompetent, so konnte es nichts als das Urtheil annulliren, und die Parthien in den gewöhnlichen Rechtsweg verweisen. Die Inkompetenz des FriedensRichters erhellt aber zugleich aus dem Art. 11. Tit. 3. des Gesezes vom 24 August 1790 und aus dem CivilGesezbuch; der erste will, daß der FriedensRichter alle Verhandlungen der FamilienVersammlung über die Angelegenheiten des Minderjährigen aufnehmen, aber alle Streitfragen, die sich dabei ergeben könnten, vor die DistrictsGerichte verweisen soll; der Art. 405 des CivilGesezbuchs ertheilt dem FamilienRath das Recht, den Vormund zu ernennen; der Art. 416 erklärt, daß der FriedensRichter diesem

Rath beisitzen, und bei getheilten Meinungen den Ausschlag geben soll; allein nirgends wird ihm das Recht ertheilt, über die Person des Minderjährigen zu verfügen, oder eine Entscheidung zu erlassen, die als ein erster JurisdictionsGrad angesehen werden könnte; diese Inkompetenz des FriedensRichters machte das Tribunal von Koblenz inkompetent, in lezter Instanz zu erkennen, und dies ist das einzige Rechtsmittel, welches gegen das angefochtene Urtheil mit Erfolg geltend gemacht werden kann."

Urtheilsspruch vom 14 Ventose XIII.

Der Gerichtshof, nach Einsicht des Gesetzes vom 1. Mai 1790 und des Art. 448 des CivilGesetzbuchs.

Angesehn, daß die Richter des Tribunals von Koblenz ihre Gewalt überschritten haben, indem sie als AppellationsGericht über die zwischen Schäffer dem Vater und Nikolas Hilken strittige Vormundschaft abgesprochen haben, das Urtheil kassirt ꝛc.

Art. 326, 327, Buch 1 Buch 7.

21. Ist die Erklärung eines Vaters, vor dem Beamten des Civilstandes, daß das Kind, welches er ihm vorstellt, sein eheliches Kind sei, während dasselbe ein uneheliches Kind ist, eine blos lügenhafte Angabe oder ein Falsum?

22. Ist auch dann kein Falsum vorhanden, wenn der Vater eine andere, als die wahre Mutter des Kindes, als Mutter desselben angiebt?

23. Ist der peinliche Prozeß gegen ein Verbrechen der Unterdrückung des Civilstandes dem öffentlichen Ministerium solange untersagt, als zwischen den Partheien kein CivilProzeß über denselben Civilstand obwaltet?

Ueber die erste dieser Fragen siehe man die Entscheidungen des KassationsGerichtshof Seite 266 und

272 dieses Bandes nach. Ueber die beide folgende ist in nachstehenden Fällen von demselben Gerichtshof gesprochen worden.

Dritter Fall.

Am 1 ErgänzungsTag 9 Jahrs wird zu Lyon ein Kind, Sohn von Klaudius Bergeret, und seiner Konkubine Franziska Gallet, auf die Register des Civilstandes, nach der Erklärung des Vaters als eheliches Kind von Jaqueline Tardy, seiner Frau, eingeschrieben. Der SicherheitsBeamte stellt gegen Klaudius Bergeret eine peinliche Untersuchung wegen dem in dieser Erklärung enthaltenen Falsum an. Am 24 Germinal 12 Jahrs, Antrag des Gen. Prokurators bei dem peinlichen SpezialGericht des RhoneDepartements, diese Prozedur so lange auszusetzen, bis der CivilRichter über den Stand des fraglichen Kindes gesprochen haben würde.

Urtheil vom nämlichen Tage, wodurch das Tribunal, „in Erwägung, daß nach der gegenwärtigen „Gesetzgebung die peinliche Klage nicht eher statt finden kann, als nachdem die CivilGerichte über den „Civilstand des Kindes erkannt haben; in Gemäßheit des Art. 327 des CivilGesetzbuchs, erklärt, „daß mit jeder Betreibung solange eingehalten werden „soll, bis die kompetenten CivilGerichte über die PräjudizialKlage erkannt haben würden.“

Am 5 Floreal 12 Jahrs übersendet der GrosRichter JustizMinister dieses Urtheil dem KassationsGerichtshof, um daselbst die Untersuchung zu erleiden, welche durch den Art. 26 des Gesetzes vom 18 Pluviose 9 Jahrs vorgeschrieben ist. Hier nahm der Kais. GeneralProkurator das Wort: „der Art. 327 des CivilGesetzbuchs lautet: „die peinliche Klage gegen ein

„Verbrechen der Unterdrückung eines Civilstandes „kann nicht eher, als nach dem EndUrtheil über die „PräjudizialKlage angefangen werden." Gehen wir auf die Beweggründe dieser Verfügung zurück, so wie die Regierung selbst sie dem Gesetzgebenden Körper hat vortragen lassen; „das Gesetz fürchtet so sehr, Streitfragen über den Civilstand von blossen Zeugnissen abhängig zu machen, daß es dem Richter die Pflicht auferlegt, alle indirekte Mittel abzuschneiden, welche man anwenden möchte, um dazu zu gelangen; zu diesen gehören die Klagen auf Unterdrückung des Civilstandes, welche man vor den peinlichen Richter bringen könnte, ohne vorher auf dem CivilWeg ein obsiegliches Urtheil erwirkt zu haben; solche Klagen wurden immer als betrügerisch verworfen, und die Parthien vor den CivilRichter verwiesen; diese Entscheidung läuft der allgemeinen Regel zuwider, nach welcher die Bestrafung der Verbrechen als das höchste Interesse des Staates angesehen und daher jeder Civil-Prozeß im Fall einer peinlichen Klage suspendirt wird; allein wenn ausser dem der öffentlichen Rache noch ein anderes Interesse vorhanden ist, welches befürchten läßt, daß die peinliche Klage nicht in gutem Glauben angestellt worden; wenn sich vermuthen läßt, als ob diese Klage keinen andern Zweck habe, als die Regel des Civil-Rechtes zu umgehen, welche in Fragen über den Civilstand den ZeugenBeweiß als allzugefährlich unzuläßig erklärt; wenn das Gesetz, welches diesen Beweiß selbst für das CivilInteresse verwirft, sich mit dem peinlichen Gesetz in Widerspruch befinden würde, wenn dieses ihn zulassen wollte, obgleich er Entehrung und peinliche Strafen zur Folge haben könnte, so kann kein Zweifel über die Nothwendigkeit, die Präjudizial-Klage vorerst entscheiden zu lassen, ehe der peinliche Prozeß erhoben werden kann, übrig bleiben."

Es scheint demnach offenbar, daß der Art. 327 keinen andern Zweck hat, als die CivilParthien zu verhindern, sich auf dem Wege einer KriminalProzedur durch blosse Zeugnisse einen Beweiß des Standes, den sie in Anspruch nehmen, zu verschaffen; daß er aber die Anklage auf Unterdrückung eines Civilstandes keinesweges im Auge gehabt hat, welche im Falle des Stillschweigens von Seiten der CivilParthien von dem öffentlichen Ministerium angestellt werden kann; daß er folglich diese Anklage ferner unter der allgemeinen Regel gelassen hat, welche das öffentliche Ministerium verpflichtet, alle Verbrechen ohne Unterschied zu verfolgen, ohne die Reklamationen des dadurch beschädigten Theils abzuwarten. Der VerbalProzeß der Diskussionen im StaatsRath läßt hierüber keinen Zweifel übrig; als in der Sitzung vom 21 Fruktidor 10 Jahrs der Artikel vorgelegt ward, machte der StaatsRath Jollivet die Bemerkung dagegen, daß man daraus folgern könne, als ob die Handlung der peinlichen Gerichte gehemmt wäre, wenn ein Kind ausgesetzt worden, und doch kein Prozeß über die Frage des Civilstandes vorhanden wäre; der StaatsRath Treilhard erwiederte, dieser Fall sei nicht der des Artikels; „dieser setze eine Streitfrage über den Civilstand voraus, die nicht nothwendig mit der Aussetzung eines Kindes verbunden wäre; diese Aussetzung wäre immer ein Verbrechen, das das Gesetz bestrafen müsse.“ Man gebe auf diese Ausdrücke wohl acht; der Artikel ist also blos auf den Fall anwendbar, wo eine Streitfrage über den Civilstand zwischen den Parthien obwaltet, er findet keine Anwendung, wenn diese schweigen, und kann, im Falle ihres Stillschweigens, dem öffentlichen Ministerium nicht die Hände binden; zweifelsohne könnte die CivilPar-

thie nie unter dem Vorwande, als habe sie noch keine Klage vor dem CivilRichter angestellt, eine peinliche Klage auf Unterdrückung des Civilstandes erheben, denn diese Klage selbst würde eine Reklamation des Civilstandes, dessen Unterdrückung sie behauptet, enthalten, und diese Reklamation kann dem Art. 326 zufolge nur im CivilWeg angestellt werden; wenn aber das öffentliche Ministerium allein und von Amtswegen handelt, so reklamirt dieses nicht den unterdrückten Civilstand; es will blos diese Unterdrückung bestraft haben, und nichts kann daher seine Klage hemmen, solange der Civilstand, dessen Unterdrückung zu seiner Prozedur Anlaß giebt, noch vor den CivilTribunalien nicht bestritten ist.

Wäre es nicht höchst unvernünftig, wenn ein Falsum unter dem Vorwande unbestraft bleiben sollte, daß die CivilParthie es nicht im CivilWege veranzeigt hätte, und seine Ungestraftheit blos dem Umstande verdanken sollte, daß es in einem der wichtigsten Akte des gesellschaftlichen Lebens begangen worden wäre? eine solche gefährliche und unmoralische Neuerung kann das CivilGesetzbuch nicht beabsichtigt haben. Vielleicht könnte man den Einwurf machen, die CivilParthie, welche eines Civilstandes beraubt worden zu sein behaupte, würde Umwege einschlagen, um das angebliche Verbrechen der Unterdrückung ihres Civilstandes zur Kenntniß des öffentlichen Ministeriums zu bringen; und wenn dieses es verfolgt und seine Bestrafung erwirkt hätte, so würde sie nachher von dem Urtheil Gebrauch machen, um ihre Klage auf Reklamation des Civilstandes vor dem CivilRichter zu rechtfertigen. Dies steht freilich zu befürchten; allein dieser Nachtheil, so wichtig er auch sein mag, kann doch nie ein Grund werden, um eine rechtliche Ausnahme über die

Grenzen hinaus auszudehnen, in welche der Gesetzgeber sie offenbar einschränken wollte; und sicher enthält der Art. 327 eine solche rechtliche Ausnahme; dieser Nachtheil kann zudem unmöglich so häufig statt finden, als der entgegengesetzte, welchen die, von dem Tribunal von Lyon angenommene, Meinung zur Folge haben würde; wenn vielleicht in seltenen Fällen das öffentliche Ministerium bei der amtlichen Verfolgung der Unterdrückung eines Civilstandes, ohne es zu bemerken, einer fremden Impulsion folgen wird, so wird weit öfter das Verbrechen, wenn es in der bedürftigen VolksKlasse begangen worden, im Civilwege nicht verfolgt und daher ganz unbestraft bleiben, wenn das öffentliche Ministerium es nicht von Amtswegen verfolgen darf. Welchem von diesen Nachtheilen, zu welchen die verschiedene Auslegung des Gesetzes uns führen kann, hat das Gesetz vorbeugen wollen? ohne allen Zweifel dem, der der Gesellschaft am schädlichsten werden kann, den die menschliche Bosheit am häufigsten erneuern kann. Aus diesen Beweggründen erachten wir, daß das Urtheil vom 24 Germinal lezthin kassirt werden müsse.

Urtheilsspruch vom 20 Prairial 12 Jahrs, welcher verordnet, daß über den Antrag berathschlagt werden soll.

Urtheil vom 10 Messidor 12 Jahrs,

wodurch der Gerichtshof

In Erwägung, daß der peinliche Gerichtshof des RhoneDepartements, indem er durch seinen Urtheilsspruch vom 24 Germinal lezthin der peinlichen Prozedur Einhalt gethan hat, von dem Art. 327 des CivilGesetzbuchs eine richtige Anwendung gemacht hat, das besagte Urtheil bestätigt.

Vierter Fall.

Houel stellt in den Jahren 1791, 4 und 6, dem Beamten des Civilstandes drei Kinder vor; er erklärt, daß sie aus seiner Ehe mit Elisabeth Satis erzeugt sind, und läßt sie als seine rechtmässige Kinder einschreiben, während sie Früchte seines Umgangs mit seiner Konkubine Margarethe Franziska Chauvet waren. Houel wird wegen diesen Erklärungen, als des Falsums schuldig, verfolgt; er behauptet 1) daß die ihm zur Last gelegte Thatsache kein Falsum, sondern blos eine lügenhafte Angabe sei, welche zu keiner peinlichen Betreibung statt geben könne. 2) daß selbst wenn sie als ein Fal sum angesehen werden könnte, der Art. 327 jede peinliche Prozedur verbiete, weil kein Urtheil des CivilRichters über den Civilstand seiner Kinder vorhanden wäre.

Urtheil vom 26 Germinal 12 Jahrs, wodurch das peinliche SpezialGericht des EureDepartements sich kompetent erklärt, um ihn über die Anklage des Falsums zu richten. Als dies Urtheil in die Audienz des KassationsGerichtshofes gebracht ward, trug der Kais. GeneralProkurator aus den oben angeführten Gründen auf dessen Bestätigung an.

Erster Urtheilspruch welcher befiehlt, daß berathschlagt werden soll.

EndUrtheil vom 10 Messidor 12 Jahrs.

Der Gerichtshof,

Nach Ansicht der Artikel 326 und 327 des CivilGesetzbuchs.

Angesehen, daß obgleich die Houel zur Last gelegte Thatsache, als habe er drei seiner Kinder, als in seiner rechtmässigen Ehe mit Elisabeth Satis erzeugt, auf die Register des Civilstandes eintragen

lassen, während sie in der That von seinem Umgang mit seiner Konkubine Franziska Chauvet herrühren sollen, nicht blos eine lügenhafte Angabe, sondern ein karakterisirtes Falsum konstituirt, worauf die Art. 41 und 43 des 2ten Abschnitts des Titels 2 des zweiten Theils des PönalGesetzbuchs anwendbar sind, dieses Falsum doch den Zweck und das Resultat hat, eine andere Filiazion als die des Gesetzes und der Natur, also eine Unterdrückung des Civilstandes, zu begründen;

daß ohne allen Zweifel zwei verschiedene Klagen aus diesem Falsum herfliessen; eine CivilKlage, um durch die CivilGerichte über die Berichtigung der Akte und Zurückerstattung der wahren Filiazion erkennen zu lassen; und eine peinliche Klage, um die gesetzliche Strafen gegen die Urheber und Mitschuldige des Falsums, wodurch die Unterdrückung des Civilstandes bewerkstelligt worden ist, aussprechen zu lassen;

allein, daß dem Art. 327 des CivilGesetzbuchs zufolge diese lezte Klage erst nach dem EndUrtheil über die erste angestellt werden darf; daß dieser Artikel allgemein und absolut, sowohl für das öffentliche Ministerium als für die CivilParthie, ist; daß seine Verfügung sogar hauptsächlich und insbesondere auf das letzte anwendbar ist, welches allein das Recht hat, die peinliche Prozedur zu verfolgen und

daß wenn es aus den Artikeln 326 und 327 hervorzugehn scheinet, daß auch die CivilParthie an dieser Prozedur Antheil nehmen kann, ihre Theilnahme doch nur der öffentlichen Klage accessorisch ist und ohne Mitwirkung der öffentlichen Gewalten ohne Wirkung verbleiben würde;

Daß in der That der Art. 5. des Gesetzbuchs vom 3 Brumaire 4 Jahrs die Verfügung enthält, daß „die öffentliche Klage den Zweck hat, die Eingriffe „in die gesellschaftliche Ordnung zu bestrafen, und daß „sie im Namen des Volkes durch dazu bestellte öffent„liche Beamte angestellt wird"

daß es auch aus den Artikeln 15 und den folgenden des Gesetzes vom 7 Pluviose 9 Jahrs folgt, daß nicht die CivilParthie diese Klage durch das öffentliche Ministerium ausüben kann; daß die Wirkung des Rechtes, zu dieser Klage aufzufordern, sogar dem Ermessen und dem Willen des Kais. Prokurators untergeordnet ist, welcher allein vor dem Tribunal erster Instanz, und im AppellationsWeg vor den höheren Gerichtshöfen gegen die Weigerung des Direktors der AnklageJury, eine von dem öffentlichen Ministerium angestellte Klage zu verfolgen, einzukommen berechtigt ist;

daß aber, wenn es gleich eine Ausnahme von dem gemeinen Recht ist, und wenn es auch sogar gefährlich scheinen kann, daß die peinliche Klage in Betreff von Verbrechen, welche die gesellschaftliche Ordnung so nahe angehn, suspendirt und sogar eventualiter vernichtet sein soll, doch die Ruhe der Familien dem Gesetzgeber noch wichtigere Erwägungen darbieten konnte,

daß es übrigens nicht den Gerichten zusteht, die Weisheit der Gesetze zu würdigen, sondern daß es ihre Pflicht ist, ihre Verfügungen zu verehren und vollziehen zu machen

kassirt und annullirt ꝛc.

Anmerkung.

Wie man sieht, hat der KassationsGerichtshof mit dürren Worten entschieden, daß in obigem Falle ein wirkliches Falsum vorhanden war. Die gegentheilige Meinung stüzt sich zwar darauf, daß das CivilGesetzbuch nicht befohlen hat, in den GeburtsAkt einzuführen, ob die Aeltern des Kinds verehelicht sind oder nicht, und ob dieses daher in oder ausser der Ehe erzeugt ist: allein

1. Der Art. 56 will, daß wo möglich, der Vater die Geburt des Kindes erklären soll;
2. Der Art. 57 will, daß der GeburtsAkt Vater und Mutter angeben soll,
3. Der Art. 319 will, daß der GeburtsAkt ein hinlänglicher Beweiß der ehelichen Geburt eines Kindes sein soll, endlich kann
4. Dem Art. 334 gemäß ein natürliches Kind durch einen öffentlichen Akt anerkannt werden, wenn diese Anerkennung nicht durch den GeburtsAkt geschehen ist.

Wer daher in dem GeburtsAkt eine andere als die wahre Mutter des Kindes als solche angiebt, begeht offenbar ein Falsum, indem er den Beweiß der wahren Abstammung dieses Kindes verfälscht, und den Beweiß einer falschen Abstammung begründet. Auch die Meinung des Kais. GeneralProkurators, welcher sogar in dem Falle ein Falsum zu finden geglaubt hat, wo ohne Angabe einer falschen Mutter, der wahren, aber unverheuratheten Mutter die Eigenschaft als verehlicht beigelegt worden ist, scheint von der Zusammenstellung der obigen Artikel und vorzüglich der Art. 319 und 334 unterstüzt zu sein, und vielleicht dürfte die Frage

durch das Seite 272 angeführte Urtheil noch nicht ganz entschieden sein. Völlig entschieden scheint es dagegen, daß die Handlung des öffentlichen Ministeriums immer in allen Fällen der Art, bis nach dem Urtheil des CivilRichters, gelähmt ist.

IV.

Merkwürdige CriminalProzeduren.

(Beschluß der im vorigen Heft angefangenen Prozedur.)

Sechste Sitzung vom 26 Prairial.

Der K. General Prokurator Hr. Gattermann nahm bei Eröfnung der Sitzung zur Unterstüzung der Anklage, das Wort; folgendes ist ein gedrängter Auszug dieses Vortrags *): das nunmehr geendigte Verhör von 38 Zeugen habe jeden einzelnen Umstand so aufgeklärt, daß er sich eigentlich der Mühe überheben könnte, den Beweiß zu entwickeln, daß die 3 Angeklagten die Mörder und die einzigen Mörder des unglücklichen Vorraths wären; allein sein Beruf mache es ihm zur Pflicht, die Umstände, welche der That vorhergegangen, welche dieselbe begleitet, und welche darauf gefolgt wären, nach dem Inhalt der Akten, den Aussagen der Zeugen und den Erklärungen der Angeklagten kurz auseinander zu setzen, und einige nothwendige Folgerungen daraus zu ziehen. Die erste dieser Epoche begreife die häußlichen Verhältnisse des Vorrathischen Hauses und die dem Mord vom 2 Thermidor vorherige Vorgänge; die zweite jene Mordgeschichte selbst, und die dritte jene Thatsachen welche darauf gefolgt wären.

*) Es muß sowohl in Hinsicht auf diesen Vortrag als auf die Vertheidigungs-Mittel bemerkt werden, daß sich unter den zwölf UrtheilsGeschwornen eilf Landleute befanden, nach deren Einsichten sich also die Faßlichkeit des Vortrags bemessen muste.

„Der unglückliche Kaspar Vorrath, zu Ratel Schwarzbach im Würzburgischen gebohren, hörte zu Würzburg die Rechte, begleitete sodann den Herrn von Wahlenfels nach Wien, und ward auf dessen Empfehlung als Dalbergischer Amtmann zu Wallhausen angestellt; er war ein stiller Mann von untadelhaftem Lebenswandel, anerkannter Redlichkeit und thätigem DienstEifer. 1784 heurathete er die Demoiselle Therese Balbiano von Simmern, die zweite Angeklagte, ein Mädchen von geringem Vermögen; er hingegen brachte, dem damals errichteten Inventarium gemäß, ein Vermögen von 20,000 Florin in die Ehe; die Angeklagte hat es in ihren Verhören gestanden, daß freie Wahl sie zu dieser Verbindung bestimmt hat, und daß sie anfangs glücklich war; des Unglücklichen innige Liebe für sein Weib war hingegen die einzige Ursache seines traurigen Endes; durch die Schuld seiner Frau verlohr er seine Stelle als Amtmann, allein als thätiger Hausvater schuf er sogleich sich neue Nahrungsquellen für seine Famillie, indem er eine Bierbrauerei, eine Essigsiederei, eine Wirthschaft und einen Kramladen anlegte.

„Es ist aktenmäßig und eingestanden, daß die Amtmännin sich bald den Ausschweifungen ergab; die eheliche Treue war keine Tugend für sie; sie selbst hat es gestanden, daß sie sich sogar einem Offizier Preis gegeben hat, der nur eine Nacht in ihrem Hause zubrachte; Kaspar Vorrath verschloß den Kummer über das sittenlose Betragen seiner Frau tief in seinem Herzen; seine Liebe für sie und seine Kinder blieb sich immer gleich; allein vergebens suchte er diesen sein Vermögen, die Frucht seiner Ersparnisse zu erhalten; seine Frau hat es gestanden, daß sie einen

Schlüssel zum Gelde so wie zum Keller hatte, und sich ohne Bedenken erlaubte, dessen Vermögen zu verschwenden.

„Ich lasse den Schleier über alles fallen, was sich bis zu der merkwürdigen Epoche zutrug, als Eberhard Hang, im Jahr 1800, zum erstenmal das Vorrathische Haus betrat; wie auch immer sein vorheriges Betragen beschaffen gewesen sein mag, so ist dieses Ereigniß doch eine Epoche der Zwietracht und des Verderbens für die Familie geworden; er war bald mit der Amtmännin einig, um ihren Mann zu betrügen; sie schwelgten zusammen, und überschritten in ihrem unerlaubten Umgang alle Gränzen der Schamhaftigkeit; ein Zeuge hat sie im wirklichen Ehebruch gefunden, und Nannette selbst hat ihre Mutter in einer ähnlichen Lage getroffen. Damit nicht zufrieden, raubte Eberhard auch dieser die jungfräuliche Ehre; die Mutter wußte um diese Blutschande, und setzte dennoch ihren Umgang fort; Nannette, als sie dieses Verhältniß entdeckte, will die Lust zu Hangs Umarmungen verlohren haben, aber sie selbst gesteht, seitdem die Liebeshändel ihrer Mutter begünstigt, und sogar Schildwache gestanden zu haben; Nannette ist einst aus dem väterlichen Hanse entflohen, wie es scheint, weil der junge Lunkenheimer von Wallhausen ihr unter der Bedingung der vorherigen Entfernung Hangs Anträge zur Ehe gemacht haben soll; sie hat aber dennoch, nach ihrer Rükkehr in dasselbe, den Umgang mit diesem noch lange fortgesetzt.

Kaspar Vorrath, der bei allen diesen Vorgängen unmöglich blind sein konnte, entfernte gegen Pfingsten 1804 den Eberhard Hang aus seinem Hause;

allein vergebens: Nannette selbst hat vor dem Direktor der AnklageGeschwornen erklärt: die Entfernung Eberhards habe die Leidenschaft ihrer Mutter nur heftiger angefacht; sie habe sich geäussert: er müsse zurück, es koste was es wolle; dreimal habe Hang sich verkleidet, nächtlicher Weile, ins Haus geschlichen; ein gewisser Krebs, der an seine Stelle als Knecht eingetreten wäre, habe zum Unterricht erhalten, sich ungebärdig zu stellen, Braten und Schinken zu fordern, und den Liebhaber von Mutter und Tochter zu spielen; er habe diese Rolle auch so gut gespielt, daß die Mutter ihn mit einer Krone belohnt habe; Krebs selbst hat diesen Umstand nicht in Abrede gestellt

„So gelang es, den Eberhard wieder ins Haus zu bringen, und nun kannte die Amtmännin in ihrer Leidenschaft keine Gränzen mehr: sie suchte auch aus Nannettens Herz alle Anhänglichkeit an den Vater zu vertilgen, und bediente sich ausgekünstelter Mittel dazu; so erzählte sie derselben, nicht Vorrath sondern ein Mainzer Hauptmann sei ihr Vater, wobei jedoch zu bemerken ist, daß sie in ihrem Verhör vom 7 Thermidor erklärt hat, sie habe dies nur aus Scherz gesagt, daß es also keineswegs erwiesen ist, daß in der That Kaspar Vorrath Nannettens Vater nicht war.

„Nannette riß sich indessen von ihrem Vater loß, nud vereinigte sich mit ihrer Mutter und Eberhard, um MordAnschläge gegen ihn zu schmieden; es finden sich Spuren von mehreren, welche theils von der Amtmännin allein, theils in Verbindung mit den Mitangeklagten angelegt worden sind; so hat sich die erste gegen den Zeugen Nau geäussert: sie wünsche, daß der Teufel den Alten hohle! so bemerkte Caspar Vor-

rath, als er einst gegen Weinachten 1803 seinen Kaffee trank, eine Bitterkeit in demselben, welche ihn bewog, ihn auszugiessen, und Tasse und Mund auszuspülen; Nachmittags aber mußte er sich heftig erbrechen, und vor Schwäche zu Bette legen; in der Folge beschwerte er sich gegen Nannetten, daß ihre Mutter ihm etwas in den Kaffee gemischt habe: Nannette hat uns hier erzählt, daß achher die ganze Haushaltung von demselben Kaffee getrunken, ohne daß jemand eine Uebligkeit verspürt habe, woraus natürlich folgt, daß die Vergiftung bloß dem alten Vorrath gegolten hatte; diese Geschichte klärt sich durch die Aussage des Zeugen Braun auf, welcher gesteht, daß Hang ihm einst den Auftrag ertheilt habe, in einer Apotheke von Bingen Opium zu kaufen, und durch die Aussage Hangs, welcher behauptet, die Amtmännin habe ihm das Geld zu dem Ankauf gegeben, und er habe ihr das, was der Zeuge Braun von dem Apotheker erhalten habe, überbracht. Eben so beweißt das Zeugniß des Arztes Grimmel, welches mit dem so seltenen Bekenntniß der Angeklagten übereinstimmt, daß sie diesen dringend um Gift gebeten hat, um ihren Mann aus der Welt zu schaffen; so hat Nannette in ihren Verhören gestanden, daß ihre Mutter ihr einst den Antrag gemacht: „sie solle dem Vater eine Kupfersuppe kochen, woran einst eine ganze Familie gestorben sei, und wenn er auch grade nicht daran verrecke, so müße er doch zu Bette liegen, und könne die Leute nicht mehr ärgern;" so hat die Amtmännin in Gegenwart ihrer Tochter dem Eberhard zugemuthet, ihren Mann auf dem Wege nach Simmern zu erschiessen, wogegen dieser, um den Verdacht von sich abzuhalten, seinen Bruder in Vorschlag brachte; so hat sie den Vorschlag gemacht, ihren Mann

aufzuhenken, denn er sei ein Kerl wie Sonnet, und man würde glauben, er habe sich selbst erhenkt; so hat Eberhard sich einst bei Gelegenheit eines Streites zwischen der Amtmännin und dem Alten geäussert: wäre die Katharine nicht zugegen gewesen, ich hätte ihm die Kehle zugedrückt; so hat die Amtmännin Eberhard einst den Vorschlag gemacht, den Alten zu erdrossen und sodann zum Fenster hinabzustürzen, wo man dann aussprengen wolle, er habe einen Schlag bekommen; Eberhard hat es auch übernommen, sich aber am folgenden Morgen geäussert: er habe die ganze Nacht vergebens auf den Alten gepaßt; so hat die Amtmännin sich geäussert, es sei schade, daß Schinderhannes nicht mehr wäre, denn das wäre der rechte Kerl gewesen, ihren Mann aus der Welt zu schaffen; so hat sie ihrer Tochter angelegen, dem alten HimmelsSakerment zu kochen, was er nicht gerne esse, dahn würde er wohl verrecken; so hat endlich sowohl sie als Eberhard Hang, dem Zeugen Petri den Vorschlag gemacht, dem Alten beim Rasiren den Hals abzuschneiden. Dies sind die uns bekannte MordAnschläge; wie viel andre mögen noch geschmiedet worden sein? Eberhard hat Ihnen gestanden, daß die Amtmännin ihm 20 bis 25mal ähnliche Anträge gemacht, und ihm erzählt habe: vor zehn Jahren habe sie bessere Gelegenheit dazu gehabt, ihren Mann vergiften zu lassen, allein weil ihre Rechnungen mit dem Hrn. v. Dalberg noch nicht abgeschlossen gewesen, sie nicht benuzzen können. Jeder dieser Anschläge ist ein Verbrechen, jeder ist der Versuch eines Mordes, und hat nach dem Gesetz die Todesstrafe verdient.

„Der zweite Thermidor 12 Jahrs (21. Jul. 1804) war endlich der schreckliche Tag, der allen diesen An-

schlägen die Krone aufsetzen sollte; es war derselbe Tag, wo die Gewalt des Wassers ganze Dörfer mit sich fortriß und viele hundert Menschen in den Fluthen ihr Grab fanden; ich muß Sie, meine Herrn Geschworne, bitten, ihre Aufmerksamkeit zu verdoppeln, indem ich Ihnen die schreckliche Geschichte dieses Tages aktenmässig vortragen werde, welche die ganze Gegend mit Entsetzen und Abscheu erfüllte.

„An diesem Tage versammelten die drei Angeklagten sich Vormittags in der Küche; dort verabredeten sie den MordPlan; die Rollen wurden vertheilt, die Mittel und Art der Ausführung bestimmt, und das Mährchen verabredet, wodurch nachher jeder Verdacht beseitigt werden sollte. (Die Umstände dieser Zusammenkunft, welche der Gen. Prok. hier erzählte, kann man in der AnklageAkte nachschlagen.) Mittags sassen die Verschwornen ruhig und kaltblütig mit ihrem Schlachtopfer an dessen Tische; nach der Mahlzeit gieng der Greiß an seine Geschäfte, Eberhard in die Essigsiederei zurück; Nannette trug die Bothschaften hin und her; als sie ihrer Mutter hinterbrachte, Eberhard sehe verstört aus, äusserte diese sich: „der „einfältige Kerl habe das Herz nicht, wenn er es nicht „wolle, so treibe sie das Kind ab, und dann brauche er „sie auch nicht mehr anzurühren;" als Nannette dies Eberhard erzählte, erwiederte dieser: „wenn mir „nur der liebe Gott heute eine glückliche Viertelstunde „bescheert, damit ich dem alten HimmelSackerment die „Kehle zudrücken kann, denn es ist doch keine Ruhe, „so lange er da ist." Diese Aeusserung gefiel der Mutter, welche darauf zu ihrer Tochter sagte: „er ist also „noch guten Sinnes."

„Die Katharine ward nun aus dem Hause geschickt; bald darauf erwachte das kleine Rosinchen;

der Vater drückte es zum leztenmale an seine Brust, und reichte es der Mutter hin, die es nun auch durch Nannetten zur Katharine hinschickte; als diese mit dem Kinde zu frühe zurück kam, schenkte die Mutter ihr ein neues Halstuch und schickte sie damit zur Näherin; das Kind sezte sie in die Stube und gab ihm Kirschen. Nannette erhielt nun den Auftrag, Eberhard von der Entfernung Katharinens zu benachrichtigen, und ihn zum Streit mit dem Alten aufzumuntern, denn, sezte die Mutter hinzu, eher thut ers doch nicht; Eberhard verlangte dagegen, die Mutter solle Streit suchen; seine Aengstlichkeit äusserte sich dabei nochmal durch die Worte: es thut nicht gut, es kann nicht gut thun. Der Vorwand zum Streit ward nun darin gefunden, daß die Mutter Eberhards Strümpfe stopfte; würklich redete Vorrath die Amtmännin mit den Worten an: stopfst du wieder Strümpfe für den Kerl; in drei Tagen wirst du keine mehr stopfen; worauf diese ihn aber verhöhnte. Der Alte gieng nun die Stiege hinauf. Gleich darauf trat Eberhard ins Haus, die Schwere seines Hammers wiegend; wo ist er? fragte er. Oben, versezte die Amtmännin; so gebt acht, daß niemand kommt, erwiederte Hang. Nannette stand Schildwache an der Thüre; die Amtmännin war in der Hausflur, Eberhard sezte sich auf eine neben der Treppe stehende Kiste.

„Izt kam der Greiß, ohne Argwohn, die Treppe hinab; kaum befand er sich zwischen Gattin, Tochter und Knecht, als die erste in die Worte ausbrach: wenn du es izt nicht thust, so sollst du die Kränk kriegen. Nun schlug ihn Eberhard mit den Worten: wann ist meine Zeit aus? zweimal auf den Schädel. Der Unglückliche sank zu dem Fuß der Treppe nieder; noch

rangen Todt und Leben zusammen, allein keine Hülfe, kein Erbarmen war in den Mördern."

Nannette lief dem Hofe zu. „Du wirst doch keine Närrin sein, rief ihre Mutter ihr zu, komm doch her, du siehst daß ich nicht darf," wobei sie auf ihren angeblich schwangern Leib zeigte. Auch Hang rief ihr zu, worauf sie zur Treppe zurückkehrte. Er hat die Kränk, redete Eberhard sie an. Dieser trug ihn nun die Treppe hinauf, nachdem er vorher den Einwurf gemacht hatte: ich kann ihn nicht ganz hinauf tragen, denn er blutet allzustark. Da man nachher den Körper noch röcheln hörte, mußte Eberhard auf Geheiß der Amtmännin ihn befühlen; er brachte zur Antwort, daß er kalt sei, zog sich sodann ins Brennhaus zurück, ließ aber seinen Hammer auf der Kiste liegen.

Mutter und Tochter reinigen nun die Kellerthüre von Blutflecken; zweimal noch mußte die lezte den Körper befühlen, und als er ihr erkaltet schien, die Kinder zurückrufen. Als diese sich nun in der Stube befanden, sagte die Amtmänninn: gehe in den Keller, die Hefen zu dem Kuchen zu hohlen; worauf Nannette die Treppe hinaufgieng, das noch wallende Blut ihres Vaters betrat, und ihn die Treppe hinabstürzte. Sie hat unaufgefordert hinzugesetzt, sie habe ihrem Vater oben keinen Schlag gegeben; ist dieses nicht eine Anklage gegen sie? Aber auch die Amtmännin war, während Nannette die Kinder rief, ganz allein im Hause! Was da vorgegangen sein mag, ist ein Geheimniß, das ich ihrem Gewissen zu enträthseln überlassen muß.

Nun wurden die Nachbarn gerufen, die die heuchlerische Mörderin mit den Worten empfieng: ach er ist die Treppe hinabgefallen! Eberhard ward aus dem

Brennhaus gerufen; Nannette lief zum Pfarrer, um dessen geistliche Hülfe für ihren Vater zu erbitten; sie hatte sich vorher durch zweimaliges Befühlen versichert, daß keine Hülfe mehr möglich war! ihre Füsse waren vom Blute des Vaters gefärbt, und sie hat ihre blutige Hände unterwegs in einer Gaßrinne gewaschen.

Auch Hang heuchelte unterdessen Theilnahme für den Unglücklichen: er strich den mit Essig an, den er so eben gemordet hatte, er half den Nachbarn die Leiche die Stiege hinauf in die obere Stube tragen: hier kam der Zeuge Siebenwurst hinzu, welcher die mit Gewalt ausgerissenen Haare, die Wunden am Schädel, und den Eindruck des Adamsapfels am Halse auf der Stelle bemerkte; auch der Pfarrer erschien, und glaubte noch so viel Leben an dem Ermordeten zu bemerken, daß er ihm noch die GeneralAbsolution ertheilte.

„Nannette schaffte den Hammer in die Essigsiederei; Mutter und Tochter hielten Rath, wie die blutige Kappe des Amtmannes und die blutbesprizte Schürze des Knechtes zu beseitigen wären. Nach mehreren Vorschlägen wurden sie in einen Ständer unter dem Heerde versteckt, aus welchem die Mutter sie nachher der Zeugin Hubinger geschenkt hat. Auch die blutigen Kleider ihres Mannes hat sie an die Nachbarn verschenkt. So hofften sie jede Spur des Verbrechens zu beseitigen.“

„Allein der Maire Lunkenheimer, welchem die häuslichen Verhältnisse bekannt waren, schöpfte auf der Stelle Verdacht; er eilte in das von den Einwohnern bereits umringte Haus, ließ sich durch die Erklärung der Amtmännin, „ihr Mann habe einen Blut„sturz bekommen, und sei hierauf die Treppe hinab

„gestürzt,“ nicht täuschen, ließ einstweilen Eberharden verhaften, und machte dem Friedensrichter von Stromberg Hr. Leth die Anzeige, daß Spuren eines gewaltsamen Todes vorhanden wären; Hang hat Ihnen erklärt, daß die Amtmännin ihn damals auf der Stelle ermahnt habe, „nichts zu gestehen, weil sich durch Geld vieles ausmachen lasse.“ Schon am Abend desselben Tages erschien der thätige Friedensrichter in Begleitung eines WundArztes, der nach Besichtigung des Leichnams einen VerbalProzeß über dessen Zustand errichtete, woraus sich unwidersprechlich ergab, daß der alte Vorrath gewaltsamer Weise gemordet worden war. Als während der Eröffnung des Körpers Nannette ihrer Mutter Furcht vor einer Entdeckung äusserte, erwiederte diese ihr: „wenn der einfältige Kerl „ihn nur nicht zu arg am Halse geknutscht hat! doch „was liegt uns daran? wir haben es ja nicht gethan. „Wenn Eberhard gesteht, so schieben wir alles „auf ihn; die Katharine muß uns allen durch„helfen.“ So gab sie schon damals das Leben ihres getreuen Helfershelfers zur Schonung des ihrigen Preiß. Vor dem FriedensRichter erklärte die Amtmännin ganz kalt: sie könne über die TodesArt ihres Mannes keine Auskunft geben; sie setzte aus freiem Antrieb dazu: „als er die Treppe hinab gestürzt, sei Hang schon „seit mehreren Stunden nicht im Hause gewesen.“ Auch Eberhard erklärte: er sei nicht im Hause gewesen, und habe seinen Herrn schon mit dem Tode ringend gefunden. Auch Nannette wollte von nichts Wissenschaft haben.

Am 5ten Thermidor erschien der SicherheitsBeamte Hr. Becker selbst in Wallhausen; er ließ den Körper des Ermordeten nochmal ausgraben und durch die zwei WundAerzte besichtigen, deren Zeugniß Sie

in der Audienz vernommen haben. Hr. Becker schritt sofort zur Abhörung vieler Zeugen, aus deren Aussagen sich immer neue Spuren der That ergaben; er sammelte die den Akten beiliegende Beweißstücke, die Kappe, die Schürze, den Hammer ꝛc.; er verhörte die Angeklagten jeden besonders, und schon am 6 Thermidor erfolgte von Seiten Nannettens ein ausführliches Geständniß, welchem am 7 und 8 Thermidor das der Amtmännin folgte. Sie haben nicht vergessen, daß sie es freiwillig abgelegt, und in Gegenwart von Zeugen wiederhohlt hat; daß sie bei dem Anblick ihres Jugendlehrers auf die Kniee gestürzt ist und unter Schluchzen ausgerufen hat: es bleibe ihr nichts übrig, als die Gnade des Kaisers anzurufen. Sie hat es zwar nachher zurückgezogen, allein sie haben nicht vergessen, daß ein verschmizter Dieb, den im Gefängnisse von Simmern nur eine Bretterwand von ihr schied, den ersten Rath dazu ertheilt hat; Nannette und Eberhard Hang haben vor dem Präsidenten dieses Gerichtshofes ihre Geständnisse wiederhohlt; sie haben sie auch hier wiederhohlt, und wenn Nannette aus Achtung für ihre Mutter auf alle, diese betreffende Fragen, jede Antwort verweigert hat, so hat sie dadurch das, was sie in ihren früheren Verhören in Bezug auf ihre Mutter gestanden hat, nur noch mehr bestätigt und bekräftigt; auch Therese Vorrath hat hier, zwar nur wenige, aber doch solche Umstände eingestanden, welche über ihre Schuld keinen Zweifel übrig lassen.

„Die Angeklagten sind daher völlig überführt, den Kaspar Vorrath freiwillig, mit kaltem Blute, nach langer Ueberlegung gemordet zu haben. Nannettens Schuld wird noch dadurch vermehrt, daß sie an ihren eigenen Vater Hand gelegt hat; verge-

bens will sie behaupten, von ihrer Mutter erfahren zu haben, daß ein Mainzer Hauptmann ihr Vater sei: sie ward in den ersten Jahren der Ehe gebohren, die damals noch keine Zwistigkeiten getrübt hatten, Kaspar Vorrath steht im Taufbuch als ihr Vater angeschrieben; die Amtmännin hat in ihren Verhören erklärt: nur im Scherz habe sie ihrer Tochter gesagt, es sei möglich, daß ein Mainzer Offizier ihr Vater sei; allein womit ist diese Behauptung erwiesen? zudem kann Therese Vorrath sich nur des Ehebruchs mit diesem Offizier anklagen, nicht aber bestimmen, wer Nanettens Vater ist; um so mehr, da sie in ihren Verhören die Zeit, während welcher ihr Mann ihr nicht mehr beigewohnt, selbst auf drei Monate bestimmt hat.

„Alle drei Angeklagte sind an dieser That gleich schuldig; hätte einer von ihnen nicht eingewilligt, hätte einer von ihnen sich zurückgezogen, so hätte sie nicht vollführt werden können. Allein mit kalter Bosheit entwarfen sie den MordPlan; die Mutter führte den Hammer in Eberhards Hand; die Tochter stärkte ihn durch ihre Einwilligung in seinem Vorsatz. Alle drei frohlockten über den Mord ihres Herren, Gatten, Vaters."

Herr Krezzer nahm hierauf für Eberhard Hang das Wort: die Ordnung der AnklageAkte sei kein Maasstab für die Schuld der Angeklagten, ganz umgekehrt müßten diese eigentlich sitzen, die Amtmännin die erste, die beiden Verführten nach ihr; die Geschwornen möchten dies nie aus dem Auge verlieren; wenn der Herr GeneralProkurator sich auf seine Glaubwürdigkeit berufen habe, so müsse man dabei immer bedenken, daß er hier als Kläger auftrete; gleiche Glaub-

würdigkeit verdienten die Vertheidiger in ihrem Beruf. So selten eine kontradiktorische Vertheidigung wäre, so müsse es nothwendig die gegenwärtige werden, und so beschwerlich eine solche auch immer sein müsse, so wäre diese es noch um so mehr, weil der größte Theil der Geschwornen aus Landleuten bestünde, die, entfernt von der Stadt, mit der Gewalt der Verführung unbekannt wären; auch habe die Amtmännin durch die Verwerfung aller Geschwornen vom Hundsrücken Eberhard eines seiner besten Mittel beraubt, indem in jener Gegend sein Lebenswandel und sein Karakter vorzüglich bekannt wären. Aus diesen mancherlei Gründen müsse er die Geschwornen um besondere Aufmerksamkeit bitten.

Der Vertheidiger gieng sodann zur Erörterung der Fragen über, von deren Beantwortung das Schicksal von Hang abhieng. Auf die erste, ob Vorrath getödtet worden, müsse er leider ja antworten; eben so hielt er sich nur kurz bei den folgenden auf, ob nämlich Hang ihn getödtet, und zwar ausser dem Falle der rechtlichen Nothwehr seiner selbst oder eines andern. Stärker griff er die Frage an: ob er ihn freiwillig getödtet habe? Eberhard habe keinen andern Willen gehabt als den der Amtmännin; dieses Weib habe ihn ganz in ihren Nezzen bestrickt gehalten, sie habe alles über ihn vermocht; Hang habe zu der That keinen Beweggrund gehabt, als die Anreizung dieses Weibes: Diesem sei es leicht geworden, den 21jährigen Hang ganz zu bethören; auf ihrer Seite sei die Ueberlegung und die Verderbtheit gewesen, auf der Seite von Hang Jugend und Leichtsinn; zudem habe man ihn gar nicht zur Besinnung kommen lassen; man habe ihn durch beständige Bothschaften, durch Drohungen, sein Kind abzutreiben, immer mehr und mehr aufgereizt;

auch den Alten habe man in Hizze gebracht: ein unglückli-
cher Zufall habe grade damals Eberhard ins Haus ge-
führt; der Streit, die Jugendhizze, die Drohungen der
Amtmännin hätten seinen Arm geführt, — ein Schlag,
und es sei vorüber gewesen. Kein freier Wille sei in dieser
Handlung zu erkennen; seit jenem Schlag habe Hang
den Leichnam nicht mehr berührt; Gott möge wissen, wo
die übrigen Wunden herrühren möchten.

Wolle man aber auch annehmen, er habe freiwillig
gehandelt, so sei doch kein Vorsaz bei ihm denk-
bar. Wer den Plan entworfen, wer die Rollen ver-
theilt, wer die Ausführung geleitet habe? alles sei
auf Geheiß der Amtmännin geschehen; sie habe alle
vorherige MordAnschläge entworfen, sie habe schon
vor zehn Jahren den Vorsaz dieses Mordes in ihrer
Seele genährt. Der allgemeine Ruf habe die Amtmän-
nin auf der Stelle die Mörderin genannt, und den
verführten Eberhard bedauert; er habe für die Frau
die Arbeit gethan, habe es in Wallhausen geheissen;
diese habe auch am 2 Thermidor des Morgens den Vor-
schlag gethan, Hang habe ihn nur angehört, und
immer gehofft, er würde wie so viele andere vorüber-
gehen; bei ihr allein sei also der Vorsaz zu suchen.
Nur der Boshafte sei der vorsäzliche Mörder; die Bos-
heit fände sich nur bei der Frau; Hang habe sich bis
zum lezten Augenblick geweigert, den Streit anzu-
fangen, er habe immer die That von sich abzulehnen
gesucht, nur bei dem sei daher der Vorsaz dazu zu su-
chen, der ihn gleichsam bei den Haaren dazu geschleift
hätte.

Auch die Frage: ob Hang zu dem Morde
aufgereizt worden? sei nicht schwer zu beantwor-
ten. Ohne die beständige, thätige Aufreizung von
Seiten der Amtmännin wäre der Mord nie zu

zu Stande gekommen. Die Amtmännin habe ja selbst ihre Furcht geäussert, Hang möge zurückgehn; sie habe ja selbst mit dem Alten Streit gesucht, weil er eher es doch nicht thun würde. Die Drohung, sein Kind abzutreiben, sei für Hang die schrecklichste Aufreizung gewesen. Endlich sei er sicher zu entschuldigen; seine Jugend, seine Reue, sein aufrichtiges Geständniß, sein vorheriges moralisches Betragen, die Gewalt der Verführung und alle Umstände der That selbst wären eben so viele Bürgen, daß die Geschwornen ihn nicht mit dem kalten und verstockten Verbrecher in dieselbe Klasse setzen würden.

Herr Korbach führte nunmehr für die Amtmännin im Wesentlichen folgendes an: er bitte die Geschwornen sich nicht irre machen zu lassen. Man müsse vor allem die Umstände, welche vor dem 2ten Thermidor (Tag der Ermordung) statt gehabt, von jenen, welche an diesem Tag selbst vorgefallen, und diese leztere wieder von den nachher statt gehabten Thatsachen unterscheiden.

Was die vorhergegangene schlechte Aufführung der Therese Vorrath, was die vorher ausgestossene Drohungen, was die vielen Versuche zum Morde ihres Mannes beträfe, so seien diese zum Theil unerwiesen und bestritten, zum Theil könnten sie eine Folge von Unüberlegtheit und vorhergegangenen Zwistigkeiten gewesen sein; eine vorherige Drohung könne für sich selbst noch nicht als ein Beweiß ihrer nachherigen Ausführung gelten. Uebrigens wären alle diese Versuche ohne Erfolg geblieben, und könnten also höchstens als ein Beweiß von der Verdorbenheit der Therese Vorrath, die er selbst nicht bemänteln wolle, gelten, aber keineswegs als ein Beweiß

daß sie wirklich an dem nachher erfolgten Mord Theil gehabt, oder auch nur ernstlich und unmittelbar vor der That zu demselben aufgereizt hätte. Denn wenn nicht die ernstliche und unmittelbare Anreizung oder Theilnahme der Amtmännin bewiesen wäre, so könne man sie nicht als die Urheberin oder Theilnehmerin betrachten.

Es handele sich davon, ob es gewiß sei, daß die Therese Vorrath an dem Mord selbst Theil gehabt, oder dazu aufgereizt habe?

Die Beweise, welche man dahin von Seiten der H. Generalprokurators anführe, wären
1) das Eingeständniß von Hang
2) das vorhinnige aber in der Audienz zurückgenommene Eingeständniß der Tochter
3) ein vorhergegangenes bei dem Sicherheits Beamten gemachtes Eingeständniß von Seiten der Therese Vorrath selbst.

Was das Eingeständniß von Eberhard Hang beträfe, wodurch er die Angeklagte, als seine Verführerin und als die Urheberin der ganzen Mordgeschichte anklage, so brauche sich diese nur auf die allgemeine Grundsätze über die Gültigkeit einer solchen Aussage berufen. Die Glaubwürdigkeit einer Aussage müßte nach dem Vortheil oder Nachtheil, den jemand dabei suche, beurtheilt werden.

Die Aussage eines Mitschuldigen, eines überwiesenen und eingestandenen Verbrechens beweise nichts. Wenn man noch überdem bedenke, daß dieser Verbrecher sein einziges Vertheidigungsmittel darin suche, die ganze Sache auf die Therese Vorrath zu schie-

ben, und sich mit derselben Verführung zu entschuldigen, so liefere eine solche Aussage noch nicht einmal den Schatten von einem Beweise.

Die gehäuften Wiedersprüche des Eberhard Hang mit seinen vorigen Verhören und die Dunkelheit, worin die einzelne Umstände gehüllt wären, müßten die Geschworne bewegen, mit der äussersten Vorsicht zu Werke zu gehen.

Auch die Aussage der Tochter, welche sie vorher bei dem Director der Geschwornen gemacht habe, verdiene aus den oben angeführten Grundsätzen keinen Glauben; — allein wenn man noch dabey bemerke, daß die Tochter hier in der öffentlichen Audienz erklärt habe: ein großer Theil ihres vorherigen Verhöres sey nicht der Wahrheit gemäß, so müsse der Geschworne in der Ungewißheit, worinn er schwebe, den Leitfaden seiner Ueberzeugung nicht in Vermuthungen sondern in der Gewißheit suchen.

Das eigene Eingeständniß der Therese Vorrath bei Hr. Becker sei nur generell uud nie umständlich gewesen. Ein generelles und unbestimmtes Eingeständniß von Seiten derselben könne aber die einzelnen gegen sie angeführten Thatsachen nichtbewahrheiten; die Angeklagte habe diese Geständnisse nur in dem Sinne gethan, weil sie sich allerdings durch ihren vorhergegangenen Umgang mit Eberhard als eine, wiewohl mittelbare, Ursache des Mordes habe ansehen müßen; übrigens behaupte die Angeklagte, sie sei durch Drohungen und Versprechungen des Hrn. Beckers auf die Gnade des Kaisers, welcher ihr bei Gelegenheit seiner Durchreise durch Simmern die Freiheit schenken werde, bewogen worden, ein solches

Geständniß nicht blos bei Hrn. Becker zu thun, sondern auch nachher in seiner Gegenwart bei einigen andern zu wiederhohlen. Ich habe sie, unmittelbar als sie aus der Aufsicht des Hrn. Beckers in die des Direktors der Anklage Jury zu Simmern übergegangen sei, dies Geständniß gleich wieder zurückgenommen und nie die unmittelbare Theilnahme an dem Verbrechen eingestanden.

Daß die Therese Vorrath von der That Mitwissenschaft oder unmittelbar dazu angereizt habe, sei übrigens unwahrscheinlich:

1. Weil die angebliche Drohung, ihr Kind abzutreiben, eine offenbare Unwahrheit sei, indem sich aus dem Datum der Geburt ihres Kindes ergebe, daß sie damals (am 2ten Thermidor) erst im zweiten Monate ihrer Schwangerschaft gewesen sei, mithin selbst dieselbe nicht wissen konnte, um so mehr als sie damals noch das Rosinchen geschenkt habe.

2.) Weil die That viel zu unüberlegt angelegt gewesen, als daß man selbe einer vorhergegangenen Verabredung zuschreiben könne, indem die Entdeckung je unvermeidlich gewesen.

3.) Weil nicht die Therese Vorrath, sondern hauptsächlich Eberhard Hang, welcher sich in den Besitz des Vermögens vom alten Vorrath, und den der Tochter setzen wollte, das meiste Interesse gehabt habe, den Alten umzubringen.

4.) Weil die erste, wenn sie Theil an der That gehabt hätte, sorgfältig alle vorher obenbefindliche Blutflecken hätte abwaschen müßen, welches sie aber nicht gethan, sondern ganz unbesorgt den Nachbarn befohlen habe, selbe mit Sand zu bestreuen.

Was die nach der That angeführte Umstände betreffe, so seien diese alle von der Art, daß man gar nicht darauf

zu antworten brauche, indem alles das, was nach der That geschehen sei, keinen Beweiß von einer vorherigen Anreizung, oder Beihilfe bei der That selbst, sondern höchstens von einer nachher von ihr gemachten Entdeckung und Mitwissenschaft abgeben könne; eine nachherige Mitwissenschaft läge aber ausser den Gränzen des Gesetzes.

Möglich sei es daher immer, daß Therese Vorrath ganz und gar keine Mitschuldige sei.

Nehme man aber auch an, daß ihre vorherige Aussagen wahr wären, so erhelle doch daraus, daß die Angeklagte keinen thätigen Antheil an dem Verbrechen genommen; es erhelle ferner daraus, daß selbst die angebliche Anreizung der Amtmännin nicht die Ursache der That gewesen sei.

Die Antwort des Hang, als die Amtmännin gesagt haben solle: ich muß das Kind abtreiben, beweise dieses unwidersprechlich: „was hilft das? sagte Hang, der alte HimmelSakerment lebt ja denn doch noch!" Also nicht die Anreizung der Frau, sondern das eigene Interesse trieb Hang zur That. Der Streit wegen den Strümpfen, welchen die Amtmännin übrigens nicht als Folge einer vorhergegangenen Verabredung gelten lassen wolle, sei um 1 Uhr vorgefallen; er wäre lange vorbei gewesen, als Hang nach 4 Uhr die That vollbracht habe; der Umstand, daß Hang mit dem Hammer aus der Brennerei in die Hausthüre getreten, die Schwere seines Hammers gewogen, und gefragt habe: wo ist er? beweise unwidersprechlich, daß die That eine Folge seines Vorsatzes und nicht der Anreizung der Amtmännin gewesen sei. Die Worte: du sollst die Kränk kriegen, wenn du es jezt nicht thust, habe sie nie gebraucht; sie sei im Zimmer unten gewesen, und die That selbst ohne ihr Mitwissen geschehen.

Wenn man nun diese Worte: du sollst die Krenk kriegen 2c., als unerwiesen annehme, und als erwiesen könne man sie nach den obenangeführten Grundsätzen von der Glaubwürdigkeit des Hang nicht annehmen, so könne man auch nicht sagen, daß die Angeklagte unmittelbar zu der That durch Versprechungen oder Drohungen angereizt habe, oder mit andern Worten, daß die That eine Folge der Anreizung gewesen sey.

Uebrigens sei es ja auch möglich, daß die Drohungen und Anreizungen der Amtmännin nicht wohl überdacht, sondern unüberlegt und im Eifer geschehen seien. Die Geschworne würden daher auf jeden Fall die Frage: ob es erwiesen sei, daß die Anreizung mit Vorbedacht geschehen, mit Nein beantworten müssen; alsdann würde die Angeklagte nicht die Strafe erleiden müssen, die nur der völlig überwiesene Meuchelmörder aber nicht ein unüberlegtes, durch Leidenschaften und Wollust verblendetes, Weib verdiene.

Er empfehle übrigens die Angeklagte der Menschlichkeit der Geschwornen, mit der Bitte, daß, wenn er sie von der gänzlichen Schuldlosigkeit derselben nicht überzeugt hätte, sie im Zweifelhaften eine Erklärung von sich geben mögten, deren Folge die Besserung und Unschädlichmachung der Angeklagten sein würde.

Hr. Simon sprach hierauf gleichfals für Hang: sein Vortrag hatte hauptsächlich zum Gegenstand, die Geschworne mit dem Umfang ihrer Pflichten, und den Gränzen ihrer Gewalt bekannt zu machen; einer der Hauptgegenstände ihrer Berathung sei die Erwägung der größeren und minderen Straffälligkeit: und wenn gleich alle Angeklagte eines Verbrechens beschuldigt wä-

ren, daß das Gesetz mit dem Tode bestrafe, so läge doch schon in der Anklage selbst eine Gradation, indem es sich von einem HerrenMord, GattenMord, VaterMord handle; der Hauptzweck der Strafgesetze sei die Sicherstellung der Gesellschaft; die Strafen das Mittel dazu: sobald dieser Zweck erreicht sei, hätten die Geschworne ihre Pflicht gegen den Staat erfüllt; er durchgieng nunmehr die verschiedenen Verfügungen des PönalGesetzbuchs, wodurch der blosse Todtschlag, der Todtschlag aus Nachläßigkeit, der Mord auf Anreizung, der Mord ohne Anreizung, und der Mord mit Vorbedacht oder der Meuchelmord mit verschiedenen Strafen belegt werden, und zog, da den Geschwornen Fragen über alle die Umstände vorgelegt werden müssen, welche den Karakter des Verbrechens bestimmen, daraus die Folge, daß Hang eben sowohl eines einfachen Mordes als eines Meuchelmordes angeklagt sei, und es daher nicht allein in der Befugniß der Geschwornen, sondern ihre Pflicht sei, nach dem größeren oder geringeren Grad der Sträflichkeit, durch eine im Sinne des Gesetzes abgegebene Antwort auf die ihnen vorzulegenden Fragen, eine härtere oder gelindere Strafe eintreten zu lassen; blos ihre Ueberzeugung sei es, welche sie zu Rath zu ziehen hätten, über diese Ueberzeugung ziehe weder das Gesetz noch der Staat sie zur Verantwortung.

Die Theilnehmer desselben Verbrechens seien nicht immer gleich strafbar, und es sei ungerecht, den wenigst straffälligsten, wie den, der es am meisten wäre, zu bestrafen; bei Bestimmung der Strafe müßte die Moralität der Verbrecher, die Umstände welche das Verbrechen herbeigeführt und begleitet hätten, in Anschlag gebracht werden, und deshalb habe das Gesetzbuch der Verbrechen und Strafen die Abhörung eigener Zeugen über die Moralität der Angeklagten ermächtigt.

Der Vertheidiger durchgeht nun nochmal die den Angeklagten Hang betreffende ThatUmstände; in Hinsicht auf die Frage, ob Hang den Kaspar Vorrath erschlagen habe, macht er vorzüglich die Bemerkung: Kaspar Vorrath sei nicht allein erschlagen, sondern auch erdrosselt worden; Hang habe sich gleich nach dem unglücklichen Schlag in die Essigsiederei zurückgezogen; die Mutter habe auch Nannetten zu entfernen gewußt; wenn daher der Vertheidiger der Amtmännin behaupte: Gott und Hang allein mögten wissen, woher die Erdrosselung und die andern Kopfwunden? so möge er um so mehr antworten: Gott und die Amtmännin mögten es wissen, als diese das größte Interesse gehabt, daß der Alte bei Ankunft der auf ihren Befehl herbeigerufenen Zeugen nicht mehr sprechen konnte; er stellt nunmehr kurz die Gründe, welche Hr. Krezzer bereits in Hinsicht auf den Vorsatz und die Freiwilligkeit der Handlung angeführt hatte, so wie die EntschuldigungsGründe für Hang nochmal znsammen, und empfiehlt zulezt seinen Klienten der Menschlichkeit der Geschwornen.

Siebente Sitzung vom 27. Prairial.

Hr. Lassaulx sprach für Nannetten. Die Größe eines Verbrechens, behauptete er, sei ein schlechter Maasstab für die Schuld des Thäters; das Gesetz, das ein Zügel für alle sei, habe nur eine Strafe für alle; der Richter müsse eine Wage haben für jeden, und, da das Gesetz bei Bestimmung der Strafe den höchsten Grad der Schuld im Auge gehabt habe, sorgfältig wachen, daß diese Strafe auch den größten und nicht den unglücklichsten Verbrecher treffe; die Jugend der Angeklagten, und die vortheilhaften Zeugnisse, welche die Zeugen ihr ertheilt, sogar ihre Anhänglichkeit an ihre Mutter forderten den Richter zu der streng-

sten Prüfung der gegen sie vorgebrachten Anklage auf.

Alle frühere MordAnschläge auf das Leben des alten Vorraths wären Nannetten ganz fremd; nicht allein habe sie keinen Antheil daran genommen, sondern es erhelle sogar aus den Akten, daß sie z. B. bei Gelegenheit der Kupfersuppe, sich geweigert habe, daran Antheil zu nehmen. Selbst die Frage, ob sie zu der That vom 2 Thermidor Hülfe geleistet, lasse sich mit nein beantworten; die ThatUmstände, welche ihr zur Last gelegt würden, könnten füglich in zwei Klassen eingetheilt werden, in die welche der That vorhergegangen und sie begleitet hätten, und in die welche darauf gefolgt wären; die unmenschliche und unnatürliche Vermuthung, als habe Nannette, ehe sie den Körper die Treppe hinabgestürzt, noch Hand an ihn gelegt, würde er keiner Antwort würdigen; eines theils hätten die WundAerzte einstimmig erklärt, daß der Schlag, welchen Hang dem Alten versetzt, ihm Leben und Bewußtsein geraubt habe; andrerseits sei diese Vermuthung von gar nichts unterstüzt, und der erste Blick auf die Angeklagten, die erste Vergleichung ihrer körperlichen Kräfte müsse jeden Verdacht von Nannettrn abwenden; die Antwort auf diese Vermuthungen stehe in jedem menschlichen Herzen geschrieben, und habe gleich Nannette die Leiche die Treppe hinabgestürzt, so habe doch dieser Fall zu dem Tode selbst nichts beigetragen, da der Adamsapfel schon vorher eingedrückt gewesen, so sei sie doch selbst keine Mörderin, so habe sie selbst doch nicht Hand angelegt.

Der Untersuchung der übrigen Thatsachen müsse er eine allgemeine Bemerkung vorausschicken; Nannette verweigere standhaft jede Erklärung über die

Umstände, wobei ihre Mutter betheiligt wäre; den Geschwornen bleibe also nichts übrig als die Erklärungen von Hang und die der Amtmännin; die Wahrheit sei nur eine, sie könnten also nur einem glauben; Hang behaupte, die Amtmännin läugne; die Amtmännin sei allein, aber Hang sei auch allein; sollte die Amtmännin Glauben finden, dann wäre Hang ein Lügner, der weiter auf keine Glaubwürdigkeit Anspruch machen könne, dann fielen seine Aussagen auch in Hinsicht auf Nannetten weg; dann fielen auch Nannettens frühere Bekenntnisse weg, weil sie dasselbe erklärt hätte, wie Hang; dann bleibe in Hinsicht auf jene nichts zurück, als Zweifel und Ungewißheit, aber kein Beweiß, kein Zeugniß, kein Geständniß. Dann müßte Nannette freigesprochen werden.

„Er könne daher durchaus nur in der Unterstellung, als sei alles das buchstäblich wahr, was Hang noch in der Audienz, und Nannette in ihren Verhören erklärt hätte, sprechen; und dann seien diese Erklärungen untheilbar, und man könnte sie nicht gegen Nannetten anwenden, und den Theil verwerfen, welcher zu ihrem Vortheil spräche; dies vorausgesetzt schritt nunmehr der Vertheidiger zur Untersuchung der Frage, ob Nannette zu dem Morde Hilfe geleistet habe, und stellte dabei folgende Sätze auf: 1) das Gesetz verlange keine negative Hilfe durch blosses Verhehlen, sondern eine thätliche, positive Theilnahme, ohne welche die That nicht vollbracht worden sein würde. 2) Alles was sich nach dem Mord ereignet habe, habe nicht den Mord selbst zum Zweck haben können, und läge daher ausser der den Geschwornen übertragenen Untersuchung. 3) Keiner der Umstände, welche dem Mord vorhergegangen, sei geeignet, um eine thätliche Beihilfe im Sinne des Gesetzes zu konstituiren. Der Ver-

theidiger zergliederte nunmehr die einzelne Umstände, um diesen Beweiß zu erbringen; die Verhehlung des am Morgen des zweiten Thermidors entworfenen Mord-Plans, behauptete er, könne wohl eine moralische allein keine gesetzliche Schuld sein, weil kein Gesetz diese Verschweigung mit einer Strafe belegt habe; auch in moralischer Hinsicht sei dieses Schweigen wenigstens zu entschuldigen; man müsse dabei Nannettens blinde Anhänglichkeit an ihre Mutter, ihre Entfernung von ihrem Vater, die Entdeckung, welche ihre Mutter ihr gemacht, daß der alte Vorrath ihr Vater nicht sei, ihr jugendliches Alter, den Leichtsinn, womit sie diese Unterredung nach so vielen vorherigen ähnlicher Art, deren keine je ernsthafte Folgen gehabt, habe anhören können, die Abhängigkeit worin sie von Jugend auf gelebt, ja selbst die Furcht in Anschlag bringen, und vor allem bedenken, daß sie, in der Mitte zwischen einer innig geliebten Mutter, und dem Alten, den ihr Herz nicht mehr Vater genannt habe, keine andre Wahl gehabt als zu schweigen, oder indem sie den lezten gewarnt hätte, die erste aufs Blutgerüste zu liefern. Vergebens würde man den Einwurf machen, als habe sie auch an jenen Verabredungen selbst Antheil genommen. Zwar sage die AnklageAkte: sie habe es ohne Widerrede übernommen, den Körper die Treppe hinabzustürzen; allein sie läugne diesen Umstand, Hang könne nicht als Zeuge gelten, somit sei er unerwiesen, und buchstäblich angenommen, beweiße er weiter nichts, als daß sie nicht widersprochen habe, welches in ihrer Lage zu entschuldigen wäre, und auf die Beantwortung der Frage von keinem Einflusse sein könne, weil von diesem Auftrag erst nach vollbrachtem Mord die Rede hätte sein können, und er also keine Theilnahme an dem Mord selbst enthalte.

Der Vertheidiger zergliederte eben so alle übrige Umstände, die er theils als eine blosse Folge jener Mitwissenschaft, theils als die Befolgung an und für sich unsträflicher mütterlicher Aufträge, theils als solche Thatsachen, die mit der That nicht unmittelbar im Zusammenhange stünden, zu beseitigen suchte. Der wichtigste davon schien ihm das Schildwache stehn; allein, sagte er, die Aussage Nannettens, die von Hang und die Lokalitäten vereinigen sich, um diese Beschuldigung zu vernichten. Die erste behaupte, als sie die Treppe hinab gekommen, und Hang mit dem Hammer in der Hand erblickt, sei ihr die Verabredung vom Morgen so schwer aufs Herz gefallen, daß sie vor die Thüre geeilt wäre, von wo ihre Mutter sie zurückgerufen habe; Hang behaupte sogar, Nannette sei in der Hausflur gegenwärtig gewesen, als er den Schlag geführt, und erst nachher in den Hof entflohen. Endlich erhelle aus den Akten, daß die Hofthüre verschlossen gewesen; wozu also eine Schildwache an die Thüre stellen, die auf den Hof gieng, während an der Thüre, die aus dem Laden auf die Strasse führte, niemand gestanden hätte? die Ausdrücke: Schildwache stehen, müßten sich daher irthümlich in die Verhöre eingeschlichen haben.

Was die Umstände, die sich nach der That ereignet, vorzüglich das Herabstürzen des Körpers, betrafe, so glaubte der Vertheidiger sich damit blos beschäftigen zu müssen, um den schädlichen Eindruck, den diese empörende Handlung auf die Geschwornen gemacht haben könnte, zu beseitigen; er bemerkt zu dem Ende, daß der Körper so gelegen habe, daß er bei dem geringsten Anstoß herabgerollt wäre; er führte die Bestürzung an, worin Nannette sich in jenem Augenblick befunden, den Befehl ihrer Mutter, welche sich mit ihrer

Schwangerschaft entschuldigt habe, daß sie dies Geschäft nicht selbst übernehmen könne, endlich die schreckliche Nothwendigkeit, worin sie sich befunden, entweder diesen Befehl blindlings zu befolgen, oder durch die Flucht aus dem Hause in diesem Augenblick der Zerstörung alles zu verrathen, und ihre Mutter aufs Blutgerüste zu liefern. Der Umstand, daß sie vor dem Herabstürzen den Körper befühlt habe, um sich zu überzeugen, daß er auch wirklich todt wäre, spreche ganz für sie, weil sie ihn doch nicht noch lebend habe herabstürzen sollen. Daß nachher die Adern noch gezuckt hätten, sei aber kein Beweiß, daß er dennoch noch gelebt, sondern eine nothwendige Folge der Art, wie man den Körper die Treppe hinaufgetragen, wo das noch flüssige Blut nothwendig zu den offenen Kopfwunden hätte hinströmen müssen.

„Nannette habe auch nicht freiwillig gehandelt; es sei ein Unterschied zu machen zwischen physischem und moralischem Zwang; dieser lezte sei hier im höchsten Grade vorhanden gewesen; ein siebzehnjähriges Kind, in Nannettens Lage, eine Magd im väterlichen Hause, habe keinen freien Willen, am allerwenigsten einen Willen gegen den Willen seiner Mutter. Die Liebe zu ihrer Mutter sei der einzige hervorstechende Zug in Nannettens Karakter; mit dieser blinden Anhänglichkeit sei kein freier Wille verträglich; sie habe keine Wahl gehabt zu handlen oder zu lassen, und ohne Wahl sei kein freier Wille denkbar, eben so wenig als ohne Erkenntniß des Guten und des Bösen, die bei Nannettens Alter und Erziehung nicht vorhanden gewesen; jede freiwillige Handlung habe zudem einen Beweggrund; Nannetten habe von dem Mord auch nicht den geringsten Vortheil zu gewärtigen gehabt, der Vortheil sei ganz für die Mut-

ter gewesen; alle Spuren eines blinden und knechtischen Gehorsams seien daher unverkennbar, der ohne Ueberlegung handle, auf fremden Befehl, ohne Rücksicht auf Vortheil, ohne Erkenntniß der Moralität einer Handlung. Also fremde Impulsion und kein freier Wille habe Nannetten in ihren Handlungen geleitet.

Am allerwenigsten aber lasse sich bei ihr ein kalter Vorsatz, eine Vorbedächtlichkeit unterstellen; vorsätzlich handle der, der den Vorsatz zu einer That entwerfe und ausbilde. Die Jugend aber sei nicht grausam, zu kalten Entschlüssen wenig aufgelegt und keiner Ueberlegung fähig; alle obige Gründe träten zudem hier in stärkerem Grade nochmal ein.

Auch die Frage, ob Nannnette im Augenblick der That den Ermordeten für ihren Vater gehalten, könne nicht zweifelhaft sein. Alle Wahrscheinlichkeit streite dafür daß er es wirklich nicht gewesen; die Erklärung der Amtmännin, der Umstand, daß sie nach mehreren Jahren einer unfruchtbaren Ehe grade dann empfangen habe, als sie mit einem andern, als ihrem, nach derselben Erklärung, unfruchtbaren Manne Umgang gehabt, streite für diese Behauptung. Allein hier komme alles auf subjective Schuld an, und in dieser Hinsicht sei es nicht zu läugnen, daß wenigstens Nannette den alten Vorrath nicht für ihren Vater gehalten habe. Die AnklageAkte selbst gebe den Augenblick dieser Entdeckung als die Epoche ihrer Abneigung gegen denselben an; diese Entdeckung sei kein, nach der That, erfundenes Mährchen, da schon vorhin Zeugen davon unterrichtet gewesen wären; vergebens wende der Gen. Prof. ein, die Mutter habe nur im Scherz ihrer Tochter jene Entdeckung gemacht; die

Epoche, worin sie in ihrem Verhöre dies erklärt habe, benehme diesem allen Glauben; solche Dinge erzähle man nicht im Scherz; habe aber auch die Amtmännin sie im Scherz erzählt, so habe die Tochter sie im Ernst geglaubt, und die Amtmännin selbst gestehe, sie in dieser Meinung bestärkt zu haben, indem sie ihr mehrmal, als sie den Ermordeten Vater genannt, wiederholt habe: sie möge es nicht thun, denn er wäre ihr Vater nicht

„Nannettte, so schloß der Vertheidiger, ist des Mordes angeklagt: sie ist des VaterMordes angeklagt. In wenig Augenblicken wird ihr Schicksal entschieden sein und diese Entscheidung ruht in Ihren Händen. In den Jahren, wo sonst das junge Mädchen fröhlich in den Kreis ihrer Gespielinnen eintritt, lebte Nannette einsam, abgeschlossen von jeder weiblichen Gesellschaft, in dem Hause der Wollust und der Zügellosigkeit; in den Jahren, wo sonst das schüchterne Mädchen von jedem frechen MännerBlicke sittsam zurückweicht, war Nannette schon in alle Geheimnisse verbotener Lüste eingeweiht; in den Jahren, wo sonst die unerfahrne Tochter sich enger an die Mutter anschließt, und ängstlich alle ihre Lehren befolgt, als die einzigen, welche ihr auf dem engen Pfad der Tugend zum sichern Leitfaden dienen können, erhielt Nannette von ihrer Mutter keinen andern Unterricht als in Ausschweifungen, und kein anderes Beispiel als das der Zügellosigkeit; in den Jahren, wo sonst das aufblühende Mädchen sich nach der Liebe des Mannes sehnt, der die Bestimmung seines Lebens verändern soll, sah Nannette sich von dem Manne, ihrer Wahl verstossen und verlassen; in den Jahren, wo sonst die gefallene Tochter an dem Busen eines zärtlichen Vaters Trost und Hülfe vor der Schande

sucht, wußte Nannette, daß sie keinen Vater hatte; in den Jahren, wo sonst der unbefangenen sorgenfreien Jungfrau alle unschuldige Freuden entgegenblühen, und das Leben ihr seinen Frühling mit allen seinen Schäzzen willig beut, schmachtet Nannette in Ketten an dem Orte, wo man nur den Auswurf der Menschheit sucht, und verläßt diesen Ort des Jammers und der Verzweiflung nur, um hier ihres Ausspruchs zu harren, ob sie leben soll, oder bluten unter dem Beile des Henkers! O wie entsetzlich ist sie gestraft, selbst wenn ihr Ausspruch sie dem Leben wiedergiebt! Dahin sind für sie alle Genüsse dieses irrdischen Lebens! Folternde Rückerinnerungen begleiten sie auf jedem ihrer Schritte! Mistrauen und Verachtung werden sie verfolgen! Sie hat keinen Vater, sie hat vielleicht auch keine Mutter mehr! Sie können ihr wohl das Leben, aber nicht das Glück des Lebens zurückgeben.

„Und doch ist Nannette kein böses Geschöpf! sie hat lange ihr Herz den Einlispelungen der Verführung verschlossen, und selbst nachdem sie den Kelch der Wollust geleert hatte, hatte sie noch Muth und Kraft genug, die Bande des Lasters zu zersprengen; sie hat sich selbst von ihrem Verführer losgerissen, sie hat sich freiwillig seinen Umarmungen entzogen, sie hat freiwillig von allem Umgang mit ihm abgelassen, und von dem Augenblicke an, wo sie dessen Verständniß mit ihrer Mutter entdeckt, das Verworfene ihrer Lage tief gefühlt, und den Freuden verbotener Lüste in der Epoche ihres Lebens von selbst entsagt, wo die Leidenschaften, einmal aufgereizt, am tiefsten zu wurzeln und am heftigsten zu wirken pflegen; wie wenige in ihrer Lage hätten dasselbe geleistet! Wie selten ist dieses Beispiel und wie laut spricht es für die Angeklagte? Ja, meine Herren, sie haben so-

gar gehört, daß sie selbst geflohen ist aus dem väterlichen Hause! daß sie nicht dahin zurükkehren wollte, bis ihr Verführer es verlassen hätte; dieser Kampf des innern Tugendgefühls gegen alle äussere Eindrücke ist ein unwidersprechlicher Beweiß für die Reinheit ihres Herzens. Dieses heldenmüthige Anstreben wird für ihre Vertheidigung nicht verlohren sein! Sie haben nicht vergessen, daß Kaspar Vorrath selbst sie damals mit Gewalt zurückgeführt hat in seine Wohnung! O blinder Sterblicher! kurzsichtiger Greis. Du selbst wärest ihr Mörder geworden, wenn sie diese Wohnung nur verlassen hätte, um das Blutgerüste zu besteigen.

„Welche Empfindungen weckt dieses Wort in meiner Brust? schrecklicher Augenblick! entsetzlicher Anblick. Das Blut des Greises hat die Wände seines Hauses bespritzt! Hier harrt der Rest seiner unglücklichen Familie Ihres furchtbaren Ausspruchs! O! soll denn Blut nur durch Blut versühnt werden können? Soll immer Blut den Boden tränken, worauf die Säulen des Tempels der Gerechtigkeit ruhen? soll das Blut der Gattin das Grab des Greises befeuchten, und die Tochter ihr junges Haupt dem Blocke darbieten, der noch vom Blute der Mutter raucht?

„Weg mit diesen quaalvollen Vorstellungen. Nein! dieser Tag wird ein Tag der Gerechtigkeit sein aber auch der Gnade! Sie werden der unglücklichen Nannette Zeit gewähren, durch einen frommen und tugendhaften Lebenswandel, durch eine innige und aufrichtige Reue den Manen des Verblichenen ein angenehmeres und sanfteres Opfer zu bringen."

Nachdem der Hr. GeneralProkurator kurz seine Anklage wiederholt und die Vorträge der Vertheidiger

beantwortet hatte, nahmen diese nochmal das Wort, um dessen Einwürfe zu entkräften. Der Präsident Hr. Günther erklärte hierauf die Debatten für geschlossen.

Er stellte sodann, dem Willen des Gesetzes gemäß, die HauptAnklagePunkte und die vorzüglichste Vertheidigungs Mittel kurz zusammen; verlaß hierauf den Geschwornen ihre Instruction, worauf der Gerichtshof die gesetzlichen Fragen abfaßte.

Diese gaben zu einigen Debatten Anlaß. Die Vertheidiger von Hang und Nannetten trugen darauf an, daß man in ihrer Hinsicht den Geschwornen die Frage zur Beantwortung vorlegen möge: ob sie aufgereizt worden wären? welches der Gerichtshof aus dem Grunde versagte, weil die Aufreizung, von welcher in dem Art. 9. Abschnitt 1. Titel II des II Theils des StrafGesetzbuchs die Rede sei, von dem Ermordeten selbst herrühren müsse, um dem Thäter zur Entschuldigung zu dienen, nicht aber von einer dritten Person; eben so verwarf es den Antrag des Vertheidigers Nannettens, den sie betreffenden Fragen die beizusetzen, ob sie freiwillig gehandelt habe, weil der Art. 4. des Titels III. des 2ten Theils desselben Gesetzbuchs sich in Hinsicht auf die Mitschuldige bloß des Ausdrucks: wissentlich und in verbrecherischer Absicht bediene; er verwarf auch die von demselben Vertheidiger verlangte Frage: ob Nannetten zu entschuldigen sei? aus dem Grunde, weil bei einem Morde (meurtre) nur die einzige Entschuldigung der Aufreizung und bei einem Meuchelmord (assassinat) gar keine zulässig sei; er willfahrte aber dem Antrag desselben Vertheidigers, und setzte der, Nannetten betreffenden, Reihe von Fragen, die zu: ob sie

im Augenblick des Todschlags den Caspar Vorrath für ihren Vater gehalten habe.

Um 6 Uhr Abends traten hierauf die Geschwornen in ihr BerathschlagungsZimmer.

Achte Sitzung vom 28. Prairial.

Montags am 28 Prairial um 2 Uhr Morgens gaben sie ihre Erklärung ab. Der GeneralProkurator machte sofort seinen Antrag zur Anwendung der gesetzliches Strafen und um halb 3 Uhr ward folgendes Urtheil gefällt.

Urtheil.

Napoleon, von Gottes Gnaden, und kraft der Konstitutionen der Republik, Kaiser der Franzosen, allen Gegenwärtigen und Zukünftigen unsern Gruß. Wir thun zu wissen, daß der peinliche Gerichtshof des Rhein- und Moseldepartements folgenden Urtheilsspruch erlassen hat.

Nach Einsicht der am 7 Vendemiaire 13 gegen Eberhard Haug, Therese und Nannette Vorrath von dem SicherheitsBeamten des Bezirks Simmern errichteten AnklageAkte folgenden Inhalts, (siehe Seite 76.) der Erklärung der SpezialAnklageJury des Bezirks von Simmern vom 21 Vendemiaire lezthin, des Inhalts, daß die in besagter Akte enthaltene Anklage statt finde; des LeibverhaftungsBefehls welcher am nämlichen Tage von dem Director der AnklagsJury gegen Eberhard Hang Therese und Nannette Vorrath erlassen worden ist, und der Ver-

nalProzeße über die Einlieferung ihrer Personen in das JustizHauß des Departements vom 2ten 4ten und 30ten Brumaire lezthin und der unterm heutigen abgegebenen Erklärung der SpezialUrtheilsJury des Inhalts:

1. daß es gewiß ist, daß Kaspar Vorrath erschlagen worden ist, 2. daß Eberhard Hang ihn erschlagen hat, 3. daß er ihn ausser dem Falle der rechtmässigen Nothwehr seiner selbst oder 4. eines andern erschlagen hat, 5. daß er ihn freiwillig und 6. mit Vorbedacht erschlagen hat;

7. daß es gewiß ist, daß Therese Vorrath zu dem Todtschlag des Kaspar Vorrath aufgefordert hat, 8—13. daß es nicht gewiß ist, daß sie durch Versprechungen dazu aufgefordert habe, 13. daß es gewiß ist, daß sie durch Drohungen dazu aufgefordert hat, 14. daß sie ausser dem Fall der rechtmäßigen Nothwehr ihrer selbst oder 15 eines andern durch Drohungen dazu aufgefordert hat, 16. daß sie es freiwillig und 17. mit Vorbedacht gethan hat;

18. daß es gewiß ist, daß Therese Vorrath, dem Urheber des Todschlags von Kaspar Vorrath die Mittel, welche zur Ausführung dieser That gedient haben, verschaft hat, 19. daß sie es ausser dem Falle der rechtmäßigen Nothwehr ihrer selbst oder 20. eines andern gethan hat, 21. daß sie es wissentlich, 22. in verbrecherischer Absicht und 23. mit Vorbedacht gethan hat.

24. Daß es gewiß ist, daß Therese Vorrath dem Urheber des Todschlags von Kaspar Vorrath in den Handlungen geholfen und beigestanden hat, welche die Ausführung desselben vorbereitet haben; 25. daß

sie es ausser dem Falle der rechtmäßigen Nothwehr ihrer selbst, und 26. eines andern gethan hat; 27. daß sie es wissentlich, 28. in verbrecherischer Absicht, und 29. mit Vorbedacht gethan hat;

30. daß es gewiß ist, daß Therese Vorrath dem Urheber des Todschlages in den Handlungen geholfen und beigestanden hat, welche dessen Vollbringung erleichtert haben. 31. daß sie es ausser dem Fall der rechtlichen Nothwehr ihrer selbst, und 32. eines andern gethan hat, 33. daß sie es wissentlich, 34. in verbrecherischer Absicht, und 35 mit Vorbedacht gethan hat.

36—42. daß es nicht gewiß ist, daß Therese Vorrath dem Urheber des Todschlags von Kaspar Vorrath bei der Handlung selbst, wodurch dieser vollbracht worden, geholfen und beigestanden habe.

42—48. daß es nicht gewiß ist, daß Nannette Vorrath dem Urheber des Todtschlags von Kaspar Vorrath die Mittel verschaft habe, welche zu dessen Vollbringung gedient haben.

48. daß es gewiß ist, daß Nannette Vorrath dem Urheber des Todtschlags von Kaspar Vorrath bei den Handlungen geholfen und beygestanden hat, welche dessen Vollbringung vorbereitet haben. 49. daß sie es ausser dem Falle der rechtlichen Nothwehr ihrer selbst, und 50 eines andern gethan hat. 51 daß sie es wissentlich und 52 in verbrecherischer Absicht, aber 53. ohne Vorbedacht gethan hat.

54—60. daß es nicht gewiß ist, daß Nannette Vorrath dem Urheber des Todschlags von Kaspar Vorrath bey den Handlungen geholfen und beigestanden habe, welche dessen Vollbringung erleichtert haben. 60—66. daß es nicht gewiß ist, daß Nannette Vor-

rath dem Urheber des Todtschlags von Kaspar Vorrath bey der Handlung selbst geholfen und beygestanden habe, wodurch dieser vollbracht worden ist.
66 daß es nicht gewiß ist, daß Nannette Vorrath zur Zeit des Todschlages den Kaspar Vorrath für ihren Vater gehalten habe.

Nach Anhörung des KaiserlichenGeneralProkurators, nach Einsicht der Artickel 11. und 8. des ersten Abschnitts des 2. Titels, und der Art: 1. des 3. Titels des 2. Theils, der Artikel 2. 3. 4. 5. 9. 10. und 28. des 1. Titels des ersten Theils des Pönal-Gesetzbuchs von 1791. des Art. 445 des Gesetzbuchs der Verbrechen und Strafen, des Art. 1 und 2 des Gesetzes vom 18ten Germinal 7ten Jahrs, welche verlesen worden sind,

Verurtheilt der Gerichtshof den Eberhard Hang, KieferBursche und Essigsieder, von Kreuznach gebürtig, wohnhaft in Wallhausen, ehedem in Diensten des abgelebten Kaspar Vorrath, 26 Jahre alt, zur Todesstrafe.

Verurtheilt die Therese Balbiano, gebürtig zu Simmern, Frau des abgelebten Caspar Vorrath, ehedem Amtmann des Barons von Dahlberg und seitdem Handelsmann und Wirth zu Wallhausen, 41 Jahre alt, zur Todesstrafe.

Befiehlt, daß sie beyde mit einem rothen Hemde bekleidet an den Ort der Hinrichtung geführt werden sollen.

Verurtheilt Marie Anne Vorrath, Tochter des abgelebten Kaspar Vorrath und von Therese

Valdiano, wohnhaft zu Wallhausen bei ihren Eltern, 18 Jahre alt, zu einer 20jährigen Einsperrung und zur öffentlichen Ausstellung während 6 Stunden.

Verurtheilt endlich alle drei solidarisch in die Prozeß-Kösten. Befiehlt, daß gegenwärtiger Urtheilsspruch auf Betreiben des Kaiserlichen General Prokurators in Vollzug gesetzt werden soll.

Also erlassen und ausgesprochen am 28. Prairial Jahrs 13. um 3 Uhr des Morgens, in öffentlicher Audienz des peinlichen Gerichtshofs des Rhein- und Mosel Departements 2c. 2c.

V.

LOIS
ET
DÉCRETS IMPERIAUX,
relatifs à l'ordre judiciaire.

XIX.

Rentes dûes aux Hospices.

(Validité des remboursemens faits à la République.)

Avis du Conseil d'état du 23 Ventose XIII.

Le Conseil d'état, qui, d'après le renvoi de sa Majesté l'Empereur, a entendu le rapport des sections des finances et de législation sur celui du grand-juge ministre de la justice, relatif à la question de savoir si, d'après le décret impérial du 7 messidor an XII, il y a lieu de confirmer tous les remboursemens de sommes dues aux hospices, qui ont été faits dans les caisses nationales antérieurement à la loi du 16 vendémiaire an V, quoique depuis la publication de la loi du 9 fructidor an III.

Considérant que la raison de douter sur cette question se tire de la disposition d'un arrêté du Gouvernement rendu, sur le rapport du ministre de l'intérieur, le 24 ventôse an XII, par lequel a été déclaré nul le remboursement fait dans une caisse nationale par le

S.r *Judicis*, postérieurement à la loi du 9 fructidor an III, d'une créance due à l'hospice de Martel, département du Lot;

Que dans une circulaire adressée aux préfets, cette décision a été annoncée comme consacrant en principe que, „à partir du 9 fructidor an III, la loi du 23 „messidor an II s'est trouvée paralysée dans son exé„cution, tant à l'égard des biens qu'à l'égard de tou„tes autres ressources faisant partie de la dotation des „hospices;" et que, dès lors, les établissemens d'humanité ont dû jouir, comme les autres citoyens, du bénéfice de la loi du 25 messidor an III, qui suspend la faculté de rembourser;

Considérant, qu'on ne peut établir qu'une jurisprudence erronée, toutes les fois que l'on veut déduire des principes généraux de décisions qui ne statuent que sur des cas particuliers; que, par conséquent, ce n'est point par des inductions tirées soit de l'arrêté du 24 ventôse an XII, soit du décret impérial du 7 messidor suivant, mais par le texte et l'esprit des lois rendues sur la matière, que la question présentée dans le rapport du grand-juge ministre de la justice doit être résolue;

Considérant que la loi du 23 messidor an II avait déclaré tout l'actif des hôpitaux et établissemens de bienfaisance réuni au domaine national, pour être administré et vendu comme les autres domaines nationaux;

Que la loi du 9 fructidor an III n'a prononcé autre chose que la suspension de la vente des biens provenant des hospices, comme elle aurait pu suspendre celle de toute autre classe de domaines nationaux;

Que par cette loi, ni les immeubles, ni les créances actives des hospices n'ont cessé de faire partie de la propriété nationale ;

Que, quand on étendrait à l'une et à l'autre espèce la dénomination générique *biens*, la nation n'avait fait que s'interdire à elle-même la faculté de les mettre hors de sa main *par vente* ;

Que la loi du 25 messidor an III n'a suspendu la faculté de rembourser qu'entre particuliers, et non vis-à-vis de la nation ;

Que la République n'a cessé d'exercer tous les droits ci-devant appartenans aux hospices que par la loi du 16 vendémiaire an V, qui leur a rendu la pleine administration de leurs biens et revenus, pour être gérés, sous la surveillance qu'elle a établie, par les commissions administratives,

Est d'avis qu'il y a lieu de déclarer que tous remboursemens de rentes ou obligations contractées au profit d'établissemens de bienfaisance, ont pu être valablement faits à la République dans l'intervalle qui s'est écoulé entre les lois des 25 messidor an III et 16 vendémiaire an V.

XX.

Competence.

(Décisions rendus par les Conseils de préfecture en matière de contrebande.)

Avis du Conseil d'état du 25 Ventose.

Le Conseil d'état, qui, d'après le renvoi de

sa Majesté l'Empereur, a entendu le rapport de la section de législation sur celui du grand-juge ministre de la justice, tendant à faire décider si les confiscations de marchandises anglaises, prononcées par des conseils de préfecture, doivent être maintenues ;

Vu la loi du 10 brumaire an V, qui prohibe l'importation des marchandises anglaises, et ordonne que les contrevenans aux dispositions de cette loi soient traduits devant le tribunal de police correctionnelle,

La loi du 13 floréal an XI, qui attribue aux tribunaux spéciaux la connaissance du crime de contrebande avec attroupement et port d'armes,

L'avis du Conseil d'état, approuvé le 1 floréal an XI,

Les observations du ministre de l'intérieur;

Considérant qu'aux termes de ces lois, la connaissance des délits de contrebande est, dans tous les cas, du ressort de l'autorité judiciaire ;

Que le droit de réformer les décisions incompétemment rendues par les administrations, en matière de contrebande, ne peut cependant pas appartenir aux tribunaux,

Est d'avis que les décisions rendues par les conseils de préfecture sur les matières de contrebande, sont nulles sans difficulté ; mais les parties ayant pu exécuter ces décisions et se trouver non recevables à les attaquer, par ce motif ou par d'autres raisons valables, il convient que sa Majesté, en son Conseil d'état, statue sur les affaires de cette nature, non par une décision générale, mais par des décrets particuliers sur chaque reclamation qui lui sera présentée.

XXI.

Organisation.

(Timbres et Sceaux.)

Décret du 29 Ventose.

Art. I. Les types des timbres et sceaux destinés aux diverses autorités et administrations de l'Empire, seront gravés tels qu'ils sont décrits dans l'article 2 de la loi du 6 pluviôse dernier, par les soins et sous l'inspection du directeur de la monnaie des médailles, et soumis à l'examen et à l'approbation du ministre de l'intérieur.

Ces types seront ensuite déposés et resteront toujours dans les archives du grand-juge ministre de la justice.

3. Dans chaque branche d'administration, l'autorité supérieure fera exécuter, pour les autorités qui lui sont subordonnées, des sceaux et timbres à leur usage.

Pour mieux établir l'uniformité de ces sceaux et timbres, chacune de ces autorités n'emploiera à leur fabrication que les mêmes artistes, et, s'il est possible, qu'un seul artiste de son choix.

4. Le grand-juge ministre de la justice ne délivrera d'empreintes prises sur les types mêmes, déposés dans ses archives, qu'aux artistes chargés d'exécuter les timbres et sceaux de quelque autorité supérieure.

5. Le ministre de l'intérieur et le grand-juge ministre de la justice sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

XXII.

Droits Réunis.

(Manière de procéder sur les contraventions.)

Extrait du Décret du 1 Germinal XIII.

CHAPITRE VI.

Des Commis et des Procès-verbaux.

20. Les préposés de la régie seront agés au moins de vingt-un ans accomplis : ils seront tenus, avant d'entrer en fonctions, de prêter serment devant le juge de paix ou le tribunal civil de l'arrondissement dans lequel ils exercent ; ce serment sera enregistré au greffe, et transcrit sur leur commission, sans autres frais que ceux d'enregistrement et de greffe, et sans qu'il soit nécessaire d'employer le ministère d'avoué.

21. Les procès-verbaux énonceront la date et la cause de la saisie, la déclaration qui en aura été faite au prévenu, les noms, qualités et demeures des saisissans, et de celui chargé des poursuites, l'espèce, poids ou mesure des objets saisis, la présence de la partie à leur description, ou la sommation qui lui aura été faite d'y assister, le nom et la qualité du gardien s'il y a lieu, le lieu de la rédaction du procès-verbal, et l'heure de sa clôture.

22. Dans le cas où le motif de la saisie portera sur le faux et l'altération des expéditions, le procès-verbal énoncera le genre de faux, les altérations ou surcharges.

Lesdites expéditions, signées et paraphées des saisissans, *ne varietur*, seront annexées au procès-verbal

qui contiendra la sommation faite à la partie de les parapher, et sa réponse.

23. Il sera offert main-levée, sous caution solvable, ou en consignant la valeur des navires, bateaux, voitures, chevaux et équipages saisis pour autre cause que pour importation d'objets dont la consommation est défendue; et cette offre, ainsi que la réponse de la partie, sera mentionnée au procès-verbal.

24. Si le prévenu est présent, le procès-verbal énoncera qu'il lui en a été donné lecture et copie: en cas d'absence du prévenu, la copie sera affichée, dans le jour, à la porte de la maison commune du lieu de la saisie.

Ces procès-verbaux et affiches pourront être faits tous les jours indistinctement.

25. Les procès-verbaux seront affirmés au moins par deux des saisissans, dans les trois jours, devant le juge de paix ou l'un de ses suppléans; l'affirmation énoncera qu'il en a été donné lecture aux affirmans.

26. Les procès-verbaux, ainsi rédigés et affirmés, seront crus jusqu'à inscription de faux.

Les tribunaux ne pourront admettre, contre lesdits procès-verbaux, d'autres nullités que celles résultant de l'omission des formalités prescrites par les articles précédens.

27. Tout préposé destitué ou démissionnaire sera tenu, sous peine d'y être contraint, même par corps, de remettre á la régie ou à son fondé de pouvoirs, en quittant son emploi, sa commission, ainsi que les registres et autres effets dont il aura été chargé par la régie, et de rendre ses comptes.

CHAPITRE VII.

De la Procédure judiciaire sur les Procès-verbaux de contravention.

28. L'assignation à fin de condamnation sera donnée dans la huitaine au plus tard de la date du procès-verbal; elle pourra être donnée par les commis.

29. Si le tribunal juge la saisie mal fondée, il pourra condamner la régie non-seulement aux frais du procès et à ceux de fourrière, le cas échéant, mais encore à une indemnité proportionnée à la valeur des objets dont le saisi aura été privé pendant le temps de la saisie, jusqu'à leur remise ou l'offre qui en aura été faite; mais cette indemnité ne pourra excéder un pour cent par mois de la valeur desdits objets.

30. Si, par l'effet de la saisie et leur dépot dans un lieu et à la garde d'un dépositaire qui n'aurait pas été choisi ou indiqué par le saisi, les objets saisis avaient déperi avant leur remise ou les offres valables de les remettre, la régie pourra être condamnée d'en payer la valeur, ou l'indemnité de leur dépérissement.

31. Dans le cas où la saisie n'étant pas déclarée valable, la régie des droits réunis interjetterait appel du jugement, les navires, voitures et chevaux saisis, et tous les objets sujets à dépérissement, ne seront remis que sous caution solvable, après estimation de leur valeur.

32. L'appel devra être notifié dans la huitaine de la signification du jugement, sans citation préalable au bureau de paix et de conciliation: après ce délai, il ne sera point recevable, et le jugement sera exécuté pu-

rement et simplement. La déclaration d'appel contiendra assignation à trois jours, devant le tribunal criminel du ressort de celui qui aura rendu le jugement; le délai de trois jours sera prorogé d'un jour par chaque deux myriamètres de distance du domicile du défendeur au chef-lieu du tribunal.

33. Si la saisie est jugée bonne, et qu'il n'y ait pas d'appel dans la huitaine de la signification, le neuvième jour le préposé du bureau indiquera la vente des objets confisqués, par une affiche signée de lui, et apposée tant à la porte de la maison commune qu'à celle de l'auditoire du juge de paix, et procédera à la vente publique cinq jours après.

34. Dans le cas où le procès-verbal portant saisie d'objets prohibés, serait annullé pour vices de forme, la confiscation desdits objets sera néanmoins prononcée sans amende, sur les conclusions du poursuivant ou du procureur impérial.

La confiscation des objets saisis en contravention sera également prononcée, nonobstant la nullité du procès-verbal, si la contravention se trouve d'ailleurs suffisamment constatée par l'instruction.

35. Les propriétaires des marchandises seront responsables du fait de leurs facteurs, agens ou domestiques, en ce qui concerne les droits, confiscations, amendes et dépens.

36. La confiscation des objets saisis pourra être poursuivie et prononcée contre les conducteurs, sans que la régie soit tenue de mettre en cause les propriétaires, quand même ils lui seraient indiqués; sauf, si les pro-

priétaires intervenaient, ou étaient appelés par ceux sur lesquels les saisies auraient été faites, à être statué, ainsi que de droit, sur leurs interventions ou réclamations.

37. Les condamnations pécuniaires contre plusieurs personnes, pour un même fait de fraude, seront solidaires.

38. Les objets, soit saisis pour fraude ou contravention, soit confisqués, ne pourront être revendiqués par les propriétaires, ni le prix, soit qu'il soit consigné ou non, réclamé par aucun créancier, même privilégié ; sauf leur recours contre les auteurs de la fraude.

39. Les juges ne pourront, à peine d'en répondre en leur propre et privé nom, modérer les confiscations et amendes, ni en ordonner l'emploi au préjudice de la régie.

CHAPITRE VIII.

De l'Inscription de faux.

40. Celui qui voudra s'inscrire en faux contre un procès-verbal, sera tenu d'en faire la déclaration par écrit, en personne, ou par un fondé de pouvoir spécial passé devant notaire, au plus tard à l'audience indiquée par l'assignation à fin de condamnation : il devra, dans les trois jours suivans, faire au greffe dudit tribunal le dépôt des moyens de faux, et des noms et qualités des témoins qu'il voudra faire entendre ; le tout à peine de déchéance de l'inscription de faux.

Cette déclaration sera reçue et signée par le président du tribunal et le greffier, dans le cas où le déclarant ne saurait écrire ni signer.

41. Le délai pour l'inscription de faux contre le pro-

cès-verbal ne commencera à courir que du jour de la signification de la sentence, si elle a été rendue par défaut.

42. Les moyens de faux proposés dans le délai et dans la forme réglés par l'article 41 ci-dessus, par les prévenus, contre les procès-verbaux des préposés de la régie des droits réunis, ne seront admis qu'autant qu'ils tendront à justifier les prévenus de la fraude ou des contraventions qui leur sont imputées.

CHAPITRE IX.

Des Contraintes.

43. La régie pourra employer contre les redevables en retard la voie de contrainte.

44. La contrainte sera décernée par le directeur ou receveur de la régie, elle sera visée et déclarée exécutoire, sans frais, par le juge de paix du canton où le bureau de perception est établi, et pourra être notifiée par les préposés de la régié.

Le juge de paix ne pourra refuser de viser la contrainte pour être exécutée, à peine de répondre des valeurs pour lesquelles la contrainte aura été décernée.

45. L'exécution de la contrainte ne pourra être suspendue que par une opposition formée par le redevable; l'opposition sera motivée et contiendra assignation à jour fixe devant le tribunal civil de l'arrondissement, avec élection de domicile dans la commune où siége le tribunal: le délai pour l'échéance de l'assignation ne pourra excéder huit jours; le tout à peine de nullité de l'opposition.

CHAPITRE X.

Dispositions générales.

46. Sont exceptées des dispositions précédentes, les contraventions aux lois sur la taxe d'entretien des routes, et sur les canaux, la navigation intérieure et les droits de bacs, lesquelles continueront d'être constatées, poursuivies et jugées suivant les formes prescrites par la loi du 14 brumaire an VII.

47. La régie aura privilége et préférence à tous les créanciers, sur les meubles et effets mobiliers des comptables pour leurs débets, et sur ceux des redevables pour les droits, à l'exception des frais de justice, de ce qui sera dû pour six mois de loyer seulement, et sauf aussi la revendication dûment formée par les propriétaires des marchandises en nature qui seront encore sous balle et sous corde.

48. Toutes saisies du produit des droits faites entre les mains des préposés de la régie ou dans celles de ses redevables, seront nulles et de nul effet.

49. Dans le cas d'apposition des scellés sur les effets et papiers des comptables, les registres de recette et autres de l'année courante ne seront pas renfermés sous les scellés : lesdits registres seront seulement arretés et paraphés par le juge, qui les remettra au préposé chargé de la recette par *interim*, lequel en demeurera garant, comme dépositaire de justice ; et il en sera fait mention dans le procès-verbal d'apposition de scellés.

50. La prescription et acquise à la régie contre toutes demandes en restitution de droits et marchandises, paiement d'appointemens, après un delai révolu de deux

années : elle est acquise aux redevables contre la régie, pour les droits que ses préposés n'auraient pas réclamés dans l'espace d'un an, à compter de l'époque où ils étaient exigibles.

La régie est déchargée de la garde des registres des recettes antérieures de trois années à l'année courante.

51. La force publique sera tenue de prêter assistance aux préposés de la régie dans l'exercice de leurs fonctions.

52. Les redevables sur lesquels auraient été protestées, faute de paiement, des obligations souscrites par eux envers la régie, par suite de crédits obtenus, seront contraignables par corps.

53. Tous commis à la perception des octrois des villes, ayant serment en justice, sont autorisés à rendre leurs procès-verbaux de la fraude qu'ils découvrent contre les droits réunis ; et de même, les commis de la régie, pour les fraudes qu'ils découvriront contre les octrois.

54. Le grand-juge ministre de la justice et le ministre des finances sont chargés de l'exécution du présent réglement.

Journal
für
Gesetzkunde und Rechtsgelehrsamkeit.

Herausgegeben
von
F. Lassaulx
Avoue bei den Tribunalien zu Koblenz.

Zweiter Jahrgang.
Sechstes Heft.

Mit Genehmigung S. E. des Groß-Richters.

Koblenz, 1805.
in der Lassaulx'schen Buchhandlung.

Nachricht.

Von gegenwärtiger Zeitschrift erscheint monatlich ein Heft. 6 Hefte machen einen Band aus, zu welchem Titel und Register nachgeliefert werden. Der Pränumerationspreiß für den Jahrgang ist 15 Franks 50 Cent., fl. 7 12 kr. Rheinisch oder Rthlr. 4 Sächsisch, auf kürzere Zeit kann man sich nicht abonniren. Wer diesen Betrag baar an die Verlagshandlung einschickt, dem geben wir hiermit die Versicherung, daß er die Hefte immer pünktlich nach ihrem Erscheinen und so weit die französischen Posten reichen, portofrei zugesandt erhalten soll; diesen Vortheil kann jedoch sonst Niemand als die Verlagshandlung gestatten.

Inhalt.

Anmerkung. Durch ein Versehen des Setzers fangt die Seitenzahl dieses Heftes wieder mit 433 statt mit 485 an, bei den Zitationen werden wir daher die in diesem Hefte mit 433 bis 485 paginirten Seiten immer mit bis von den des vorigen Heftes unterscheiden.

PROSPECTUS.

CODE CIVIL
DES
FRANÇAIS.

Nouvelle édition, collationnée sur l'édition officielle, augmentée d'un supplément, contenant le récueil complet des Loix et Decrets transitoires et organiques, qui ont paru depuis la publication du code, et d'une table alphabêtique des matières.

Cette edition indique en notes au bas de chaque article du Code le texte correspondant du DROIT ROMAIN, ou de l'ancienne législation française.

Lorsque le premier livre et les premiers titres du 3ème livre du Code civil ont été publiés en l'an 11, nous nous sommes empressés de donner aux souscripteurs à la *traduction allemande du* Code civil, par *M. Lassaulx*, avocat à Coblenz, une edition du texte original, dans le même format que la traduction. Les changements que la loi du 30 Ventose XII a depuis apporté dans la serie des articles nous a fait abandonner cette entreprise, d'autant plus, que les

éditions officielles et stéréotypes du code ne laissèrent rien à desirer relativement à la modicite des prix et au choix des formats

Nous nous flattons cependant, que la nouvelle edition, que nous annonçons au public, offrira quelqu'intérêt aux personnes mêmes, qui possèdent déjà le texte officiel, et qu'elle sera surtout agréable à celles, qui ont acheté la traduction, qui est sortie de nos presses, et dont le cinquième et dernier volume vient de paraître.

Le commentaire dont elle est accompagnée et qui est *presqu'en entier* tiré des *discussions* du conseil d'état, des *motifs*, *rapports* et *discours*, dont la collection forme le commentaire officiel de notre nouvelle legislation civile, doit nécessairement faciliter aux fonctionnaires des départemens du Rhin l'étude de cette dernière, tant en leur présentant immédiatement sous chaque article le resultat succinct des discussions, auxquelles il a donné lieu, et les motifs, par lesquels il a été dicté, qu'en faisant disparaitre les difficultés de l'idiôme pour le grand nombre d'entre eux, qui ne sont pas encore familiarisés avec la langue nationale. Mais c'est cependant au texte français, qu'ils doivent recourir toutes les fois, qu'ils auront à en faire l'application dans des actes judiciaires ou administratifs, et sous ce rapport ils préféreront à toute autre une édition du texte original, du même format que la traduction.

Mais notre édition aura aussi pour ceux, qui ne desirent que le texte original, deux grands avantages sur toutes celles, qui ont parues jusqu'à ce jour; le *premier*, de reunir dans le supplément tous les Décrets et Loix sur le droit civil, dont plusieurs, postérieurs à l'an 12, n'ont pû être insérés dans l'édition officielle; le *second*, et que nous regardons comme son merite principal, de *présenter au bas de chaque article le texte du droit romain ou de l'ancienne legislation française qui y correspond*. Au moyen de cette indication on pourra facilement conférer la loi nouvelle avec la *raison écrite*, dans laquelle on retrouvera presque toujours les principes des dispositions renfermées dans le Code, surtout dans les matières du 2ème et 3ème Livre.

On prie MM. les fonctionnaires publics, qui voudront souscrire pour cette édition, d'adresser leurs soumissions avant le 30 brumaire prochain, soit directement au bureau d'expedition de ce Journal, ou à l'adresse du soussigné, soit aux libraires connus de leurs départemens. Le prix de la souscription qui est de 6 francs (non y compris le port) ne sera payé que contre la remise de l'exemplaire, mais après l'époque ci-dessus indiquée on ne reçevra plus de soumissions et le prix marchand sera d'un tiers plus haut que le prix de souscription.

Ceux des souscripteurs à la traduction allemande, qui avaient aussi souscrit pour la première édition française, trouveront dans la remise d'un franc, que

nous léurs accordons sur le prix de souscription, une indemnité pour la legère perte, qu'ils ont éprouvé par l'interruption forcée de notre première édition et une preuve de notre désir de les obliger.

Coblenz en thermidor 13.

LASSAULX, Imprimeur-Libraire

N.º 402 à Coblenz.

I.

Ueber das CivilGesetzbuch der Franzosen, rücksichtlich auf dessen Abweichungen von dem gemeinen Recht und der vorigen französischen Gesetzgebung.

(Fortsetzung.)

Erster Titel.

Von dem Genuß und der Beraubung der CivilRechte.

Dieser Titel, dessen Diskussion 135 Seiten des VerbalProzesses füllt, ward von allen schier am heftigsten debattirt. Die Wichtigkeit seiner Verfügungen, besonders derjenigen, die ins StaatsRecht einschlagen, gab zu vielseitigen Untersuchungen Anlaß, die jedoch noch manche Frage unerschöpft gelassen zu haben scheinen. So scheint mir der Unterschied zwischen der blossen Beraubung der CivilRechte durch den Verlust der Eigenschaft eines Franzosen, und dem bürgerlichen Tode nicht genau genug angedeutet zu sein. Unmöglich können doch beide die nämliche Wirkungen hervorbringen. Sollte z. B. derjenige, der sich in dem ersten Falle befindet, unfähig sein, Zeugniß zu geben, sollte seine Ehe aufgelößt sein? dies kann die Absicht des Gesetzes nicht sein, und doch ist die Ehe unstrittig eines der wichtigsten CivilRechte. Vielleicht lößt der Art. 11. diese Schwierigkeit, denn man kann sagen, der Franzose, der diese Eigenschaft verlohren hat, gehöre in die Klasse der Ausländer, deren Civil-

Rechte durch den Art. 11. bestimmt werden. Allein dann bleiben doch noch manche Fragen zu erörtern, auf welche wir in der Folge zurückkommen werden, nachdem wir erst die allgemeine Grundsätze dieses Titels aufgestellt haben werden.

Erster Grundsatz. Jeder Franzose hat die CivilRechte zu geniessen.

Zweiter Grundsatz. Er verliert diesen Genuß

a) durch den Verlust der Eigenschaft eines Franzosen

b) durch die Verurtheilung zum bürgerlichen Tod.

Dritter Grundsatz. Der Ausländer hat in Frankreich die CivilRechte nur dann, und nur in derselben Art zu geniessen, wenn und wie der Franzose sie in dem Vaterlande desselben geniesst.

Diese drei Grundsätze sind die Grundlagen des Titels; die Organisation derselben ist der Gegenstand seiner reglementarischen Verfügungen und zwar ist das erste Kapitel der des ersten und dritten, das zweite aber der des zweiten gewidmet.

Erstes Kapitel.

Von dem Genuß der CivilRechte.

Art. 7. Die Konstitutionen und die SenatusKonsulte bestimmen die Staasbürgerlichen Rechte, welche, ohngeachtet zwischen den Bedingungen, die zu ihrer Ausübung, und denen, welche zu der der CivilRechte erfordert werden, und zwischen den Ursachen der Verlustigung der einen und der andern eine große Analogie besteht, dennoch von den leztern ganz unabhängig sind. Man kann nämlich der CivilRechte theilhaftig sein, ohne StaatsBürger zu sein,

allein man kann nicht Bürger sein, ohne der CivilRechte zu geniessen.

Art. 8. Dieser Artikel spricht den ersten Grundsatz aus. Man hat es, aber wie mir scheint, mit Unrecht getadelt, daß der Artikel nicht die Aufzählung der Civil-Rechte enthält. Es ist hier von dem Genuß der Civil-Rechte in ihrem ganzen Umfang die Rede, von dem Inbegriff aller Rechte, die aus dem Naturrecht herfliessen, unter den alleinigen Modifikationen, welche die gesellschaftliche Ordnung, nach dem Alter, dem Stand, dem Geschlecht der Personen in den CivilGesetzen aufgestellt hat. Es wäre daher unmöglich gewesen, alle Rechte aufzuzählen, welche die Freiheit, alle Handlung des gesellschaftlichen Lebens vorzunehmen, die das CivilGesetz nicht verboten hat, in sich begreift. Der Art. 25 enthält jedoch eine Aufzählung der wesentlichsten CivilRechte, welche mir zu einer allgemeinen Bemerkung Anlaß giebt. Alle CivilGesetze zerfallen nothwendig in zwei Klassen; deren eine die Organisation der ewigen Grundsätze des Naturrechts enthält, und deren zweite die positive, selbsterschaffene Gesetzgebung jedes Volkes begreift. Diese zweite Klasse nun enthält alle die Modifikationen der natürlichen Freiheit des Menschen, welche die gesellschaftliche Ordnung, der Zustand der Civilisation und der Sitten erheischen, die also, mit der gesellschaftlichen Ordnung, Veränderungen unterworfen sind; statt daß die in der ersten Klasse enthaltene Grundsätze der natürlichen Billigkeit bei allen Völkern dieselbe sind und bleiben. (Inst. Lib. I. tit. 2) Verläßt nun ein Glied die Gesellschaft, oder macht es sich durch Verlezungen der gesellschaftlichen Ordnung dieser gefährlich oder schädlich, so kann die Gesellschaft es auch derjenigen Rechte berauben, die es blos von ihrer positiven Ge-

setzgebung erhalten hatte. (Art. 17 und 22) Eben so steht es der Gesellschaft frei, die Rechte, welche sie dem Ausländer, der ihr nicht angehört, bewilligen will, zu bestimmen. (Art. 11.) Allein sie kann im CivilWeg weder den Ausländer noch ihre eigene ausgestossene Glieder derjenigen Rechte berauben, die sie nicht von ihrem CivilGesetz, sondern von der Natur, erhalten haben; deshalb mußte der Art. 25 die Rechte aufzählen, deren der Ausgestossene beraubt ist, und es ist nicht erlaubt, diese Beraubung über die gesetzliche Grenzen auszudehnen. Derselbe kann daher nicht erben, weil die Erbschaften unter der Herrschaft des CivilGesetzes stehen; allein er kann erwerben, er kann sich verpflichten, andere können ihm verpflichtet werden; er kann verjähren 2c. Diese vorläufige Bemerkung wird die Oekonomie des Gesetzes und den Zusammenhang seiner Verfügungen einleuchtend machen. Uebrigens schließt der Ausdruck: jeder Franzose, alle die Beschränkungen der CivilRechte aus, welche ehedem in Hinsicht auf Bastarde, Leibeigene, Mönche, Nonnen 2c. bestanden.

Art. 9. Aus der Abfassung dieses Artikels lassen sich drei Folgerungen ziehen,

1) daß die in Frankreich gebohrne Kinder eines Ausländers während ihrer Minderjährigkeit der CivilRechte nicht geniessen;

2) daß auch diejenige derselben nicht geniessen, welche vor dem Ablauf von JahresFrist nach erlangter Grosjährigkeit sterben, weil das Gesetz ihre Eigenschaft als Franzosen von einer Bedingung abhängig macht, welche sie nicht erfüllt haben;

3) daß die, welche das Jahr, in welchem sie zugelassen sind, ihre Erklärung abzugeben, unbenuzt haben

verstreichen lassen, nachher alle die Formalitäten zu beobachten haben, welchen der Ausländer unterworfen ist, um seine Naturalisation zu erhalten.

Mehrere Glieder des Staatsraths waren der Meinung, allen Kindern, die sich im Falle des Artikels befinden, die CivilRechte zuzusprechen, wenn sie nicht erklären würden, daß sie auf die Eigenschaft als Franzosen keine Ansprüche machten. Allein die Bemerkung, daß man ihnen alsdann die ihnen zugefallene Erbschaften nicht vorenthalten und sie nicht verhindern könnte, sie nachher in das Vaterland ihrer Aeltern mitzunehmen, behielt die Oberhand. Man sehe, über die vorige Gesetzgebung in dieser Hinsicht Bacquet, droit d'aubaine, ch. 37, 38 und 39. Soefve, tom I. cent. 2. ch. 72 und 87, Journal des audiences, Arrêts des 28 aout 1630, 25 février 1647, 9 mars 1468.

Art. 10. Die erste Verfügung dieses Artikels gab zu der Frage Anlaß, welches der Zustand eines Kindes sein solle, welches im Auslande von einem Franzosen und einem unbekannten Vater, oder einem unverehlichten Franzosen gebohren würde? man erwiederte, daß in beiden Fällen das Kind Franzose sein würde, und zwar im ersten Falle nach der L. 19. ff. de Stat. hom.; im zweiten ist natürlich die vorherige Anerkennung des Kindes durch den Vater erforderlich (welche aber auch in Frankreich geschehen kann); und da diese zu Gunsten solcher Kinder, welche in einem ehebrecherischen oder blutschänderischen Umgang erzeugt sind, nicht statt findet, (Art 336.) so folgt daraus, daß diese Begünstigung auch auf sie nicht anwendbar ist.

Die zweite Verfügung desselben Artikels gab zu langen Debatten über die Frage Anlaß, ob sie auch auf Kinder von Emigranten anwendbar wäre? welche diese Frage,

die für uns kein Interesse hat, aber dennoch unentschieden gelassen zu haben scheinen.

Wenn die Kinder, welche sich in dem Falle der Verfügung dieses Artikels befinden, übrigens darin mehr als die, von welchen im vorhergehenden Artikel die Rede war, begünstigt sind, daß sie während ihrer ganzen Lebenszeit die Wohlthat derselben in Anspruch nehmen können, und die andere nur in Jahresfrist nach erlangter Grosjährigkeit, so haben sie doch das mit ihnen gemein, daß sie nur die, nach ihrer wirklichen Niederlassung in Frankreich in Gefolge ihrer vorherigen Erklärung, zu ihrem Vortheil eröffneten Rechte in Anspruch nehmen können. Diese Verfügung, welche schon aus dem Art. 2 herfließt, findet sich im Art. 20 ausdrücklich ausgesprochen.

Die konstituirende Versammlung hatte das droit d'aubaine unbedingt aufgehoben. Der Art. 11 stellt den Grundsatz der vollkommensten Reziprozität in Hinsicht auf die Unterthanen fremder Mächte auf. Da also die Verträge mit diesen, und nicht die alte Gesetzgebung, es sind, welche man in dieser Hinsicht zu Rathe zu ziehen hat, so liegt es ausser unserm Plan, hier die Grundsätze und Verfügungen des ehemaligen droit d'aubaine (von alibi natus) auseinander zu setzen. Wem daran gelegen ist, sie kennen zu lernen, schlage Baquet, traité du droit d'aubaine, Louet und Brodeau, Lett. A. n°. 16, Ricard, Th 1. Kap. 3. Abschn. 4. Laroche und Graverol, Buch 6 Tit 9 so wie die Ordonnanzen von 1431, 1463, 1493, 1499, 1554, 1563, 1569, 1583 nach. Der Artikel scheint mir folgende Fragen unentschieden gelassen zu haben:

1) welches sind die Rechte des Ausländers, welcher einer Macht angehört, mit welcher kein Vertrag besteht, der die CivilRechte der Franzosen in ihren Staaten bestimmt hätte

2) hat auch ein Franzose, der den Genuß der CivilRechte durch den Verlust der Eigenschaft eines Franzosen verloren hat, dennoch in Frankreich aller der CivilRechte zu geniessen, welche den Franzosen durch die Verträge der Nation, bei welcher er die Naturalisation erworben hat, bewilligt sind? Siehe in dieser Hinsicht die Anmerkung zu Ende des ersten Abschnitts des zweiten Titels nach.

Art. 13. Der Fremde, der in Frankreich die CivilRechte erwerben will, ist zwei Bedingungen unterworfen. Er muß 1) eine Erlaubniß der Regierung zu seinem Aufenthalte in Frankreich einnehmen, und sich 2) wirklich daselbst aufhalten. Diese Erlaubniß ist an der Stelle der NaturalisationsBriefe getreten, die der König ehedem ertheilte. Anfangs wollte man dem Ausländer den Genuß der CivilRechte erst, nachdem er sich ein Jahr in Frankreich aufgehalten haben würde, gestatten; allein da nicht zu fürchten ist, daß die Regierung gefährlichen Leuten die Erlaubniß zum Aufenthalte in Frankreich ertheilen wird, so kann es mit keinem Nachtheil verbunden sein, denen, welche diese Erlaubniß erhalten haben, sogleich den Genuß der CivilRechte zu gestatten. Noch ist zu bemerken, daß das Wort résider hier nicht, wie an manchen andern Orten, einen blos vorübergehenden Aufenthalt, sondern den wirklichen Wohnsitz bedeutet; der Fremde verliert sogar dadurch die CivilRechte nicht, wenn er ins Ausland, in sein altes Vaterland, reiset und sich eine Zeitlang daselbst aufhält, wenn er nur seinen Wohnsitz in Frankreich, der jedoch nicht blos fictiv sein darf, beibehält, d. h. solange er daselbst seine Hauptniederlassung hat. Giebt er aber diesen auf, so verliert er die, nur unter dieser Bedingung, erhaltene CivilRechte, ohne Rücksicht,

ob er die Absicht der Rückkehr nach Frankreich hat oder nicht, welche der Art. 17 in Hinsicht auf wirkliche Franzosen annimmt.

Der Art. 14. enthält eine Ausnahme von der Regel: actor sequitur forum rei; in dem Project hatte er den Zusatz: „wenn er (der Fremde) sich (zur Zeit des Abschlusses der Verpflichtung) in Frankreich befand." Es ist nicht zu ersehen, warum derselbe weggeblieben ist. Das Gesetz unterscheidet übrigens weder die Verpflichtungen noch die Klagen, seine Verfügung ist allgemein und unbedingt. Ein Hauptgrund, den man für dieselbe angeführt hat, ist, daß im Ausland erhaltene Urtheile in Frankreich keine Exekution gewähren, (so wie schon die Ordonnanz von 1629 es verordnet hatte) und es demnach unnöthig sein würde, den Franzosen zu zwingen, ein solches im Ausland nachzusuchen; anderntheils wird es schwerlich jemand einfallen, von dieser Verfügung gegen einen Fremden Gebrauch zu machen, der in Frankreich kein angreifliches Vermögen besitzt und noch weniger, eine dingliche Klage auf eine im Ausland gelegene Sache anzustellen, wo das französische Urtheil eben so wenig Exekution finden würde. Der KassationsGerichtshof hat durch einen Urtheilsspruch vom 18 Pluviose 12 Jahrs zwischen Sphorer, Handelsmann von Havre, und Niels Moe, einem dänischen Handelsmanne, entschieden, daß dieser Artikel auch auf Handelssachen anwendbar ist, und zwar selbst in dem Falle, wenn der Franzose vorher schon vor einem ausländischen Gericht, (Sphorer hatte zuerst in Neapel geklagt,) selbst als Kläger aufgetreten war. Ein Urtheil des Appellationshofes von Paris vom 16 Germinal 13 Jahrs hat in der Sache Perdolet gegen den Lord Barrington entschieden, daß

er auch auf KriegsGefangene anwendbar ist. Die Schweizer aber sind, Kraft des AllianzVertrags vom Jahr 12, der Verfügung dieses Artikels so wie der des Artikels 16 nicht unterworfen; in ihrer Hinsicht tritt der allgemeine Grundsatz ein: actor etc. auch sind sie zur KautionsLeistung nicht verbunden.

Bei dem Artikel 16 darf man die drei Ausnahmen, welche er enthält, nicht aus dem Auge lassen; der Ausländer ist keine Kaution schuldig, 1) in Handelssachen, 2) wenn er Beklagter ist, 3) wenn er hinlänglich in Frankreich mit liegenden Gründen angesessen ist. Noch ist zu bemerken, daß die Kaution des judicatum solvi bei KriminalKlagen, wie bei CivilKlagen, gefodert werden kann, und daß auch sogar dann, wenn beide Parthien Ausländer sind, der Beklagte sie von dem Kläger zu fodern berechtigt ist.

Vielleicht hätte dieser Artikel, so wie die beide vorhergehende, besser in dem Kodex der CivilProzedur seine Stelle gefunden.

Zweites Kapitel.

Von der Beraubung der CivilRechte.

A. Durch den Verlust der Eigenschaft eines Franzosen.

Der Art. 17. bestimmt, in welchen Fällen man die Eigenschaft als Franzose verliert. Ausser den darin angeführten Fällen giebt es noch drei andere, die sich unter den Artikeln 19 und 21 angeführt finden. Es ist ganz dem Ermessen der Gerichte überlassen, nach den Umständen zu erkennen, ob eine Niederlassung im Ausland mit oder ohne Absicht der Rückkehr geschehen ist. Die

Naturalisation daselbst ist aber eine Thatsache, welche den Beweiß dieser Absicht ausschliegt. Einige Glieder des StaatsRaths machten die Bemerkung, daß oft Franzosen sich im Auslande, und namentlich in England, naturalisiren liessen, um das droit d'aubaine zu umgehen, und Erbschaften zu beziehen, wodurch sie nachher ihr Vaterland bereicherten; allein man erwiederte, daß das Gesetz solche Schleichwege nicht begünstigen dürfe und noch weniger eine blosse Vermuthung der Gewißheit der Naturalisation vorziehen könne. Der Unterschied zwischen den in diesem Artikel angeführten Personen, und denjenigen, die in fremde MilitairDienste treten, (siehe Art. 21) ward aus dem Grunde einstimmig genehmigt, weil leztere durch den Eid, den sie schwören, sich in Gefahr setzen, gegen ihr Vaterland dienen zu müssen.

Der Artikel 19 gab zu dem Begehren Anlaß, man möge durch einen Zusatz zu diesem Artikel der Französin, welche ihrem Manne, in einem der Fälle des Art. 17, ins Ausland gefolgt wäre, ihre CivilRechte offen halten. Man bemerkte dagegen, eine solche Ausnahme würde den Nachtheil haben, daß der Mann und die Kinder das Vermögen der Frau benuzzen dürften; man müsse wenigstens die Frau einer KautionsLeistung unterwerfen. Der Vorschlag ward in der Sitzung vom 19 Thermidor 9 vertagt und kam nachher nicht mehr zur Sprache. Die Frage selbst ist aber noch unentschieden; die Französin, welche ihrem Manne ins Ausland folgt, thut nichts als ihre Pflicht, sie ist sogar dazu gezwungen; (siehe Art. 214) man kann daher nicht von ihr vermuthen, daß sie keine Absicht der Rückkehr habe, und sie scheint nicht in dem Falle des Art. 17 zu sein.

Die Verfügung des Art 20, fließt nothwendig aus der

des Art 2 her; hätte also ein Franzose, sich in einem Lande naturalisiren lassen, wo nur die LandesEinwohner erbfähig sind, so könnte er auf eine Erbschaft, welche vor seiner Rückkehr nach Frankreich kraft einer Erlaubniß der Regierung (denn die blosse Rückkehr ohne diese Erlaubniß setzt ihn in die CivilRechte nicht wieder ein,) zu seinem Vortheil eröffnet wäre, keine Ansprüche machen, und diese würde auf diejenige übergehen, welche nach ihm vom Gesetze zur Erbschaft berufen waren.

Der Art. 21. regulirt die Bedingungen, unter welchen derjenige die Eigenschaft als Franzose wiedererlangen kann, der ohne Ermächtigung der Regierung fremde Militair-Dienste genommen hat. Nicht allein bedarf er zur Rückkehr der Erlaubniß der Regierung, sondern er muß auch vorher alle die Bedingungen erfüllen, welche dem Fremden auferlegt sind, nicht um die CivilRechte zu erwerben, sondern um StaatsBürger zu werden; er muß nämlich (Art. 3 der Konstitution) seine Absicht erklären, sich in Frankreich niederzulassen, und zehn Jahre wirklich daselbst gewohnt haben, nach deren Ablauf erst er in die CivilRechte wieder eintritt.

Kein Artikel dieses Abschnitts hat bestimmt, welche CivilRechte durch den Verlust der Eigenschaft eines Franzosen verloren gehn, so wie der Art. 25 die verzeichnet hat, die durch die Verurtheilung zum bürgerlichen Tod verlohren werden. Da aber der Art. 25 unmöglich die Bedingung der Personen regieren kann, von welchen in diesem Abschnitt die Rede ist, so müssen wir uns an den Art. 11 halten, der jedoch manche Frage unentschieden läßt; so z. B. welches wird die Bedingung des Franzosen sein, der seinem Vaterland entsagt, aber kein neues erworben hat? desjenigen, der sich in einem Lande nieder-

gelassen hat, mit dessen Regierung keine Verträge über die Bedingung der Franzosen bestehen? (Sollten nicht in Ermangelung solcher Verträge die in den Landrechten dieser Staaten enthaltene Verfügungen, so wie das von ihnen beobachtete undenkliche Herkommen, zur Richtschnur dienen?) desjenigen, der im Auslande klösterliche Gelübde ablegt, welche dort den bürgerlichen Tod nach sich ziehen? Noch kann ich mich der schließlichen Bemerkung nicht enthalten, daß die Beraubung der CivilRechte durch den Verlust der Eigenschaft eines Franzosen nie und in keinem Falle auf die Auflösung der Ehe ausgedehnt werden kann; weil sie einestheils nicht unter den Ursachen der Ehescheidung angeführt ist, und die Auflösung der Ehe doch einer, so vielen Kontestationen unterworfenen, Ursache halber unmöglich, wie bei der Verurtheilung zum bürgerlichen Tode, kraft des Gesetzes eintreten kann, und weil anderntheils der zu dem Art 214 in Vorschlag gebrachte Zusatz, wodurch die Frau von der Verbindlichkeit, ihrem Manne ins Ausland zu folgen, freigegeben ward, verworfen worden ist.

B. Von der Beraubung der CivilRechte in Gefolge gerichtlicher Verurtheilungen.

Die Beraubung der CivilRechte zufolge gerichtlicher Verurtheilungen ward schon unter der vorigen Gesetzgebung bürgerlicher Tod genannt. Durch den Art 22 wollte man nur den, heftig bestrittenen, Grundsatz, daß gewisse, von dem peinlichen Gesetz zu bestimmende, Strafen, auch fortan diese Wirkung haben sollten, aussprechen. In jeder andern Hinsicht machen die beide folgenden Artikel ihn ganz überflüßig. Der Art. 23 findet seine Anwendung, ausser bei KontumazialUrtheilen, dann, wenn

derjenige, der durch ein kontradiktorisches Urtheil zum Tode verurtheilt worden, entflieht. Die Verjährung der Strafe bringt in dieser Hinsicht keinen Unterschied hervor. Der Artikel schweigt ganz von der Begnadigung, und läßt also ihre Wirkungen in Hinsicht auf den CivilTod unbestimmt. In Hinsicht auf den Art. 24 ist blos zu bemerken, daß nur ewige Strafen den bürgerlichen Tod nach sich ziehen; diese Verfügung ist der ehemaligen Jurisprudenz angemessen, nach welcher z. B. die Verurtheilung zur Galeerenstrafe auf bestimmte Zeit den CivilTod nicht nach sich zog, wohl aber die Verstümmelung eines Gliedes. (Siehe Rousseau de Lacombe, Jurisp. civ. verbo testament, sect. 2. no. 7.) Die itzige peinliche Gesetzgebung hat keine ewige Strafen, als die Todesstrafe und die der Deportation (Art. 1. Tit. 2. 1. Thl des PönalGesetzbuchs von 1791) Da aber der Art. 8 des Titels IV erklärt, daß die Wirkungen der Deportation erst durch eine besondere Verordnung regulirt werden sollen, und diese noch nicht erschienen ist, so ist auch einstweilen der bürgerliche Tod noch nicht mit der Deportation verknüpft, indem unser Artikel ausdrücklich sagt, daß auch die ewige Strafen ihn nur dann nach sich ziehen sollen, wenn das Gesetz ihnen ausdrücklich diese Wirkung beigelegt hat. Es kam bei dieser Gelegenheit zu einer ausführlichen Diskussion im Staatsrathe über die CivilRechte, welche den Deportirten und ihren Kindern, sowohl an dem Orte der Deportation als in ihrem Vaterlande, zustehen sollten Man hatte sogar die Absicht sie zum Gegenstand eines besondern Titels zu machen. Dieser Vorschlag gieng jedoch nicht durch, und es ist daher in dieser Hinsicht noch nichts entschieden.

Der Art. 25 regulirt die Wirkungen des bürgerlichen

Todes; es sind deren acht: 1) der Verlust des Vermögens, welches aber nicht auf den Fiskus, sondern auf die Erben übergeht, und zwar ohne Rücksicht auf frühere Testamente. nach den Grundsätzen die für die Erbfolge ab intestat aufgestellt sind. Gehören auch Nuzniessungen zu diesem Vermögen, so gehen diese nicht auf die Erben des bürgerlich Todten über, sondern die dem Nießbrauch unterworfene Güter fallen an den Eigenthümer zurück; (Art. 617) LeibRenten laufen aber bis zu seinem natürlichen Tode zum Vortheil seiner Erben. (Art. 1982) 2) Der bürgerlich Todte kann zwar nachher wieder durch Arbeit, Industrie und alle andere Mittel, welche das Gesetz ihm nicht verbietet, erwerben, allein er kann weder erben, noch geht seine Erbschaft auf seine gesetzliche Erben über, weil die Erbschaften ein Ausfluß der positiven Gesetzgebung sind. Ihm zugefallene Erbschaften werden so vertheilt, als wäre er wirklich natürlichen Todes verstorben. 3) Er kann weder testiren noch schenken, noch unter einem dieser Titel etwas anderes als blosse Alimentation erhalten; der erste Theil dieser Verfügung bezieht sich offenbar hier auf das Vermögen, was er nach der Verurtheilung wieder erworben haben kann. 4) Er kann weder Vormund werden, noch 5) Zeuge in öffentlichen Akten sein, noch vor Gericht Zeugniß abgeben. Man verlangte eine Ausnahme für den Fall, wo er ein nothwendiger Zeuge sein würde; man erwiederte dagegen, es gäbe Fälle, wo auch nothwendige Zeugen nicht gehört werden dürften, wie z. B. der Vater gegen den Sohn und umgekehrt. Die Frage ward jedoch nicht entschieden, sondern ins peinliche Gesetzbuch verwiesen. 6) Da der bürgerlich Todte noch

erwerben kann, so kann der Erwerb seines Fleisses ihn auch in Strittigkeiten mit andern Bürgern verwickeln; da das Gesetz selbst ihn aber nicht als lebend kennt, so kann er nur durch ein SpezialVormund vor Gericht auftreten, dessen Ernennung er selbst, wenn er Kläger ist, oder sein Gegner, wenn er Beklagter ist, vor Einführung der Klage von dem Gericht, das über diese erkennen soll, nachzusuchen hat. 7) Er ist unfähig zu jeder Ehe, welche irgend CivilWirkungen hervorbringen könnte, und seine vorherige Ehe ist, in allen ihren CivilWirkungen, aufgelößt. Diese Verfügung fand den heftigsten Widerspruch sowohl im Staatsrath als ausserhalb desselben; der Kaiser bemerkte: er könne nicht einsehen, daß eine Frau, von der Unschuld ihres Mannes überzeugt, ihm nicht ohne Verbrechen folgen und nicht ohne Verlezzung der Schamhaftigkeit mit ihm leben können, daß ihre Kinder für Bastarde erklärt werden und die Gesetze zwischen ihr und einer feilen Dirne keinen Unterschied machen sollten; weit entfernt, sie mit Schande zu brandmarken, müsse man vielmehr ihre Tugend ehren, und den Unglücklichen den Trost lassen, als rechtmässige Ehegatten zusammen zu leben. Diese Gründe machten Anfangs Eindruck auf den Staatsrath, und man schien allgemein damit einverstanden zu sein, die Verurtheilung zum bürgerlichen Tode blos als eine Ursache der Ehescheidung geltend zu lassen; allein endlich gieng dennoch der Artikel durch, weil es widersinnig schien, daß ein Mensch, der in den Augen des Gesetzes todt wäre, rechtmässige Nachkommenschaft haben, und seinen Kindern einen Stand übertragen können solle, dessen er selbst entsetzt ist. Der Meinung des Kaisers entsprach je-

doch die vorige Gesetzgebung über diesen Gegenstand, über welche man Despeisses, titre du mariage. 4 Abschn. Nro. 15, Louet und Brodeau, Litt. C. n° 14. Henris ꝛc. die L 22. ff. sol. matr. L. 1. Cod. de repudiis, die Ordonnanz von 1639, das Répertoire de jurisprudence, verbo : mort civile und Lebrun des success. B. 1. K. 2. Abschn. 3. n°. 22. u. ff. nachschlagen kann. Auch Hr. von Maleville ist der Meinung, daß diese Verfügung des Gesetzes, gegen welche die Appellationshöfe von Paris, Toulouse, Rouen und Lyon gleichfalls reklamirt hatten, bei einer Revision des Gesetzbuchs aufs neue strenge geprüft zu werden verdiene; einer der wichtigsten Gründe, womit er seine Meinung unterstüzt, ist, daß die Wirkungen des bürgerlichen Todes im Falle eines KontumazialUrtheils erst nach Ablauf von 5 Jahren eintreten; in der That ist es schwer zu begreifen, daß die Frau während diesen fünf Jahren mit ihrem verurtheilten Gatten leben dürfen und ihre Kinder rechtmässig sein sollen, und daß sie vom lezten Tage des fünften Jahres ohne ein gesetzliches Verbrechen ihm nicht mehr beiwohnen dürfen, und ihre Kinder, die sie nach dieser Zeit von demselben Vater empfangen würde, Bastarde sein sollen. Vielleicht würde die Verfügung der Ordonnanz von 1639, welche dem bürgerlich Todten die Ehe verbot, ohne jedoch die in einer der Verurtheilung vorherigen Ehe nach derselben erzeugte Kinder für Bastarde zu erklären, in Verbindung mit der Verfügung, wodurch man diese Verurtheilung zu einer der Ursachen der Ehescheidung erhoben hätte, der Natur weniger widerstrebt und dem Rigoris'm des Gesetzes genug gethan haben. 8) Sein Mit-

Gatte und seine Erben können die Rechte geltend machen und die Klagen anstellen, zu welchen sein natürlicher Tod statt geben würde. In der ersten Abfassung hatte man die Beschränkung zugesetzt: „mit Ausnahme jedoch „der zu Gunsten des überlebenden Ehegatten bedungenen „Vortheile, welche der andere Ehegatte nicht eher als nach „dem natürlichen Tode des Verurtheilten geltend machen „kann;" allein diese Ausnahme ward verworfen, ohngeachtet sie der L. 121. §. 2. ff. de verbo oblig. entsprach.

Man vergleiche übrigens mit diesem Artikel die L. 29 ff. de poen. und Inst. quib. mod jus. patr. pot. solv.

Der Art. 26 entspricht der alten Gesetzgebung, welche seit dem berühmten Urtheil von Desvernais (Denisart, verbo: mort civile) in dieser Hinsicht bestimmt war. Da dieser Artikel nur von kontradictorischen Urtheilen spricht, so kann der Fall der Exekution in effigie nur dann statt finden, wenn der Verurtheilte seit dem Urtheil entwichen ist. Wenn in der Zwischenzeit zwischen dem Urtheil und dessen Vollzug (in den dreien Tagen, während welchen der Vollzug des Urtheils verschoben werden muß, oder während dem KassationsGesuch) dem Verurtheilten Erbschaften zufallen, so ist er fähig, sie zu empfangen und sie geben durch ihn auf seine Erben über; seine in dieser Zwischenzeit empfangene Kinder sind rechtmässig, und wenn er in derselben stirbt, so verstirbt er in der Integrität seiner Civil-Rechte. (Man hatte in diesem lezten Falle eine Ausnahme für den Selbstmörder vorgeschlagen, die aber verworfen ward.)

Das oben angeführte Urtheil von Desvernais ward die Quelle eines andern Rechtsstreites, den wir hier berühren, weil er über den Beweiß der Exekution Licht ver-

breitet. 60 Jahre nach dem Urtheil von Desvernais, und 45 Jahre nach seinem Tode, nahmen seine Kinder, welche, als in einer nach dem Urtheil abgeschlossenen Ehe erzeugt, von der Erbschaft ausgeschlossen worden waren, diese in Anspruch, weil der Besitzer die Exekution des Urtheils in effigie nicht durch den VerbalProzeß derselben erweisen könne; sie stüzten sich dabei auf den Art. 55 der Ordonnanz von Moulins und den Titel 15 des PönalGesezbuchs. Dieser hingegen sezte ihnen die Notorietät und mehrere Urtheile entgegen, welche diese Exekution als geschehen voraussezten, und in deren einem sogar der VerbalProzeß angeführt war. Der Appellationshof von Lyon wies sie durch ein Urtheil vom 6 Floreal 11 Jahrs mit ihrer Klage ab. Vor dem KassationsGerichtshof trug der GeneralProkurator Merlin auf die Kassations dieses Urtheils an; allein der Gerichtshof verwarf das Kassations-Gesuch, weil der Art. 55 der Ordonnanz von Moulins nur von lebenden Zeugen spricht, welchen man nur, mit dem Urtheil in der Hand, den Einwurf einer gerichtlichen Verurtheilung machen darf, und weil auch der Titel 15 des PönalGesezbuchs nur von noch lebenden Individuen spricht; er zog ferner in Erwägung, daß es zwar im allgemeinen richtig ist, daß ein Urtheil und sein Vollzug nur durch das Urtheil und den VerbalProzeß des Vollzugs selbst erwiesen werden können, daß aber bei alten Urtheilen gegen längst verstorbene Individuen, welche in jeder andern Hinsicht wirklich vollzogen worden sind, eine Ausnahme statt findet, daß alsdann der Beweiß der Existenz dieser Akte durch ihre Anführung in andern alten Akten erbracht werden kann, weil man sonst die Ruhe der Familien stören und die sonnenklarsten Dinge in Zwei-

sel ziehen könnte. Dieser Urtheilsspruch ist vom 26 Thermidor 12 Jahrs.

Der Art. 27 ist heftig bestritten worden. In der Sitzung vom 9 Thermidor 3 Jahrs blieb er unentschieden; in der vom 16 desselben Monats ging die, der des Artikels entgegengesetzte, Meinung durch; am 6 Brumaire 11 Jahrs endlich kam man, auf die Bemerkungen des Tribunats zu der ersten zurück Der Artikel weicht sowohl von dem Art. 29 Tit. 17 der Ordonnanz von 1670, als von dem Titel 9 des Gesetzes vom 3 Brumaire 4 Jahrs ab. Die Gründe dieser Abweichung finden sich in meinen Anmerkungen zu dem CivilGesetzbuch angeführt: ausser dem daselbst berührten Einwurf, daß es widersinnig sei, den Vollzug eines Urtheils zu suspendiren, ehe es nichtig erklärt worden wäre, hatte man auch noch folgende gemacht: daß die Repräsentation des Kontumax blos die Wirkung einer resolutorischen Bedingung haben könne, daß es aber widersinnig sei, in der Zwischenzeit demjenigen die CivilRechte zu gestatten, den das Gesetz von dem Urtheil an nicht mehr als lebend ansehen dürfe; der Artikel gebe ausserdem in dem Falle zu grossen Schwierigkeiten Anlaß, wenn die, welche zu Anfang der fünf Jahre die nächsten Verwandte gewesen wären, es zu Ende derselben nicht mehr wären. In beiden Systemen liegt einige Inkonsequenz, weil in keinem ein KontumazialUrtheil grade dieselbe Wirkungen wie ein kontradictorisches hervorbringt; das neue weicht übrigens auch darin von dem Art. 480 des Gesetzbuchs der Verbrechen und Strafen ab, daß es dem Verurtheilten nicht zwanzig, sondern, wie ehedem, nur fünf Jahre gestattet, um sich zu stellen.

Der Art. 28 bestätigt es nochmal, daß die Beraubung der CivilRechte etwas anderes sein muß als der bürgerliche

Tod, indem er sonst mit dem vorhergehenden in offenbarem Widerspruch stehen würde. Der zweite Paragraph desselben Artikels dient auch zur Erklärung des ersten. Die Vorsicht des Gesetzes für den Kontumax ist übrigens um so nothwendiger, weil er ohne seine Sicherheit in Gefahr zu setzen, seine Rechte nicht selbst ausüben kann.

In dem Project folgte hier ein andrer Artikel des Inhalts, „daß die CivilPartbie und die Erben des Verurtheilten im Falle eines KontumazialUrtheils ihre Rechte nur gegen KautionsLeistung sollten geltend machen können," er ward aber verworfen, weil eine arme CivilPartbie sonst der Wohlthat des Urtheils oft ganz beraubt werden würde. In Hinsicht auf die CivilPartbie bleibt es dem Ermessen des Richters jedoch überlassen, ob er eine Bürgschaft fordern will oder nicht, in Hinsicht auf die Erben aber treten die Verfügungen des Titels von den Abwesenden auch für die Bürgschaft ein.

Mit dem Art. 29 vergleiche man den Art. 18 Titel 17 der Ordonnanz von 1670 und den Art. 27 des Gesetzbuchs.

In Hinsicht auf den Art. 30 machen wir nur die einzige Bemerkung, daß seine Verfügungen nicht blos die accidentelle Rechte, welche dem Verurtheilten in der Zwischenzeit zugefallen sein können, sondern auch die unmittelbare Wirkungen des bürgerlichen Todes auf die Person und das Vermögen des Verurtheilten betreffen; er erhält das Vermögen nicht zurück, was er zu Ende der 5 Jahre besaß, er kann seine Frau, deren zweite Ehe gültig ist, nicht zurückfordern, noch erhalten seine, nach den 5 Jahren empfangene, Kinder die Legitimation zurück; er kann diese jedoch legitimiren, er kann eine neue Ehe (auch mit seiner vorigen Frau) abschliessen, er kann erwerben, kontrahiren,

erben und testiren. Kurz, es beginnt ein neues bürgerliches Leben für ihn. Natürlich werden die Fälle, worin dieser Artikel seine Anwendung findet, äusserst selten sein.

Der Art. 31. ist dem Art. 29 des Titels 17 der Ordonnanz von 1670 gemäß. Siehe Serres, Inst. S. 43 und 44. Der Art. 32 ist der Jurisprudenz des Parlamentes von Paris (Richer, sur la mort. civile) entsprechend, allein er läuft der der Parlamente des geschriebenen Rechtes (Lapeyrère, Litt. S. N° 212. Serres Inst. S. 393) zuwider. Diese letzte stüzte sich darauf, daß der bürgerliche Tod blos eine Folge der peinlichen Strafe wäre, und daher mit dieser erlöschen müsse. Man darf übrigens die Verjährung der Prozedur, deren Dauer der Titel 6 des ersten Theils des PönalGesetzbuchs auf 3 und 6 Jahre festsetzt, nicht mit der, nach der bisherigen Gesetzgebung vom Tag des Urtheils an zwanzigjährigen, Verjährung der Strafe verwechseln.

Man hat die Frage aufgeworfen, ob, wenn ein Kontumax auch noch nach 20 Jahren sich stellen und ein Urtheil verlangen würde, diesem Begehren willfahrt werden könnte; allein man entschied einstimmig, daß es inkonsequent sein würde, einem Menschen den Prozeß zu machen, der nothwendig von jeder Strafe freigesprochen werden müßte.]

Einige Tribunalien haben den Art. 33 zu hart gefunden; allein sobald die Kinder des Verurtheilten nicht rechtmässig sind, können sie auch kein Erbrecht haben. Uebrigens läßt sich von der Grosmuth der Regierung hoffen,

daß sie die zweite Verfügung desselben nicht unbenuzt lassen wird. Uebrigens dürften diese Güter auch selten beträchtlich sein, da der bürgerlich Todte (der nothwendig in eine ewige Strafe verurtheilt ist) nur durch Fleiß und Industrie, nicht aber durch Erbschaften, Schenkungen ꝛc. erwerben kann.

(Die Fortsetzung folgt.)

II.

Rechtsstreit zwischen den Erben des Ministers und ReichsGrafen Franz Albert Leopold von Oberndorf, über die anverlangte Theilung des in Frankreich gelegenen Theils einer Fideikommissarischen Erbmasse.

Um meinen Lesern eine bessere Uebersicht nachfolgender interessanten Rechtssache zu verschaffen, theile ich diese Skizze in vier Abschnitte ein, deren erster die dem Prozeß vorherige Thatumstände, der zweite die ProzeßGeschichte, der dritte die gegenseitig angeführten RechtsMittel und der vierte das Endurtheil enthalten soll.

1.

Dem Prozeß vorherige Vorgänge.

Franz Albert Leopold ReichsGraf von Oberndorf, und StaatsMinister S. D. des Kurfürsten von Pfalzbayern, hatte zwei Brüder, Joseph, der, gleich ihm, ohne Deszendenz war, und Wilhelm Ignaz, der gemeinschaftliche Vater der Parthien in dem gegenwärtigen Rechtsstreit. Wilhelm Ignaz hatte, ausser vier Töchtern, drei Söhne, Christian den itzigen Beklagten, Franz Albert und Karl August.

Die Brüder, Franz Albert Leopold und Joseph, stiften durch mehrere öffentliche Akte, zwei Linien, eine rheinische und eine pfalzneuburgische, und belegen zu dem Ende ihr sämmtliches Ver-

mögen, zum Besten des Mannsstammes, mit einem ewigen FamilienFideikommiß. Der erste dieser Akte ist von 1782; Franz Albert Leopold ernennt dadurch zum ersten FideiKommißBesitzer den Grafen Christian. Dieses FideiKommiß ward, dem Edikt von 1756 gemäß, in locis rei sitæ insinuirt, und am 14 October 1782 von dem Kurfürsten Karl Theodor genehmigt. Der Graf Joseph hatte seinerseits zu seinem UniversalErben und ersten Fideikommißbesitzer der pfalzneuburgischen Linie seinen Neffen Franz Albert ernannt, nach dessen Tode der Fidelkommiß auf dessen jüngern Bruder Karl August übergieng, der noch wirklich in ruhigem Besitz desselben ist.

Nach dem Tode von Wilhelm Ignaz heurathete seine Wittwe, Marie Anne Baronin von Gaugraben, ihren Schwager, den Grafen Joseph. In den EhePakten vom 24 November 1734, welche der Minister Franz Albert Leopold und andere Anverwandte genehmigten, ward bedungen, daß die Grafen Christian und Franz Albert, (nachher Carl August) wenn sie so glücklich sein würden, die zu Ihren Gunsten errichtete GeschlechtsFideikommiße anzutreten, durch den Antritt derselben ipso facto, zu Gunsten ihrer Schwestern, auf ihren Antheil an der mütterlichen Verlassenschaft verzichten sollten.

Im Jahr 1785 erneuerte Franz Albert Leopold das zu Gunsten des Grafen errichtete Fideikommiß. Am 28 Julius 1789 errichtete der Graf Joseph ein Testament, worin er, zur nochmaligen Bestätigung der oben angeführten Verordnungen, den Graf Christian ganz von seiner Erbfolge, zum Vortheil von Karl August, (der an die Stelle des verstor-

benen Franz Albert gekommen war) ausschloß, und den letzten zu seinem Fideikommissarischen UniversalErben ernannte. Auch Franz Albert Leopold errichtete am 14 Junius 1794 ein Testament, wodurch er den Inhalt der Akte vom 14 October 1782, 22 Februar 1785, der EhePakten vom 24 November 1784, und des Testaments des Grafen Joseph vom 27 Julius 1787 nochmal bestätigte, und den Grafen Christian zu seinem Fideikommissarischen UniversalErben einsetzte. In Hinsicht auf die väterliche und mütterliche Erbschaft desselben heißt es darin §. 10. „daß „sein erster FideikommißErbe, Christian Reichs„Graf von Oberndorf, bei dem Antritt des Fidei„kommisses auf seine väterliche und mütterliche Erb„schaft völlig verzichten, und nie das PflichtTheil „anbegehren solle, wie dann, wo dieser Verzicht nicht „geleistet würde, das Faktum des Antritts der Fidei„kommißErbschaft statt des Verzichtes geachtet und „hiermit erklärt wird.“ Im §. 25 seines Testamentes ernennt er die Freiherrn von Leoprechting und von Reichling zu TestamentsExekutoren.

Eine diesen Verfügungen durchaus entsprechende Wiederhohlung enthält das Testament der gemeinschaftlichen Mutter der Parthien vom 25 Februar 1800 §. 6. des Inhalts. „Da in den mehrberührten Ehe„Pakten bedungen ist, daß meine Söhne Christian „und Franz Albert durch den Antritt ihrer Fidei„kommißErbschaften auf das PflichtTheil zu Gunsten „der vier darin benannten, damals noch unversorgten, „Töchter, ipso facto verzichten, indessen aber anstatt „des benannten Franz Albert, mein zweiter Sohn „Karl August solche FideikommißErbschaft ange„treten hat, anderntheils zwei von meinen Töchtern „ohne Kinder verstorben sind, so ist diese Verord-

„nung, nach der Absicht jener EhePakten, wodurch „meine wirkliche Kinder und ihre Erben aus meinem „mütterlichen Vermögen versorgt werden sollen, indem „meine Söhne durch die ansehnlichen Fideikommiß- „Erbschaften so sehr begünstigt worden, auf die nun- „mehr so vielfältig geänderten Verhältnisse anzumes- „sen, also nämlich, daß der von meinen Söhnen zu „leistende Verzicht nunmehr zu Gunsten der beiden „Töchter, Freifrau von Leoprechting und Frei- „frau von Lerchenfeld, wie auch meines Enkels, „des Graf von Seiboldsdorfischen Sohnes „Franz Albert, zu drei gleichen Theilen geschehe, und „ist diese aus der Natur der Sache abgeleitete Erklä- „rung zugleich mein ausdrücklicher Wille und meine „mütterliche Verordnung." Im §. 16 desselben Testa- ments wird der Kurpfälzische JustizReferendar Niklas Freiherr von Stengel zum TestamentsExekutor, mit Vollmacht zu substituiren, ernannt.

Am 11 Dezember 1797 starb der Graf Joseph, Stifter der Pfalzneuburgischen Linie. Der Graf Karl August trat ruhig in den Besitz der ihm durch dessen Tod anerfallenen FideikommißErb- schaft ein.

Am 29 Mai 1798 starb auch der Graf Franz Albert Leopold, Stifter der rheinischen Linie. Sein Testament ward am 25 Mai 1799 durch eine besonders dazu ernannte kurfürstliche Kommission eröf- net. Der anwesende Graf Christian erklärte, daß er die ihm zugedachte FideikommißErb- schaft dankbar annehme. Der gleichfals an- wesende Freiherr von Leoprechting erklärte, Namens seiner Gemahlin Katharine von Oberndorf, daß er das Testament seinem ganzen Inhalt nach anerkenne, und dem Begehren seines

Hrn. Schwagers, des Fideikommissarischen Erben, beitretend um eine legale Abschrift der lezten Willensmeinung bäte, salvis eventualiter reservandis ulterioribus. Hr. von Zender, der von Amtswegen ernannt worden war, um die Abwesenden zu vertreten, verlangte einen Ausstand, um ihnen das Testament zuzufertigen, ohngeachtet das Testament so beschaffen sei, daß nach rechtlichen Grundsäzen kein Einwurf gegen dasselbe denkbar sei, und folglich die Erben ab intestat, welche er verträte, die Absicht nicht haben könnten, den mindesten Widerspruch dagegen zu erheben.

Hr. v. Leoprechting, der, wie wir oben gesehen haben, zum TestamentsExekutor ernannt worden war, substituirte sich in dieser Eigenschaft den Hofrath Reichard, den er zugleich im Protokoll zu seinem Bevollmächtigten, sub clausulis solitis, bestellte, um das Interesse seiner Gemahlin der Frau von Leoprechting als eventuelle Erbin des Fideikommisses zu bewahren. Endlich bat man die Regierung, den abwesenden Exekutor Hr. von Reichling durch den Hr. von Zender zu ersetzen.

Am 6 Julius 1799 ließ Frau von Lerchenfeld, gebohrne Therese von Oberndorf, durch Hr. Reichard eine von ihr und ihrem Gemahl unterschriebene Erklärung des Inhalts übergeben: „daß sie zwar das Testa„ment ihres Oheims, des ReichsGrafen Franz Albert „Leopold von Oberndorf, in soweit, als dasselbe „mit keinem sichtbaren Mangel behaftet sei, aner„kenne, soviel aber dessen Inhalt betreffe, sich für „sich sowohl, als ihre Nachkommenschaft, alle ihr „zustehende Rechte und Ansprüche ausdrücklich vor„behalte."

Am 5 Dezember 1800 starb auch die gemeinschaftliche Mutter, Marie Anna, Baronin von Gaugraben. Da der Graf Christian, itziger Beklagter, seine Erklärung, ob er das Testament seiner Mutter anerkenne, verzögerte. so wendeten sich am 21 Junius 1801 die Gemahlinn des Freiherrn von Lerchenfeld und Max, Graf von Seibelsdorf, im Namen seines Oheims Graf Xaver von Seibelsdorf, an den zur Auseinandersetzung des mütterlichen TheilungsGeschäftes ernannten Kommissar, Freiherrn von Reichling, und beschwerten sich, „daß ihr Bruder „und Schwager, Christian, Graf von Oberndorf, sie so lange mit seiner Erklärung über das Testament seiner verewigten Mutter hinhalte und dadurch die Sache in die Länge zu ziehen suche, da er „doch nach der bekannten aktenmässigen Verzichtleistung auf die mütterliche legitima keinen Grund habe, „irgend eine Ausstellung an dem mütterlichen Testament zu machen. Sie baten sofort, da alle gütliche „Verwendung fruchtlos sei, die Sache in möglichster „Bälde an den kurfürstlichen Hofrath gelangen zu lassen, damit der Graf Christian angehalten werde, „seine Erklärung sub poena agniti vordersamst abzugeben."

Am 21 Julius 1802 erfolgte hierauf, auf den Bericht des Freiherrn von Reichling, ein Urtheil des kurfürstlichen Hofraths zu München folgenden Inhalts: „Beim kurfürstlichen Hofrath hat man sich in Sachen „des kurfürstlichen wirklichen Raths Paur, junioris, „im Namen der Frau von Lerchenfeld und Konsorten, dann dem Christian Reichsgrafen von „Oberndorf puncto agnitionis testamenti materni, „umständlichen Vortrag machen lassen, und will nach „beigebrachter Bescheinigung der an denselben gemach-

„ten Insinuation der sub poena agniti abgefoderten „Testaments AgnitionsErklärung in contumaciam „gesprochen, sohin die mütterliche gräflich Oberndorfi- „sche TestamentsDisposition rücksichtlich des Chri- „stian, Grafen von Oberndorf pro agnito hier, „mit erkannt haben.

Dieses Urtheil erwuchs in RechtKraft und die von der gemeinschaftlichen Mutter instituirten Erben theil- ten die mütterliche Verlassenschaft mit gänzlichem Aus- schluß des Grafen Christian unter sich.

II.

ProzeßGeschichte.

Am 16 Messidor 8 Jahrs, (5. Juni 1801) lies- sen die FreiFrauen von Leoprechting und Lerchen- feld, der Graf Karl August von Oberndorf, und der Graf Franz Albert von Seibelsdorf, als Vormund seines minderjährigen Sohnes Franz Al- bert von seiner verstorbenen Gemahlin Karoline von Oberndorf, den Grafen Christian von Oberndorf vor das VergleichsBureau des Kan- tons Grünstadt, Departement vom Donnersberg laden, um sich wo möglich mit ihnen über das Be- gehren der Theilung zu gleichen Theilen (in Gemäßheit des Gesetzes vom 27 Nivose 2 Jahrs) aller auf dem linken RheinUfer gelegenen, und von der Erbschaft des Ministers Franz Albert Leopold herrührenden Güther zu vergleichen, in deren Besitz gedachter Graf Christian sich als angeblicher Pri- mogenitur und FideikommißErbe wirklich befände. Es kam kein Vergleich zu stande, und die Parthien wur-

den demzufolge an das damals noch bestehende Civil-Gericht des Departements vom Donnersberg verwiesen.

Am 8 Pluviôse 10 Jahrs (25 Junius 1802) ließ Karl August dem Beklagten einen Akt zustellen, des Inhalts: „daß er, ohne sich der von seinen „Schwestern, den Freifrauen von Leoprechting und „von Lerchenfeld und von seinem Schwager, dem „Grafen von Seibelsdorf angestellten Klage zu wi„dersetzen, doch vor der Hand keinen thätlichen „Antheil daran zu nehmen gedächte, jedoch mit Vor„behalt aller seiner Rechte." Seitdem beschränkte die Klage sich immer darauf, von dem Grafen Christian die Auslieferung der drei Fünftheile der beweglichen und unbeweglichen Hinterlassenschaft des Ministers Franz Albert Leopold, in so weit sie auf dem linken RheinUfer befindlich wäre, nebst Rückerstattung der Früchte, zu verlangen.

Der Graf Christian setzte den Klägerinnen zuerst die exceptionem fori incompetentis entgegen, weil es keinem französischen Tribunal zukomme, über den Vollzug von Akten zu erkennen, welche in Deutschland, nach deutschen Gesetzen, von Deutschen errichtet worden wären. Allein das Tribunal erließ am 10 Messidor 10 Jahrs ein Urtheil, wodurch es in Hinsicht, daß die Klage, als eine dingliche Klage, in foro rei sitae wohl angestellt worden sei, den Beklagten mit seiner deklinatorischen Einrede abwieß, und verordnete, daß die Parthien am 20 desselben Monats Messidor zu erscheinen hätten, um sich über die Hauptsache einzulassen. Als in der Audienz vom 20 Messidor 10 Jahrs (9 Juli 1802) der Graf Christian und sein Bevollmächtigter nicht erschienen, erließ das Tribunal ein Urtheil, par defaut, folgenden Inhalts:

„Das Tribunal ertheilt den Klägern défaut gegen „den ausbleibenden Beklagten, und über die Kla„ge erkennend verurtheilt es den Beklagten, den „Klägern die drei Fünftheile alles beweglichen „und unbeweglichen Vermögens, welches sich im „Departement vom Donnersberg befindet und von „der Erbschaft des Ministers Grafen von Obern„dorf herrührt, mit den bezogenen oder noch „zu beziehenden Früchten zurückzuerstatten; be„fiehlt folglich, daß vor einem öffentlichen Notar „des Donnersbergs Departements zum Inventa„rium und zur Theilung dieser Erbschaft geschrit„ten werden soll, und verurtheilt den Beklagten „in die Kosten."

Der Graf Christian legte sowohl gegen das KompetenzUrtheil vom 13 Messidor 10 Jahrs als gegen das vom 20 Messidor die Berufung ein, welche durch die unterdessen in den gerichtlichen Gewalten vorgefallene neue Organisation vor den Appellationshof von Trier gebracht ward.

Dieser bestätigte durch einen Urtheilsspruch vom 2 Fruktidor 11 Jahrs (20 August 1803) das zu Mainz erlassene KompetenzUrtheil vom 13 Messidor 10 Jahrs, und vertagte die Sache bis nach den Ferien. Zwei Urtheile par défaut wurden nachher erwirkt, aber beide durch Oppositionen, die in gehöriger Zeit eingelegt wurden, entkräftet. Am 25 Frimaire 12 Jahrs (16 Dezember 1803) erfolgte hierauf ein kontradiktorischer Vorbescheid, wodurch die von den Appellaten gegen den AppellationsAkt von dem Urtheil vom 20 Messidor vorgebrachten Einreden verworfen wurden. Dieser Vorbescheid ist in RechtsKraft erwachsen.

Am 29 Brumaire 13 Jahrs (7. October 1804) ließ der Baron von Lerchenfeld dem Appellanten

zustellen: „daß er, nach dem am 6 August 1804 — 16 „Thermidor 12 Jahrs, erfolgten Hinscheiden seiner Ge„mahlin, die Instanz als Vormund seiner min„derjährigen Tochter Ernestine fortführe." Durch ein Urtheil vom 11 Floreal 13 Jahrs (1 Mai 1804) wurden die Debatten in dieser Sache auf den 30 Prairial (19 Juni) festgesetzt. Folgendes sind die Rechts-Mittel, welche die beiderseitigen Parthien zur Unterstüzzung ihrer Ansprüche anführten.

(Die Fortsetzung folgt.)

III.

Entscheidungen strittiger Rechtsfragen.

A.

CivilGesetzbuch.

Art. 1341, 1347, 1367, Buch III. Titel III.

24. Findet über eine Schuld von mehr als 150 Fr. ein Zeugenbeweiß statt, wenn zwar ein Anfang eines schriftlichen Beweises vorhanden ist, der aber über den Betrag der Schuld nichts ausweißt?

25. Kann, wenn der Beweiß über diesen Betrag nicht vollständig ist, der Richter dem Gläubiger den suppletorischen Eid zuschieben.

Beide Fragen hat der KassationsGerichtshof in folgendem Falle bejahend entschieden.

Im Jahr 12 klagt die Dame Descornais gegen den Hr. St. Aubin die Summe von hundert Louisd'or ein. Als dieser läugnete, dieselbe erhalten zu haben, macht sie ein Schreiben desselben vom 25 Prairial 10 Jahrs geltend, worin er ihr meldet, er sei in Verzweiflung, ihr das Geld, was sie ihm mit so vieler Gefälligkeit geliehen, itzt nicht zurückgeben zu können, und ihr verspricht, diese für ihn geheiligte Schuld sobald als möglich abzutragen. Auf diesen Brief gestüzt verlangt die Dame Descornais, in Gemäßheit des Art. 1347 des CivilGesetzbuchs das Quan-

tum der geliehenen Summe durch Zeugen zu beweisen. Das Tribunal von Achen läßt sie zu diesem Beweiß zu, und da derselbe ihm nicht ganz erschöpft scheint, so legt es von Amtswegen der Dame Descornais den suppletorischen Eid auf, und verurtheilt den Hr. St. Aubin zur Zahlung.

Das Urtheil wird von dem AppellationsHof von Lüttich bestättigt.

St. Aubin sucht Kassation nach. Er behauptet, man habe von dem Art. 5 Titel 20 der Ordonnanz vom 1667 und dem Art. 1347 des CivilGesetzbuchs eine falsche Anwendung gemacht; der von der Klägerin vorgebrachte Brief habe bloß ein Darlehn von 17 Louisd'or betroffen, und habe nie das Gericht ermächtigen können, sie zum Beweiß des Anlehns von 100 Louisd'or zuzulassen, weil er keinen Anfang eines schriftlichen Beweises einer Schuld von diesem Betrag enthalten hätte. Auch habe das Gericht den Art. 1367 desselben Gesetzbuchs übertreten, weil demselben zufolge der Richter den Eidschwur bloß dann auflegen könnte, wenn eine Klage nicht vom jedem Beweise enblößt wäre. Hier sei aber über den Betrag der Summe gar kein Beweiß vorhanden gewesen.

Urtheil des Kassationshofes vom 29 Prairial XIII., wodurch

Der Gerichtshof, nach Anhörung des Hrn Daniels, Substitut des GeneralProkurators, angesehen, daß der fragliche Brief den Anfang eines schriftlichen Beweises enthielt, der die Zulassung des ZeugenBeweises ermächtigte; daß, da die Existenz einer wichtigen und geheiligten Schuld sowohl durch diesen Brief als durch das ZeugenVerhör erwiesen war, die Rich-

ter, ohne Verlezzung irgend eines Gesetzes, einen suppletorischen Eid auferlegen, und ihn derjenigen Parthie zuschieben konnten, welche ihnen, in ihrem Gewissen, die würdigste schien, das KassationsGesuch verwirft rc. rc.

Art. 972 und 1001, Titel I. Buch III.

26. Ist ein Testament null, wenn der Notar zwar im allgemeinen bemerkt hat, daß dasselbe vorgelesen worden, nicht aber daß es in Gegenwart der Zeugen dem Testator vorgelesen worden?

27. Findet diese Nullität selbst dann statt, wenn aus der Zusammenstellung der verschiedenen Ausdrücke und Verfügungen zu folgen scheint, daß diese Formalität erfüllt worden ist?

Da die Testamente ihren Ursprung in dem positiven Recht haben, so kann die Form, welche dieses vorgeschrieben hat, nicht strenge genug befolgt werden, weil diese die Bedingung ist, unter welcher dasselbe die Befugniß, auch noch nach unserm Tode über unser Vermögen zu verfügen, gestattet. Die L. 13. cod. de testam. sagt: Testandi . . . . facultas est permissa: non autem jurisdictionis mutare formam, vel juri publico derogare cuiquam permissum est. Die Art. 5, 22, und 23 der Ordonnanz von 1735 machten der Verschiedenheit, welche vorher in Frankreich in Hinsicht auf die Form der Testamente bestanden hatte, ein Ende, indem sie die dabei zu beobachtende Formalitäten bestimmten, und der Art. 47 derselben Ordonnanz bestraft die Verletzung einer derselben mit der Nullität des Aktes. Die Art. 972 und 1001 des CivilGesetzbuchs sind aus dieser Ordonnanz entlehnt, und noch durch den Beisatz: von dem allem muß ausdrücklich Meldung geschehen, geschärft. Es ist daher nicht genug, daß der Notar und der

Testator in der That dem Willen des Gesetzes genug gethan haben; es muß auch von der Beobachtung einer jeden der Formalitäten, die das Gesetz vorgeschrieben hat, ausdrückliche Meldung geschehen.

Diesem Geist der Gesetzgebung gemäß haben mehrere Appellationshöfe durch verschiedene Urtheilssprüche (welche nunmehr durch eine von dem Kassations-Gerichtshofe erlassene, nächstens mitzutheilende, Entscheidung sanctionirt worden sind) entschieden, daß ein, obgleich ganz von der Hand des Notars geschriebenes Testament dennoch nichtig ist, wenn es nicht die ausdrückliche Meldung enthält, daß der Notar dasselbe auch wirklich geschrieben habe. In demselben Sinne ist nachstehendes Urtheil erlassen worden.

Das Testament von Joseph Johann Baptiste Meulemberg schloß mit den Worten: Also geschehen und testirt in dem Hause des Testators in Gegenwart von . . . besonders dazu erbetenen Zeugen, „und nach geschehener Vorlesung des Testamentes hat der Testator nochmal erklärt, „daß dasselbe seine Willensmeinung enthalte; und nachdem wir ihn Testator und die Zeugen befragt haben, ob sie schreiben könnten, hat der Testator erklärt, daß er seiner Krankheit halber nicht unterzeichnen könne; die Zeugen haben ja geantwortet."

Dies Testament ward von den IntestatErben vor dem CivilGericht des Seine Departements angefochten, weil es nicht die ausdrückliche Meldung enthalte, daß es dem Testator, in Gegenwart der Zeugen, vorgelesen worden sei. Dieses wieß sie aber mit ihrer Klage ab.

In der AppellationsInstanz behaupteten sie: der Art. 972 des CivilGesetzbuchs, sei nur eine Wieder-

holung der Artikel 5 und 23 der Ordonnanz von 1735; der Text dieser beiden Gesetze sei bestimmt, und es sei offenbar, daß die unbestimmte Meldung einer geschehenen Vorlesung, ohne Angabe dessen, welchem das Testament vorgelesen worden, dem Willen des Gesetzes nicht genug thue; die Jurisprudenz habe immer die Verfügungen der Ordonnanz von 1735 strenge gehandhabt, und als einige Parlamente, unter andern das von Grenoble, von dieser Strenge nachgelassen, und Testamente gutgeheissen hätten, welche mit dem nämlichen Fehler behaftet gewesen wären, wie das angefochtene, habe der Kanzler d'Ageusseau ein Schreiben an dieses Parlament erlassen, welches man in Nro. 339 seiner Werke nachschlagen kann, und im Wesentlichen folgenden Inhalts ist: „das Testament „muß deshalb dem Testator insbesondere vorgelesen „werden, um ihn in den Stand zu setzen, zu beur„theilen, ob der Notar seine Gedanken wohl aufge„faßt hat und ob nichts mehr hinzuzusetzen oder hin„weggelassen ist; wenn es auch in dieser Materie keine „gesetzliche Formel giebt, so muß doch die Substanz „dessen, was vorgegangen, genau aufgezeichnet wer„den, so daß, in welchen Ausdrücken der Notar es „auch immer auszudrücken für gut befindet, es deut„lich erhelle, daß das ganze Testament dem Testa„tor vor der Unterzeichnung nochmal verlesen wor„den, und seine Verordnungen durch diese genaue „Vorlesung derselben ihm nochmal zur Beurtheilung „vorgelegt worden sind.“ Der Kanzler fodert daher das Parlament auf, „durch eine Verordnung den No„tarien und andern öffentlichen Beamten zu befehlen, „jedes Testamente dem Testator seinem „ganzen Inhalt nach vorzulesen und von „dieser Vorlesung in solchen Ausdrücken

„Meldung zu thun, woraus deutlich er„helle, daß diese Formalität erfüllt wor„den sei, alles unter Strafe der Nulli„tät." Diese Verordnung ward auch am 5 März 1743 von dem Parlamente erlassen.

Die Konformität der Verfügungen des CivilGesetzbuchs und der Ordonnanz, fuhr der Vertheidiger der Erben fort, mache nothwendig das, was der Kanzler in Bezug auf die lezte gesagt habe, auf das erste anwendbar; um den Sinn des Gesetzes zu errathen sei übrigens schon die blosse Vernunft hinlänglich; es sei der Zweck der vorgeschriebenen Vorlesung, den Testator in den Stand zu setzen, seine Verfügungen nochmal zu überlegen, zu beurtheilen, ob seine Absicht völlig ausgedrückt ist, ob keine Dunkelheit, keine Zweideutigkeit vorhanden ist, ob nichts abzuändern, zu erklären, hinzuzusetzen ist. Die Meldung, daß diese Vorlesung in der Art geschehen sei, wie das Gesetz sie erheischt, mache jeder Ungewißheit ein Ende, und lasse keinen Zweifel zurück, daß das, was der Testator dem Notar dictirt habe, auch wirklich seine Willensmeinung war; der Mangel dieser Meldung müsse daher offenbar die Nullität des Testamentes nach sich ziehen; die unbestimmte Angabe des fraglichen Testamentes sei dazu nicht hinlänglich; das Testament könne mit leiser Stimme, in einem Winkel des Zimmers, vorgelesen worden sein, so daß der Testator es nicht gehört hätte; jene Angabe schließe daher die Möglichkeit nicht aus, daß sein Wille modifizirt worden sei, daß man seinen Verfügungen andere substituirt habe; das Testament habe daher den Karakter der Authentizität nicht, den das CivilRecht erfordere, der Wunsch des Gesetzes sei nicht erfüllt, und das Testament null und nichtig; der Notar müsse erklären, wem dasselbe vorgelesen

worden; eine blosse Vermuthung könne diese Angabe nicht ersetzen; vergebens behaupteten die ersten Richter, daß es aus dem Kontext und dem Ganzen hervorgehe, daß das Testament dem Testator in Gegenwart der Zeugen verlesen worden wäre, weil derselbe nach der Vorlesung nochmal erklärt hätte, auf seinen Verordnungen zu bestehen, weil am Eingang die Gegenwart der Zeugen angeführt und zu Ende gesagt wäre: geschehen und testirt in Gegenwart rc. allein alle diese Anführungen bewiesen nicht, daß das Testament vor den Zeugen dem Testator insbesondere nochmal vorgelesen worden, und sobald dies nicht bestimmt konstatirt wäre, sei die Nullität des Testamentes unwidersprechlich.

Für den eingesetzten Erben erwiederte man: das Gesetz habe für die fragliche Meldung keine besondere Ausdrücke vorgeschrieben; alle und jede Ausdrücke, woraus sich ergäbe, daß die gesetzlichen Formalitäten erfüllt worden, seien daher hinlänglich, und es sei unmöglich, in den des fraglichen Testamentes den Beweiß zu verkennen, daß dasselbe dem Testator in Gegenwart der Zeugen verlesen worden.

Urtheilsspruch des Appellationshofes von Paris vom 18 Ventose J. 13,

wodurch der Gerichtshof

Angesehen, daß das fragliche Testament, als ein öffentliches, den Verfügungen des dritten und lezten Theils des Art. 972 des CivilGesetzbuchs unterworfen war; angesehn, daß diese Verfügungen zwei Dinge erheischen, daß das Testament dem Testator in Gegenwart der Zeugen vorgelesen werde, und daß Meldung davon geschehe; daß die Worte: nach geschehener Verle-

fung, dem Willen des Gesetzes nicht genug thun, weil der Akt nicht beweißt, daß diese Vorlesung dem Testator und in Gegenwart der Zeugen geschehen sei, und daß der Beweiß dieser Thatsache in der ausdrücklichen Meldung liegen muß, welche das Gesetz vorgeschrieben hat; angesehen, daß der Gesetzgeber das Schicksal der Testamente nicht den Folgerungen und Konjuncturen überlassen hat, sondern daß er die Erfüllung der Formalitäten, welchen die sie enthaltende Akte in bestimmten Ausdrücken unterworfen sind, zur Gewährleistung der WillensMeinung des Verordnenden gegeben hat, so wie es aus dem Art. 1001 des Gesetzbuchs erhellt, welcher jede Nichtbeobachtung der vom Gesetz vorgeschriebenen Formalitäten mit der Nullität des Aktes bestraft; die Appellation und das, wovon appellirt worden, vernichtet, und, verbessernd, das Testament von Joseph Johann Baptiste Meullemberg null und nichtig erklärt."

Anm. d. Herausg. Der Appellationshof von Brüssel hatte schon am 3 Pluviose vorher ein Urtheil desselben Inhalts erlassen.

B.

Schiedsrichterliche Urtheile.

4. Ist das KassationsGesuch gegen Schiedsrichterliche Urtheile dann zulässig, wenn der KompromißAkt ausdrücklich die Befugniß dazu vorbehalten hat?

Benoist und Konsorten suchen gegen ein Schiedsrichterliches Urtheil vom 30 Nivose 12 Jahrs Kassation nach. Sie stützen sich, um die Annahme ihres

Gesuchs zu erwirken, vorzüglich auf eine Verfügung des KompromißAktes, wodurch sie sich diese Befugniß ausdrücklich vorbehalten haben.

Urtheilsspruch des KassationsGerichtshofes, Sektion der Bittschriften, vom 16 Praireal 13 Jahrs, folgenden Inhalts:

Der Gerichtshof, auf den Antrag des Hr. Daniels, Substitut des GeneralProkurators, erkennend;

„Nach Einsicht der Art. 61 und 65 der Konstitu„tion, des Inhalts: in Civilsachen giebt es Tri„bunalien erster Instanz und AppellationsTri„bunalien (Art. 61). Es giebt für die ganze „Republik ein KassationsGericht, welches über „die KassationsGesuche gegen die von den Tribu„nalien in lezter Instanz erlassenen Urtheile und „über die Begehren von der Verweisung von „einem Tribunal an das andere, wegen gesetzli„chem Verdacht, erkennt." (Art. 65) Angesehen, daß das Wort Tribunal in diesen beiden Verfügungen nothwendig denselben Sinn hat und folglich homogene Institutionen bezeichnet; daß diese Ausdrücke in dem Art. 61 und dem lezten Theil des Art. 65 offenbar blos auf die von der öffentlichen Gewalt eingesezten Tribunalien anwendbar sind; daß folglich der erste Theil des Art. 65 des Inhalts: „das KassationsGericht erkennt über „die KassationsGesuche gegen die von den Tri„bunalien in lezter Instanz erlassenen Urtheile," gleichfalls von denselben Tribunalien spricht; daß folglich der Gerichtshof nicht eingesetzt worden ist, um alle die Akte zu reguliren, welchen man die Form und die Benennung von Urtheilen gegeben hat, sondern daß das Gesetz ihm blos seine Vertheidigung gegen die Verlezzungen er-

theilt hat, welche die von ihm selbst instituirten Tribunalien sich erlauben könnten, woraus folgt, daß die Parthien unzulässig sind, die schiedsrichterliche Sprüche, gegen welche sie sich zu beklagen haben, unmittelbar der Censur des Gerichtshofs zu unterwerfen, und daß in allen den Fällen, worin sie auf die Appellation verzichtet haben, die der einzige Weg ist, um auf gesetzliche Weise zur Kassation zu gelangen, ihnen kein anderes Mittel übrig bleibt, um in die Linie der Tribunalien zurückzukehren, als das, von dem BezirksGericht die Nullität des schiedsrichterlichen Spruches anzuverlangen, das KassationsGesuch verwirft ꝛc.

C.

Wechsel Recht.

2. Können die Endossenten eines Wechsels dem Inhaber desselben den Abgang des Protestes zur gehörigen Zeit einwenden, um den Beweiß von sich wegzuschieben, daß derjenige, auf welchen der Wechsel gezogen ist, zu der Zeit, wo der Protest hätte geschehen müssen, ihnen schuldig war, oder Provision von ihnen hatte?

Verneinend entschieden in folgendem Falle.

Am 24 Ventose 6 Jahrs zieht Boujat, Handelsmann zu Castelnaudary einen Wechsel von 3676 Fr. auf Esquirol, Handelsmann in Toulouse, an die Ordre von Roger, Handelsmann in Castres, zahlbar. Der Wechsel gelangt mittelst Negotiationen in die Hände von Barailler, der ihn zur Verfallszeit in Händen hat, ihn aber weder zur Annahme vorlegt, noch protestiren läßt.

Barailler stellt eine GarantieKlage gegen die Endossenten an; diese wenden ihm ein, daß der Art. 5 des Titels V. der Ordonnanz von 1673 seine Klage,

wegen Mangel an Betreibungen zur gehörigen Zeit, unzulässig mache. Barailler erwiedert dagegen, zur Verfallszeit habe der, auf welchen der Wechsel gezogen, weder Provision gehabt, noch sei er schuldig gewesen; seine Klage auf Gewährleistung sei daher dem Art. 16 desselben Titels gemäß richtig angestellt. Die Beklagten gestehen obige Thatsache, verbleiben aber nichts destoweniger auf der Behauptung der Unzulässigkeit der Klage; die Ausnahme des Art. 16, sagen sie, sei blos auf die Unterlassung der Veranzeigung des Protestes in den zehn Tagen anwendbar, nicht aber auf den Fall, wo der Wechsel zur gehörigen Zeit gar nicht protestirt worden.

Urtheil des Handelsgerichtes, welches dem Antrag der Endossenten willfahrt und Barailler in seiner Klage auf Gewährleistung unzulässig erklärt.

Urtheil des Appellationshofes von Toulouse, wodurch dieser Gerichtshof

„in Erwägung, daß durch die in den Art. 2, 4, 13, und 15 des Tit. V. der Ordonnanz von 1673 aufgestellte Gruntsätze gegen die Inhaber von Wechseln ein Grund der Unzulässigkeit ihrer Klagen auf Gewährleistung begründet wird, der aus dem Abgang des Protestes zur gehörigen Zeit hervorgeht; daß der Art. 16 von diesem Grund der Unzulässigkeit eine Ausnahme enthält, indem er die Zieher und Endossenten der Gewährleistung dennoch unterwirft, wenn sie gegen das blosse Läugnen des Inhabers den Beweiß nicht erbringen können, daß diejenige, auf welche die Wechsel gezogen waren, ihnen zur Verfallszeit schuldig waren oder Provision hatten; daß diese Ausnahme nicht allein den Fall betrifft, wo der Protest nicht veranzeigt worden ist, sondern auch den, wo kein

Protest geschehen ist, erklärt, daß übel gesprochen, wohl appellirt worden, verbessernd, die Endossenten zur Gewährleistung verurtheilt."

KassationsGesuch von Seiten der Endossenten, wegen falscher Anwendung des Gesetzes. Der Art. 16, sagten sie, lautet: „die Aussteller oder Endossenten „von Wechseln sind, im Falle es geläugnet wird, zu „dem Beweiß verbunden, daß die, auf welche sie „gezogen waren, zu der Zeit, wo die Wechsel protestirt „werden mußten, ihnen schuldig waren, oder Provi„sion von ihnen hatten; widrigenfalls sie Gewährlei„stung schuldig sind." Diese Ausnahme habe blos dann statt, wenn geläugnet würde; dieses läugnen müsse daher erwiesen sein, und dieser Beweiß könne nur durch den Protest, wegen NichtAcceptation oder wegen NichtZahlung, erbracht werden; der Art 16 beziehe sich daher, in Hinsicht auf die Endossenten, auf die Artikel 13 und 15, das heißt auf die NichtAnzeige des Protestes, keineswegs aber auf die Art. 2 und 4, oder auf den NichtProtest. Auch sei der Geist des Gesetzes leicht begreiflich, wenn man nur das Interesse des Ausstellers mit dem der Endossenten nicht vermischen wolle; die Hinterlegung der Gelder in die Hände desjenigen, auf welchen der Wechsel gezogen ist, sei die persönliche und unmittelbare Obliegenheit des Trassanten, allein nur ein blos zufälliges Factum der Endossenten, welche beinahme immer nur den Aussteller und den, auf welchen der Wechsel gezogen wäre, kennten, und auf den öffentlichen Glauben das Papier in Umlauf setzten; die Endossenten wären freilich wohl wegen ihrem Antheil an der Negotiation einer Gewährleistung unterworfen, die aber gerechter Weise weit beschränkter als die des Ausstellers wäre, weil sie sich oft in der Unmöglichkeit befänden, sich zu versichern, ob Pro-

vision vorhanden wäre; dem Inhaber liege die Obliegenheit ob, sich davon zu versichern, und diese ziehe jene nach sich, den Wechsel protestiren zu lassen, um die NichtHinterlegung durch die eigene Erklärung dessen, auf welchen der Wechsel gezogen worden, zu konstatiren; der Inhaber sei daher gegen die Endossenten für seine Nachlässigkeit verantwortlich, und das Gesetz, das für den einzigen Fall eine Ausnahme mache, wenn er den Endossenten den Protest nicht zur gehörigen Zeit veranzeigt, mache keinen für den Fall, wo gar kein Protest geschehen wäre.

Der Substitut des GeneralProkurators nahm das Wort: „welches war der Beweggrund des Gesetzgebers bei der Ausnahme, welche der Artikel 16 des Titels V. der Ordonnanz von 1673 enthält?" es war der, daß der Endossent eines Wechsels, welcher den Werth desselben erhalten hat, als der Cedent einer ActivFoderung anzusehen ist, deren Existenz er garantiren muß; er ist kraft des Gesetzes dafür Gewährleistung schuldig, daß derjenige, auf welchen der Wechsel gezogen ist, ihm schuldig ist. Wenn dieser aber weder dem Zieher, noch den Endossenten schuldig ist, wenn er keine Provision hat, so kann man ihn auch nicht zur Zahlung anhalten, weil er nichts schuldig ist, der Endossent hat alsdann eine Forderung zedirt, die nicht existirt, und kann sich der Gewährleistung nicht entziehen. Dieser Beweggrund ist sowohl auf den Fall anwendbar, wo der Protest nicht veranzeigt worden, als wenn kein Protest geschehen ist, weil in beiden Fällen eine nicht existirende Forderung abgetreten worden ist. Auch sagt der Art. 16 nicht: „zu der Zeit, wo „der Wechsel hätte bezahlt werden sollen," sondern zu der Zeit, wo der Wechsel hätte protestirt werden müssen; er hat daher den Fall des NichtProtestes unter-

stellt, und hat selbst in diesem Falle die Gewährleistung verordnet.

Urtheilsspruch des KassationsGerichtshofes vom 9 Praireal 12 Jahrs, wodurch

„der Gerichtshof angesehen, daß der Appellationshof von Toulouse durch das Urtheil selbst, dessen Kassation verlangt wird, die von den Artikeln 2, 4, 13 und 15 Titel V. der Ordonnanz von 1673 aufgestellte Grundsätze anerkennt hat, und daß er, da er seine Entscheidung blos auf die im Art. 16 enthaltene Ausnahme von diesen Regeln begründet hat, nicht mit den besagten Artikeln 2, 4, 13 und 15 in Widerspruch sein kann; angesehen, daß da die Endossenten gestanden haben, daß der Betrag des fraglichen Wechsels nie delegirt worden ist, das angefochtene Urtheil weit entfernt, eine falsche Anwendung von dem Artikel 16 zu enthalten, eine sehr richtige von demselben gemacht hat; das KassationsGesuch verwirft.“

Mit der vorigen Frage steht die folgende in genauer Verbindung.

3) Ist der Innhaber eines Wechsels, der den Aussteller zwar von dem, zur gehörigen Zeit geschehenen, Protest des Wechsels benachrichtiget, aber seine Klage auf Gewährleistung nicht in der vom Art. 13 des Titels V *) der Ordonnanz bestimmten Zeitschrift eingeführt hat, noch nach dieser Zeit in seiner Klage zulässig?

---

*) Art. 13. „die, welche den Wechsel ausgestellt oder endossirt haben, müssen in Zeit von vierzehn Tagen auf Gewährleistung verfolgt werden; und wenn sie in einer Entfernung von 10 Lieues oder mehr wohnhaft sind, so wird für die im Königreich wohnhafte Personen für fünf Lieues ein Tag hinzugesetzt; was die ausserhalb des Königreichs wohnhafte Personen betrifft, so sind die Zeitfristen von zwei Monaten für die, welche in England, Flandern oder Holland wohnen, von drei Monaten für Italien, Deutschland und die Schweizer Kantone, von vier Monaten für Spanien.

Im Jahr 1792 zieht Chardon von Sedan einen Wechsel auf Manuel Monge, von Corronna in Spanien. Dieser acceptirt den Brief und verspricht bei der Wittwe Torilla und Sohn in Madrid Zahlung zu leisten. Der Wechsel kommt durch Negotiation an die Gebrüder Vaurobais von Abbeville. Diese lassen ihn zur Verfallszeit protestiren, und benachrichtigen das Haus Chardon durch ein Schreiben vom 16 Julius 1793 davon, welches ihnen dessen Empfang vier Tage später berichtet.

Im Jahr 6 klagen die Gebrüder Vaurobais den Wechsel gegen die Aussteller ein, welche ihnen aber den Einwurf machen, daß ihre Klage kraft des Art. 13 der Ordonnanz von 1673 unzulässig wäre, weil sie ihre Klage auf Gewährleistung nicht in der darin bestimmten Zeitfrist erhoben hätten.

Urtheil des HandelsGerichts von Sedan, welches in Erwägung, daß dem Artikel durch die Veranzeigung des Protestes genug geschehen, diese Einrede verwirft und die Aussteller zur Zahlung verurtheilt.

In der AppellationsInstanz, Urtheil des CivilGerichts des Departements der Ardennen, welches in Erwägung, daß die blosse Anzeige des Protestes den Abgang gerichtlicher Betreibungen nicht ersetzen könne, die Gebrüder Vaurobais in ihrer Klage unzulässig erklärt.

Diese suchen gegen dies Urtheil Kassation nach; man müsse, behaupteten sie, den wahren Sinn der Ordonnanz, und nicht die buchstäbliche Verfügung derselben in Erwägung ziehen; die Absicht dieser leztern sei, nach dem Kommentar von Jousse blos gewesen, die Nachtheile zu verhindern, welche aus dem Stillschweigen der Inhaber von Wechseln nach dem geschehenen Protest entstehen könnten; sobald also der Protest dem

Aussteller in der durch den Art. 3 bestimmten ZeitFrist veranzeigt worden, so sei der Wille des Gesetzes erfüllt, und der erste Schritt der Klage auf Gewährleistung geschehen; die Form sei dabei gleichgültig, weil es in allen Handelssachen nicht auf diese, sondern einzig und allein auf den guten Glauben ankomme.

Urtheil des Kassationshofes vom 27 Vendemiaire 12 Jahrs, wodurch der Gerichtshof,

in Erwägung, daß die Vaurobais die durch den Art. 13 vorgeschriebene ZeitFrist haben verstreichen lassen, ohne Chardon auf Gewährleistung zu verfolgen; daß die durch ein Schreiben geschehene Benachrichtigung von dem Gesetz nicht als ein Aequivalent der von demselben vorgeschriebenen Betreibungen anerkannt wird, das Kassations-Gesuch verwirft.

IV.

Merkwürdige KriminalProzeduren.

III.

Die falsche Marquise von Douhault.

Folgende KriminalProzedur gehört ohnstreitig unter die seltsamsten, welche in den Archiven des Kriminal-Rechtes aufbewahrt zu werden verdienen. Der Raum unsrer Blätter erlaubt uns zwar nicht, alle Umstände und Verwickelungen dieser abentheuerlichen und romanhaften Geschichte zu berühren, allein wir werden doch keinen der wesentlichen übergehn, um wenigstens eine skizzirte Uebersicht der ganzen weitläuftigen Prozedur zu liefern.

Wir wollen vor allem die AnklageAkte wörtlich einrücken, um die Leser mit der Lage des Prozesses im Augenblick der Eröffnung der Debatten bekannt zu machen; wir werden sodann die Thatsachen, welche der Anklage vorhergegangen sind, zusammenstellen, hierauf das Tageblatt der Debatten und das Urtheil liefern, und endlich den Verfolg des Prozesses berichten, der aus diesem ersten gegen diejenige, welche darin als Anklägerin erscheint, entstanden ist.

AnklageAkte.

„Wir Franz Baucheton, Kaiserlicher General-Prokurator bei dem peinlichen Gerichtshofe des Cher-Departements zu Bourges, tragen folgendes vor,

nach dem, was die Dame, welche sich die Wittwe de Douhault nennt, in ihren beiden Klagschriften und Verhören vom 9 Ventose 5 Jahrs, 28 Thermidor 11 Jahrs und 11 Nivose 12 Jahrs vorgestellt hat;

„Adelaide Marie Rogres von Lusignan von Douhault, am 7 October 1741 aus der Ehe von Louis Rene Rogres von Lusignan von Champignelles und Johanna Henriette Lefebure von Laubriere gebohren, ward, am 30 August 1764, mit Ludwig Joseph von Douhault, Kapitain der Kavallerie, verheurathet, der 1787 verstarb.

„Im Jänner 1788 reiste diese Dame von Chazelet, ihrem gewöhnlichen Wohnort in der ehem. Provinz von Berry ab, um sich nach Paris zu begeben, und daselbst mit ihrem Bruder die Theilung der Erbmasse ihres gemeinschaftlichen, 1785 verstorbenen, Vaters, zu beendigen; sie hielt sich zu Orleans bei ihrer Base, Frau von Lavergne de la Ronciere, bei welcher sie am 5 anlangte, in der Absicht auf, einige Tage daselbst zuzubringen, und sowohl ihre Verwandte als die ihres verstorbenen Mannes zu besuchen.

„Wenige Tage nach der Ankunft der Frau von Douhault zu Orleans schlug Frau von la Ronciere ihr eine Spazierfahrt mit einigen andern Damen vor, welchen Vorschlag sie auch annahm; kaum aber befanden sie sich auf dem Wege, als Frau de la Ronciere ihr Tabac anbot, von welchem sie nahm, und sich auf der Stelle von einem so heftigen Kopfweh befallen fühlte, daß sie umzukehren gezwungen war; zu Hause legte man sie zu Bette, wo sie ohne Besinnung bis zu einem Samstag verblieb, an welchem sie aufwachte, und niemand im Zimmer fand als die Frau de la Ronciere, welche

ihr sagte: sie müsse auf der Stelle nach Paris abreisen, wo ihr Bruder sie erwarte; diese Dame ließ sich ihre Abreise so angelegen sein, daß sie ihr Fleischbrühe überbrachte, welche die Frau von Douhault zu sich nahm, und darauf noch am nämlichen Abend, allein, in ihrem Wagen und mit Postpferden abreiste;

„Während diese Dame sich zu Paris befand, verbreitete man zu Orleans und an andern Orten das Gerücht von ihrem Tode; um diesen glaublich zu machen, veranstaltete man ein Scheinbegräbniß, welches dadurch auf gesetzliche Weise konstatirt ward, daß man ihren SterbAkt am 21 Jänner 1788 auf das Zeugniß von Klaudius Philipp Lavergne de la Ronciere, Armand Jakob Franz Guyon von Guercheville, und Andreas Johann Egrot Dulude, dreier der Angeklagten, auf die Register des Civilstandes der Pfarrei St. Michel zu Orleans eintragen ließ.

„Frau von Douhault langte zu Paris an, und stieg bei dem Herrn v. Champignelles, ihrem Bruder, ab; dieser machte ihr Vorschläge, welche sie ablehnte; sie besuchte daher ihre Mutter, welche ihr den Rath gab, sich wohl in Acht zu nehmen, weil ihr Bruder ihr Fallstricke zu legen suche;

„Von Paris begab sie sich nach Fontainebleau, wo sie im kleinen Hotel de Luines abstieg, der Frau von Polastron und einigen Gardes du Corps ein Nacht-Essen gab, worauf ihr Bruder sie verhaften und in das Gefängniß der Salpetriere führen ließ, wo sie bis zur Epoche der Niederreissung der Barrieren von Paris im Jahr 1789 verblieb.

„Auf eine Klage auf Auslieferung der Erbschaft, welche diese Dame gegen Armand Ludwig von Champignelles vor dem DistriktsTribunal von St. Freg.

nau, Depart. der Yonne, am 9 Jänner 1792 anstellte, und als ihr in der AppellationsInstanz von dem Urtheil, welches sie mit dieser Klage abwieß, der Sterb-Akt der Frau von Douhault vom 21 Jänner 1788 opponirt ward, erbot sie sich zu dem Beweiß der Falschheit dieses Aktes;

„In zwei Klagschriften, von welchen sie die eine dem Director der AnklageJury von Agenton, Depart. der Indre, am 9 Ventose 5 Jahrs und die andre am 28 Thermidor 11 Jahrs Uns übergeben hat, behauptet sie, daß der besagte SterbAkt vom 21 Jenner 1788 falsch sei, und klagt Klaudius Philipp Lavergne de la Ronciere, Armand Jakob Franz Guyon von Guercheville, Andreas Jeronne Egrot Dulude und Armand Ludwig Rogres von Lusignan von Champignelles als Urheber und Mitschuldige dieses Falsums an.

„Durch einen Urtheilsspruch des KassationsGerichtshofes vom 5 Praireal 11 Jahrs ist die Erkenntniß über das den Angeklagten zur Last gelegte Verbrechen dem peinlichen SpezialGerichtshof des CherDepartements übertragen worden, welcher zur Instruction des Prozesses geschritten ist.

„Da diese Instruction vollendet ist, so ist am 21 Praireal lezthin ein kontradictorischer Urtheilsspruch erlassen worden, wodurch der Gerichtshof sich kompetent erklärt und befohlen hat, daß zu dem Urtheil des Prozesses geschritten werden solle, welcher Urtheilsspruch durch einen andern des KassationsGerichtshofes vom 17 Messidor darauf bestätigt worden ist;

„Da die Klägerin keine AnklageAkte errichtet und auf der Greffe hinterlegt hat, auch nicht erschienen ist, um eine gemeinschaftlich mit uns zu errichten, so sind wir allein zur Abfassung des Gegenwärtigen geschritten;

„Wir erklären folglich, daß es aus der Untersuchung, welche wir von den, von der Klägerin uns vorgelegten, Aktenstücken gemacht haben und namentlich aus ihren oben angeführten Klagschriften und Verhören erhellt, daß, als sie sich im Jänner 1788 zu Orleans befand, Frau von Ronciere ihr eine Prise Tabac gegeben hat, worauf sie ein heftiges Kopfweh befiel, in Gefolge dessen sie während mehreren Tagen hindurch immerfort schlief, daß man während dieser Zeit ihre Kammerfrau Perisse von ihr zu entfernen gesucht hat, und daß, indem man sie aus dem Cabinet, welches diese neben ihrem Zimmer inne hatte, versetzte, man diesem Mädchen gesagt hat, ihre Herrschaft sei plözlich krank geworden; daß, als sie eines Tages herunter kommen wollte, um ihre Herrschaft zu bedienen, man ihr auf ihre Bemerkung, daß sie deren Temperament besser als irgend jemand kenne, zu verstehen gegeben hat, daß ihre Herrschaft ihrer Dienste nicht mehr bedürfe, und daß sie diesen traurigen Anblick vermeiden solle;

daß man bald darauf dieser Kammerfrau gesagt hat, ihre Herrschaft sei gestorben, daß dieses Mädchen in Thränen zerfloß, und in das Zimmer der Verstorbenen eilen wollte, um sie begraben zu helfen, daß man aber allerlei Vorwände fand, um sie daran zu verhindern;

daß während man auf diese Art zu Orleans fälschlich ihren Tod aussprengte, und zum Schein ihr Leichenbegängniß hielt, man sie in die Salpetriere gebracht hat, wo sie 18 Monathe gefangen saß;

daß ihre Familie, so wie die des Hrn. von Douhault den verabscheuungswürdigen Plan verabredet und ausgeführt haben, der sie für immer von den Lebenden abschneiden und ihres Namens und Vermögens berauben sollte.

„daß der SterbAkt über ihren Tod, vom 21 Jänner 1788 falsch war, und daß Claudius Philipp von Lavergne de la Ronciere, Armand Jakob Franz Guyon von Guercheville, Andreas Jerome Egrot Dulude und Armand Ludwig Rogres von Lusignan von Champignelles beschuldigt sind, dieses Falsum veranstaltet, oder dazu geholfen zu haben;

„Daß zwar die Angeklagten in den Verhören, welche Hr. Dubois, als mit der Instruction beauftragter Richter abgehalten hat, erklärt haben, nämlich:

Klaudius Philipp de Lavergne de la Ronciere: er habe die Frau von Douhault, welche in den Jahren 1774, 1779 und 1785 öfters sechs Wochen nacheinander, sowohl in der Stadt als auf dem Lande bei ihm zugebracht hätte, genau gekannt; sie sei auch im Monat Jänner 1788 zu ihm gekommen und ungefähr 14 Tage bei ihm geblieben; während zehn Tagen habe sie sich wohl befunden, sei aber nachher so krank geworden, daß sie am 18ten oder 19ten des besagten Monats Jänners gestorben wäre; er habe sie während ihrer Krankheit täglich, und sogar auf dem Sterbebette gesehen; er habe aber niemals etwas davon gehört, daß seine Gemahlin der Frau von Douhault eine Prise Tabac gegeben habe, welche dieser eine Krankheit wie die, woran sie gestorben, und von welcher er vollkommen unterrichtet wäre, verursacht hätte; daß er durch seine Erklärung von dem Tode dieser Dame vor dem damaligen CivilBeamten keineswegs ein Falsum begangen habe, weil dieser Sterbfall gewiß gewesen, und sich unter den Augen und in Gegenwart aller Leute in seinem Hause ereignet hätte; er sei nicht im geringsten bei der Erbschaft dieser Dame, noch bei der ihres Mannes, betheiligt, und die, welche mit ihm jenen SterbAkt unterzeichnet hätten, wären in dem-

selben guten Glauben, eben so sehr von dem Tode dieser Dame überzeugt und eben so unfähig, ein Falsum zu begehren, gewesen, wie er;

„Armand Jakob Franz Guyon von Guercheville: er sei Geschwister Kind von Frau von Douhault und habe sie wohl gekannt; er habe sie in den Jahren 1777, 1783 oder 1785 auf dem Landgut de la Ronciere bei dem Hrn. von Lavergne gesehen; zum leztenmale habe er sie 1788 in Orleans gesehen, wo sie bei dem Hern. de la Ronciere logirt hätte und vierzehn Tage verblieben wäre, er habe sie während zehn Tagen beinahe täglich besucht und immer in guter Gesundheit getroffen; er habe sie auch in den ersten Tagen gesehn, wo ihre Krankheit sich erklärt hätte; seitdem habe er sie täglich, und an einem Tage mehrmal gesehen; an ihrem Sterbtage habe er mit dem Arzt Delatour bei dem Hrn. von la Ronciere gegessen; gegen vier oder fünf Uhr Abends sei er mit demselben in das Krankenzimmer gegangen; dieser habe sie umgewendet, und sie heftig gerieben, ihr die Augen geöfnet und sie mit den Worten verlassen: sie wäre hin! er sei des Todes dieser Dame völlig gewiß, die Erklärung, welche er über ihren Sterbfall abgegeben, wäre durchaus wahr, und er habe übrigens nicht das mindeste Interesse gehabt, das Falsum zu begehren, dessen man ihn so ungerechter Weise beschuldige.

Andreas Jerome Egrot Dulude: er habe die Frau von Douhault seit ihrer Verehlichung mit seinem Onkel gekannt; er habe sie seitdem sehr oft gesehen; auch habe er sie 1788 am 5 Jänner bei ihrer Ankunft in Orleans gesehen; am 15ten wäre sie daselbst krank geworden, und am 19ten verstorben; während ihrer Krankheit habe er sie schier täglich besucht; an ihrem

Sterbtage wäre er zwischen zehn und eilf Uhr des Abends in ihr Zimmer gekommen, und habe sie im Hinscheiden gefunden; er habe ihren SterbAkt unterzeichnet, weil er ihres Todes völlig gewiß gewesen wäre.

Armand Ludwig Rogres von Lusignan von Champignelles: er sei der Bruder der Frau von Douhault; er wäre im Jänner 1788 in seinem Dienst in Versailles gewesen, als er durch ein Schreiben aus Orleans die Nachricht von ihrem Tode erhalten hätte; der ihn um so mehr betrübt hätte, weil er sie immer innig geliebt hätte; Gott wolle ihn bewahren, daß er je den Einfall gehabt, einen VerhaftsBefehl gegen seine Schwester nachzusuchen, die eine sehr sanfte Frau gewesen wäre; es würde auch um so schwerer gehalten haben, einen solchen zu erwirken, weil dazu die Einwilligung der ganzen Familie erfoderlich gewesen wäre, und wenn er auch sogar eine Lettre de Cachet erwirkt hätte, so würde weder seine Familie noch er es gelitten haben, daß man seine Schwester in die Salpetriere gebracht hätte; übrigens erlaube die Offenkundigkeit ihres Todes, so wie die Rechtschaffenheit deren, die ihren SterbAkt unterzeichnet, nicht, daran zu zweiflen."

„Daß es aus allen diesen, von der Klägerin bezeugten ThatUmständen, erhellt, daß das fragliche Falsum in einem öffentlichen und authentischen Akt verübt worden ist.

Zu dem Ende haben wir gegenwärtige AnklageAkte errichtet, um in Gegenwart der zu den Debatten vorzuladenden Zeugen, in der öffentlichen Audienz des peinlichen SpezialGerichts, in welche die Obengenannten in Gemäßheit des Art. 28 des Titels 5 des Gesetzes vom 18 Pluviose 9 Jahrs gebracht werden sollen, verlesen zu werden.

Geschehen auf dem Parquet des besagten Gerichtshofes, im JustizPallast zu Bourges am 12 Vendemiaire 13 Jahrs. (4 October 1804) Unterzeichnet; Baucheton.

II.

Dem Prozeß vorherige Vorgänge.

Aus der Ehe zwischen Ludwig Rene Rogres de Lusignan de Champignelles und von Johanna Henriette Lefebure von Laubriere wurden vier Kinder gebohren; unter andern Adelhaide Marie und Armand Ludwig. Wie man aus der Anklage Akte ersehen hat, behauptete die Klägerin die erste zu sein; der zweite war einer der Beklagten.

Adelheid Marie war am 7 October 1741 gegebohren; im Jahr 1764 trat sie mit Ludwig Joseph von Douhault, Kapitain der Kavallerie in die Ehe. Der Ehevertrag ist vom 28 August 1764. Ihre Aeltern konstituirten ihr in demselben eine Aussteuer von 80,000 Franken; 40,000 wurden baar bezahlt; die andern 40,000 aber waren erst nach dem Tode des längstlebenden der Aeltern fällig. Die Ehegatten traten, unter der Herrschaft des Landrechts von Paris, in Gemeinschaft; der Braut ward eine jährliche Leibrente von 5000 Fr. als Wittwengehalt, ein Voraus von 8000 Fr. und freie Wohnung auf Lebenszeit oder statt derselben jährlich 1200 Fr. zugesichert. Schließlich ward bedungen, daß selbst, wenn Frau von Douhault auf die Gemeinschaft Verzicht leisten sollte, alle diese Vortheile ihr dennoch verbleiben sollten. Wir berühren diese Umstände nur deshalb, weil sich daraus

ersehen läßt, ob und wie weit ihre Verwandte ein Interesse zu der schrecklichen That hatten, die der Gegenstand der Anklage war.

Frau von Douhault hatte keine 18 Monate mit ihrem Manne gelebt, als dieser wahnsinnig ward; er ward interdizirt und nach Charenton gebracht, wo er nach 21 Jahren verstarb. Während dieser Zeit versah seine Frau die Verwaltung seines Vermögens. Dasselbe war sehr verschuldet, und seine Wittwe leistete daher am 3 Julius 1787 auf die Gemeinschaft Verzicht, mit Vorbehalt der in ihren Matrimonial-Konventionen bedungenen Vortheile.

Schon im Jahr 1785 war ihr Vater, der Herr von Champignelles verstorben; durch einen Akt vom 31 October desselben Jahrs, in welchem Armand Ludwig als Bevollmächtigter der Frau von Douhault auftritt, wurden die Rechte, welche aus besagten EhePacten entsprangen, mit der Familie Champignelles berichtigt. Dieser Akt ward am 14 Mai 1787 von der Frau von Douhault ratifizirt.

Im Jahr 1788 verließ Frau von Douhault das Chazelet, wo sie seit ihrer Ehe gewohnt hatte, um nach Paris zu reisen; auf dieser Reise kam sie durch Orleans, wo sie sich bei der Frau de Lavergne de la Ronciere einige Tage aufhalten wollte. Vierzehn Tage nach ihrer Ankunft daselbst verbreitet sich in Orleans das Gerücht von ihrem Tode. Der Pfarrer von St. Michel in Orleans errichtet auf das Zeugniß der Herren de la Vergne, de Guercheville und du Lude ihren SterbAkt. Der GeneralLieutenant der Amtmannschaft legt in Begleitung des Advokaten des Königs am 19 Jänner 1788 die Siegel an. Diese Operation geschah in Gegenwart der Anne Franziska Perisse, Kammerfrau der Frau

von Douhault, und ihres Bedienten, Joseph Villon, welche beide diese Beamte in das Zimmer, wo die Effecten dieser Dame sich befanden, begleiteten; sie trafen daselbst eine Leiche, welche, wie sie beschworen die ihrer Herrschaft war. Der VerbalProzeß ist von der Kammerfrau Perisse unterzeichnet. Die Bestattung der Leiche geschah hierauf öffentlich und mit Gepränge. Die alte Frau von Champignelles, welche die Erbin der Mobiliarschaft der Verstorbenen war, ertheilte am 25 Jänner 1788 zu Paris die nöthige Vollmacht zur Eröffnung der Siegel, welche auch in Gegenwart ihres Bruders, Armand Ludwig, der zur Erbschaft ihres unbeweglichen Vermögens berufen war, geschah. Von nun an war von der Frau von Douhault keine Rede mehr, bis zu der plözlichen Wiederaufstehung, die der Ursprung dieses Rechtsstreites ist. Ehe wir aber in unserer Erzählung fortfahren, müssen wir zuerst einige Jahre zurücksteigen und die Geschichte eines Weibes berühren, das in demselben die größte Rolle spielte.

Am 11 October 1756 ward Anna Buiret aus der Ehe von G. B. Buiret Schreinermeister und Maria Magdalena Broquet gebohren. Ihr GrosVater Peter Broquet war Werkmeister bei Bau-Unternehmungen, und unternahm selbst minderbedeutende Bauten für seine Rechnung. Wie es scheint hatte Buiret seine Frau verlassen; diese starb als Anne vier Jahre alt war. So kam diese zu ihrem GrosVater Peter Broquet.

Hr. von Champignelles, Kommandeur des Maltheser Ordens, Onkel der Frau von Douhault berief diesen auf seine Kommanderie nach Saulte, um daselbst mehrere Arbeiten zu verfertigen. Broquet nahm seine Frau und Enkelin mit sich. Nach

Beendigung dieser Arbeiten brauchte der Kardinal von Luisnes Erzbischof von Sens ihn zu Arbeiten auf seinem Schlosse zu Nolon; er zog daher damals nach Sens, wo die kleine Anna gewöhnlich unter dem Namen ihres GrosVaters Broquet bekannt war. Dieses Mädchen äusserte sowohl hier, als zu Brinon, wohin Broquet nachher in Diensten desselben Kardinals zog, äusserst lasterhafte Neigungen, und ihr GrosVater schäzte sich daher glücklich, als er sich ihrer im Februar 1776 durch ihre Verehlichung mit J. Bourdon, Dreher von Sens, entledigen konnte. Wenige Tage nach der Hochzeit brachte der arme Dreher seine Frau nach Sens, ohne zu vermuthen, daß er die Ehre habe, die künftige Marquise von Blainville, die Marquise von Grinville, die Marquise von Merinville, die Baronesse von Aigny, die Frau von Champignelles, und von Belombre, die Frau von St. Moutier, die Kammerfrau der Königin, die UnterIntendantin von Madame Royale, die Gesellschaftsdame von Madame Elisabeth, die Baase der Kaiserin Josephine und endlich die Marquise von Douhault in ihr zu besitzen.

Da der Vater unsrer Heldinn seit 15 Jahren abwesend war, hatte man einen Vormund ernennen lassen, der an dessen Stelle seine Einwilligung zur Ehe gegeben hatte. Das verschmizte Weib benuzte diesen Umstand zu einem Streiche ohne Beispiel; eines Abends klopfte ein wohl unterrichteter Liebhaber am Hause; er tritt ein und giebt sich als den Vater der Anna Buiret zu erkennen; der Abend verstreicht unter Freudensbezeugungen und Glückwünschen; die Nacht bricht an, der Reisende ist müde; die beiden Eheleute haben nur ein Bett, das er mit ihnen theilt. Bour-

don, dem frühere Abentheuer schon über den Character seiner Frau Licht verschaft hatten, schöpft Verdacht; er steht früh am Morgen auf, um Erkundigungen einzuziehn, und während seine Frau noch im Bette bleibt, um dem Fremden Gesellschaft zu leisten, ist die Begebenheit schon die Unterhaltung von ganz Sens. Der Amtmann läßt den Fremden durch den Stadtdiener aus der Stadt weisen, um dem Aergerniß ein Ende zu machen; Anna Buiret packt auf der Stelle ihre Effecten zusammen, folgt ihm nach, und schon am folgenden Tage sind beide auf der Reise nach Paris.

Hier kehrte Frau Bourdin bei ihrer GrosMutter Broquet ein, wo sie am 11 Dezember 1777 nachher mit einem Knaben nieder kam, der als Sohn von Johann Bourdin und seiner Frau Anna Buiret getauft und nach seinem Vater Johann genannt ward. Dieses Kind verstarb am 29 März 1778. Einige Zeit nachher kam Johann Bourdin nach Paris, um seine Frau aufzusuchen. Er fand sie auch wirklich, allein sie schlug es gradezu ab mit ihm nach Sens zurückzukehren.

Im Jahr 1785 verbreitete sich zu Paris das Gerücht, als würde die Königin bei Gelegenheit der Geburt des Herzogs der Normandie die auf den Pfandhäusern versetzten Effecten einlösen und den Eigenthümern zurückerstatten. Dieses Gerücht flößte unserer Heldin den Plan zu einer kühnen Unternehmung ein; Madame Victoire hatte eine Kammerfrau, welche Bourdin hieß; auf diesen Umstand baut sie ihr Project; sie nimmt einen Wagen mit Bedienten, die sie mit der kleinen Livree der Königin bekleidet, und fährt mit dieser Equipage in Paris herum, giebt sich für die Kammerfrau der Fürstin aus, läßt sich eine Menge

Empfangscheine von Pfändern einhändigen, die man ihr darauf, in ihrer Eigenschaft, ohne Schwierigkeit ausliefert, und die sie ohne weiteres als eine rechtmässiger-worbene Beute zu ihrem Vortheil verwendet. Die Leute, welche im Namen der Königin bestohlen worden waren, fangen endlich an, die Frau von Bourdin laut des Diebstahls zu züchtigen; diese bringt ihre Klage vor die Fürstin; die Polizei erhielt den Auftrag, der Urheberin dieser unverschämten Gaunerei nachzuspüren; es gelang, und am 25 Dezember ward ein Verhafts-Befehl gegen sie erlassen, den der Lieutenant der Stadtschultheisseri Target am 3 Jänner in Vollzug sezte. Sie ward ins HopitalGeneral (ein Gefängniß, das nur für überwiesene Verbrecher bestimmt war) gebracht und in dem dortigen Zuchthaus zum Arbeiten angehalten. Man legte ihr die Kleidung dieses Hauses an, die sie wahrscheinlich nie verlassen hätte, wenn nicht die Revoluzion ihr die Thüren desselben geöfnet hätte. Bei dem Eintritt in dasselbe hatte sie jedoch die Vorsicht gebraucht, den Namen Blainville anzunehmen.

Kaum hat sie am 16 October kraft des allgemeinen Befehls des PolizeiAusschusses die Freiheit erhalten, so sinnt sie auf neue ErwerbsPläne; sie miethet unter dem Namen einer Marquise von Blainville bei einem gewissen Roseleur ein Quartier; hier giebt sie sich für die UnterGouvernantin von Madame Royale aus; sie nimmt eine Kammerfrau, einen Jokei, ein GesellschaftsFräulein an, und macht öftere Ausflüchte nach Versailles, wo sie ein Appartement im Louvre zu haben behauptet; als sie aber nicht bezahlen kann und auch niemand mehr ihr leihen will, verläßt sie dies Quartier für ein anderes, wo sie als Anne Louise von Champignelles, Marquise von Grainville UnterGouvernantin von Madame Royale, einzog.

Es ist zu bemerken, daß niemand von der Familie Champignelles je diese Vornamen geführt hat. In dieser neuen Eigenschaft hörte sie nicht auf, von ihren Landgütern von Champignelles und von Belombre zu sprechen, die sie in die Champagne verlegte, ohngeachtet sie in der Bourgogne gelegen sind, und es gelang ihr dadurch den Advokaten Fleury und einen gewissen Paris, beide von Paris, um ansehnliche Summen zu betrügen. Den ersten ernannte sie mit einer großen Gewalt, und einem ansehnlichen Gehalt zu ihrem Intendanten; den zweiten zum Verwalter ihres Schlosses von Belombre, mit einem Gehalt von 2000 Fr., freier Fourage für ein Pferd rc. Der Intendant und der Verwalter erwarteten mit Ungeduld den Augenblick, wo sie ihre Verrichtungen antreten sollten; die Marquise verlangte vorher eine Bürgschaft; Paris gab ihr zwei zu seinem Vortheil ausgestellte Wechsel von 500 Liv., und acceptirte ausserdem mehrere Wechsel von 1500 Liv., die von Fleury gezogen waren. Nun stellte sie vor dem Notar Silly in Paris am 10 und 11 Februar beiden die nöthige Vollmachten aus.

Paris, der anfieng Argwohn zu schöpfen, zeigte die seinige dem Bischof von Auxerre, welcher ihm auf der Stelle erklärte, daß ihm das Ganze eine Betrügerei scheine, weil er die angebliche Marquise nicht kenne und die beiden Landgüter sicher nicht ihr sondern den Hrn. von Champignelles und Belombre gehörten. Paris eilte auf der Stelle zu der Betrügerin hin und überhäufte sie mit Vorwürfen; sie verlohr aber die Fassung nicht. Der Bischof, behauptete sie, habe diese Lügen blos ausgesprengt, weil er einen sehr wichtigen Prozeß gegen sie verlohren; durch diese Unverschämtheit gelang es ihr, den vermeintlichen

Verwalter zu beruhigen, der sie mit dem Versprechen verließ, am künftigen Samstag nach der Champagne abzureisen. Er hatte jedoch die Vorsicht, vor seiner Abreise seine Zweifel noch dem Hrn. von Moncorps, Deputirter des Adels von Auxerre, vorzutragen, der ihm ganz aus dem Traume half. Da er nunmehr gewiß war, einer Betrügerin in die Hände gefallen zu sein, fieng er auch an über ihre Eigenschaft mistrauisch zu werden; er erkundigte sich im Louvre, ob sie wirklich Untergouvernantin von Madame Royale wäre, und erhielt hier die Antwort, daß man sie nicht kenne; nun brachte er seine Klage am 19 Februar 1790 bei dem Ausschuß des Districtes von St. Eustach vor, der auf der Stelle einen VorführungsBefehl gegen die Marquise und ihre Kammerfrauen erließ; sie erscheint, und man ließt ihr die Klage vor; ohne Bestürzung erwiedert sie: die Wechsel habe sie angenommen, weil man sie ihr freiwillig angeboten habe, sie sei bereit sie auszuhändigen, oder achtungswürdige Bürgen zu stellen; der Titel als Untergouvernante von Madame Royale gehöre ihr in der That, daß ihr Wohnort aber im Louvre angegeben worden, sei blos ein Irrthum des Notars; die EigenthumsTitel über die Landgüter von Champignelles und Auxerre befänden sich bei einem Notar von Auxerre; man schreibt an die von ihr angegebene Bürgen, so wie in die Thuillerien; die ersten liessen sich vergebens erwarten; statt ihrer kommt der Intendant Fleury mit seiner Vollmacht und fodert 200 Fr. zurück; Roseleur, der 454 Liv. fodert, der PferdeVerleiher Bouquet, der 300 Fr. fodert, die Perükenmacher Rosier der 111 Liv. fodert; endlich langt auch aus den Thuillerien die Antwort an, daß man jenes Weib nicht kenne und daß sie verdächtig ist. Der Ausschuß verweißt

nunmehr die Sache vor den kompetenten Richter, und läßt einstweilen die Marquise von Grainville in das Gefängniß à la Force bringen.

Am 24. Februar ward sie durch das ZuchtPolizei-Gericht unter dem Namen der Frau Bourdin, vorgebliche Marquise von Grainville, zu einer Zuchthausstrafe von einem Monat verurtheilt, als überführt, falsche Namen, Qualitäten und Wohnort in betrügerischer Absicht angenommen zu haben.

Von nun an wechselte sie schier alle acht Tage Quartier und Qualitäten; allenthalben bezeichneten neue Gaunereien ihre Bahn; im Hotel de Ventimille in der Bacqstrasse wird sie als eine öffentliche Dirne ausgewiesen; endlich kehrt sie bei einem gewissen Huet ein; schier in jedem Quartier hatte sie andre Namen und zulezt den einer Marquise von Merinville angenommen. Im November 1790 schrieb sie aber unter dem Namen Anne Luise Adelheide von Champignelles, Marquise von Grainville, an den Pfarrer von Champignelles, um ihren Taufschein von 1757, und den SterbAkt ihrer zu Champignelles verstorbenen Mutter zu begehren. Der Pfarrer, der die Existenz dieser Betrügerin schon durch ein Schreiben des Kaplans von Vanvres vom 26 Julius 1790 erfahren hatte, wodurch dieser in der Angelegenheit eines seiner Pfarr-Kinder, dem die Marquise gleichfals schuldig war, sich nach der Frau von Champignelles, verwittweten von Gourdin, Marquise von Grainville und Baronesse von Aigny erkundigt hatte, der ausserdem wußte, daß Frau von Champignelles nicht daselbst sondern zu Paris gestorben war, und nur zwei Töchter gehabt hatte, deren eine 1739 und die andere 1741 gebohren war, verwahrte dieses Schreiben sorgfältig, ohne es jedoch zu beantworten.

Bis hierhin die Geschichte der Anne Buiret, welche wir, wenn der Raum dieser Blätter es erlaubt hätte, durch die Erzählung der unterhaltendsten Abentheuer und der listigsten Diebskniffe leicht zu mehreren Bogen hätten anwachsen lassen können. Die nachherigen Vorgänge stehen mit der Prozeßgeschichte selbst in so enger Verbindung, daß wir unmittelbar zu dieser übergehen wollen, um so mehr, da wir unsre Heldin bald darin wiederfinden werden.

III.

ProzeßGeschichte.

Zu Ende Septembers 1791 langt zu Auxerre ein Weib mit dem Marktschiff von Paris an, welche mit ihrer Magd, die ihren Bündel unterm Arme trug, unter dem Namen der Wittwe Demoutier von Merinville gebohrne von Champignelles, GesellschaftsDame von Madame Elisabeth in dem Gasthaus zum goldenen Apfel einkehrt. Diese Titel verschaffen ihr den Eingang in mehrere gute Häuser, unter andern in das der Madame Deschamps; da diese Dame davon spricht, daß sie ihrem Neffen, dem Hrn. Davigneau, Deputirter bei der konstituirenden Versammlung, Gelder zu übermachen habe, so erbietet sich die Frau von Merinville die Besorgung davon zu übernehmen. Die Summe wird ihr ohne Mistrauen übergeben.

Dieselbe Frau von Merinville stattet auch der Frau von Jaucourt, Abtissin des Klosters St. Julien, ihren Besuch ab. Diese aber, welche die ganze Famlie von Champignelles genau kannte, bezeugte der Betrügerin auf der Stelle ihre Verachtung. Kaum war

diese aber zurück in ihrem Gasthof, als sie derselben folgendes Billet schrieb:

Madame! je suis *surpris* de votre manière de *panse* à mon *ai-gard'* si vous *aitre* inquiette de mon *non* le *voilas* Anne Louyse Adelaide de *Champhinelle* veuve du sieur Moutiel de Merinville, dame pour *a* compagne madame Etlisabaite.

Frau von Jaucourt zeigte dies Billet allenthalben. Die Marquise ward entlarvt und verspottet. Schon war sie im Begriff, Auxerre zu verlassen, als ein Huissier anlangt, um im Namen von Madame Deschamps ihr Geld zurückzufordern; auf ihre Weigerung, legt er in den Händen des Wirthes einen Arrest auf ihre Effecten an. Nun werden andre Saiten aufgespannt. Sie erbietet sich einen Theil des Geldes herauszugeben; Madame Deschamps, um nicht das Ganze zu verlieren, hebt den Arrest auf, und die Marquise setzt ihre Reise fort. Zu St. Fargeau kehrt sie als Marquise von Merinville bei dem Präsidenten Lepelletier ein, wo sie sich für eine Verwandte des Hrn. von Champignelles ausgiebt; hier erzählt sie, sie reise in dessen Geschäften auf seine Güter, um mit seinem Verwalter abzurechnen; ihr Wagen sei unterwegs gebrochen; sie bittet ihn daher, ihr den seinigen zu leihen; Hr. von St. Fargeau war zwar sowohl über diesen Besuch als über den Ton und die Manieren der Marquise höchst verwundert, lieh ihr aber dennoch sein Kabriolet, mit welchem sie des Abends in dem Ort Champignelles anlangte.

Sie steigt anfangs in dem Wirthshaus zum weissen Rosse unter dem Namen der Wittwe Dumoutier de Merinville ab; von hier läßt sie sich auf das Schloß führen, wo sie sich dem Verwalter als eine Baase des Hrn. von Champignelles ankündigt.

Dieser eröfnet ihr, daß er die Familie seines Herrn zu gut kenne, um nicht zu wissen, daß derselbe keine Baase Namens Merinville habe; da er zudem die Weisung habe, ohne schriftlichen Befehl des Hrn. von Champignelles niemand ins Schloß zu lassen, so könne er ihr die verlangte Aufnahme nicht gewähren. Die Marquise kehrt ins weisse Roß zurück, wo die Ankunft zweier Weiber in einem Kabriolet, in dem Dorfe und die verweigerte Einlassung ins Schloß bald eine Menge Neugieriger herbeiführt.

Unsre Abentheuerin benuzt die Einfalt der einen, die Neugierde der andern, die Geschwäzzigkeit von allen, um Erkundigungen über die Familie Champignelles einzuziehen; nachdem sie sich in den Stand gesezt zu haben glaubt, ihre Rolle zu spielen, vertauscht sie plözlich den Namen Merinville mit dem von Champignelles, und erklärt, daß sie dieselbe Marquise von Douhault ist, welche man für todt hält, und daß der unverschämte Verwalter ihr den Eintritt in die väterliche Behausung verweigere. Augenblicklich verbreitet sich das Mährchen, womit sie dies leichtgläubige Landvolk zutäuschen hoffte, in der ganzen Gegend: die Marquise von Douhault sei nicht todt; ihre Familie habe ihren Tod nur darum ausgesprengt, um sich ihres Vermögens zu bemächtigen, und sie, um diesen Plan auszuführen, mittelst einer Lettre de Cachet in einem Kerker verhaftet gehalten, aus welchem die Revoluzion allein sie wieder ans Taglicht gebracht hätte. Von allen Seiten strömt die Menge herbei, um diesem unglücklichen Opfer des Ehrgeizzes und des Despotismus seine Theilnahme zu bezeugen. Sie hütet sich nämlich wohl, zu erzählen, daß sie erst vor kurzem die Salpetriere verlassen hat; sondern spricht von Festungen, von unterirrdischen Gewölben, von Staats-

Gefängnissen, und behauptet sogar in dem Fort von Pierre Ancise verhaftet gewesen zu sein, in welchem doch ehedem nur Männer verwahrt wurden.

Von den Personen, welche die Neugierde herbeizieht, erkennen viele die Marquise; viele sogar, die diese nie gesehen haben, verfolgen jeden Zweifler mit fanatischer Wuth; sehr viele finden dagegen, daß sie mit der wahren Marquise nicht die mindeste Aehnlichkeit hat, aber sie wagen es kaum, es zu erkennen zu geben; auch Bauchet, der Wirth, erkennt sie nicht, weshalb sie sein Haus verläßt und sich in einem andern Wirthshaus installirt; hier wird von Morgens bis zum Abend gezecht; die Marquise stoßt mit jedem an; die Bauern schwören mit dem Glase in der Hand, daß sie sie gegen alle ihre Feinde vertheidigen und in ihr Vermögen wiedereinsetzen wollen.

Durch diesen ersten Erfolg kühn gemacht, übergiebt sie der Munizipalität eine Bittschrift, worin sie um die Erlaubniß ansteht, auf der Munizipalität die Erklärung aller derjenigen Personen aufnehmen zu lassen, welche sie freiwillig anerkennen wollen. Der Maire von Champignelles willfahrt diesem Begehren, und erläßt eine Ordonnanz, wodurch er die verlangte Erlaubniß bewilligt; auf der Stelle wird die Trommel gerührt, und alle Einwohner von Champignelles eingeladen, die Marquise von Douhault anzuerkennen. Der MunizipalitätsSekretair Retard nimmt während 3 Tagen sowohl auf der Munizipalität als in der Schenke die Erklärungen von sechs und neunzig Zeugen auf, welche sie unter dem Namen Anna Luise Adelhaid, (statt Adelhaid Marie) für die wahre Marquise von Douhault anerkennen. Dieses Actenstück ist vom 23 October 1791 datirt.

Auf dieses Zeugenverhör, das von dem Maire,

den MunizipalBeamten, den Notablen und dem Gemeinde Prokurator unterzeichnet war, gestüzt, begiebt sie sich nun unter deren Schuz, so wie unter den der Nazionalgarde; sie erklärt, daß alle Bande, die sie an ihre treulose Familie knüpften, zerrissen sind, daß die Einwohner von Champignelles allein ihre Verwandte, ihre Kinder, ihre Erben sein sollen; sie will Landgüter vertheilen, Mädchen ausstatten, Hospitien stiften ꝛc. sie nimmt in allen öffentlichen und PrivatAkten den Namen Douhault an, spricht allenthalben Gelder auf, und bereitet sich zu einem förmlichen Angriff auf das Vermögen der Familie von Champignelles vor. Merkwürdig ist es, daß sie in dieser ersten Zeit weder die Vornamen noch die FamilienNamen derjenigen kannte, deren Rolle sie spielen wollte; sie unterzeichnete bald Champinel, bald Champhinel, bald Champignelle, eben so nach und nach Duohault, Douohault, Duout, Duhaut, Douhaut ꝛc.

Endlich trat sie, in Begleitung des Munizipalitäts-Sekretairs Retel, und eines alten Bedienten des Hauses Champignelles, den das Interesse in ihre Nezze gelockt hatte, die Reise nach Paris an. Die Gemeinde schoß zu dem Ende eine Summe von 1700 Liv. zusammen, mehrere Kollekten folgten auf diese erste. So wußte die Marquise die Leichtgläubigkeit dieser Landleute zu immerwährenden Brandschazungen zu misbrauchen, die ihr die Mittel gewährten, während langen Jahren einen kostspieligen Prozeß zu führen.

St. Loup, der GeschäftsFührer des Hrn. von Champignelles, war unterdessen seinerseits auch nicht müssig geblieben. Er denunzirte in dessen Namen dem Tribunal von St. Fargeau das Zeugen-Verhör, welches zu Champignelles statt ge-

habt hatte, und verlangte eine Ausfertigung desselben. Diesem Begehren ward durch ein Urtheil des Tribunals willfahrt.

Zu gleicher Zeit ward aber Hr. von Champignelles, auf Anstehn von Adelhaid Marie de Rogres de Lusignan de Champignelles, Wittwe von Ludwig Joseph von Douhault, als Erbin der Hälfte der von ihren Aeltern, dem Herrn und der Frau von Champignelles, herrührenden Verlassenschaft, vor dasselbe Tribunal vorgeladen, um sich verurtheilen zu sehn, ihr die besagte Hälfte, deren er sich bemächtigt habe, auszuliefern, und eine Summe von 500,000 Liv. für die bezogene Früchte zu bezahlen.

Der Vertheidiger des Hrn. von Champignelles glaubte das beste Mittel, die Betrügerin durch ihr eigenes Geständniß zu entlarven, darin zu finden, daß er sie durch das Tribunal über Fragstücke verhören ließ, und der Erfolg rechtfertigte diese Meinung vollkommen. Sie ward gezwungen zu gestehen, daß sie anfangs in der Salpetriere, nachher in dem Zuchthaus la Force verhaftet war; in das erste dieser Arresthäuser behauptete sie am 3 Jänner 1786 wegen einigen Aeusserungen über die HalsbandsGeschichte kraft einer Lettre de Cachet, die der Baron von Breteuil ausgewirkt habe, gebracht worden zu sein; die zweite Einsperrung sei kraft eines Urtheils über die Geschichte der vor dem Notar Sylly in Paris ausgestellten Vollmachten erfolgt; nun hatte aber grade in den Jahren 1786 und 1787, die die Klägerin ihrem eigenen Geständnisse zufolge in der Salpetriere zugebracht hätte, die Marquise von Douhault allen Theilungen und Inventuren der Erbschaften ihres Vaters und ihres Mannes beigewohnt, und alle darüber errichtete Akte unterzeichnet; und auf den Registern der Salpetriere fand sich, daß

die Person, welche am 3 Jänner 1786 in Gemäßheit eines von dem Baron von Breteuil erlassenen VerhaftsBefehl eingebracht worden war, die uns schon bekannte Anna Buiret war.

Der Prokurator bei dem Tribunal zu St. Fargeau hatte kurz vorher von dem damaligen JustizMinister Duport Dutertre die Nachricht erhalten, daß ein Weib, das der Polizei sehr verdächtig wäre, unter dem Namen einer Frau von Douhault die Gegend von Champignelles durchstreife; der Minister übersendete ihm zugleich einen ausführlichen Bericht der Polizei zu Paris über die Betrügereien dieser Landstreicherin, und es fiel daher dem Prokurator nicht schwer, die Marquise in seinem Antrag in ihrer ganzen Blösse darzustellen.

Kontradictorisches Urtheil erster Instanz, des Tribunals von St. Fargeau vom 26 Mai 1792, „welches die vorgebliche Wittwe von Douhault „unzulässig in ihrer Klage auf Wiedereinsetzung in „Rechte, Namen und Qualitäten, welche ihr nie zuge„hört haben, erklärt, ihr für die Zukunft verbietet, „die Namen Adelhaid Marie von Rogres, „Wittwe Douhault zu führen, und sie in eine „Schadloshaltung von 5000 Liv. verurtheilt, weil sie „dieselbe fälschlich und ohne dazu berechtigt zu sein, „geführt hat, welche Summe mit Einwilligung des „Herrn Rogres von Lusignan den Armen von „Champignelles zufallen soll; befiehlt, daß der „FriedensRichter des Kantons von Champignel„les, welchen das Tribunal zu dem Ende ernennt, „den Namen Adelhaid Marie von Rogres „Wittwe Douhault, von allen Akten wegstreichen „soll, in welchen die besagte vorgebliche Dou„hault ihn genommen hat, und daß am Rande

„dieser Akte von gegenwärtigem Urtheil Meldung
„geschehen soll; befiehlt, daß dasselbe auf Kosten der
„Klägerin zu 2000 Exemplarien gedruckt und ange-
„heftet werden soll, und auf den Antrag des öffentli-
„chen Ministeriums erkennend, befiehlt, daß dieselbe in
„Gemäßheit des Artikels 36 des Titels 2 des Ge-
„setzes vom 20 Julius 1791 vor dem Tribunal er-
„scheinen soll, um sich über die Beschuldigungen und
„Thatsachen, die ihr zur Last gelegt werden, zu
„rechtfertigen, und daß zu dem Ende ein Vorfüh-
„rungsBefehl gegen sie erlassen werden soll.

Dies Urtheil ward ihr zugestellt, allein sie wußte sich dem Vollzug des gegen sie erlassenen Vorführungs-Befehls zu entziehen. Die Einwohner, welche sie ganz auf ihre Seite gebracht hatte, beschüzten sie selbst mit Gewalt gegen die GerichtsBoten und erklärten, sie seien zwar bereit, Anna Buiret auszuliefern, würden aber die Marquise von Douhault mit ihrem Leben beschüzzen. Da Herr von Champignelles bald darauf auf die Emigrantenliste gesezt und seine Güter sequestrirt wurden, so blieb der Prozeß auf sich beruhen. Die angebliche Marquise hatte jedoch Sorge getragen, ihre Ansprüche durch einen AppellationsAkt von dem Urtheil des Tribunals von St. Fargeau zu bewahren.

Wären diese nur im geringsten gegründet gewesen, so war izt der günstige Augenblick sie geltend zu machen, weil Herr von Champignelles abwesend, und die DomainenRegie, welche in seine Rechte eingetreten war, mit den persönlichen Verhältnissen der Familie von Champignelles nicht vertraut war. Hierzu kam die günstige Stimmung des Augenblicks, welche offenbar einer Klage von der Art äusserst vortheilhaft war. Allein sie wagte es nicht,

gegen die öffentlichen Verwaltungen zu Felde zu ziehen, und ließ ruhig die Güter des Hrn. von Champignelles mit den andern EmigrantenGütern verkaufen. Sie benuzte aber diesen Zeitpunkt zu einer Expedition, deren Ausführung zu jeder andern Zeit unmöglich gewesen sein würde.

Gleich Anfangs hatte jeder unpartheiische Beobachter sich verwundert, daß die Marquise zuerst in der Bourgogne aufgetreten war, und nicht in dem Berry, zu Orleans, Chazelet, Argenton, St. Bouvet du Sault, Belabre ꝛc. alles Orte, wo die Marquise von Douhault sich während den lezten zwanzig Jahren ihres Lebens aufgehalten hatte, und wo es nicht schwer finden konnte, ganz unverdächtige Zeugen zu finden, welche sie vorher gekannt hatten. Alle ihre Bekanntschaften, alle die ihrer Familie, alle ihre Verwandte selbst wohnten in diesen Gegenden, wo sich auch die Trümmer ihres persönlichen Vermögens befanden. Jzt nun schien unsrer Heldin der Augenblick gekommen zu sein, wo sie sich unter dem Schuz der Anhänger, die sie in der Bourgogne gefunden hattr, des Rufs, der ihr vorhergieng, und des revoluzionairen Taumels, die ihrem Abentheuer eine günstige Aufnahme verschaffen mußte, in die Orte wagen zu können glaubte, wo noch wenige Jahre vorher die wahre Marquise von Douhault verweilt hatte, um auch dort willfährige Zeugen und Beschüzer zu suchen.

Sie trat jedoch nicht ohne Vorsicht den Zug an; zwei Reihen von NationalGarden begleiteten zu beiden Seiten den Wagen; dieser war mit Bändern und Blumenkränzen geschmückt; alle Strassen, die

sie durchzog, alle Gasthäuser, wo sie abstieg, waren mit Neugierigen besetzt; allenthalben proklamirte man vorher die Nachricht von der Ankunft der wiederauferstandenen Frau von Douhault, die die Revoluzion aus dem Grabe gerettet habe, worein sie der Ehrgeiz einer adlichen Familie und der ministerielle Despotis'm lebendig versenkt hätte.

So langt der Zug in Bourges an, wo die Munizipalität der Marquise in ihrem Gasthaus ihre Aufwartung macht, in demselben Bourges, wo sie zehn Jahre später vor dem dortigen SpezialGericht das Ende ihrer betrügerischen Laufbahn fand; von hier setzt sie nach einem kurzen Aufenthalte die Reise weiter fort; an allen Orten wiederfahrt ihr dieselbe Ehre; so kommt sie endlich nach Argenton, und kehrt in dem Gasthaus zur Promenade ein, welchen die Menge zujauchzend und jubelnd umringt; und hier war es, wo es ihr gelang eine Acquisition zu machen, die es ihr allein möglich machte, auch noch in ruhigeren Zeiten so lange mit derselben Dreistigkeit eine Rolle zu behaupten, die sie mit einer so beispiellosen Unverschämtheit übernommen hatte.

(Die Fortsetzung folgt.)

Anmerkung. Gegen das, in unserm vorigen Hefte enthaltene, Urtheil des peinlichen Gerichtshofs vom Rhein und Mosel-Departement suchten die Verurtheilten Eberhard Hang, Therese Balbiano und Nannette Vorrath in den gesetzlichen Zeitfristen Kassation nach; auch der Kaiserl. General-

Prokurator bei demselben Gericht legte Kassation ein; beide Gesuche wurden aber verworfen, und das Urtheil am 16 Fruktidor vollzogen. Wir werden im nächsten Hefte, zur Ergänzung dieser merkwürdigen Prozedur, das Urtheil des KassationsGerichtshofes liefern.

V.

Miszellen.

Zu Professoren an der Rechtsschule zu Toulouse sind ernannt, die Herren Ruffat für den Lehrstuhl des römischen Rechtes, Fürgole für den ersten des Civil-Gesetzbuchs, Jammes für den zweiten und Bastoulli für den dritten; Jouvent für den Lehrstuhl der Prozedur und der peinlichen Gesetzgebung. Zu Suppleanten an derselben Schule sind ernannt worden die Herren Bec, Peyre, Delpuech und zum GeneralSekretair derselben der Herr Betbeze.

Durch ein Dekret vom 5 Prairial 13 Jahrs sind folgende RechtsGelehrte zu Professoren an der RechtsSchule zu Turin ernannt worden:

Für den Lehrstuhl des römischen Rechtes, Hr. Reineri, vorher Professor des CivilRechtes.

Für den ersten Lehrstuhl des CivilGesetzbuchs Hr. Piasosco, UnterPräfect zu Voghera, für den zweiten Hr. Brun, Advokat, und für den dritten Hr. Ceresa gleichfals Advokat.

Für den Lehrstuhl der CivilProzedur und peinlichen Gesetzgebung Hr. Boyer, Advokat.

Zu Suppleanten bei derselben Schule sind die Herren Cridis und Franchi, und zum GeneralSekretair derselben Hr. Cecidani ernannt worden.

Am 14 Thermidor hielt die Akademie der Gesetzgebung zu Paris eine öffentliche Sitzung unter dem Vorsitz des Hrn. StaatsRaths GrosGeneral-Prokurators Regnauld de St. Jean d'Angely.

Die Sitzung ward mit der Aufnahme mehrerer öffentlichen Beamten und Professoren in die Akademie eröfnet. Der Hr. GeneralVerwalter Bruguieres (vom Gard) legte sodann die Analyse der Correspondenz vor, worauf er im Namen einer Kommission über den LehrPlan während dem Jahr 14 Bericht erstattete. Der bisherige Plan ist zwar beibehalten aber erweitert worden; zwei Professoren werden über das römische Recht lesen; einer ist für die Logik insbesondere angestellt worden; die Zöglinge werden in drei Klassen und ein Kollegium von Lizentiaten eingetheilt, aus welchem diejenige genommen werden sollen, welche die öffentliche Vorträge zu halten haben. Die Akademie läßt fünf der wenigstbegüterten Lizentiaten der Rechtsschulen, auf die Präsentation der Professoren, unentgeldlich zu ihren Exerzitien zu; überhaupt ist die Schule der Akademie so organisirt, daß die untern Klassen als Einleitung in die Rechtsschule dienen können; die folgenden können zugleich mit derselben besucht werden, und die Lizentiaten, welche die Rechtsschulen verlassen, werden in den höhern Exerzitien der Akademie eine praktische Anweisung zur Anwendung ihrer erworbenen Kenntnisse finden.

Nach einer kurzen Anrede des Hrn. Präsidenten an die Zöglinge, worin er sie auf die Vortheile dieser Anstalt aufmerksam machte, stattete Hr. Sanzey, Präsident der Zöglinge über die Arbeiten derselben einen Bericht ab. Sodann ward unter den Zöglingen eine Diskussion über den Geschmack eröfnet, die der Präsident der Akademie mit folgenden Bemerkungen schloß:

„Der Geschmack ist die Seele der Künste, und der Bürge eines glücklichen Erfolgs für den Künstler. Ohne Geschmack ist selbst der Verstand den Künsten von keinem Nuzzen, die Arbeit ohnmächtig und das Genie selbst gleichsam unfruchtbar.

„Allein der Geschmack läßt sich besser durch Studien erwerben, als durch Definitionen beschreiben; man kann ihn leichter vervollkommnen als zergliedern. Glücklicherweise hat er zahlreiche Vorbilder, obgleich wenige Lehrsäzze."

„Unter den Alten ertheilt das Studium Demosthen's, wie er die Athenienser befeuert, Cicero's, wie er Catilina erbleichen macht, Horazens, wie er Mäzenas huldigt und selbst indem er Augusten schmeichelt, bessere Lehren als Quintilian. Unter den neuern werden Montesquieu und d'Agesseau, Boileau und Racine, Corneille und Voltaire, die beiden Rousseau und die Plinius von Frankreich, Buffon und Cuvier, Daubenton und Lacepede nicht weniger zur Bildung des Geschmackes beitragen, als alle Lehren unsrer Professoren. Die trockenen Regeln von le Batteaux, die blumenreichen Lektionen von Laharpe, alle Rhetoriken des abgeloffenen und des angefangenen Jahrhunderts sind das nicht werth, was ihr in Fenelon und Diderot, in Mirabeau und Seguier finden werdet, in jenen edlen Vorbildern, die die Monarchie der Revoluzion und die Revoluzion dem Kaiserthum strittig macht.

„Mögen daher diese Vorbilder des Geschmacks vielmehr der Gegenstand eurer Studien als der Geschmack der euren Debatten sein. Grosse Meister stehen um euch her; sie schlummern in unsern Bibliotheken, sie eben in unsern Schulen, sind verewigt in unsern Mu-

seen, sprechen vor unseren Gerichtshöfen und sitzen in unsern Tribunalien. Die Reichthümer des Geschmacks umgeben euch allenthalben; suchet sie euch eigen zu machen. Suchet die Regeln des guten Geschmacks in den Werken, welche er hervorgebracht hat.

Lernet von der Weisheit zu sprechen, wie Paskal, von der Geschichte wie Bossuet, von der Geometrie wie d'Alembert, von der Gesetzgebung wie Montesquieu. Lernet die Beredsamkeit der Mahlerei von der Madonna von Raphael, von dem Belisar von Gerard, von dem Bonaparte von David. Vergleicht den Laocoon von Virgil mit dem Marmor, der euch in dem Louvre anspricht, Racine's rührende Phädra mit der erschrecklichen Phädra von Guerin.

„Möge euer Gedächtniß sich bereichern, und euer Geschmack sich bilden nach den poetischen Schönheiten der drei Blinden Griechenlands, Englands und Frankreichs: Homer, Milton und Delille.

„Aber vor allem hütet euch vor den modernen Deklamatoren; hütet euch vor ihren Vorurtheilen und glaubet nicht den Verläumdern des 19ten Jahrhunderts, die nur darum von dem guten Geschmack sprechen, um die irre zu leiten, welche ihn aufsuchen, nur darum von der Litteratur, um ihren Anhängern den Muth zu benehmen, und von den schönen Künsten, um ihre Verehrer zu erniedrigen."

V.

LOIS
ET
DÉCRETS IMPÉRIAUX,

rélatifs à l'ordre judiciaire,

rendus depuis la session législative de l'an XIII.

XXIII.

Droit Civil.

(Droits des propriétaires d'ouvrages posthumes.)

(N.° 647.) *Décret impérial du 1er Germinal XIII.*

NAPOLÉON, Empereur des Français;

Sur le rapport du ministre de l'intérieur;

Vu les lois sur les propriétés littéraires;

Considérant qu'elles déclarent propriétés publiques les ouvrages des auteurs morts depuis plus de dix ans;

Que les dépositaires, acquéreurs, héritiers ou propriétaires des ouvrages posthumes d'auteurs morts depuis plus de dix ans, hésitent à publier ces ouvrages, dans la crainte de s'en voir contester la propriété exclusive, et dans l'incertitude de la durée de cette propriété;

Que l'ouvrage inédit est comme l'ouvrage qui n'existe pas; et qui celui que le publie, a les droits de l'auteur décédé, et doit en jouir pendant sa vie,

Que cependant, s'il réimprimait en même temps et dans une seule édition, avec les ouvres posthumes, les

ouvrages déjà publiés du même auteur, il en résulterait en sa faveur une espèce de privilège pour la vente d'ouvrages devenus propriété publique;

Le Conseil d'état entendu,

DÉCRÈTE:

ART. I. Les propriétaires, par succession ou à autre titre, d'un ouvrage posthume, ont les mêmes droits que l'auteur, et les dispositions des lois sur la propriété exclusive des auteurs et sur sa durée leur sont applicables; toutefois à la charge d'imprimer séparément les ouvres posthumes, et sans les joindre à une nouvelle édition des ouvrages déjà publiés et devenus propriété publique.

2. Le grand-juge ministre de la justice, et les ministres de l'intérieur et de la police générale, sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

XXIV.

Police.

(Impression des livres d'église.)

(N.° 658.) *Décret impérial du 7 Germinal.*

NAPOLÉON, EMPEREUR DES FRANÇAIS;

Sur le rapport du ministre des cultes,

DÉCRÈTE:

ART. I. Les livres d'église, les heures et prières, ne pourront être imprimés ou réimprimés que d'après

la permission donnée par les évêques diocésains; laquelle permission sera textuellement rapportée et imprimée en tête de chaque exemplaire.

2. Les imprimeurs, libraires, qui feraient imprimer, réimprimer des livres d'église, des heures ou prières, sans avoir obtenu cette permission, seront poursuivis conformément à la loi du 19 juillet 1793.

3. Le grand-juge ministre de la justice, et les ministres de la police générale et des cultes, sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

XXV.

Code Civil.

(Actes de décès des militaires.)

(N.° 666.) *Avis du Conseil d'état du 17 Germinal.*

Le Conseil d'état, qui, sur le renvoi fait par sa Majesté l'Empereur, a entendu le rapport de la section de législation sur celui du grand-juge ministre de la justice, tendant à faire décider si, en l'absence de preuves positives du décès d'un militaire, on peut admettre, pour les remplacer, des présomptions résultant soit de témoignages vocaux, soit de l'absence prolongée pendant plusieurs années,

Est d'avis,

1.° Qu'il y aurait, comme l'observe le grand-juge lui-même, un extrême danger à admettre comme preuves

de décès, de simples actes de notoriété fournis après coup, et résultant le plus souvent de quelques témoignages achetés, ou arrachés à la faiblesse ; qu'ainsi cette voie est impraticable ;

2.° Qu'à l'égard de l'absence, ses effets sont réglés par le Code civil en tout ce qui concerne les biens, mais qu'on ne peut aller au-delà, ni déclarer le mariage de l'absent dissous, après un certain nombre d'années ; qu'à la vérité plusieurs femmes de militaires peuvent, à ce sujet, se trouver dans une position fâcheuse, mais que cette considération n'a point paru, lors de la discussion du Code civil, assez puissante pour les relever de l'obligation de rapporter une preuve légale, sans laquelle on exposerait la société à de déplorables erreurs, et à des inconveniens beaucoup plus graves que les maux particuliers auxquels on voudrait obvier.

En cet état, le Conseil estime qu'il n'y a pas lieu de déroger au droit commun, ni d'y introduire une exception que la législation n'a jamais admise.

Approuvé, signé NAPOLEON.

XXVI.

Police.

(Responsabilité des communes.)

(N.° 682.) *Avis du Conseil d'état du 5 Floréal.*

Le Conseil d'état, qui, d'après le renvoi fait par sa Majesté l'Empereur, a entendu le rapport des

sections réunies de législation et de l'intérieur sur celui du grand-juge ministre de la justice, relatif à la question de savoir si, lorsqu'une commune est dans le cas de la responsabilité, le procès-verbal des officiers municipaux est absolument indispensable pour l'application de cette responsabilité;

Considérant que la loi du 10 vendémiaire an IV, titre V, article 4, suppose nécessairement d'autres pièces que les procès-verbaux des officiers municipaux, puisqu'elle statue que les dommages-intérêts seront fixés sur le vu des procès-verbaux et autres pièces constatant les voies de fait, excès et délits;

Considérant que ce serait rendre illusoire la mesure de la responsabilité des communes, que de considérer la formalité du procès-verbal des officiers municipaux comme absolument indispensable pour son application, en ce que les officiers municipaux, par faiblesse, par ménagement et même par des vues d'intérêt personnel, se dispensent presque toujours de dresser procès-verbal des délits qui entraînent la responsabilité;

Considérant, par ces derniers motifs, que l'admission de cette mesure aurait sur-tout de funestes effets relativement à la perception des contributions indirectes et à la prohibition de certaines marchandises à l'entrée ou à la sortie;

Est d'avis que, lorsqu'une commune est dans le cas de la responsabilité, le procès-verbal des officiers municipaux n'est pas absolument indispensable pour l'application de cette responsabilité.

Approuvé, signé NAPOLEON.

XXVII.

Régime hypothécaire.

(Transcription des actes de vente sous signature privée.)

(N.° 702.) *Avis du Conseil d'état du 12 Floréal.*

Le Conseil d'état, qui, d'après le renvoi fait par sa Majesté l'Empereur, a ouï le rapport des sections de législations et des finances sur celui du grand-juge ministre de la justice, relatif à la question de savoir si l'on peut valablement transcrire, pour purger les hypothèques, les ventes faites par actes sous singe-privé, dûment enregistrés, mais dont les signatures n'ont pas été reconnues devant notaire ou par un jugement ;

Vu la loi du 11 brumaire an VII sur le régime hypothécaire, et le titre du Code civil sur les priviléges et hypothèques ;

Considérant qu'aucune disposition précise ne s'oppose à ce qu'un acte de vente sous signature privée, revêtu de la formalité de l'enregistrement, soit transcrit sur les registres du conservateur des hypothèques ; que cette transcription n'a d'autre effet que d'annoncer aux personnes intéressées, que la propriété d'un immeuble a passé d'une main dans une autre, et qu'il n'y aurait pas de motif pour prohiber les annonces du changement qui se serait opéré par acte sous signature privée, quand il est permis d'aliéner de cette manière ;

Qu'on ne peut tirer aucune induction contraire de ce que l'inscription à l'effet d'acquérir hypothèque, ne

peut avoir lieu que sur le vû d'une expédition authentique du jugement ou de l'acte qui constitue l'hypothèque, parce qu'elle ne peut être constituée en effet que par un acte authentique;

Qu'enfin, lors de la discussion du titre du Code civil des priviléges et hypothèques, la question fut proposée en Conseil d'état, et qu'il parut si évident qu'on pouvait transcrire un acte de vente sous signature privée, dûment enregistré, qu'on jugea superflu de faire une disposition pour le permettre, comme on peut s'en convaincre par la lecture du procès-verbal, séance du 10 ventôse an XII,

Est d'avis que les actes de vente sous signature privée et enregistrés, peuvent être présentés à la transcription.

Approuvé, signé NAPOLÉON.

XXVIII.

Ecoles de droit.

(Costumes.)

(N.° 737.) *Décret du* 28 *Floréal* 13.

NAPOLÉON, Empereur des Français;

Sur le rapport du grand-juge ministre de la justice;

Vu l'article 68 du décret impérial du 4.e jour complémentaire an XII, concernant l'organisation des écoles de droit;

Le Conseil d'état entendu,

Décrète:

Art. I. Les suppléans des professeurs des écoles de droit porteront, soit dans les leçons et assemblées particulières de ces écoles, soit dans les cérémonies publiques, le même costume que les professeurs.

2. Le costume des inspecteurs généraux des écoles de droit est fixé ainsi qu'il suit :

L'habit noir brodé en noir, et même robe que les professeurs, avec une broderie en plamettes noires sur la robe rouge.

3. Le costume des secrétaires généraux des écoles de droit est fixé ainsi qu'il suit :

L'habit noir à la française, robe noire d'étamine avec des devans en soie de même couleur, cravate de batiste tombante, toque et chausses aussi en soie noire.

4. Le grand-juge ministre de la justice est chargé de l'exécution du présent décret.

XXIX.

Police correctionnelle.

(Contraventions concernant la garantie des matières d'ôr et d'argent.)

(N.° 744.) *Décret du* 28 *Floréal.*

NAPOLÉON, Empereur des Français;

Sur le rapport du ministre des finances ; le Conseil d'état entendu,

Décrète :

Art. I. Les dispositions de l'article 76 de la loi

du 5 ventôse an XII, concernant les condamnations qui doivent être prononcées contre les contrevenans aux droits réunis, et celles de l'arrêté d'organisation de ces droits, du 5 germinal de la même année, relatives à la répartition du produit des amendes et confiscations et à la faculté de transiger sur les procès-verbaux de saisie, ne sont point applicables aux délits et contraventions concernant la garantie des matières d'or et d'argent; à l'égard desquelles la loi du 19 brumaire an VI relative à la surveillance du titre des matières et des ouvrages d'or et d'argent, doit être exécutée; sauf en ce qui concerne la perceptiou des droits de garantie, qui a été attribuée à la régie des droits réunis, dont les préposés peuvent néanmoins eux-mêmes, ou concurremment avec les employés des bureaux de garantie, constater les délits et contraventions à la loi du 19 brumaire an VI, et poursuivre la condamnation des peines encourues, en remplissant les formalités prescrites par cette loi, et sans qu'il puisse être transigé sur les délits et contraventions.

2. Le ministre des finances est chargés de l'exécution du présent décret.

XXX.

Police Correctionnelle.

(Contraventions aux lois sur les cartes.)

(N.° 759.) *Décret du 4 prairial 13.*

NAPOLÉON, Empereur des Français;

Sur le rapport du ministre des finances;

Vu les lois des 9 vendémiaire an VI et 5 ventôse an XII, ensemble les réglemens des 3 pluviôse et 19 floréal an VI, la loi du 2 ventôse et le décret impérial du 1er germinal an XIII;

Le Conseil d'état entendu,

DÉCRÈTE ce qui suit:

ART. I. Toutes contraventions aux lois sur les cartes, des 9 vendémiaire an VI et 5 ventôse an XII, ainsi qu'aux réglemens des 3 pluviôse et 19 floréal an VI, et au décret impérial du 1er germinal an XIII, seront punies, indépendamment de la confiscation des objets de fraude ou servant à la fraude, de mille francs d'amende, sans préjudice des poursuites extraordinaires et de la punition comme pour crime de faux, encourue par la contrefaçon des filigranes, timbres et moules, et l'émission des objets frappés de faux.

2. Le grand-juge ministre de la justice et le ministre des finances sont chargés de l'exécution du présent décret.

Journal
für
Gesetzkunde und Rechtsgelehrsamkeit.

Herausgegeben
von
F. Lassaulx
Avoue bei den Tribunalien zu Koblenz.

Zweiter Jahrgang.
Siebentes Heft.

Mit Genehmigung S. E. des GroßRichters.

Koblenz, 1805.
in der Lassaulx'schen Buchhandlung.

Nachricht.

Von gegenwärtiger Zeitschrift erscheint monatlich ein Heft. 6 Hefte machen einen Band aus, zu welchem Titel und Register nachgeliefert werden. Der Pränumerationspreiß für den Jahrgang ist 15 Franks 50 Cent., fl. 7 12 kr. Rheinisch oder Rthlr. 4 Sächsisch, auf kürzere Zeit kann man sich nicht abonniren. Wer diesen Betrag baar an die Verlagshandlung einschickt, dem geben wir hiermit die Versicherung, daß er die Hefte immer pünktlich nach ihrem Erscheinen und so weit die französischen Posten reichen, portofrei zugesandt erhalten soll; diesen Vortheil kann jedoch sonst Niemand als die Verlagshandlung gestatten.

Inhalt.

I.

Ueber das CivilGesetzbuch der Franzosen, rücksichtlich auf dessen Abweichungen von dem gemeinen Recht und der vorigen französischen Gesetzgebung.

(Fortsetzung.)

Zweiter Titel.

Von den Akten des Civilstandes.

Korrespondirende Gesetzgebung.

Der größte Theil der Verfügungen dieses Titels ist aus dem Gesetz vom 20 September 1792 entlehnt. Man vergleiche damit die Titel des römischen Rechtes de fide Instrumentorum, die Ordonnanz von 1539, die Ordonnanz von Blois, den Titel 20 der Ordonnanz von 1667, das Edikt von 1697, die Deklaration vom 9 April 1736, die von 1786, und das Arrêt du Conseil vom 12 Julius 1756.

Allgemeine Grundsätze.

Erster Grundsatz. Der Civilstand der Bürger hängt mit der Konstitution der Familien, und die Konstitution der Familien mit der gesellschaftlichen Ordnung innig zusammen.

Zweiter Grundsatz. Die Geburt (und die Abstammung), die Ehe (und die Unterscheidung der Fa-

milien), der Tod (und der Uebergang der Rechte des Erblassers auf andre), müssen daher festgesetzt und konstatirt werden.

Dritter Grundsatz. Man kann seinen Civilstand nur auf eine der folgenden Weisen beweisen,

a) durch den Besitzstand, b) durch Zeugen, c) durch FamilienPapiere, d) durch öffentliche Akte.

Vierter Grundsatz. Da dieser lezte Beweiß der sicherste ist, so hat er den Vorzug vor den andern; diese können nur in seiner Ermangelung, nie aber gegen ihn zugelassen werden.

Fünfter Grundsatz. Diese Akte dürfen nur Thatsachen sicherstellen, und daher nur einfache Erklärungen enthalten, die unter der Gewährleistung eines öffentlichen Beamten aufgenommen werden müssen.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Verfügungen.

Die Artikel 34 und 35 dieses Kapitels handeln von den Akten selbst; die Artikel 40 bis 45 und der Art. 49 von den Registern, die Artikel 46 – 48 von der Art und Weise, den Abgang gesetzlicher Register zu ersetzen, die Artikel 50 — 54 von der Verantwortlichkeit der Beamten, deren Verrichtungen auf die Akte und Register Bezug haben.

Die Artikel 34 und 35 bestimmen, was in die Akte aufgenommen werden soll, welche die Beamte des Civilstandes zu errichten haben. Das Gesetzbuch hat nicht entschieden, ob diese Verrichtungen denselben Beamten wie bisher anvertraut bleiben sollen, weil dieser Gegenstand reglementarisch ist; es beschränkt sich darauf zu verfügen, daß sie von Beamten des Civilstandes

versehen werden sollen. Die Institution dieser Beamten schreibt sich von dem Gesetz vom 20 September 1792 her; sie ward durch die Gesetze vom 28 Nivose, 14 und 21 Fruktidor 2 Jahrs, 3 Vendemiaire 3 Jahrs, 19 Vendemiaire 4 und 28 Pluviose 8 Jahrs modifizirt. Dies lezte, welches den Maires die Verrichtungen der Beamten des Civilstandes übertrug, wird noch izt befolgt.

Der Art 36 regulirt die Art, wie die Parthien erscheinen können, nämlich selbst oder durch Bevollmächtigte; es giebt Ausnahmen von dieser Regel, (z. B. bei den Akten der Ehe) welche hier im allgemeinen angekündigt, und in der Folge durch besondere Verfügungen begründet werden. Die Bevollmächtigte müssen mit authentischen SpezialVollmachten versehen sein, das heißt mit Notariats-Vollmachten, indem z. B. die Beglaubigung der Unterschriften durch den Maire und Präfekten eine Vollmacht unter PrivatUnterschrift nicht zu einer authentischen erheben kann.

Der Art. 37 handelt von den Zeugen. Man hat bei GeburtsAkten die Zeugen wohl von den Deklaranten zu unterscheiden, welches die Deklaration von 1736 (Art. 4) nicht gethan hatte; die lezten können auch weiblichen Geschlechtes sein. (Art. 56, 58, 78) Das Gesetz hat die Vorsicht gebraucht, ausdrücklich zu erklären, daß auch Verwandte Zeugen sein können; es will, daß diese von den Betheiligten gewählt werden sollen. Sollte sich jedoch der seltne Fall ereignen, daß niemand bei einem solchen Akt betheiligt wäre, wenn z. B. ein ausgesetztes Kind gefunden wird, oder jemand in einer fremden Gegend, ganz unbekannt, verstirbt, so bleibt es dem Beamten des Civilstandes unbenommen, selbst Zeugen zu dem Akt zu berufen.

Die Artikel 38 und 39 handeln von der Abfassung der Akte selbst, und ihrer Form; sie haben zu zwei Fragen Anlaß gegeben: ob man dem Gesetz Formularien der Akte anhängen solle? und ob die NichtBeobachtung der von diesen Artikeln vorgeschriebenen Formalitäten die Nullität der Akte nach sich ziehen würde? beide wurden verneinend entschieden; die erste, weil die Formularien bloß der Gegenstand einer reglementarischen Verfügung schienen, und die zweite, weil die Nullität der Akte doch immer den Umständen hätte untergeordnet sein müssen; die HeurathsAkte sind die einzige, welche einige bestimmte Regeln in dieser Hinsicht erlauben, weil die Ehe gewissen Bedingungen untergeordnet ist und von gewissen Formalitäten begleitet sein muß; was aber die Geburts- und SterbAkte betrifft, so könnten alle Nullitäten das Datum der Geburten und Sterbfälle nicht vernichten, welches der wesentlichste Gegenstand des Aktes ist. Ein Irthum in dem Datum selbst aber kann berichtigt werden, ohne den Akt zu annulliren; eine falsche Angabe der Person würde offenbar ein Falsum und nicht eine Nullität konstituiren; hätte man zudem die Nichtbeobachtung gewisser Formalitäten mit Nullität bestraft, so würde das Gesetz, statt den Stand der Bürger sicher zu stellen, ihn oft ganz und gar ungewiß gemacht haben; diese Gründe haben das Resultat zur Folge gehabt, daß die Unrichtigkeiten und Mängel der Akte, solang diese nicht für falsch anerkannt sind, den Akten ihre Kraft in den übrigen regelmassigen Theilen und Angaben nicht benehmen können, und daß daher solche mangelhafte Akte dem Bürger doch immer irgend einen RechtsTitel gewähren Man hat übrigens, um dergleichen Mängel zu verhindern, durch den Art. 50 die CivilBeamten

mit einer Verantwortlichkeit für die Fehler der von ihnen aufgenommenen Akte behaftet.

Seit der Verkündigung des CivilGesetzbuchs sind, (in Gefolge des Art. 10 des Beschlusses vom 19 Floreal 8) am 25 Fruktidor 12 Jahrs, 12 September 1803, den Präfekten von Seiten des Ministers vom Innern wirklich Formularien der Akte des Civilstandes übersendet werden, allein mit der Bemerkung, „daß die Verwaltung die wörtliche Ab„fassung der Akte nach diesen Formularien nicht in der Art „vorzuschreiben die Absicht habe, daß der Gebrauch an„derer Worte, auf deren Substanz einigen Einfluß haben „könnte; diese Formularien seien vielmehr als Lehren, „Beispiele und Vorbilder, als wie obligatorische Verfü„gungen zu betrachten." Diese ministerielle Erläuterung, welche, in Gemäßheit eines vom Kaiser gutgeheissenen Gutachtens des Staatsraths, mitgetheilt worden ist, muß jeden Zweifel beseitigen, als ob ein Verstoß gegen diese Formularien, oder gegen die, in den obigen Artikeln, oder durch die folgende, vorgeschriebene Regeln die Nullität der Akte nach sich ziehen könnte. Nach einem allgemeinen RechtsGrundsatze findet diese Nullität auch hier nur dann statt, wenn das Gesetz sie ausdrücklich verhängt hat, so wie wir es bei den Akten der Ehe, und bei andern Materien z. B. bei den Testamenten, finden werden.

Die folgende Artikel handeln von den Registern; der Artikel 40 bestimmt deren Zahl; man hat die Verfügung des Art. 8 Tit. 20 der Ordonnanz von 1667, welche von der Deklaration von 1736 beibehalten worden war, der Verfügung des Gesetzes von 1792, welches für jede Gattung von Akten besondere Register vorgeschrie-

ben hatte, vorgezogen. Die Artikel 41 und 42 reguliren den Paraph und die Form der Register; hier kam nochmal die Frage zur Sprache, ob die Verlezzung der darin vorgeschriebenen Formen die Nullität der Akte nach sich ziehe? welche aber wieder nach den obigen Grundsätzen im Staatsroth entschieden ward. An diese Artikel schließt sich der Art. 49 an, der von der auszugsweisen Meldung von Akten am Rande anderer Akte handelt; diese Meldung geschieht, demselben zufolge, nur auf Begehren der Betheiligten. Der Art. 43 handelt von dem Abschluß und der Hinterlegung der Register, wobei man wieder die Ordonnanz von 1736, welcher zufolge dieselbe auf den Gerichtsschreibereien deponirt wurden, dem Gesetz von 1792, welches deren Aufbewahrung den Verwaltungsbehörden übertragen hatte, vorgezogen hat. In Hinsicht auf den Art. 44, der von den Papieren handelt, welche den Akten des Civilstandes beigeheftet werden müssen (z. B Vollmachten, Oppositionen, Aufhebungen von Oppositionen rc.) ist es vielleicht nicht überflüssig, die CivilBeamten auf die Verfügung desselben Artikels aufmerksam zu machen, die ihnen aufgiebt, sie von demjenigen, der sie vorgelegt hat, paraphiren zu lassen und selbst zu paraphiren.

Der Art. 45 hat den Gebrauch der Register zum Gegenstande; er zerfällt in zwei Abschnitte, deren einer ihre Publizität verordnet, und der andere den daraus ertheilten Auszügen als öffentlichen Akten (Art. 1319 1335) gerichtlichen Glauben versichert; diese Verfügung entspricht sowohl dem Art 7 des Titels 20 der Ordonnanz von 1667 als dem L. 1. cod. de fid. instr. dem

L. 10. ff. lib. 22 t. 3, de probat. et præsumpt. und dem L. ult. cod. de rer. jud. Es ist jedoch zu bemerken, daß wenn ein Auszug Abweichungen von dem Register selbst enthalten sollte, man, ohne den Weg der Inscription en faux einzuschlagen, diesen Irthum durch die Vergleichung des Auszugs mit den Registern selbst berichtigen kann, weil die Auszüge nur als authentische Abschriften zu betrachten sind, die nichts beweisen können, als was in dem Original enthalten ist; sollten aber die Register verlohren sein, dann hat die Abschrift immer bis zur Inscription en faux gerichtlichen Glauben, und der Beweiß würde nicht zuläßig sein, daß sie nicht mit den verlohrenen Registern gleichlautend gewesen.

Die drei folgende Artikel handeln von der Art, den aus den öffentlichen Registern herfliessenden Beweiß zu ersetzen: und zwar der Art. 46 von dem Falle, wenn keine Register vorhanden sind, und die Art. 47 und 48 von dem, wenn jemand zu weit entfernt ist, um von den vorhandenen Gebrauch zu machen. Der Art. 46 ist einer der wichtigsten des Titels und hat zu mehreren interessanten Fragen und Diskussionen Anlaß gegeben; er ist aus dem Art. 14 des Titels 20 der Ordonnanz von 1667 entlehnt. Es giebt zwei Fälle, worin er anwendbar ist, sowohl wenn keine Register gehalten worden sind, als wenn die, welche gehalten worden, verlohren gegangen sind, und keine authentische Auszüge daraus existiren. Der Artikel enthält übrigens eine allgemeine Verfügung, die nicht in allen Fällen und auf alle Akte anwendbar ist; wie es aus der Vergleichung desselben mit andern Verfügungen des Gesetz-

buchs deutlich erhellt; so handelt der Titel: von der Ehe im Kapitel V. von dem Falle, wo der Ehe Akt nicht beigebracht werden kann, der Titel von der Ehescheidung (Art. 258, 294) von dem, wo der Scheidungs Akt nicht vorhanden ist, und der Titel von der Adoption, (Art. 359) von dem Fall, wo der Adoptions Akt nicht eingeschrieben worden ist. Der Titel: von der Vaterschaft und der Abstammung enthält ferner ein ganzes Kapitel von dem Beweiß einer ehelichen Abstammung.

Folgendes sind einige der wichtigsten Fragen, zu welchen der Artikel Anlaß geben kann: 1) ob der Richter nicht auch auf andere Papiere, als solche, welche von den Aeltern herrühren, Rücksicht nehmen dürfe? diese Frage ist verneinend zu entscheiden, weil der Staatsrath vorbedächtlich die von dem Tribunat in Vorschlag gebrachte Abfassung des Artikels, welcher nicht allein Familien Papiere, sondern auch andere, als Beweißstücke zuließ, verworfen hat. 2) ist auch der Beweiß durch blosse Zeugen zulässig, wenn keine Familien-Register oder Papiere vorhanden sind? der Artikel sagt sowohl durch Papiere als durch Zeugen; die Absicht des Gesetzgebers, welche der Staatsrath Thibeaudeau in seinem Exposé des motifs förmlich erklärt hat, war aber, den Zeugenbeweiß nur als eine Ergänzung desjenigen, der durch die Familien Papiere erbracht werden könnte, zuzulassen, nie aber als einen für sich allein hinlänglichen Beweiß. Diese Auslegung des Gesetzes entspricht sowohl der vorigen Gesetzgebung (der Ordonnanz von 1667) über diesen Gegenstand, als der allgemeinen Jurispru-

denz der franz. Gerichtshöfe. 3) Was ist von dem Falle zu halten, wenn ein Akt auf den Registern ausgelassen worden ist? das AppellationsGericht von Lyon hatte eine bestimmte Regel für diesen Fall verlangt, allein der Vorschlag fand keinen Eingang, sowohl weil man es für zweckmässig hielt, die besondere Fälle dem Ermessen der Gerichtshöfe, die nach den Umständen zu sprechen haben, zu überlassen, als weil man es für gefährlich hielt, wenn das Gesetz den Fall der Auslassungen berührt hätte, weil jede Verfügung, welche Mittel dargeboten hätte, sie wieder gut zu machen, sie leicht hätte vermehren können. Dieser Fall wird zudem sehr selten sein; von Seiten der Partheien läßt sich nicht leicht eine vermuthen; eine Auslassung von Seiten des CivilBeamten aber würde, wenn sie bösen Willen zum Grunde hätte, zu einer KriminalProzedur statt geben, deren Urtheil auch zugleich die Lücke im Register ausfüllen würde; Auslassungen aus blosser Nachlässigkeit wird der Art. 50 verhüten. Man vergleiche übrigens über diese delikate Frage die oben angeführte gesetzliche Verfügungen; die Vergleichung mit den Art. 194 und 195 wird beweisen, daß, den einzigen Fall ausgenommen, wo keine Register gehalten worden, oder die Register verlohren worden, der Beweiß einer Ehe weder durch den Besitzstand, noch durch FamilienPapiere, noch durch Zeugen erwiesen werden kann; wohl aber durch das Resultat einer peinlichen Klage gegen den CivilBeamten, der den Akt der Ehe nicht eingeschrieben hat; in Hinsicht auf die Kinder ist das Gesetz weniger streng, weil in Ermangelung eines Titels der

Besitzstand (320) und sogar die Offenkundigkeit (Art. 70) hinreicht. 4) Was ist in dem Falle zu entscheiden, wenn aus dem Register ein Blatt ausgerissen wäre, und jemand behaupten wollte, daß ein Akt des Civilstandes darauf eingeschrieben gewesen wäre? Rodier hält den Zeugenbeweiß in diesem Falle zuläßig, wenn das Blatt wegen dem schlechten Zustande des Registers fehlt, nicht aber, wenn es ausgerissen worden. Hr. Maleville (Th. 1. S. 77.) hält ihn auch in diesem Falle zuläßig, wenn sich anderst nicht vermuthen läßt, daß das Blatt in betrügerischer Absicht, und um den Zeugenbeweiß zuläßig zu machen, absichtlich ausgerissen worden; und zwar aus dem Grunde, weil, wenn der, der das Blatt ausgerissen, bekannt wäre, er peinlich verfolgt und durch das peinliche Urtheil der Abgang des Aktes ersetzt werden könnte, und es unbillig scheint, daß dadurch, daß der Thäter unbekannt geblieben, die Lage dessen, der seinen Beweiß verlohren, verschlimmert werden könne.

Die Artikel 50 bis 54 handeln von der Verantwortlichkeit der Beamten, welche mit der Führung und Aufbewahrung der Register beauftragt sind; ich werde in ihrer Hinsicht nur einige Bemerkungen machen: 1) die Strafe, welche der Art. 50 verhängt, ist gegen alle Beamte, welchen das Gesetz einige Verrichtungen in Bezug auf die Register des Civilstandes übertragen hat, anwendbar, selbst auf die Kais. Prokuratoren, wenn sie den ihnen übertragenen Obliegenheiten nicht genug thun, weil der im Staatsrath gemachte Vorschlag, sie davon auszunehmen, verworfen worden ist. 2) Die Verantwortlichkeit hat a) die Zuwiderhandlungen, welche blos das

Resultat eines Irrthums, oder der Nachlässigkeit sind b) die Falsa und Abänderungen, welche eine sträflichere Absicht voraussetzen, zum Gegenstand. 3) Im ersten Falle ist blos die im Art. 50 bestimmte Strafe anwendbar, es finden aber weder schwerere Strafen, noch Entschädigungen für die Parthien statt, weil der Zusatz, wodurch diese vorbehalten wurden, von diesem Artikel weggestrichen, und sie durch die folgende auf den Fall von Verfälschungen und Abänderungen und auf den der Einschreibung auf ein fliegendes Blatt beschränkt worden sind. 4) Wenn ein Falsum oder eine Abänderung vorhanden ist, so haften alle mit der Verantwortlichkeit beschwerte Beamte für die Schadloshaltung der Parthien, es mag eine Connivenz zwischen ihnen und den Urhebern des Verbrechens vorhanden sein oder nicht. Dies hat der allgemeine Ausdruck des Art. 52: jede Abänderung, jedes Falsum, sagen wollen; ihre Verantwortlichkeit in dieser Hinsicht ist unbeschränkt, vorbehaltlich des Rückgrifs der Beamten gegen die Urheber des Verbrechens. Es versteht sich von selbst, daß die erste, wenn sie weder Urheber noch Mitschuldige des Verbrechens sind, selbst wenn der Thäter unbekannt ist, den peinlichen Strafen desselben nicht ausgesetzt sind, sondern nur für die Schadloshaltung der Parthien haften. 5) Das Wort Abänderung (Altération) kann im eigentlichen Sinne nur von den Abänderungen im Text des Registers verstanden werden; allein derselbe Grund ist vorhanden, um die CivilBeamten für die Ausreissung eines Blattes und die Substitution eines andern verantwortlich zu machen. 6) Es bedarf keiner vorläufigen Ermächtigung

der Regierung, um die Beamten des Civilstandes zu verfolgen; der Kais. Prokurator errichtet nur einen summarischen VerbalProzeß über die Zuwiderhandlung, die Abänderung 2c. er denunzirt sodann das Vergehen und requirirt die gesetzliche Strafe. Ein Gutachten des Staatsraths von 30 Nivose 12, 21 Jänner 1804, gutgeheissen vom ersten Konsul am 4 Pluviose, hat es so entschieden, weil man die Beamte des Civilstandes nicht als Agenten der Regierung betrachten kann, und sie den Art. 75 der Konstitution daher nicht in Anspruch nehmen können. 7) Die Geldstrafen, Schadloshaltungen, werden von den Tribunalien erster Instanz, als CivilGerichte und nicht als ZüchtigungsGerichte sitzend, ausgesprochen, so wie es gleichfals durch das Gutachten des Staatsraths vom 30 Nivose 12 Jahrs, genehmigt vom ersten Konsul am 4 Pluviose, entschieden worden ist. 8) Diese Urtheile sind immer der Appellation unterworfen, von welchem Betrag auch die Geldstrafe oder die Entschädigung sein mag, welche sie zuerkannt haben können. (Art. 54.)

Zweites Kapitel.

Von den GeburtsAkten.

Die Art. 55, 56, 57 und 62 handeln von den GeburtsAkten, welche in den gewöhnlichen Umständen aufgenommen werden; die Art. 58, 59, 60 und 61 von den GeburtsAkten in ausserordentlichen Fällen.

In Hinsicht auf die erste ist zu bemerken: 1) daß die Zeitfrist, in welcher die Erklärung der Geburt nach dem Gesetz von 1792 und dem Vorschlag der Gesetzgebungs-

Sektion geschehen sollte (in 24 Stunden) auf 3 Tage verlängert worden ist; 2) daß wenn Umstände es unmöglich oder gefährlich machen, das Kind auf das Gemeindehaus zu bringen, nichts den CivilBeamten verhindert, sich in dessen Wohnung zu begeben, weil das Gesetz keineswegs bestimmt, wo dasselbe ihm vorgezeigt werden soll; 3) das Gesetz vom 20 September 1792 belegte die Unterlassung der Erklärung einer Geburt mit einer Geldbusse; das neue Gesetz hat durch sein Stillschweigen diese Strafe abgeschafft, theils weil die Umstände, welche sie 1792 nöthig machten, nicht mehr vorhanden sind, theils weil diese Strafe die Wirkung haben kann, daß wenn die Erklärung nicht in der gesetzlichen Zeitfrist geschehen ist, die Geburt des Kindes, um nicht in dieselbe zu verfallen, noch länger verheimlichet wird. Das Gesetz hat jedoch dieser Unterlassung keine Ungestraftheit zusichern wollen; sie kann immer zu einer CivilKlage auf Entschädigung von Seiten der Betheiligten, und, wenn sie die Absicht der Unterdrückung des Civilstandes vermuthen läßt, sogar zu einer peinlichen Klage, die auch von Amtswegen erhoben werden kann, statt geben. 4) Der CivilBeamte hat das Recht, sich zu versichern, ob die Zeugen und Deklaranten bekannte Leute sind, denn da der Art. 51 ihn sogar für solche Falsa verantwortlich macht, deren Mitschuldiger er nicht ist, so muß er auch die Mittel haben, ihnen vorzubeugen. 5) Wenn die Mutter ausser ihrem gewöhnlichen Wohnort niedergekommen ist, so ist die Person, welche die Erklärung der Geburt zu machen hat, nicht verbunden zu erklären, daß die Mutter unverehlicht ist, wenn diese es nicht freiwillig gesteht. 6) Die Angabe des Vaters durch die unverehlichte Mutter darf

nicht in den Akt eingerückt werden, denn da der Art. 340 die Aufsuchung der Vaterschaft verbietet, so würde diese, der Substanz des Aktes fremde, Erklärung ohne Zweck sein; auch ist der Artikel, wodurch diese Angabe einzuführen erlaubt ward, nach einigen Debatten verworfen worden. 7) Die Stunde der Geburt muß angeführt werden, um den Aeltesten von zwei Zwillingen unterscheiden zu können. 8) Man hatte verlangt, daß in dem Akt von der Ehe der Aeltern Meldung geschehen solle, damit nicht ein in der Ehe erzeugtes Kind als das der verheuratheten Mutter, und eines andern Vaters als ihres Mannes, eingeschrieben werden könne; ohngeachtet über diesen Vorschlag hinaus gegangen ward, so ist es doch Observanz bei allen in der Ehe erzeugten Kindern, die durch die Art. 319 und 322 auch förmlich gutgeheissen ist.

Mit dem Art. 62 vergleiche man den Art. 334, woraus erhellt, daß der Anerkennungs-Akt nicht von dem öffentlichen Beamten aufgenommen werden muß, sondern daß die Anerkennung durch jeden authentischen Akt geschehen könne, der nur nachher auf die Register des Civilstandes eingetragen werden muß.

Der Artikel 58 handelt von den Geburts-Akten ausgesetzter Kinder; man hatte einen Zusatz verlangt, wodurch derjenige, der ein Kind gefunden hätte, beauftragt würde, es den Autoritäten anzuzeigen, und diese, das Kind in ein Hospitium bringen zu lassen, der jedoch, als der Gegenstand einer ins Verwaltungs-Fach einschlägigen Verfügung beseitigt ward; der Artikel, der diese Verfügung jedoch unterstellt, veordnet die Angabe des Ortes, wohin das Kind gebracht worden, um die Nachsuchungen zu erleichtern. Noch ist zu bemerken, 1) daß

es gut sein wird, die Kleidungsstücke und Effecten wo möglich mit dem sie beschreibenden VerbalProzeß aufzubewahren, 2) daß ausdrücklich der Staatsrath nicht wollte, daß die Polizei ermächtigt würde, Nachsuchungen über die Aeltern anzustellen, um keinen Kindermord zu veranlassen.

Die folgende 3 Artikel enthalten die Ausnahmen, welche die Geburten auf der See erheischen; in allen von ihnen nicht versehenen Fällen treten die Verfügungen der vorhergehenden Artikel ein.

Drittes Kapitel.

Von den HeurathsAkten.

Von den Verfügungen dieses Kapitels handeln die Artikel 63, 64 und 65 von den EheVerkündigungen, die Artikel 66, 67 und 68 von den Oppositionen, die Art. 69 bis 73 von den Akten, welche vor dem Abschluß der Ehe beigebracht werden müssen, die Artikel 74 bis 76 von dem Abschluß der Ehe und dem HeurathsAkt. Man vergleiche mit den Verfügungen dieses Kapitels die des zweiten Kapitels des fünften Titels, welches von den Formalitäten des Abschlusses der Ehe handelt.

Der Art. 63 hält zwischen dem Art. 40 der Ordonnanz von Blois und dem Gesetz vom 20 September 1792 die Mitte; der Zwischenraum von acht Tagen ist nicht von 8 freien Tagen zu verstehen, sondern die Verkündigungen können von Sonntag zu Sonntag geschehen.

Das Gesetz von 1792 hatte auch verordnet, daß die Oppositionen die Beweggründe der Opposition enthalten sollten; der Antrag geschah, diese Verfügung in das neue Gesetz überzutragen, um frivole Oppositionen zu

verhüten, allein man hat diesen Zweck dadurch zu erreichen gesucht, daß man das Recht, Opposition einzulegen, auf gewisse Personen beschränkt hat. Man fand außerdem die Verfügung des Gesetzes von 1790 zwecklos, weil der CivilBeamte nicht über die Beweggründe der Opposition zu entscheiden hat, illusorisch, weil der Opponent doch immer falsche Beweggründe angeben könnte, und gefährlich, weil oft eine Opposition nur eingelegt wird, um einen jungen Menschen zu einer reiferen Ueberlegung zu bringen, und weil motivirte Oppositionen oft ein Hinderniß der Aussöhnung zwischen den Parthien und der Ehre der künftigen Ehegatten nachtheilig werden können. Der Art. 68 giebt mir ausser den Bemerkungen, die sich in meinen Anmerkungen zu dem CivilGesetzbuch finden, noch zu folgenden Anlaß: 1) es gilt gleich, ob die Aufhebung der Opposition freiwillig geschehen oder durch ein Urtheil verordnet worden ist; deshalb hat man, um im ersten Falle die Kosten der Zustellung zu ersparen, den Ausdruck: notifié ; dem: remis substituirt. 2) Im Falle die Opposition durch ein Urtheil aufgehoben worden, muß entweder der Sukkumbant dem Urtheil beigetreten, oder das Urtheil muß in Rechtskraft erwachsen sein, (siehe die Art. 177, 178 und 179 des Gesetzbuchs) weil in EheSachen kein provisorisches Verfahren zuläßig ist. 3) Würde eine, einer bestehenden Opposition ohngeachtet abgeschlossene, Ehe null sein, wenn sie keine sonstige Ursache der Nullität, die vom Gesetz anerkannt ist, mit sich führt? Ich glaube nicht, weil der Artikel die Ehe nicht nichtig erklärt, sondern sich darauf beschränkt, eine Strafe gegen der CivilBeamte zu verhängen, welcher der Opposition ohngeachtet vorangegangen ist. Die Thatsachen, welche die

kontrahirende Parthien zu erweisen haben, sind, a) daß keine Opposition vorliegt (Art. 69) b) Identität der Personen (Art. 70, 71, und 72) c) die Einwilligung derjenigen von welchen sie in Hinsicht auf die Ehe abhängig sind. (73)

Aus dem Art. 69 erhellt, daß es nicht nöthig ist, daß die Opposition vor demjenigen Beamten des Civilstandes eingelegt werde, der die Ehe abschliessen soll, sondern, daß es hinlänglich ist, wenn sie vor einem der Beamten eingelegt wird, der mit den Verkündigungen beauftragt ist; der Zweck dieses Artikels ist, dem CivilBeamten jeden Vorwand zu benehmen, als habe er eine bestehende Opposition nicht gekannt.

Da der Irrthum in der Person ein Grund der Nullität der Ehe ist, (Art. 180) so mußte der Gesetzgeber reguliren, auf welche Art die Identität bewiesen werden sollte. Dies ist der Gegenstand des Art. 70. Man bemerke, daß dieser Artikel in allen den Fällen, wo einer der Ehegatten sich in der Unmöglichkeit befindet, seinen GeburtsAkt beizubringen, ihn durch einen Akt der Offenkundigkeit zu ersetzen erlaubt, ohne zu unterscheiden, ob diese Unmöglichkeit davon herrührt, daß keine Register vorhanden sind, daß er auf dem Register ausgelassen worden, daß das Blatt, worauf der Akt gestanden, ausgerissen worden, oder vielleicht auch daher, daß alle Kommunikation mit dem Orte, wo die Register hinterlegt sind, zur Zeit des Abschlusses der Ehe abgeschnitten ist. Man darf aber deshalb nicht glauben, als ob die allgemeine Regel des Art. 46 in andern Fällen gleichfals abberufen wäre, und ein GeburtsAkt immer, z. B. bei Erbschaften, durch einen Akt der Offenkundigkeit ersetzt werden könne, dem das Gesetz nur bei dem Abschluß von Ehen, und zu deren Beförderung diese Wirkung Ausnahmsweise verliehen

hat. Nach dem Vorschlag der Sektion sollte dieser Akt nur dann im Wohnort errichtet werden können, wenn der Geburtsort unbekannt wäre; welcher Vorschlag aber verworfen ward, weil jemand in seinem Wohnort oft besser als in seinem GeburtsOrte bekannt sein, und dieser allzuentlegen sein kann. Der Art. 72 läßt übrigens den Gerichten freie Hand, um jeden Misbrauch zu verhindern. In Hinsicht auf diesen lezten Artikel ist auch zu bemerken, 1) daß dem Art. 54 zufolge das Urtheil des Tribunals, wodurch die Homologation ertheilt oder verweigert wird, immer der Appellation unterworfen ist. 2) Daß zwar gewöhnlich der Kais. Prokurator allein der gesetzliche Gegner dessen ist, der die Homologation anverlangt; sollte aber jemand, der ein Interesse hätte, den GeburtsAkt zu bestreiten, auftreten, so ist kein Zweifel vorhanden, daß er dazu zugelassen werden und der Prozeß in der gewöhnlichen Form instruirt werden müßte.

Den Art. 73 vergleiche man mit den Art. 148 und 154 im Titel: von der Ehe; da das Gesetz einen authentischen Akt der Einwilligung erfordert, so läßt man an vielen Orten zur Ersparung der Kosten die Aeltern oder Aszendenten erscheinen und die Erklärung ihrer Einwilligung in dem HeurathsAkt selbst abgeben, welches auch ohne Nachtheil geschehen kann, da dieser Akt ein authentischer Akt ist. Dieser Artikel ist auch deshalb angefochten worden, weil die GrosAeltern verstorben sein könnten, ohne daß man ihren SterbAkt beibringen könnte, ja selbst ohne daß der Ort und die Zeit ihres Todes bekannt wäre, und daher seine Verfügung leicht Personen in die Unmöglichkeit versetzen könnte, eine Ehe zu kontrahiren. Ein Gutachten des Staatsraths vom 16

Juli 1805 (27 Messidor Jahr 13) vom Kaiser genehmigt am 23 desselben Monats (4 Thermidor) hat diesen Nachtheilen abgeholfen; es wird darin verfügt: 1) „daß die Beibringung der SterbAkte der Aeltern der „zukünftigen Ehegatten dann nicht erforderlich ist, wenn „die GrosAeltern diesen Sterbfall bezeugen; es muß in „diesem Falle von ihrem Zeugniß in dem HeurathsAkt „Meldung geschehen; 2) daß, wenn die Aeltern oder „GrosAeltern, deren Einwilligung oder Rath erforderlich „ist, verstorben sind, und man sich in der Unmöglichkeit „befindet, ihren SterbAkt oder den Beweiß ihrer Abwesenheit beizubringen, weil ihr lezter Wohnort unbe„kannt ist, zu dem Abschluß einer Ehe zwischen Grosjäh„rigen auf deren eidliche Erklärung, daß der Ort, wo „ihre Aszendenten verstorben sind, und wo sie zulezt ge„wohnet haben, ihnen unbekannt sind, geschritten werden „kann. Diese Erklärung muß auch von den vier Zeugen „des HeurathsAktes eidlich beglaubigt werden, welche „bestätigen müssen, daß, ohngeachtet sie die künftige Ehe„gatten kennen, doch der Ort, wo ihre Aszendenten ver„storben sind, so wie deren lezter Wohnort ihnen unbekannt „ist. Der CivilBeamte hat in dem EheAkt von den „besagten Erklärungen Meldung zu thun." Man sehe übrigens den Art. 155 nach.

Die drei folgende Artikel handeln von dem Orte, wo die Ehe geschlossen werden muß, und dem HeurathsAkt. Der Artikel 74 entspricht dem Edikt von 1697. Die Ehe muß in der Gemeinde geschlossen worden, wo eine der Partheien ihren Wohnsitz hat, und in dieser Gemeinde auf dem Gemeindehaus. Es giebt keine Ausnahme von dieser Regel. Man hatte eine solche für die Ehen in extremis verlangt, der Vorschlag ward aber bis zur Diskussion des Titels von der Ehe

vertagt, dort wird aber keine Ausnahme zulässig erklärt. Es ist jedoch zu bemerken, daß keine Verfügung des Gesetzbuchs eine Ehe null und nichtig erklärt, welche nicht auf dem Gemeindehause abgeschlossen worden wäre; da der Art. 191 blos von solchen Ehen spricht, welche nicht öffentlich abgeschlossen worden sind, und man doch eine Ehe, die, wenn gleich nicht auf dem Gemeindehause, doch nach vorherigen Verkündigungen, in Gegenwart des kompetenten Beamten des Civilstandes und von vier Zeugen abgeschlossen worden, keine heimliche Ehe nennen kann. Ich werde in der Folge auf diesen Gegenstand zurückkommen.

Die übrigen Verfügungen der Art. 75 und 76 finden sich beinahe alle in dem Art. 9 des Titels 20 der Ordonnanz von 1667, dem Art. 7 der Deklaration von 1736 und dem Gesetz vom 20 September 1792; Neuerungen sind a) die Abschaffung des Vorzugs, welchen dies lezte Gesetz den Zeugen, welche schreiben können, vor denen gewährte, die darin unerfahren sind, weil dieser Vorzug oft die Verwandte entfernte; b) die Vorschrift der Vorlesung der Aktenstücke, c) die des Kapitels VI. des Titels: von der Ehe d) Die Meldung von den Akten der Einwilligung und den ehrfurchtsvollen Anfragen.

Viertes Kapitel.

Von den Sterbakten.

Auch die Verfügungen dieses Kapitels sind mit wenigen Modifikationen aus dem Gesetz vom 20 September 1792 entlehnt. Die Art. 77, 78 und 79 handeln von Sterbfällen in den gewöhnlichen Umständen; die Ar-

tikel 80 — 87 von den Sterbfällen in ausserordentlichen Umständen; diese sind a) Sterbfälle in Hospitälern b) wenn der Sterbfall mit Anzeichen eines gewaltsamen Todes begleitet ist; c) TodesUrtheile; d) Sterbfälle in den Gefängnissen oder e) auf dem Meer. Das folgende Kapitel handelt von denjenigen, die sich bei den Armeen ereignen.

Die Befolgung des Art. 77 ist seitdem durch ein Kaiserliches Dekret vom (4 Thermidor 13) 20 Juli 1805 folgendes Inhalts versichert worden: „es ist allen Maires, „Adjuncten und Mitgliedern von MunizipalVerwaltungen „verboten, den Transport, die Präsentation, das Depot, „die Bestattung von Leichen, und die Eröffnung der „BegräbnißOrte zu dulden, allen KirchenVerwaltungen „und Konsistorien, so wie allen andern, welche berech„tigt sind, die zu dem Begräbnisse erforderliche Lie„ferungen zu machen, besagte Lieferungen zu thun; allen „Pfarrern und Desserventen, irgend eine Leiche abzu„nehmen, oder sie ausser die Kirchen und Tempel zu „begleiten, wenn nicht eine von dem Beamten des „Civilstandes ertheilte Erlaubniß der Bestattung vor„liegt, unter Strafe, als Uebertreter des Gesetzes ver„folgt zu werden."

Man hatte den Vorschlag gemacht, hier eine Verfügung einzuschalten, des Inhalts, „daß niemand, von „welchem Glauben er auch gewesen sein möge, an einen „andern Ort als den gewöhnlichen Kirchhof hin be„graben werden solle, vorbehaltlich des Rechtes jedes „Individuums und jeder Famile sich einen besondern Be„gräbnißOrt zu wählen." Der Vorschlag ward allge-

mein gebilligt, allein als ein Gegenstand einer Polizei-Verfügung von diesem Kapitel ausgeschlossen. Seitdem ist durch die Verordnung über die Begräbnisse vom (23 Prairial 12 Jahrs) 12 Juni 1804 dafür gesorgt worden.

Es ist offenbar eine blosse Auslassung der Art 78 und 79, daß sie nicht verordnet haben, von dem Tage des Sterbfalls in dem Akte Meldung zu thun, so wie es durch den Art. 9 des Tit. 20 der Ordonnanz von 1667 und den Art. 10 der Deklaration von 1786 vorgeschrieben war. Es ist wesentlich, nicht allein diesen, sondern sogar die Stunde desselben zu bemerken; der Art 34 befiehlt zwar, Tag und Stunde anzugeben, wo der Akt aufgenommen worden, und da der Art. 77 verbietet, vor 24 Stunden die Leiche zu bestatten, so kann man wohl daraus schliessen, daß der Verstorbene gewöhnlich am Tage vor dem des Aktes verstorben ist; allein dieß ist nicht genug, weil die Bestattung früher oder später geschehen sein kann; und doch ist es oft sehr wesentlich, Tag und Stunde des Sterbfalls zu kennen; es könnte z. B. Vater und Sohn, Mann und Frau, der Testator und der Erbe, am nämlichen Tage sterben, wo dann die Erbrechte von dem ZeitPunkt des Sterbfalls abhängen würden. Die CivilBeamten dürfen daher nicht versäumen, diese Lücke des Gesetzes zu ergänzen.

Mit dem Art. 80 vergleiche man den Tit. 13 des Titels 20 der Ordonnanz von 1667, den Art. 15 der Deklaration von 1736; das Gesetz von 1792 hatte ihre Verfügungen beibehalten und mit andern vermehrt; der Art. 80 hat ihnen noch folgende Ausdehnungen gegeben, 1 daß auch der SterbAkt einer, in einem bürgerlichen Hospital

verstorbenen Person in ihren Wohnort geschickt werden muß, 2) daß der CivilBeamte die Leichen besichtigen muß. Auch Lyceen, Pensionate ꝛc., sind unter der Benennung: öffentliche Häuser, begriffen.

Art. 81 und 82. a) der Art. 81 entspricht der Deklaration vom 5 September 1712, b) unter der Benennung: gewaltsamer Tod, wird auch sowohl das Duell als der Selbstmord verstanden. c) Die Begleitung der GesundheitsBeamten ist unnachlässig, weil die Worte: so viel als möglich, aus der Abfassung des Artikels weggestrichen worden sind; d) die Form des VerbalProzesses wird in dem Kodex der peinlichen Prozedur regulirt; e) der CivilBeamte darf in den SterbAkt aus dem VerbalProzesse nichts einrücken, als was auch in gewöhnliche SterbAkte eingerückt werden muß, da der VerbalProzeß zu einem andern Zwecke bestimmt ist; der CivilBeamte hat nur dafür Sorge zu tragen, daß die Bestattung nicht eher geschehe, als bis derselbe errichtet worden ist.

Noch war ein Artikel vorgeschlagen worden, des Inhalts: „wenn in ausserordentlichen Fällen, bei Erdbeben, „Einsturz, Brand, Ueberschwemmung ꝛc., Personen zu Grun„de gehn oder verschwinden, deren Leichen man nicht „wieder erkennen oder wieder finden kann, so soll ein „VerbalProzeß darüber errichtet werden; nachher soll „ein Zeugenverhör abgehalten werden, um den gewissen „Tod der Personen, welche seit dem Ereigniß verschwun„den sind, zu konstatiren; der öffentliche Beamte hat „in dem SterbAkt von dem Zeugenverhör und dem „VerbalProzeß Meldung zu thun." Dieser Vorschlag hatte keine Folgen, weil dieser Fall derselbe wie der

der Abwesenheit zu sein schien. Ich glaube, daß jedoch in solchen Fällen ein Unterschied zu machen ist: ist z. B. jemand ertrunken, dessen Leiche nicht geländet wird, sind aber gewisse Zeugen seines Todes vorhanden, so glaube ich, daß der SterbAkt in der gewöhnlichen Form auf ihre Erklärung aufgenommen werden kann, indem der Art. 77 die Besichtigung der Leiche durch den CivilBeamten immer vor der Bestattung, nicht aber vor der Errichtung des SterbAktes, von welchem der Art. 78 und 79 handelt, fordert; sind aber keine Zeugen vorhanden, oder lassen die vorhandenen Zeugen es blos vermuthen, daß der Verunglückte der Vermißte war, ohne daß sie die Identität der Person bezeugen könnten, so bleibt allerdings nichts übrig, als die Bestätigung der Vermuthung durch das Ausbleiben des Vermißten abzuwarten, und dann in der von dem Titel: von den Abwesenden, vorgeschriebenen Form durch ein Zeugenverhör sicher zu stellen. Dies ist wieder eine Ausnahme von dem allgemeinen Grundsatz des Art. 46.

Der Art. 85 war der einzige, der zu einigen Diskussionen Anlaß gab. Der darin enthaltene Grundsatz war übrigens schon durch die Gesetze vom 21 Jänner 1790 und vom 20 September 1792 aufgestellt worden; das neue Gesetz hat ihn nur auf die Sterbfälle in den Gefängnissen aller Art ausgedehnt; auf die Bemerkung, daß z B. in dem Falle eines nicht entehrenden gewaltsamen Todes oft der Familie selbst daran gelegen sein könnte, die TodesArt zu kennen, erwiederte man, daß alle Umstände des Sterbfalls mit dem SterbAkt, der nichts als das Factum des Absterbens konstatiren soll,

nichts gemein haben. Mit den Art. 86 und 87 vergleiche man die Art. 2 und 6 des Titels 3 des ersten Buchs der Marine Ordonnanz.

Fünftes Kapitel.

Von den Akten des Civilstandes in Betreff der MilitairPersonen ausserhalb des Gebietes der Republik.

Dieses Kapitel ward auf die Bemerkung des Kaisers dem Project der Kommission zugesetzt, welche die MilitairPersonen unter der allgemeinen Regel des Art. 47 gelassen hatte; es ward von der GesetzgebungsSektion gemeinschaftlich mit der KriegsSektion entworfen. Man vergleiche damit die Deklarationen vom 2 Julius 1716, und 22 November 1728. Die Modifikationen der allgemeinen Grundsätze, welches es enthält, haben folgende Gegenstände, 1) die Beamten, welche die Akte aufzunehmen haben (Art. 89, 96 und 97) 2) die Führung und Hinterlegung der Register (90 und 91) 3) die Zeitfristen, in welchen die Geburten erklärt werden müssen (92) 4) eine Vermehrung der Formalitäten der Eheverkündigungen (94) 5) die Wahl und die Zahl der Zeugen. (96).

Der Grosrichter JustizMinister ist seit der Verkündigung des Gesetzbuchs über die Frage zu Rath gezogen worden, ob die Weiber, vorzüglich die von MilitairPersonen, in allen Fällen gehalten sein sollten, den SterbAkt ihrer Männer beizubringen, um zu einer zweiten Ehe zu schreiten, oder ob man sich, nach einer gewissen Anzahl von Jahren, mit einer Vermuthung begnügen könnte. Der Staatsrath hat aber in einem Gutachten

vom (12 Germinal 13) 2 März 1805, welches am 17 (6) von dem Kaiser gutgeheissen worden ist, entschieden; „daß es zu gefährlich sein würde, blosse Akte der Offen„kundigkeit, welche oft auf erkauften, oder schwachen Per„sonen abgelockten, Zeugnissen beruhten, als Beweise eines „Sterbfalls zuzulassen, daß dieser Weg daher unzuläs„sig ist; daß die Wirkungen der Abwesenheit von dem „CivilGesetzbuch, in soweit sie das Vermögen betreffen, „regulirt sind; daß man aber nicht weiter gehen, und „die Ehe des Abwesenden nach einer gewissen Anzahl „von Jahren für aufgelößt halten kann; daß sich zwar „mehrere Weiber von MilitairPersonen in der That in „dieser Hinsicht in einer unangenehmen Lage befinden „können, daß aber diese Betrachtung bei der Diskus„sion des CivilGesetzbuchs nicht mächtig genug geschie„nen hat, um sie von der Verbindlichkeit freizusprechen, „einen gesetzlichen Beweiß beizubringen, ohne welchen „man die Gesellschaft traurigen Irrthümern und grösse„ren Nachtheilen aussetzen würde, als die PrivatVerle„genheiten, denen man abhelfen wollte; daß bei dieser „Lage der Dinge es der Fall nicht sein kann, von dem „gemeinen Recht abzugehn, und eine Ausnahme darin „aufzunehmen, welche die Jurisprudenz nie zugelassen „hat."

Sechstes Kapitel.

Von der Berichtigung der Akte des Civilstandes.

Dieses Kapitel hat drei Gegenstände. Es bestimmt, welche Gewalt das Recht hat, die Akte des Civilstandes zu berichtigen, (Art. 99) welche Wirkungen diese Berichtigung hervorbringt, (100) wie die BerichtigungsUr-

theile vollzogen werden müssen. (101) Man sehe über die Diskussion dieser Artikel meine Anmerkungen zu dem CivilGesetzbuch oder das Exposé des motifs nach; da die Berichtigung nie anderst als auf ausdrückliches Verlangen der Parthieen geschehen kann, so beschränkt sich der von dem Art. 53 dem Kais. Prokurator ertheilte Auftrag darauf, die gesetzliche Strafe gegen den Beamten des Civilstandes zu verfolgen, der sich Unrichtigkeiten in der Führung der Register hat zu schulden kommen lassen, ohne daß jedoch weder er auf die Verbesserung dieser Unrichtigkeiten antragen noch das Tribunal sie verordnen könnte, wenn die betheiligte Parthie es nicht verlangt; es ist aber nicht immer nöthig, daß, wenn einer der Betheiligten eine Berichtigung anverlangt, alle dabei betheiligte Personen dazu berufen werden; das Tribunal hat über diese Nothwendigkeit zu erkennen, wie es aus dem Ausdruck: s'il y a lieu, der auf die Bemerkungen des Tribunals an die Stelle der ersten Abfassung: la rectification sera faite contradictoirement avec toutes les parties interessées gesetzt worden ist, deutlich erhellt. Auch werden die Rechte aller Betheiligten schon durch den Art. 100 hinlänglich versichert, indem er sie sogar der Verbindlichkeit enthebt, gegen das Urtheil Opposition einzulegen, welches in ihrer Hinsicht als nicht bestehend angesehen werden muß, und denjenigen der es erwirkt hat, zwingt, die Berichtigung nochmal kontrodictorisch gegen sie nachzusuchen, wenn er es gegen sie geltend machen will.

Der Grundsatz dieses Kapitels ist übrigens strengen Rechtes; es giebt keine Ausnahme von demselben, so wie drei von dem Kaiser genehmigte Gutachten des Staats-Raths entschieden haben. Das erste vom (12 Nivose

10 J.) 2 Jenner 1802 genehmigt am (13) 3 hatte den Fall zum Gegenstande, wo besondere Umstände in die Register eines ganzen Departements Unordnungen gebracht hatten; der StaatsRath war der Meinung, „daß „die Grundsätze, auf welchen der Civilstand beruht, sich „jeder Berichtigung der Register widersetzen, welche nicht „das Resultat eines von denjenigen Parthien anver„langten Urtheils wäre, welche ein Interesse haben, die „Berichtigung nachzusuchen oder zu bestreiten; daß diese „Grundsätze immer als die sicherste Gewährleistung „der gesellschaftlichen Ordnung verehrt worden sind; daß „die Ordonnanz von 1667 sie feierlich proklamirt und das „CivilGesetzbuch sie neuerdings bestätigt hat; daß man „ihnen keinen Abbruch thun könne, ohne die Familien zu „beunruhigen und erworbenen Rechten Abbruch zu thun; „daß, wenn das Gesetz vom 2 Floreal 3 Jahrs von „Amtswegen die Berichtigung der Register in den west„lichen Departementen verordnet hat, diese Maasregel „durch die Folgen des Bürgerkriegs anbefohlen schien, „daß sie aber in ihrer Ausführung unübersteigbare Hin„dernisse gefunden hat; daß, wenn gleich der schlechte „Zustand der Register in mehreren Departementen zu „Schwierigkeiten und zahlreichen Prozessen statt giebt, „es dennoch dem öffentlichen Interesse und dem Interesse „der Individuen angemessener ist, die Berichtigung der „Akte des Civilstandes nach den Umständen durch die „Tribunalien bewirken zu lassen.“

Durch ein am (12 Brumaire 11) 3 November 1802 vom Kaiser genehmigtes Gutachten vom (8ten) 30 October hat der StaatsRath entschieden: „daß die Grund-

„sätze des obigen Gutachtens noch in viel stärkerem Gra-
„de auf den Fall der Auslassung dieser Akte aus den
„Registern anwendbar sind, weil die Berichtigung kei-
„nen andern Gegenstand hat, als die Wahrheit in einem
„schon bestehenden Akte einem Irrthum zu substituiren,
„und weil, wenn man die Auslassung eines Aktes
„wieder gut zu machen verlangt, offenbar davon die Rede
„ist, einen Civilstand zu ertheilen; daß wenn es dem
„CivilBeamten erlaubt wäre, ohne alle Formalität, ver-
„spätete Erklärungen aufzunehmen, und ihnen Authenti-
„zität zu ertheilen, man Fremde in die Familien einbrin-
„gen könnte, und daß diese Befugniß die Quelle großer
„Unordnungen werden könnte; daß ausgelassene Akte daher
„nicht anderst als Kraft von Urtheilen auf die Register
„eingeschrieben werden können, welche mit grosser Kennt-
„niß der Ursache der Auslassung, kontradictorisch mit den
„betheiligten Theilen, oder nach deren Berufung, und
„nach Anhörung des Antrags des öffentlichen Ministe-
„riums erlassen werden müssen; und daß selbst diese Ur-
„theile noch zu jeder Zeit von allen den Parthien, die
„nicht dazu berufen worden, angefochten werden können.“

Man vergleiche mit diesem Gutachten das, was wir Seite 9 über den Art. 46 gesagt haben.

Endlich hat der StaatsRath durch ein, am (30 Frimaire 12) 22 Dezember 1803 von dem Kaiser genehmigtes, am (28) 20 desselben Monats erlassenes, Gutachten entschieden, daß auch in dem Falle, wo der Beamte des Civilstandes verstorben wäre, ohne die auf den Registern eingeschriebene Akte unterzeichnet zu haben, „die Lücken, Auslassungen und Irrthümer auf die-

„sen Registern nicht anderst als Kraft eines Urtheils „ausgefüllt, ergänzt oder verbessert werden können.“

An diesen Titel schließt sich das Gesetz vom 11 Germinal Jahr 11 über die Vornamen, welche die Beamte des Civilstandes in ihre Akten einrücken dürfen, und die Namensveränderungen an, welches man in meiner Uebersetzung des CivilGesetzbuchs, Theil III. S. 283 nachschlagen kann.

(die Fortsetzung folgt.)

II.

Rechtsstreit zwischen dem Reichsgrafen von Oberndorf, und dessen Geschwistern, den FreiFrauen von Leoprechting und von Lerchenfeld und dem Grafen von Saibelsdorf, als Vormund seines minderjährige Sohnes, Franz Albert, über die von dem leztern anverlangte Theilung der FideiKommissarischen Erbmasse des Ministers Franz Albert von Oberndorf.

(Fortsetzung.)

Die Wichtigkeit dieses Rechtsstreites, und die gründliche Erörterung der staatsrechtlichen und civilistischen Grundsäze, von welchen dessen Entscheidung abhängt, haben mich nicht weniger, als das Aufsehn, welches derselbe erregt hat, bewogen, ihm einen grösseren Raum in diesen Blättern zu bestimmen, als diese Rubrik gewöhnlich einzunehmen pflegt. Ich hatte im vorigen Heft das Factum und die ProzeßGeschichte aus den in dieser Sache erschienenen Druckschriften kurz ausgehoben; da die Parthien sich aber Verdrehungen der Thatsachen in denselben zur Last legten, und ich vor allem wünschte, meinen Lesern eine unpartheiische und durchaus der Wahrheit gemässe Darstellung zu liefern, so nahm ich mir die Freiheit, den Hrn. Birnbaum, der in dieser Sache die Verrichtungen als Kais. GeneralProkurator versehen hatte, und als solcher von der Lage des Prozesses und den gegenseitigen Rechtsmitteln die genaueste Kenntniß haben mußte,

um die Mittheilung seines Vortrags zu bitten, den er auch so gütig war, mir mit der Erlaubniß, ihn zu meiner Arbeit zu benuzzen, zu übersenden. Da ich aber darin, was ich nicht erwarten konnte, ausser einem unpartheiisch erzählten und vollständigen Factum auch eine ausführliche Erörterung der gegenseitigen Rechtsmittel, und eine lehrreiche Untersuchung derjenigen Fragen, auf welche der Rechtsstreit reduzirt werden muß, vorfand, so glaube ich meinen Lesern durch den wörtlichen Abdruck desselben einen wesentlichen Dienst zu erzeigen, um so mehr, als er eine vollständige Uebersicht der Sache gewährt, die ich durch das Urtheil des Appellationshofes und einen kurzen Bericht über den allenfalsigen weitern Verfolg zu ergänzen Sorge tragen werde.

Vielleicht hätten mehrere meiner Leser jenseits des Rheines gewünscht, diesen Aufsatz in deutscher Sprache zu erhalten; ich sah mich aber, bei der Allgemeinheit der französischen Sprache, bestimmt, dem Wunsch der großen Mehrzahl derselben zu folgen.

Schließlich sehe ich mich im Stande, meinen Abonnenten die angenehme Nachricht zu ertheilen, daß ich Hoffnung habe, diese Zeitschrift nächstens mit öfteren Beiträgen einiger der geehrtesten Rechtsgelehrten dieser Gegend bereichert zu sehn.

Der Herausgeber.

CONCLUSIONS MOTIVÉES

de M.r JEAN BIRNBAUM, juge à la cour d'appel de *Trêves*, faisant fonctions de Procureur-géuéral imperial,

précédées

d'un exposé exacte du fait et des moyens de droit employés par les parties respectives,

prononcées à l'audience publique du 1. Fructidor de l'an XIII de la République,

En cause

de Monsieur le Comte d'Empire *Chrêtien d'Oberndorff*, Chambellan et Conseiller intime de son Altesse sérénissime l'Electeur baravo-palatin, domicilié à *Manheim*, défendeur originaire, appelant et demandeur en opposition d'une part;

contre

Madame la Baronne de *Leoprechting*, née *Cathérine d'Oberndorff*, domiciliée à *Heidelberg*, procédant sous l'authorisation de son époux, Monsieur le Baron de *Leoprechting*, Président de l'administration écclesiastique,

Monsieur *François Xavier Baron de Lerchenfeld*, chambellan de son Altesse sérénissime l'Electeur bavaro-palatin, domicilié à *Munich*, en qualité de tuteur naturel de sa fille mineure *Ernéstine* procréée de mariage légitime avec feue la Dame *Therèse* née *d'Oberndorff*, demandeur en réprise d'instance, et

Monsieur le comte *François Albert de Seyboltdsdorff*, conseiller de son Altesse sérénissime l'Electeur baravo-palatin à la régence électorale de *Straubingen*, domicilié audit Straubingen, aussi en qualité de tuteur naturel de son fils mineur *François Albert* procréé de mariage legitime avec feue la Dame *Caroline* née *d'Oberndorff*; tous trois demandeurs originaires, intimés et defendeurs en opposition, d'autre part.

Messieurs les Président et Juges,

Avant d'entrer dans le mérite du fond de la cause dont la connaissance vous est soumise en dernier ressort, et dans la quelle vous nous avés chargé de remplir les fonctions du Ministère public en place de Monsieur *Dobsen*, Procureur général impérial, qui se trouve empéché pour cause de maladie, il sera nécessaire de vous retracer les faits qui ont donné lieu au présent procès, ainsi que les principaux moyens de droit qne les défenseurs des parties ont respectivement fait valoir, dans plusieures audiences devant la cour, avec autant d'eloquence que d'erudition à l'appuy de leurs conclusions.

Nous chercherons de nous acquitter de cette tâche honorable avec l'impartialité et l'exactitude qui doivent caractériser le Magistrat intègre, et avec une précision et clarté capables de mettre la cour en état de fixer ses idées sur les points de fait et de droit, dont la décision de la cause nous semble dépendre.

§. I.

Exposé du fait et de l'historique du Procès.

Les biens meubles et immeubles, situés sur la rive gauche du Rhin, faisant partie de la succession délaissée

par feu Monsieur le comte d'Empire, *François Albert d'Oberndorff*, en son vivant Ministre d'état et des conférences de son Altesse l'Electeur baravo-palatin, font l'objet du procès.

Doivent-ils être partagés ab intestat, ou laissés à l'appelant en qualité d'héritier fidei-commissaire testamentaire? voilà le point à décider.

Le Ministre *François Albert* comte *d'Oberndorff*, avait deux frères: *Joseph*, chambellan de l'Electeur baravo-palatin et commissaire général du pays et duché de *Neubourg*; et *Ignace*, chambellan et capitaine des gardes de l'Electeur baravo-palatin.

Les parties au procès sont enfans et petits-enfans *d'Ignace* et de la Baronne *Marie Anne de Gaugreben*; donc neveu, nièce, petit neveu et petite nièce de feu le Ministre.

Il existe encore *Charles Auguste*, enfant *d'Ignace* et de *Marie Anne d'Oberndorf*, neveu du Ministre, dont nous aurons occasion de parler plus loin.

Après la mort *d'Ignace*, Madame la Baronne de *Gaugreben* sa veuve, convola en secondes noçes avec son beau-frère Monsieur *Joseph d'Oberndorff*, frère de son mari défunt.

Avant de contracter ce mariage en façe de l'Eglise, les conditions civiles en furent reglées par acte anténuptiel du 24 Nov. 1784.

Le Ministre *d'Oberndorff*, frère et respectivement beau frère des futurs conjoins, assista à la passation de cet acte et le signa *comme assistant et plus proche Agnat*.

Dans le préambule on lit ces mots: „*Le présent con-* „*trat de mariage a été, de l'avis et consentement de Mon-* „*sieur le comte* François Albert d'Oberndorff, *Ministre* „*d'Etat, frère et respectivement beau frère des futurs, et*

„*sous son assistance, ainsi que de l'avis et consentement* „*d'autres proches parens, consenti, fait et arrêté dans la* „*forme d'un contrat irrévocable et entrevifs.*"

Par l'article 5. la mère *Anne Marie de Gaugreben* transporte la propriété de tous ses biens compris dans l'inventaire, qui en avait été fait, sur quatre des Demoiselles ses filles, en s'en reservant seulement l'administration et l'usufruit viagers; les oncles, le Ministre et son frère *Joseph*, le futur époux, acceptent au nom des dittes filles; et quant aux quatre autres de ses enfans, savoir: *Chrétien*, l'appelant, *Charles Auguste*, *François Albert et Catherine Antoinette*, mariée déja alors à Monsieur le Baron de *Leoprechting*, elle ne les institue qu' héritiers de la simple legitime à titre honorable.

L'article 7. porte: „*Messieurs les oncles agréent également la condition ulterieure que, où les Barons* Chrêtien „*et* François Albert *auront le bonheur d'entrer en possession* „(anzutreten) *des fidei-commis de famille d'Oberndorff* „*établis en leur faveur, ils renonceront par le fait même de* „*la prise de possession des fidei-commis, à la legitime en faveur des quatre Demoiselles.*"

L'article 8. prévoit le cas, où la descendance femmelle viendrait à s'eteindre entièrement. Dans ce cas, la mère veut que toute sa succession soit partagée à portions égales entre les deux lignes fidei-commissaires, celle du *Rhin*, et celle de *Palatin-Neubourg*.

Les dispositions cy dessus reçoivent leur explication, ou plutôt leur Justification dans un testament que la mère avait fait six jours auparavant, savoir le 18 Nov. 1784.

Après s'y être louée beaucoup des merites et bienfaits du Ministre et de son frère *Joseph* envers elle et sa famille, elle dit art. 2. qu'elle reduit ses fils à la légitime par la raison, qu'outre qu'ils sont deja placés avantageuse-

ment ou qu'ils ont lieu d'esperer de l'être bientot, l'ainé et le cadet ont encore l'esperance d'obtenir les plus considérables fidei-commis de l'extrême generosité de leurs oncles, et que sa fille Madame de *Leoprechting* n'a pas seulement été dotée par son oncle le Ministre, mais que son mari en a aussi obtenu une place très lucrative.

En effet il résulte d'un rescrit de l'Electeur du 14. Oct. 1782 et d'un extrait des registres de la régence du 22. fevrier 1785, que le Ministre avait deja en 1782 fait et deposé un testament, portant établissement d'un fidei-commis, publié *in locis rei sitæ.*

Mais ce testament a été retiré par le Ministre et remplacé par un autre en l'an 1785, et ce dernier a été de même retiré et remplacé par celui de 1792.

Celui-çi est presenté devant vous, il fait la base principale de la défense du comte *Chrétien*; ceux auterieurs ne sont pas produits, nous n'en connaissons pas même les vraies dispositions.

Quant au frère *Joseph*, nous trouvons les premières traçes de l'établissement d'un fidei-commis dans son testament du 27 Juillet 1787.

Il nous parait indispensable d'en citer quelques dispositions qui ont rapport aux dispositions contenues dans le testament du Ministre son frère.

Par l'art. 1. Le testateur *Joseph* établit un fidei-commis perpetuel et universel de la généralité de ses biens en faveur de la raçe mâle *d'Oberndorff* et de sa descendance mâle.

Par l'art. 4. Il institue le premier fils qui pourrait lui être né, ou la descendance mâle de celui-ci par ordre de primogéniture, son premier heritier fidei-commissaire, en substituant, à defaut de fils ou de descendance mâle de fils, le Baron *François Albert*, et à defaut de

celuici, le *Baron Chrétien* ses neveux, fils de son frère *Ignaçe*.

L'art 10. est très remarquable, nous le transcrivons textuellement: „*Je dispose encore particulièrement*, „*vu que mon frère François Albert d'Oberndorff, Ministre* „*s'est également determiné à fonder un fidei-commis de* „*famille d'Oberndorff, auquel il a destiné ses biens fonds* „*dans le Palatinat, et choisi pour premier heritier fidei-* „*commissaire Chrétien, fils premier né de feu notre frère* „*Ignaçe, et sa descendance mâle; et qu'il peut s'en suivre* „*qu'il existera chaque fois deux fidei-commis de famille* „*d'Oberndorff et deux lignes en cela favorisées, savoir:* „une dans le Palatinat *et* une dans le Duché de Neu- „bourg; *je déclare que ces deux lignes doivent subsister et* „*l'une être substituée à l'autre de façon que, si la ligne de* „*Neubourg est entièrement éteinte par ..... la ligne du Rhin* „*soit appelée, en tant quelle descendra de mon neveu Chré-* „*tien.*

„*Je veux en outre que mon premier héritier fidei-commis-* „*saire renonce entièrement aux biens féodaux et emphitéotiques* „*qui constituent le fidei-commis du Rhin, ainsi qu'au droit* „*de succession à iceux, et au cas que cette rénonciation ne* „*serait pas faite, que l'adition de mon hérédité fidei-com-* „*missaire en tienne lieu et soit reputée et declarée comme* „*renonciation; et qu'aucun de mes heritiers fidei-commissaires* „*ne puisse jamais former de prètentions sur les biens emphi-* „*téotiques et féodaux du Rhin, ni demander la division des* „*revenus ou élever le principe de succession ex* pacto et pro- „videntia majorum, *aussi longtems que la ligne du Rhin* „*subsistera et qu'il pourra en exister deux; et que si l'heri-* „*tier de Neubourg y contrevenoit, il soit declaré déchu du* „*fidei-commis de la ligne de Neubourg.*"

Joseph fondateur de la ligne de *Neubourg* mourrut le 22 Decembre 1797, avant la publication des lois françaises

sur la rive gauche du Rhin. Son testament fut entièrement executé ; *Charles Auguste*, frère de l'appelant, prit possession du fidei-commis, et le possede encore paisiblement.

Mais le Ministre d'Oberndorff, fondateur de la ligne du Rhin, est mort le 29 May 1799, à une epoque où les lois françaises, concernant les successions et l'abolition des fidei-commis, furent deja publiées dans le pays conquis entre Meuse et Rhin.

Le testament du 14. Juin 1792 delaissé par ce Ministre, et dont nous avons parlé plus haut, porte :

Art. 1. „*L'institution d'heritier étant le principal chef et* „*la base de tout testament, je nomme et institue pour mon* „*seul heritier universel le comte d'Empire Chrêtien d'Obern-*„*dorff, fils ainé de mon frère Ignaçe*" *etc.*

Par l'article 2, il soumet tous les biens au lien d'un fidei-commis perpetuel en faveur de la raçe et descendance mâle *d'Oberndorff*, en donnant pour raison, que la conservation et la splendeur de sa famille lui tiennent à coeur et qu'il veut qu'elle puisse continuer à servir la maison palatine avec cette dignité et cet éclat qui conviennent à son rang.

Par l'art. 9 il ordonne, que, vu que son frère *Joseph* à également établi un fidei-commis en faveur de ses propres fils, et au cas qu'il n'en aurait pas, en faveur de son neveu *Charles Auguste* et qu'il y ait deux lignes, l'une de Rhin-palatin et l'autre de Palatin-Neubourg ; que ces deux lignes subsistent toujours, et qu'elles se soient substituées l'une à l'autre, seulement pour le cas où l'une d'elles serait entièrement eteinte.

L'article 10 porte en termes : „*Je veux en outre et* „*ordonne que mon premier heritier fidei-commissaire Chrêtien* „*comte d'Oberndorf renonce entièrement, lors de l'adition de* „*mon fidei-commis, aux successions de ses père et mère et*

„*n'en prétende jamais la portion legitime; et dans le cas* „*où cette rénonciation ne serait pas faite, que le fait même* „*de l'adition du fidei-commis en tienne lieu et soit, par la* „*présente disposition, regardée comme rénonciation:*“ *etc.*

Il repête ensuite la même disposition contenue dans le testament de son frère, savoir: que la rénonciation aura également lieu sur les biens constituant le fidei-commis de Palatin-Neubourg, qu'aussi longtems que cette ligne de Neubourg existera, aucun de ses heritiers fidei-commissaires ne pourra former de prétentions à ces biens, ni demander la divisibilité des revenus ou invoquer le principe de succession *ex pacto et providentia majorum*, à peine de dechéance de la succession fidei-commissaire palatino-rhenane.

Par les articles 19 et 20 il defend de laisser passer le fidei-commis sur les femmes ou leur déscendance, à moins que la raçe et descendance mâle ne fût entièrement éteinte; il y authorise même le dernier possesseur du fidei-commis à se nommer un successeur parmi les agnats ou cognats, s'il arrivait qu'il n'éxisterait plus personne de la descendance legitime de la branche fidei-commissaire d'Oberndorff subrogée.

Enfin l'article 22 porte entre autres dispositions celle-ci:

„*Et si ma présente disposition de derniere volonté était,* „*pour cause d'omission de solemnites ou pour d'autres raisons,* „*reputée defectueuse et ne pouvait pas avoir la forçe et vigu-* „*eur d'un fidei-commis fait dans toutes les formes pres-* „*crites, tous les défauts seront censés pleinement couverts,* „*de sorte que tout ce qui est contenu dans les présentes aura* „*et conservera néanmoins en tout tems l'effet d'un fidei-com-* „*mis de famille fait dans toutes les formes, ou* de toute

„autre disposition, comme il pourra, *conformément aux droits „et coutumes du pays, statuts et édits, avoir le plus de force „et d'efficacité*, *et sera entièrement exécuté; — Néanmoins „je me reserve expressement la faculté de pouvoir revoquer, „changer, corriger et augmenter mon présent fidei-commis „selon mon bon plaisir et ma volonté.*"

Six jours après la mort du testateur, savoir le 5. Juin 1799, il fût procedé à l'ouverture et publication du testament en présence de Messieurs le Baron de *Léoprechting*, executeur testamentaire, *Zentner*, conseiller de la régence, nommé pour répresenter les absens *Charles Auguste d'Oberndorff*, Madame la Baronne de *Lerchenfeld* née *d'Oberndorff*, et en présence du comte *Chrétien d'Oberndorff*, et de Monsieur *Davaus* conseiller de la régence et membre de la cour d'appel, en qualité de membre de la commission de la régence électorale.

Le comte *Chrétien* declara réconnaitre et accepter avec reconnaissance le testament, en se reservant la faculté de faire interprêter, le cas échéant, ce qui pourrait être nécessaire, et demandant qu'il soit procedé le plutôt possible à la réseration et immission.

Le Baron de *Leoprechting* declara au nom de son épouse qu'il réconnaissait également tout le contenu du testament publié, et qu'il se réunissait d'ailleurs au desir exprimé par son beau-frère le comte *Chrétien*, heritier fidei-commissaire, en demandant qu'il lui soit delivré une expedition légale du testament, *salvis eventualiter reservandis ulterioribus.*

Le conseiller Zentner declara, au nom des absens, Monsieur le comte *Charles Auguste* et Madame de *Lerchenfeld*, que quoique le testament soit constitué de maniere que

d'après les regles du droit personne n'y puisse trouver à critiquer, et qu'ainsi les heritiers ab intestat ne devraient pas penser à s'opposer à l'immission demandée; il lui paraissait pourtant nécessaire de prier qu'il lui soit delivré préalablement copie du testament à fin de l'envoyer aux absens pour qu'ils puissent faire leurs declarations personnelles.

Cette communication du testament aux heritiers ab intestat ayant eu lieu, Monsieur *Charles Auguste d'Oberndorff* s'expliqua de la manière suivante par acte du 29 Juillet 1799:

„ *Qu'au cas inattendu que, par suite des évenemens de la „ guerre et de la paix à conclure, le pays d'outre Rhin devrait „ écheoir à la France ou à une autre puissance, suivant les lois „ desquelles les fidei-commis ne pourraient pas subsister, „ mais où la succession devrait être partagée entre les heritiers au „ même dégre à portions égales, et qu'ainsi la disposition „ du testament du Ministre d'Oberndorff, qui établit un fidei- „ commis des biens situés sur la rive gauche, viendrait à cesser; „ il se reservait ses droits tant pour lui que pour ses heritiers „ sur les mêmes biens de la rive gauche.*"

Madame de *Lerchenfeld* au contraire envoya procuration à Monsieur *Reichard*, avocat à la cour aulique de *Manheim* par laquelle elle declara préalablement, *qu'elle reconnaissait le testament du Ministre son oncle quant à la forme et en tant qu'il n'est affecté d'aucun vice exterieur; mais qu'elle n'entendait pas par là renoncer pour elle ni pour sa postérité aux droits qu'elle peut avoir contre la disposition fidei-commissaire; qu'elle se les reservait au contraire sous les circonstances tant présentes que futures conformément aux lois, donnant au reste plein pouvoir audit Sieur Reichard de*

soigner tous ses intérêts judiciairement et extra judiciairement. Cette procuration est du 28 Avril 1799.

Il ne conste pas d'une déclaration expresse donnée par le comte de *Seibelsdorff* au nom de son fils mineur.

Enfin ces reserves et protestations ayant été renouvelées quelques fois, furent consignées judiciairement comme il appert d'une ordonnance rendue par la cour aulique du 25 Avril 1801 et d'un extrait des registres du commissariat-général électoral de Manheim du 28 du même mois, portant, „*qu'il sera fait mention dans l'inventaire des* „*prétentions, formées pour la succession ab intestat rélative-* „*ment aux biens situés de l'autre coté du Rhin.*"

C'était dans cet Etat des choses que Madame la Baronne de *Gaugreben*, veuve de *Joseph d'Oberndorff*, mêre commune des parties, vint aussi à déceder le 5. Decembre 1800.

Le testament du 5. Fevrier 1800, qu'on a trouvé après sa mort, est ainsi conçu:

Art. 6. „*Comme il est reglé par les pactes de mariage* „*deja mentionnés plusieurs fois, que mes fils Chrétien et* „*François Albert seront par le seul fait de l'acceptation de* „*leurs fidei-commis censés avoir renoncé à la legitime en* „*faveur des quatre filles y denommées, qui ne se trouvaient* „*alors pas établies; que depuis ce tems là mon second fils* „*Charles Auguste a pris possession du fidei-commis en* „*place de François Albert, et que d'un autre côté deux de* „*mes filles sont mortes sans descendance; cette disposition* „*doit, d'après le but desdits pactes de mariage, au moyen des-* „*quels mes enfans femmels et leurs heritiers doivent être pour-* „*vus de ma succession maternelle, vu que mes fils ont été*

„*tant favorisés par les riches fidei-commis, être appliquée „aux circonstances qui ont si souvent changées depuis, de „manière que la rénonciation à faire par mes fils aura lieu main„tenant en faveur de mes deux filles, les baronnes de Leoprech„ting et de Lerchenfeld, comme aussi en faveur de mon petit „fils, le comte François Albert de Seiboltdsdorff, et ce en trois „portions égales. Cette explication tirée de la nature des „choses, contient en même tems ma volonté expresse et dis„position maternelle*"

Après avoir si formellement exprimé sa volonté et son desir sur la rénonciation à faire par ses fils *Chrêtien* et *Charles Auguste* de la legitime maternelle, la testatrice par une espèce d'interversion d'ordre et d'idées, institue dans l'article sept tous ses enfans heritiers de ses biens designés dans l'inventaire du 18 Nov. 1784 et deja vinculés par son contrat de mariage du 24. mêmes mois et année, en y ajoutant: „*avec la différence cependant que „mes deux fils Chrêtien et Charles Auguste, en égard des „fidei-commis qui leur sont échus, et ma fille Cathérine „Antoinette mariée au baron de Leoprechting ne sont appelés „qu'à la portion de la legitime, conformément audit contrat de „mariage.*

Dans une liaison ordinaire des dispositions cet article aurait du être placé avant l'article six.

Mais continuons le recit des faits tels qu'ils se sont succedés:

Il resulte de la cause que le comte Chrêtien, quoique pressé par Mesdames ses soeurs, et son frère et beau frère le comte de *Seiboltdsdorff*, de se declarer sur le testament maternel, à hesité et gardé le silence.

Delà une lettre écrite en date du 21. Juin 1801. à Monsieur de *Reichling*, commissaire nommé à l'opposition des sçellés et à la confection de l'inventaire, pour le contraindre par les voies de droit à donner sa déclaration.

Cette lettre signée par Madame de *Lerchenfeld* et *Max* de *Seiboltdsdorff*, au nom de son oncle Monsieur le comte de *Seiboltdsdorff*, porte, entre autres, ce passage remarquable :

„ *Personne ne sait mieux que vous, Monsieur, que notre* „ *frère et beau frère le comte* Chrêtien d'Oberndorff *diffère* „ *depuis longtems de s'expliquer à l'égard du testament de feue* „ *sa mère, et qu'il cherche par là de trainer toute l'affaire en* „ *longueur.* Moins ledit comte Chrêtien est fondé de faire „ aucune exception contre le testament maternel, d'après „ la rénonciation notoire et conforme aux actes sur la por„ tion legitime dans la succession de la mère ; *plus il doit* „ *nous surprendre qu'il tarde tant de déclarer son adhesion* „ *audit testament.. Nous nous voyons en conséquence forcés à* „ *vous prier, Monsieur, toute répresentation amicale ayant* „ *été infructueuse, de porter l'affaire au conseil aulique le* „ *plutot possible, pour qu'il soit enjoint au comte* Chrêtien „ *de donner sa déclaration avant tout, et ce sous peine d'être* „ *reputé d'avoir reconnu le testament.*"

Ils invitoient au surplus Monsieur Reichling de faire ensorte, qu'il soit permis à l'executeur testamentaire de passer outre à la licitation des effets, sans attendre même la déclaration du comte *Chrêtien*, attendu qu'ils sont suffissamment posséssionnés pour assurer les prétentions que le comte *Chrêtien* pourrait former ; et ils ajoutent en termes: „ *En réitérant notre demande, de vouloir bien faire parvenir au* „ *conseil aulique électoral nos présentes réclamations, qu'ap-*

„*prouvent aussi notre frère* Charles Auguste *et notre soeur* „*la baronne de* Leoprechting, *néanmoins sans prejudice à nos* „*droits.*“

Cette demarche produisit un arrêt du conseil aulique électoral de Munich du 21. Juillet 1802 ainsi conçu:

„*De par son Altesse Sérénissime l'Electeur baravo-palatin.* „*Sur le rapport détaillé fait au conseil aulique électoral, en* „*cause de Monsieur le conseiller Paur le jeune au nom de* „*Madame de Lerchenfeld et consorts contre le comte Chrêtien* „*d'Oberndorff, au sujet de la réconnaissance du testament* „*maternel; s'etant assuré que les significations de la demande* „*en réconnaissance du testament lui ont été faites sous peine d'être* „*regardé comme ayant réconnu ledit testament;*

„*Le conseil aulique prononçant par contumace contre le comte* „Chrêtien d'Oberndorff, *dit que la disposition du testament* „*maternel rélative audit comte est tenue comme réconnue par* „*lui.*“

Presque en même tems que les soeurs, frère et beau frère du comte Chrêtien le poursuivaient en réconnaissance du testament maternel devant le conseil aulique à *Munich*, ils intentèrent devant le tribunal du *Mont-tonnère* une action en partage ab intestat des biens du Ministre situés sur la rive gauche du Rhin dans le territoire francais.

En effet le 19 Prairial de l'an 9, correspondant au 7 ou 8 Juin 1801, ils s'adressèrent au Juge de paix du canton de *Grünstadt* et en obtinrent cédule de citation contre le comte *Chrêtien*, à l'effet de comparaitre devant le Bureau de paix et de conciliation pour y deduire les raisons et moyens de droit, en vertu desquels il prétend être heritier exclusif des biens du Ministre *d'Oberndorff*, situés

sur la rive gauche du Rhin, et pouvoir s'opposer au partage, ab intestat des mêmes biens conformément aux lois françaises.

Le 16 Messidor suivant (5 ou 6 Juillet 1801) les parties comparurent par mandataires devant le Bureau de paix, et en furent renvoyées devant le Juge compétent, faute d'avoir pu être conciliées.

La cause portée au Tribunal du Mont-tonnère par assignation du 12 Thermidor an 9 (31 Juillet ou 1. août 1801) le défendeur comte *Chrétien* excipa de l'incompétence du tribunal; mais par Jugement du 13 Messidor an 10 (2 ou 3. Juillet 1802) il fut debouté de cette exception et la cause fut continuée au 20 du même mois, pour être plaidée sur le fond.

Le 20 Messidor personne ne s'étant présentée pour le comte *Chrétien*, le tribunal du Mont-tonnère donna défaut contre lui et pour le profit il condamna ledit comte:

„*A rendre et restituer aux demandeurs, conformément à la* „*loi, trois cinquièmes de tous les biens meubles et immeubles,* „*qui se trouvent, dans le Département du Mont-tonnère, faire* „*partie de la succession de défunt le Ministre comte d'Obern-* „*dorff, avec les fruits perçus et à percevoir; ordonne, que parde-* „*vant un Notaire public du Département du Mont-tonnère il* „*sera procédé à l'inventaire et au partage de cette succession,* „*avec condamnation du défaillant aux dépens.*"

Nous devons remarquer içi que la condamnation ne porte que sur trois cinquièmes tandis qu'il y avait quatre demandeurs, par ce que le comte *Charles Auguste* avait fait déclarer à son frère *Chrétien*, par acte du 5 Pluviose precedent, (24. ou 25 Janv. 1802.) que bien qu'il n'entendait

pas s'opposer à la demande en partage formée par les autres demandeurs, il n'y voulait pourtant prendre personnellement aucune part active, quant à présent, sauf cependant tous ses droits.

Le tribunal du Mont-tonnère a basé son Jugement sur ce que le Ministre *d'Oberndorff* est décédé après que la loi du 17 Nivose an 2 avait deja été publiée dans le Département du Mont-tonnère, et que d'après la proximité de parenté les parties en cause sont appelées conjointement à la succession, conformément à l'article 9 de la même loi, qui porte: „*Les successions des pères, mères ou autres as-„cendants*, ou des parens collatéraux, *qui s'ouvriront à l'a-„venir, seront partagées également entre les enfans, descen-„dans ou heritiers en ligne collatérale, non obstant toutes lois, „coutumes, donations, testamens et partages deja faits.*"

Le comte *Chrétien* s'est porté appelant des Jugemens rendus contre lui par le tribunal civil du Mont-tonnère.

Par arrêt du 2 Fructidor an 10. la cour d'appel a confirmé le Jugement de compétence du 13. Messidor an 10, et ordonné qu'il serait plaidé au fond, attendu qu'il s'agit d'une action réelle, sur laquelle le Juge de la situation des biens est toujours compétent de prononcer.

Par autre arrêt du 25. Frimaire an 12, la cour a reçu l'appel du Jugement du 20 Messidor an 10 rendu au fond, que les intimés prétendaient n'être pas réçevable comme fait tardivement.

Par un troisième arrêt du 30 Thermidor de l'an 12, rendu par défaut et faute de plaider par l'appelant, parcequ'il avait soutenu que Madame de *Lerchenfeld* sa soeur était morte dans l'intervalle, sans en pouvoir fournir la

preuve légale d'après les lois françaises; *) la cour, sur la déclaration expresse faite par l'avoué des intimés, assisté de Monsieur *Sturtz*, leur défenseur, que Madame de *Lerchenfeld* n'était pas morte, a mis l'appellation au néant avec amende et dépens, et ordonné que le Jugement dont est appel sortirait son entier effet.

Enfin par un quatrième et dernier Arrêt du 14. Messidor de la présente année, l'opposition formée à l'arrêt précédent du 30 Thermidor 12 par le comte *Chrétien* a été reçue, sur la preuve légale du decès de Madame *Lerchenfeld* et la réprise d'instance exercée par son mari survivant pour *Ernestine*, sa fille mineure, et il a été ordonné que les parties viendraient plaider au fond.

En exécution de cet arrêt la cause a été plaidée contradictoirement dans plusieures audiences de la cour, et se trouve une fois en état de récevoir une décision definitive.

Puisse la décision, qu'elle va rendre, en courronnant la Justice et l'équité, convaincre la partie qui succombera du bon droit de la partie victorieuse, et retablir le bonheur de l'union et de l'amitié dans cette respectable famille!

§. 2.

Conclusions et moyens respectifs des parties.

L'appelant a conclù: „*à ce qu'il plaise à la cour le recevoir* „*opposant à l'arrêt par défaut rendu contre lui le 30 Thermi*„*dor an 12, pour icelui demeurer comme non-avenu, ce*

*) Le comte Chrêtien avoit bien presenté un extrait mortuaire, mais il y manquoit la legalisation du chargé d'affaires français près la cour de Baaden-palatine.

„fesant et prononçant sur l'appel du Jugement rendu par „défaut à l'ancien tribunal civil du Mont-tonnère le 20 Mes„sidor an 10, dire qu'il en a été nullement et mal jugé, bien „appelé, annullant en conséquence ce dont est appel, décharger „l'appelant des condemnations en prononcées contre lui, et „évoquant le fond, déclarer les intimés et demandeurs origi„naires purement et simplement non-récevables, en tout cas „mal fondés en leur demande formée en première instance, „les en debouter et condamner aux dépens tant de cause prin„cipale que d'appel.“

Les intimés ont conclù: *„à ce qu'il plaise à la cour „debouter l'appelant de son opposition formée contre l'arrêt „de la cour du 30 Thermidor an 12, qui a mis l'appel au „néant, avec amende et dépens, ce fesant ordonner que le „jugement dont est appel sortira son entier effet, et condamner „l'appelant aux dépens.“*

Avant de retracer les moyens dont les parties se sont servi pour appuyer leurs conclusions, il ne nous parait pas deplacé d'observer, que le chef des conclusions de l'appelant par lequel il demande d'être reçu opposant à l'arrêt par defaut du 30 Thermidor an 12, est obsolument sans objet, puisque vous l'avés deja reçu opposant par votre arrêt du 14 Messidor dernier. Passons donc à ses moyens de fond.

L'appelant vous a dit, que le jugement dont est appel est affecté d'une nullité radicale, pour avoir été, en contravention de l'article 14 du titre 5 de la loi du 24 Août 1790, rendu dans le cours de la huitaine à dater de la prononciation du jugement de compétence; tandis que l'exécution du jugement contradictoire, qui a ordonné de

plaider au fond, devait rester suspendue pendant la huitaine franche, pour laisser le tems d'en appeler.

Le premier juge est contrevenu à cette regle de rigueur en se déclarant compétent le 13 Messidor, et jugeant au fond le 20 du même mois.

Que le jugement dont appel est encore nul de deux autres chefs. Il ne présente pas les quatre parties qui constituent un vrai jugement, car les qualités des parties ne sont pas établies distinctement en tête, et il a été rendu sans citation ou àvenir préalable donnés au comte *d'Oberndorff*.

Quant au fond, il a soutenu, que les intimés sont non-récevables à demander le partage ab intestat des biens de la succession du Ministre d'Oberndorff situés en Françe, par la raison qu'ils ont acquiescé au testament du Ministre.

Il a fait resulter cet acquiescement des faits suivans: lorsqu'on a liquidé la masse du Ministre les intimés s'y sont fait représenter par des chargés de pouvoirs. Le comte *Chrétien*, en sa qualité d'heritier fidei-commissaire, a demandé d'être authorisé à lever un capital sur le fond de la masse fidei-commissaire, pour subvenir aux charges et contributions extraordinaires; il a presenté des memoires de depenses faites pour l'entretien des biens, et particulièrement pour une partie de ceux situés sur la rive gauche du Rhin. Les mandataires des intimés n'ont pas consenti à la levée du capital, et ont refusé d'acquitter les depenses faites par le comte Chrêtien des deniers de la masse. Pourquoi? parceque, ont-ils dit, c'est à l'usufruitier de payer les depenses faites depuis la mort du testateur des revenus de l'année courrante, et qu'en gé-

néral il doit être pourvu à l'entretien des biens et aux charges extraordinaires par les revenus, à moins que l'insuffisance de ceux-ci ne soit bien constatée.

Lorsqu'il s'est agi de nommer un receveur pour la rentrée des arrierés échûs avant la mort du Ministre, le comte *Chrétien* a proposé le sieur *Mœrdens*; les intimés ont encore rejetté cette proposition en alleguant pour motif, que, le sieur *Mœrdens* étant chargé de la recette des revenús courrans pour le comte *Chrétien*, soignerait plûtôt les interêts de celui-ci que ceux de la masse. . . . . . .

Donc, a dit l'appelant, les intimés ont reconnu formellement par chacune de ces observations et remarques sa qualité d'heritier fidei-commissaire, et conséquemment acquiescé au testament du Ministre.

Mais ils l'ont reconnu plus formellement et par un fait plus décisif encore que ceux-ci.

Le 21. Juin 1801 Madame de *Lerchenfeld* et Maximilien de *Seiboltdsdorff* ont adressé une lettre à Monsieur de *Reichling* à Munich, par laquelle ils l'ont invité à faire parvenir leur demande au conseil aulique électoral, pour que le comte *Chrétien* soit tenu de réconnaitre le testament de sa mère, à fin que l'on puisse procéder à la licitation et au partage.

Cette lettre a été écrite de l'aveu et approbation de tous; la dame de *Lerchenfeld* et Maximilien de *Seiboltdsdorff*, qui l'ont signée, le disent bien expréssement, ce dernier se qualifie de chargé de son Oncle, le comte de *Seiboltdsdorff*; et pour ne point éprouver d'obstacle dans leur demande, ils y observent d'avance, que le comte *Chrétien* n'est aucunement fondé à critiquer le testament maternel d'après la rénonciation à la legitime, notoire et conforme aux actes.

Par arrêt du 21 Juillet 1802, la cour aulique de Munich a fait droit à leur demande, en déclarant la disposition du testament maternel rélative au comte Chrêtien réconnue par lui.

En vertu de cet arrêt, passé en force de chose jugée, les intimés se sont emparés de la succession de la mére et l'ont partagée entre eux à l'entière exclusion du comte Chrêtien.

Ces faits, a dit l'appelant, prouvent clairement que les intimés ont renoncé tacitement aux reserves et protestations qu'ils avaient faites anterieurement relativement à la partie de la succession du Ministre située en France, et qu'ils ont entièrement réconnu son testament; puisque la demarche qu'ils ont faite devant le conseil aulique à Munich est en opposition directe avec leur conduite anterieure; et qu'ainsi, et ayant exécuté le testament du Ministre dans un point qui leur est favorable, ils doivent aussi l'exécuter dans ses autres points; d'autant plus qu'ils conviennent eux mêmes que la renonciation à faire par le comte Chrêtien sur la legitime maternelle est une suite, non du testament de la mère, mais de celui du Ministre, et qu'ils doivent conséquemment convenir aussi qu'ils tiennent la généralité de la succession maternelle du testament de ce dernier.

Mais n'eussent-ils pas acquiescé aussi formellement qu'ils l'ont fait au dit testament, les intimés n'en seraient pas plus avancés.

Le testament du Ministre a été fait avant la publication des lois françaises, le testateur est decédé avant la cession de la rive gauche du Rhin à la France, et dès lors les lois françaises, publiées dans le pays conquis seule-

ment, ne sauraient lui être appliquées suivant le droit public des Nations.

Selon le sentiment des meilleurs écrivains, *Montesquieu*, *Puffendorff*, et *Rayneval*, le droit de conquête ne transporte pas le droit de souveraineté incommutable au conquérant, les lois qu'il pourrait donner au peuple vaincu n'obligeraient définitivement qu'à la paix et au cas que le pays conquis lui fût cédé. Le Gouvernement français n'a d'ailleurs jamais reconnu le pays conquis entre Meuse et Rhin comme faisant partie intégrante du territoire français, il n'y a fait publier des lois que provisoirement et par forme de réglemens, il ne les a données qu'aux habitans du pays, afin de les faire participer aux bienfaits de l'égalité; et supposé aussi que ces mêmes reglemens eûssent obligé passagerement les habitans conquis, ils ne pourraient pas trouver leur application dans le cas particulier, où le testateur et ses heritiers ab intestat ainsi que l'heritier testamentaire sont des étrangers, qui n'ont jamais été domiciliés sur la rive gauche du Rhin, et où aucun français n'est interessé dans la succession; d'où l'appelant a tiré la conséquence que les parties en cause doivent être jugées d'après les lois d'Allemagne.

De cette proposition, l'appelant est passé à celle, que les lois françaises ne seraient pas non plus applicables suivant le droit privé des particuliers, et que si elles l'étaient, elles repousseraient encore la demande des intimés.

En effet les lois permettent aux étrangers d'acquerir des biens en France; et certes personne n'y voudrait acquerir, s'il ne lui était pas permis de disposer et aliéner comme il lui plait.

Or disposer par acte entre vifs ou à cause de mort,

est aussi un genre d'aliénation, et le legislateur francais n'a aucun interêt de defendre à un étranger possessionné en France de disposer par testament, ou autrement, dès qu'aucun francais n'y est interessé, ni de demander que l'étranger se conforme aux lois provisoires du peuple conquis, lorsqu'aucun individu de ce peuple y peut perdre ou gagner. Il lui devient parfaitement indifferent par quel étranger et en quelle portion les biens soient possedés.

Au reste, a-t-il continué de dire, et tout en appliquant les lois francaises, la disposition du Ministre d'Oberndorff doit être maintenue, en vertu de l'art. 1. de la loi du 18 Pluviose an 5, sous l'empire de laquelle le Ministre est decedé.

Cette loi maintient les institutions contractuelles et autres dispositions irrévocables de leur nature, stipulées en ligne directe et collatérale avant la publication des lois du 7 Mars 1793 et du 5 brumaire an 2, conformément aux lois anciennes, tant sur les successions deja ouvertes que sur celles qui s'ouvriront à l'avenir; et il existait un vrai pacte irrévocable dans la famille *d'Oberndorff*, qui assurait la succession entière du Ministre à son neveu le comte *d'Oberndorff* anterieurément aux lois citées.

La date effective du testament du Ministre remonte au 24 Nov. 1784. Ce jour la mère commune des parties a fait un contrat de mariage, qualifié d'acte entre vifs irrévocable et de pacte de famille.

Par l'article 7 de ce contrat les successions fidei-commissaires de son futur époux *Joseph* et du Ministre ont été assurées aux comtes *Chrétien* et *Charles Auguste*, à charge par eux de rénoncer à la legitime dans la succession de leur mère.

Joseph, le futur époux, et son frère le Ministre ont agréés cette condition et signé le contrat de mariage.

Agréer une condition qui nous concerne, c'est l'accepter, c'est s'obliger à la remplir; d'où il suit que les deux oncles se sont dejà le 24 Nov. 1784 engagés irrévocablement à laisser leurs successions à leurs neveux Chrêtien et Charles Auguste.

L'oncle *Joseph* est mort le 22 Decembre 1797, avant la publication des lois françaises sur la rive gauche du Rhin, il a laissé toute sa succession au comte *Charles Auguste* à l'exclusion du comte *Chrêtien*, sous la condition que *Chrêtien* aurait celle du Ministre à l'exclusion de *Charles Auguste*.

Le testament de *Joseph* a eu son éxecution, *Charles Auguste* est entré en possession de toute sa succession, le testament du Ministre est donc dèslors devenu irrévocable par l'exécution du testament de Joseph, parceque l'un est intimément lié à l'autre, parcequ'ils ne forment qu'un même et seul ensemble avec le contrat de mariage de la mère, et parceque si le contrat ou pacte de famille n'avait aussi eû son parfait accomplissement du jour de la date du contrat de mariage, il l'aurait du moins obtenu par la mort de Joseph; qui en a rempli le premier les conditions par son testament exécuté de commun accord entre les parties.

Les intimés ont repondu:

Que la prétendue nullité du jugement dont est appel, n'est rien moins que fondée, par ce que l'article 14 du titre 5 de la loi du 24 Aoùt 1790 ne peut s'entendre raisonnablement que de la suspension des exécutions par voie de saisie et de contrainte, et nullement d'une simple plai-

doirie à fond, qui ne peut porter aucun préjudice en definitif.

Le jugement de compétence et celui au fond ne forment qu'un seul et même jugement. Les qualités des parties sont distinctement établies en tête du premier; il a pas conséquent été satisfait à la loi.

Le jugement de compétence du 13 Messidor an 10 a été prononcé contradictoirement, il n'a plus fallu de citation ou àvenir préalable pour être tenu de plaider au fond; donc ces deux nullités ne sont pas plus fondées que la première.

Passant ensuite à la fin de non-recevoir devant resulter de l'acquiescement donné par les intimés au testament du Ministre, ils ont dit:

Que loin d'acquiescer audit testament, ils se sont garantis par des reserves et protestations expresses dès son ouverture, pour ce qui regarde les biens situés en Françe, que ces actes de protestations ne se trouvent pas seulement joints aux pièces du procès, mais même consignés judiciairement dans l'inventaire de la succession du Ministre, ainsi qu'il en est justifié par un extrait des registres du conseil aulique de Manheim du 25, et une ordonnance du commissariat général du 28 Avril 1801 produits au procès.

Les intimés ont fait valoir ces reserves et protestations dès la cession de la rive gauche du Rhin à la Françe. Ils n'ont pas reconnu, lors de la liquidation de la masse, le comte *Chrêtien* comme heritier fidei-commissaire; tout au plus on pourrait dire qu'ils l'ont reconnu comme simple usufruitier provisoire.

La lettre écrite par Madame de *Lerchenfeld* et Monsieur *Max* de *Seiboltdsdorff* n'est pas en forme probante, et si elle l'était, elle ne contiendrait pas un acquiesce-

ment au testament du Ministre, car non seulement il n'y est pas dit un mot de ce testament, mais il y est fait une reserve expresse des droits des intimés. Qui reserve, ne consent pas. D'ailleurs cette lettre ne peut pas être opposée à Madame de *Léoprechting* et à Monsieur le comte de *Seiboltdsdorff*, qui ne l'ont pas signée; quoiqu'il y soit dit que Madame de *Lerchenfeld* et *Max* de *Seiboltdsdorff*, l'ont signée en leur nom et de leur consentement, ils n'en avaient pas procuration. Encore le comte de *Seiboltdsdorff*, l'eût il signée en personne, il n'aurait pas pû nuire aux intêrets de son fils mineur. Enfin, ont ils dit, le comte *Chrétien* n'a été appelé devant le conseil aulique à Munich que pour se déclarer sur le testament de la mère, il n'y a pas été appelé pour se voir exclure de sa succession. L'exécution du testament de la mère n'emporte pas l'exécution nécessaire du testament du Ministre sur la rive gauche du Rhin, puisque la mère n'a pas imposé aux intimés l'obligation de rénoncer à la succession du Ministre.

C'est ridicule de vouloir prétendre que les intimés aient voulu, par la poursuite du comte *Chrétien* en réconnaissance du testament maternel, renoncer à la riche succession du Ministre contre la legitime de *Chrétien* dans la succession de la mère, qui ne fait qu'un chetif objet de quelques mille francs, tandis que les biens du Ministre situés en France en valent plusieurs cent mille.

Le comte *Chrétien* est plus que récompensé de la perte de la legitime par les biens du Ministre situés sur la rive droite du Rhin, où le testament a reçu son exécution; et sa mère a même voulu qu'il se contente de ces derniers et qu'il en abandonne sa legitime, puisqu'elle connaissait

deja les prétentions des intimés sur les biens du Ministre situés en Françe, et a imposé néanmoins l'obligation de rénoncer au comte *Chrêtien*, sans parler d'une rénonciation à faire par les intimés sur tout ou partie de la succession du Ministre.

Au reste la succession de la mère n'est pas encore partagée, et il reste libre au comte *Chrêtien* de venir réclamer sa part, s'il s'y croit fondé en droit

L'arrêt du conseil aulique de *Munich* du 21 Juillet 1802 ne peut pas devenir un obstacle à la demande des intimés, cet arrêt ne dispose rien sur la succession du Ministre, il declare seulement le testament de la mère réconnu par le comte *Chrêtien*, et ce testament ne contient aucune disposition concernant le testament du Ministre; encore que ledit arrêt est posterieur au jugement du tribunal de Mayence, qui a admis les intimés au partage ab intestat des biens situés sur la rive gauche, et ne peut donc pas fournir au comte Chrêtien en instance d'appel une exception contre les intimés, qu'il n'aurait pas pû leur opposer en première instance.

Ainsi on ne peut pas chercher un acquièsçement à coté des protestations les plus formelles et constamment réitérées, au milieu des poursuites judiciaires faites par les intimés pour leur donner un effet; les rénonciations sont de stricte interprétation, elles ne se laissent pas présumer, il faut que l'intention de rénoncer soit clairement manifestée; celle des intimés de poursuivre leurs droits est évidente, et il suit de là que la fin de non-recevoir doit absolument être écartée.

Quant à l'objection faite par le comte Chrêtien que

les lois françaises ne sauraient être appliquées au cas sans violer le droit public des nations :

Il suffit que les lois françaises aient été publiées par une autorité compétente, pour avoir été obligatoires dans le pays conquis Personne n'a le droit de discuter cette question et d'empêcher le conquerant de donner des lois au pays conquis, et il serait plus qu'étrange que le juge français se permit cette discussion ou qu'il jugeat d'après des lois étrangères au mépris des siennes propres. Le Directoire exécutif avait investi le commissaire général des pouvoirs nécessaires pour faire publier les lois françaises ; donc celles qu'il a publiées sont obligatoires et le juge ne peut pas s'en écarter.

L'autre objection, que les lois françaises ne sont pas applicables d'après le droit privé, n'est pas plus fondée que la première.

Il est de regle que les biens fonds sont régis, quant à la succession, par la loi du lieu de leur situation. Suivant le droit français les biens meubles le sont de même. La loi des 8 et 14 Avril 1791, confirmée en ce point par l'art 3 du code civil des francais, est formelle à cet égard : elle dit. „Les étrangers ne peuvent disposer de „leurs biens ni recueillir une succession, que d'après les „lois de la République" et il ne peut par conséquent exister le moindre doute que les lois françaises doivent trouver leur application.

Or d'après ces lois, le testament du Ministre est nul pour ce qui régarde ses biens meubles et immeubles situés en France, et les intimés sont appelés à sa succession

conjointement avec l'appelant, conformément aux articles 1 et 9 de la loi du 27 Nivose an 2. *)

Se livrant ensuite à l'examen de la question s'il existait dans la famille un pacte irrévocable avant la publication des lois françaises, les intimés disent:

L'art. 7 du contrat de mariage de la mère n'a donné aucun droit certain et acquis au comte Chrêtien sur les biens du Ministre. Le Ministre ne s'est obligé à rien, il ne lui a donné autre chose qu'une éspérance éloignée et incertaine sur ses biens. Il ne fait rien à la chose que ce contrat soit qualifié d'acte entre-vifs, ses dispositions à l'égard du Ministre et le testament même de ce dernier prouvent qu'il ne l'est pas; c'est en vertu de ce testament seulement que le comte reclame les biens. Or un testament est un acte révocable de sa nature, et le testateur s'y était aussi formellement reservé la faculté de pouvoir le revoquer, changer etc.

L'execution donnée au testament de l'oncle *Joseph* avant la legislation française n'a pas plus imprimé le caractère d'irrévocabilité au testament de son frère le Ministre, car chacun de ces deux testateurs a fait son testament separément de l'autre, et sans signer celui de l'autre; chacun subsiste donc par lui seul et indépendamment de l'autre, et malgré tout ce que Joseph dit du testament de son frère, malgré la concordance et la liaison qu'on puisse trouver dans leurs dispositions respectives, et les obligations et regles de conduite reciproque qu'ils ont imposées

*) Nous avons deja cité l'art. 9 de cette loi au jugement de Mayence; l'art. 1, porte: „Les donations entre vifs, faites „depuis et compris le 14 Juillet 1789, sont nulles.
„Toutes celles au même titre légalement faites anterieu„rement sont maintenues.
„Les institutions contractuelles, et toutes dispositions à „cause de mort, dont l'auteur est encore vivant, ou n'est „décédé que le 14 Juillet 1789, ou depuis, sont nulles, „quand même elles auraient été faites anterieurément."

à leurs héritiers fidei-commissaires, le Ministre n'était pas obligé après la mort de son frère, de tester, ni de tester de la manière qu'il l'a faite, il pouvait disposer de ses biens comme il voulait, et de ce qu'il a conservé sans contredit cette faculté, il suit que son testament n'est pas devenu un acte irrévocable envers les intimés et le comte Chrêtien par la mort de l'oncle Joseph et l'exécution de son testament.

Mais supposé même que les intimés aient acquiescé au testament du Ministre, ce testament ne pourrait pourtant pas subsister. A quoi auraient-ils acquiescé? à un fidei-commis. Or les fidei-commis sont abolis par les lois françaises, ces lois font partie du droit public français. Elles ont donné la pure proprieté aux grévés de substitution lorsque le fondateur du fidei-commis était dejà mort et le fidei-commis ouvert à l'epoque de la publication de la loi, et annullé toutes substitutions dont l'auteur vivait encore à cette époque. Le Ministre vivait encore lors de la publication des mêmes lois, son testament se trouvait donc frappé de nullité absolue, la proprieté de ses biens est restée sur sa tête, il l'a transmise par sa mort à ses heritiers et il y a par conséquent lieu de partager sa succession sur la rive gauche entre tous ses heritiers ab intestat.

C'est à l'appuy de ces moyens que les intimés ont soutenu le bien jugé de la sentence *à quà*.

A cette dernière observation l'appelant a repliqué que l'article premier du testament contient une institution d'heritier pure et simple dans sa personne, que l'art. 22 veut que le testament subsiste comme toute autre dispo-

sition suivant les lois, statuts etc. du pays; et qu'ainsi, ne pouvant pas subsister en France comme institution fidei-commissaire, il est claire, que l'institution d'heritier degagée de tout lien fidei-commissaire doit prendre sa force.

Mais les intimés y ont repondu, qu'on voyait bien que l'institution d'heritier pure et simple n'est que pour la forme; qu'il était impossible de trouver dans le testament un seul passage qui indiquàt que le testateur ait voulu donner la pleine proprieté de ses biens, et qu'on se persuade au contraire, en lisant le testament, qu'il a voulu que sa succession reste perpetuellement intacte dans la famille, sans que personne la puisse diminuer ou en aliéner quelque chose; d'où ils ont tiré la conséquence que l'art. 2. ne peut pas être pris dans le sens de l'appelant.

Ce sont, nous pensons, en substance, les principaux faits et moyens que les parties ont employés, et auxquels elles ont donné une grande extension et beaucoup de développement dans leurs memoires respectivement produits. Comme il est néansmoins possible qu'il nous en soit echappé quelques uns, ou que nous n'ayons pas parfaitement saisi tous les raisonnemens et argumens qui pourraient paroitre déterminans dans la cause, nous devous prier la cour de recourrir auxdits memoires.

(La fin au cahier du mois prochain.)

III.

Entscheidungen strittiger Rechtsfragen.

A.

CivilGesetzbuch.

28. Kann der Onkel gegen die Ehe seiner Nichte Opposition einlegen, wenn die Mutter der leztern zwar noch am Leben, allein bereits wegen Wahnsinn auf Interdiction beklagt ist?

29. Kann der zukünftige Ehegatte auf Aufhebung der Opposition klagen?

30. Muß dieser Klage eine Ladung ans VergleichsBureau vorhergehn?

Von diesen dreien Fragen hat der Appellationshof von Amiens in nachstehendem Falle eigentlich nur die lezte und zwar bejahend entschieden.

Die Demoiselle Clotilde Virginie Bordeaux war mit Peter Tomas Minet versprochen; die Dame Bordeaux, ihre Mutter, hatte ihre Einwilligung zu der Ehe gegeben, und am (29 Vendemiaire 12 Jahrs) 22 October 1803, war die erste der gesetzlichen Verkündigungen geschehen, als der Onkel der Braut, Mignon, zufolge einer von dem Familienrath ertheilten Ermächtigung, gegen den Abschluß der Ehe Opposition einlegt.

Minet läßt Mignon unmittelbar vor das Tribunal erster Instanz vorladen, um die Aufhebung seiner Opposition verordnen zu sehn; die Mutter Bordeaux intervenirt, und tritt dessen Antrag bei. Mig-

non behauptet, Minet sei in seiner Klage aus doppeltem Grunde unzulässig, erstens weil er nicht, vor Erlassung der Ladung ans Tribunal, ans Vergleichs-Bureau geladen, und zweitens, weil die Opposition nur gegen die Ehe der Demoiselle Bordeaux eingelegt worden, und er daher ohne Eigenschaft in dem Prozesse wäre.

Minet behauptet dagegen: die Sache der zukünftigen Ehegatten sei untheilbar; der Art. 66 des Civil-Gesetzbuchs habe bestimmt anerkannt, daß der Bräutigam hinlängliche Qualität habe, auf Aufhebung der Opposition zu klagen, indem er verordne, daß dieselbe ihm zugestellt werden solle; Mignon selbst habe durch diese Zustellung seine Eigenschaft anerkannt; die Vorladung ans Vergleichs-Bureau sei sowohl unnöthig, weil die Klagen über Oppositionen gegen eine Ehe als ausserordentliche Klagen keiner andern Prozedur unterworfen wären, als der, welche das Civil-Gesetzbuch vorgeschrieben habe, als auch unmöglich, weil der Art. 77 verordnet habe, in zehn Tagen über dieselbe zu erkennen.

Urtheil des Tribunals erster Instanz, welches, ohne Rücksicht auf die von Mignon vorgebrachten Gründe der Unzulässigkeit, befiehlt, daß die Partheien über die Opposition selbst plaidiren sollen; und da Mignon sich weigert es zu thun, Urtheil, welches ihn „ohne „Qualität erklärt, in Gemäßheit des Art. 179 in völ-„lige Schadloshaltung gegen die Partheien verurtheilt, „die Opposition freigiebt, und zum Abschluß der Ehe „zu schreiten erlaubt."

Appellation von Seiten Mignons, und Urtheil des Appellationshofes von Amiens vom (30 Ventose 12 Jahrs) 21 März 1804, wodurch der Gerichtshof:

„in Erwägung, daß das Gesetz vom 24 August „1790 verordnet hat, daß jeder Klage unter „Strafe der Nullität ein Versuch zum Vergleich „vorhergehen soll; daß kein Gesetz eine Aus„nahme von dieser Verfügung für die Op„positionen gegen die Ehe gemacht hat, ausge„nommen während der Zeit, während welcher „das Gesetz vom 20 September 1792 in Kraft „war; daß aber seit der Verkündigung des Ge„setzes vom 26 Ventose 11 Jahrs die Herr„schaft des gemeinen Rechtes in dieser Hisincht „wieder eingetreten ist;

„Ueber die Appellation erkennend, erklärt, daß „übel gesprochen worden, verbessernd Mignon „von den gegen ihn ausgesprochenen Verurthei„lungen freigiebt, und die Wittwe Bordeaux „und Minet, noch zur Zeit, in ihrer Klage „unzulässig erklärt."

30. **Sind die Verfügungen des CivilGesetzbuchs in Betreff der Abwesenden auf Erbschaften anwendbar, welche vor dessen Verkündigung eröffnet waren und zu welchen ein Abwesender ab intestat berufen war?**

Diese wichtige Frage ist in folgendem Falle von dem Kassationshofe bejahend entschieden worden.

In der Ehe von Perron und Marie Morin waren vier Kinder, Johann Marx, Johann Rochus, Michel Johann und Peter Paul gebohren worden. Im Jahr 1768 starb die Dame Perron; ihr Mann, welcher erst am 11 Floreal 4 Jahrs verstarb, behielt die Leibzucht ihres Vermögens. Zu der Zeit von dessen Tode waren nur noch drei Kinder vorhanden, indem Michel Johann

gestorben war; Johann Rochus war seit 1784 abwesend; 1792 hatte er zum leztenmale von Colombo auf der Insel Ceylon geschrieben, und die Munizipalität von Riom ersucht, im Falle des Absterbens seines Vaters für sein Interesse zu wachen. Peter Paul, der als Geistlicher deportirt worden war, kehrt erst im Jahr 1800 nach Frankreich zurück. Johann Marcus war allein in Frankreich zurückgeblieben, und hatte als TestamentsErbe das ganze väterliche und mütterliche Vermögen eingezogen, ohne sich vorher in den Besiz des dem Abwesenden zugefallenen Antheils einsetzen zu lassen.

Peter Paul klagt nach seiner Rückkehr gegen Johann Marcus auf die Theilung zu gleichen Theilen der väterlichen Verlassenschaft, und zwar ohne Rücksicht auf Johann Rochus; Marcus wendet ihm die Möglichkeit der Existenz dieses leztern ein, so wie seine Eigenschaft als eingesezter Erbe, wodurch seine Geschwister auf das Pflichttheil reduzirt worden. Schiedsrichterliches Urtheil vom 13 Messidor J. 10 welches erklärt, daß Johann Rochus seit seiner Abwesenheit für todt zu halten ist, und Marcus zur gleichen Theilung mit Peter Paul anweißt.

Appellation von Seiten von Marcus. Man müsse in Hinsicht auf Rochus, behauptet er, zwei Epochen, die des Sterbfalls der Mutter, und des des Vaters unterscheiden. Zur Zeit des ersten wäre dieser in Frankreich gewesen, und habe das nackte Eigenthum der mütterlichen Verlassenschaft, von welcher der Vater die Leibzucht gehabt, zum vierten Theile geerbt; zur Zeit des zweiten aber sei seine Existenz ungewiß gewesen, und seine Erbschaft daher auf die übergegangen, welche dem Erblasser in gleichem Grade mit

ihm verwandt gewesen, weil, um ein Erbrecht auszuüben, man vor allem seine Existenz beweisen müsse; im Jahr 4 sei daher er, der Appellant, allein fähig gewesen, die Erbschaft einzuziehen, weil Rochus als abwesend, keine Ansprüche darauf habe machen können, und Peter Paul damals als Deportirter den Emigranten assimilirt, und jeder bürgerlichen Fähigkeit beraubt gewesen wäre; welches leztere Mittel er jedoch nicht anführe, um diesem lezten sein Erbtheil auch noch izt zu bestreiten, sondern nur um die Rückerstattung der bezogenen Früchte, zu welcher das schiedsrichterliche Urtheil ihn verurtheilt, von sich abzuwälzen.

In dieser Lage der Sache wird das CivilGesezbuch verkündigt. Marcus ruft dessen Verfügungen an, und tragt förmlich darauf an: „daß das Appellations„Gericht die Parthien verweisen möge, um die Ab„wesenheit von Johann Rochus Perron auf „gesezliche Weise erklären und sich in den provisori„schen Besiz seines Vermögens einsetzen zu lassen." Diesem Antrag zuwider ward durch einen Urtheilsspruch des Appellationshofes von Riom vom 24 Messidor 11 Jahrs das schiedsrichterliche Urtheil bestätigt.

KassationsGesuch von Seiten von Johann Marcus, wegen Zuwiderhandlung gegen die Artikel 115, 116 und 117 des Gesezbuchs; er suchte zuerst faktisch zu beweisen, daß er ein Interesse habe, die Befolgung dieser Verfügungen anzuverlangen; und behauptete sodann, die anverlangte Theilung könne nicht vorgenommen werden, solange nicht vorher Rochus für abwesend erklärt worden wäre; es könne hier von keiner rückgreifenden Wirkung des Gesezbuchs die Rede sein, weil die Schwierigkeiten, die sich über die Wirklichkeit einer vermutheten Abwesenheit erheben könnten, nie anderst als nach denjenigen Gesezen beurtheilt wer-

den könnten, welche in dem Augenblick der Entstehung dieser Schwierigkeiten in Kraft wären, und zwar um so mehr, als es sich hier nur von der Art, die Abwesenheit und die grössere oder geringere Vermuthung der Existenz festzusetzen, handle.

Offenbar, erwiederte Peter Paul, wolle man hier dem Gesetzbuch eine rückgreifende Wirkung beilegen; denn 1) steige die Abwesenheit von Rochus bis zum Jahr 1784 hinauf, 2) wären dessen Rechte auf die väterliche Erbschaft vor der Verkündigung des Gesetzbuchs eröffnet gewesen, 3) wäre die Theilungs-Klage vor dieser Zeit angestellt und 4) vor derselben durch die Schiedsrichter darüber erkennt worden; der Appellationshof von Riom habe keinen andern Beruf gehabt, als zu erkennen, ob diese nach der im Augenblick ihres Urtheils bestehenden Gesetzgebung wohl oder übel gesprochen hätten; auch sei die Erklärung der Abwesenheit keineswegs nothwendig; die Abwesenheit wäre gewiß und notorisch, von allen Parthien eingestanden, und von den Schiedsrichtern mit allen den Formalitäten, welche durch die damalige Gesetzgebung vorgeschrieben gewesen, ausgesprochen worden; eine neue Erklärung sei daher um so weniger nothwendig gewesen, als sie nach dem Gesetzbuch selbst nicht nothwendig sondern nur fakultativ wäre; das Gesetz erfordere diese nur vor der Einsetzung in den povisorischen Besitz; Johann Rochus habe aber nur ein eventuelles Recht auf die Erbschaft seines Vaters hinterlassen, welches dem Art. 136 zufolge denen zugefallen wäre, welche mit ihm in gleichen Graden dazu berufen gewesen, ohne daß es dazu einer Erklärung der Abwesenheit, oder einer Einsetzung in den provisorischen Besitz bedürfe.

Urtheil des KassationsGerichts vom (1 Prairial 13, 21 März 1804 wodurch

„der Gerichtshof, dem Antrag des Herrn Thu„riot, Substituten des Kais. GeneralProku„rators gemäß, nach Einsicht der Art. 115, 116, „und 117 des CivilGesetzbuchs, angesehen, daß „in vorliegendem Falle Johann Marcus „Perron ausdrücklich darauf angetragen hatte, „daß vor der Theilung des Antheils von Jo„hann Rochus Perron dessen Abwesenheit „gesetzlicher Weise konstatirt werden sollte, und „daß der Appellationshof diese, von dem Gesetz „angegebene, vorläufige Prozedur verweigert „hat ꝛc. kassirt und annullirt.

WechselRecht.

3. Ist ein Billet à Ordre oder Wechsel, den Werth in Dienstleistungen (en bon offices) gültig?

Kann der Aussteller oder Acceptant dem Inhaber die Mängel des Endossements einwenden, um die Zahlung zu verweigern?

Ueber die lezte dieser Fragen siehe den vorigen Band dieser Zeitschrift S. 324. Die erste hat das KassationsGericht in folgendem Falle bejahend entschieden.

Am 20 Thermidor J. 6. stellt die Dame Choiseuil Souville ein Billet von 8040 Fr. auf sich selbst, zahlbar an Remy Lierval sechs Monate nach der Aufhebung des auf ihren Gütern haftenden Sequesters, aus. Das Endossement dieses Billets lautet: „ich „bitte die Bgrin Choiseuil, dieses Billet an den „Bgr Johann Sevestre, Hilaire genannt, für „die von demselben erhaltene Dienstleistungen zu zah-

„len. Paris am 30 Ventose 8 Jahrs. Lierval"
Lierval stirbt; der Sequester wird aufgehoben, und Sevester läßt am (30 Fructidor 10 J.) 17 Sept. 1802 das Billet protestiren; Frau von Choiseuil wird durch ein kontradictorisches Urtheil des CivilGerichts des SeineDepartements zur Zahlung verurtheilt. In der AppellationsInstanz ward dasselbe durch zwei Urtheile des Appellationshofes von Paris vom 24 Thermidor 11 und 13 Nivose 12 J. bestätigt.

KassationsGesuch wegen Verlezzung der Art. 23, 24 und 25 des Titels V der Ordonnanz von 1673, der Ordonnanzen von 1731, 1735 und des Gesetzes vom 17 Nivose 2 Jahrs. Das Billet, behauptete sie, habe nur durch Schenkung oder als ein HandelsPapier durch ein Endossement an Sevester gelangen können; die Note auf demselben sei aber weder ein Endossement, weil die Worte: den Werth in Dienstleistungen erhalten, dem Willen der Ordonnanz, auszudrücken, in welchem Werthe die Valuta gegeben worden, unmöglich genug gethan haben könnten, noch eine Schenkung, weil keine der von den Ordonnanzen von 1731 und 1735 vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt worden; endlich sei dies Billet ohngefähr das ganze Vermögen von Lierval gewesen, der dem Gesetz vom 17 Nivose 2 Jahrs gemäß nur über ein Sechstheil desselben habe verfügen können.

Urtheil des Kassationshofes vom (13 Ventose 13 Jahrs) 1ˢ März 1805, wodurch

„der Gerichtshof, dem Antrag des Hrn. Pons,
„Substitut des Kais. GeneralProkurators gemäß, nach Einsicht der Art. 23, 24 und 25 des
„Titels V der Ordonnanz von 1673, deren Verfügungen den Billets à Ordre gemeinschaftlich geworden sind,

„in Erwägung, daß das von der Dame Choi-
„seuil zum Vortheil von Remy Lierval
„ausgestellte Billet an diesen oder dessen
„Ordre zahlbar war; daß die hinten auf dem-
„selben befindliche Ordre datirt ist, und den
„Namen desjenigen enthält, an welchen dasselbe
„zahlbar ist, und der dessen Werth gegeben hat,
„daß der Art. 23 nicht gradezu fordert, daß der
„Werth in Geld oder Waaren geliefert worden
„sei, wenn er nur auf irgend eine Art gegeben
„worden ist, daß der Preiß der Dienstleistungen
„welche Lierval von Sevester erhalten hat-
„te, ein Werth war, den niemand besser als
„Lierval beurtheilen und abschäzzen konnte,
„daß nach diesen Sätzen die Ordonnanz von 1731,
„die von 1735 und das Gesez vom 17 Nivose
„2 Jahrs gar keine Anwendung auf diesen Fall
„haben, das KassationsGesuch verwirft ꝛc.

V.

Merkwürdige CriminalProzeduren.

I.

Eberhard Hang, Therese und Nannette Vorrath.

(Beschluß.)

Die Verurtheilten suchten von dem Urtheil vom 28 Praireal (18 Juni 1805) (siehe Seite 466 des 1 Bandes) Kassation nach. Sie stüzten das Gesuch auf folgende Gründe:

1) habe der Greffier des Directors der Anklagegeschwornen zu Simmern das gesetzliche Alter von 25 Jahren noch nicht erreicht gehabt, und daher keine Qualität gehabt, um die ihm von den Artikeln 216, 225 und 247 des Gesetzbuchs der Verbrechen und Strafen anvertraute Verrichtungen zu versehen;

2) enthalte die AnklageAkte mehrere Thatsachen und Anführungen, welche mit der That selbst nicht in Verbindung stünden, welches eine Verlezzung des Art. 229 des besagten Gesetzbuchs wäre;

3) sei die AnklageAkte dem Kais. Prokurator bei dem Tribunal erster Instanz in Simmern nicht mitgetheilt worden;

4) sei eine Zuwiderhandlung des Gesetzes vom 27 Ventose 8 Jahrs vorhanden, welchem zufolge die Directoren der AnklageGeschwornen nur alle drei Monate wechselten, indem Hr. Walch, Richter in Simmern, diese Verrichtungen noch im Thermidor versehen,

und schon im Fructidor Hr. Reinecke in dessen Stelle eingetreten wäre, ohne daß bewiesen worden, daß der erste gesetzlich verhindert gewesen;

5) sei die Ziehung der UrtheilsGeschwornen in Gegenwart eines Adjuncten und eines PolizeiKommissairs geschehen, welcher lezte keine gesetzliche Qualität habe, die Stelle eines MunizipalBeamten zu versehen, welches eine Verlezung des Art. 503 des Gesetzbuchs der Verbrechen und Strafen sei;

6) sei die Profession des Geschwornen Johann Stolz den Angeklagten nicht zugestellt worden, und sie daher in der Unmöglichkeit gewesen, ihn zu kennen und den Umständen nach zu rekusiren.

7) sei der Adjunct der Geschwornen Plaz ihnen unter dem Namen Pfalz zugestellt worden;

8) habe der SicherheitsBeamte, als Verfasser der AnklageAkte, nicht als Zeuge gehört werden können;

9) habe der Präsident der Wittwe Vorrath in der Audienz den Schädel ihres Mannes mit den Worten vorgezeigt: das ist ihr Werk, sie ist die Mörderin! und dadurch seine Gewalt überschritten;

10) sei die Frage, ob die Wittwe Vorrath freiwillig gehandelt habe, nicht in allen Abschnitten der sie betreffenden Fragen gesetzt worden;

11) sei die Frage nicht gesetzt worden, ob Hang zu dem Morde aufgereizt worden wäre;

12) dieselbe Frage sei auch in Hinsicht auf die Anne Marie Vorrath nicht gesetzt worden;

13) sei die Frage, ob Anne Marie Vorrath freiwillig gehandelt habe, nicht gesetzt worden;

14) sei die Erklärung der Geschwornen nicht von ihrem Chef, sondern von dem zweiten Geschwornen verlesen worden, welches eine Zuwiderhandlung gegen

den Art. 413 des Gesetzbuchs der Verbrechen und Strafen sei.

Wir brauchen wohl nicht zu bemerken, daß nicht alle diese KassationsMittel von jedem der Verurtheilten geltend gemacht wurden; die zehn ersten waren in der Bittschrift der Wittwe Vorrath enthalten; Hang hatte ausser den allgemeinen Mitteln, die er mit der Wittwe Vorrath gemeinschaftlich hatte, nur das 10 und 14, und Anne Marie Vorrath das 12 und 13 angeführt.

Auch der Kais. GeneralProkurator hatte Kassation des Urtheils nachgesucht, ohne jedoch die Gründe des Gesuchs anzuführen, welches vorzüglich den Zweck gehabt zu haben scheint, der theilweisen Kassation der Prozedur, wegen einem RechtsMittel, das nur einem der Angeklagten persönlich gewesen wäre, vorzubeugen, indem durch den theilweisen Vollzug des Urtheils der Beweiß gegen die übrigbleibende Angeklagte nothwendig geschwächt worden sein würde.

Vor dem KassationsGerichtshof entwickelte der Hr. Sirey, Advokat bei demselben, die von der Wittwe Vorrath vorgebrachten Gründe zur Kassation. Auch der Substitut des Kais. GeneralProkurators bei diesem obersten Gerichtshof trug auf die Kassation wegen Verlezzug der gesetzlichen Formen, vorzüglich wegen dem 5 NullitätsMittel an. Allein am 20 Thermidor 13 (8 August 1805) erfolgte folgendes

Urtheil.

Auf den Antrag des Kais. GeneralProkurators bei dem peinlichen Gerichtshof vom Rhein und MoselDepartement,

Und auf den Antrag von Eberhard Hang, Therese Vorrath, gebohrne Balbiano und

Anne Marie Vorrath, ihre Tochter, erkennend
welche beide die Kassation des Urtheils bezwecken, das am 28 Prairial lezthin von dem peinlichen Gerichtshof erlassen worden ist,
ist folgender Urtheilsspruch erlassen worden;
nach Anhörung des Berichtes des Herrn Aumont und des Hrn. Lacoutiere für den Hrn. Kais. GeneralProkurator in seinem Antrag,
Angesehen, in Hinsicht auf das erste Mittel, daß die Verfügungen der Artikel 216 und 225 des Gesetzbuchs der Verbrechen und Strafen, worauf dasselbe sich gründet, nicht unter Strafe der Nullität vorgeschrieben sind, daß das nämliche von demjenigen Theil des Art. 247 gilt, welcher will, daß über die Uebergabe der Erklärung der Geschwornen an den Director der Jury ein VerbalProzeß errichtet werden soll;
in Hinsicht auf das zweite Mittel, daß die AnklageAkte die Thatsachen und Umstände vorträgt, daß die Natur des Verbrechens darin bestimmt angegeben ist, daß also dieser Akt keine Verlezzung des Art. 229 des angeführten Gesetzbuchs enthält;
auf das dritte Mittel, daß die Mittheilung der AnklageAkte an den Kais. Prokurator seit dem Gesez vom 7 Pluviose 9 Jahrs, dessen Art. 20 die Abfassung dieser Akten den SicherheitsBeamten, Substituten des Kais. GeneralProkurators bei den peinlichen Gerichtshöfen überträgt, nicht mehr nöthig ist;
auf das vierte Mittel, daß nach dem Gesez vom 27 Ventose 8 Jahrs, welches die Richter der Tribunalien erster Instanz beauftragt, nach der

Reihe von 3 zu 3 Monaten die Verrichtungen als Directoren der Anklage-Geschwornen zu versehen, die Herrn Walch und Reinecke gesetzlicher Weise diese Stelle, der eine im Monat Thermidor, der andere im Monat Fructidor versehen konnten, sobald es nicht bewiesen, ja nicht einmal behauptet wird, daß der Hr. Walch diese Verrichtungen erst seit dem Monat Praireal angetreten habe;

auf das fünfte Mittel, daß die Ziehung der UrtheilsGeschwornen in Gegenwart eines der Adjuncten des Maires von Koblenz geschehen ist, welches den Fehler, dessen man diese Operation beschuldigt, hinlänglich deckt;

auf das sechste Mittel, daß der Geschworne Stolz mit seinem Vornamen Johann und seinem Wohnort zu Schmitt im Kanton Luzzerath bezeichnet worden ist; daß keine Verfügung des Gesetzbuchs unter Strafe der Nullität befiehlt, die Profession der Geschwornen anzugeben; daß die Kläger nicht behauptet haben, daß in der Gemeinde Schmitt mehrere Stolz mit demselben Vornamen Johann existirten, daß sie in dieser Hinsicht vor dem peinlichen Gerichtshof keine Schwierigkeit erhoben haben, und daß ihre Behauptung, daß sie der Befugniß, ihn zu rekusiren, dadurch beraubt worden wären, unerwiesen ist;

auf das siebente Mittel, daß bei der Signifikation der Liste der Geschwornen über den, der unter dem Namen Pfalz darauf stand, keine Bemerkung gemacht worden ist; daß die Kläger nicht bemerkt haben, daß sie ihn nicht kennten, da sie sich doch über den Mangel der Angabe der

Profession des Johann Stolz beschwert haben; daß die Identität des Vornamens, der Profession und des Wohnortes es ausser Zweifel setzen, daß der Name Pfalz irthümlich statt Plaz auf die Liste gesezt worden; daß dieser Irthum vor Erösnung der Debatten erkannt worden ist, daß der Geschworne rekusirt werden konnte, und es nicht geworden ist, daß Plaz übrigens einer der Adjuncten war, und zu der Erklärung gegen die Angeklagten nicht beigezogen worden ist;

auf das achte Mittel, daß in den besondern Umständen der Sache die Abhörung des Sicherheits-Beamten, Verfassers der AnklageAkte, keine Nullität nach sich ziehen kann;

auf das neunte Mittel, daß die Worte, welche der Präsident des peinlichen Gerichtshofes an die Therese Vorrath gerichtet hat, die Wirkung eines Irthums waren, den er auf der Stelle verbessert hat, indem er seine wahre Gedanken entwickelt und öffentlich erklärt hat, daß er nicht die Absicht gehabt habe, eine Thatsache als gewiß anzugeben, welche es erst durch die Entscheidung der Geschwornen werden konnte, welche Erklärung jede Idee von Ueberschreitung seiner Gewalt, und einer Usurpation von Verrichtungen, die der Amtspflicht der Richter fremd sind, entfernt;

auf das zehnte Mittel, daß es sich auf einen faktischen Irthum gründet, weil die Frage, ob die Wittwe Vorrath freiwillig gehandelt habe, gesetzt worden ist;

auf das eilfte Mittel, daß die AnklageAkte, die Prozedur und die Debatten den Hang nicht als eines Mordes, sondern eines Meuchelmordes

schuldig darstellen; daß es also der Fall nicht war, eine Frage über die Anreizung zu setzen, welche wohl im ersten, nie aber im zweiten Fulle ihre Anwendung finden kann;

auf das zwölfte Mittel, daß es dasselbe wie das vorige ist, und dieselbe Antwort erhält;

auf das dreizehnte Mittel, daß die Fragen, ob Anne Marie Vorrath wissentlich und ob sie in verbrecherischer Absicht gehandelt habe, gesetzt worden sind, daß sie bejaht worden sind; und daß die Frage, ob sie mit Ueberlegung gehandelt habe, nicht gesetzt werden durfte, weil das Mädchen zur Zeit des Verbrechens 17 Jahre alt war;

auf das vierzehnte und lezte Mittel, daß die Erklärung der Geschwornen von ihrem Chef unterzeichnet ist, daß er die Formel ausgesprochen hat: ich erkläre auf Ehre und Gewissen etc. und daß nur auf seine ausdrückliche Erklärung, daß er bei Licht nicht lesen könne (es war damals halb drei Morgens), der zweite Geschworne dem ersten in einer Operation geholfen hat, welche dieser selbst zu vollenden durch eine physische Unmöglichkeit verhindert war, und die, weil sie nicht mit dem Wesen des Aktes innig verbunden ist, nicht als eine Zuwiderhandlung gegen den Art. 413 des Gesetzbuchs betrachtet werden kann;

angesehen endlich, daß der Kais. GeneralProkurator bei dem peinlichen Gerichtshof des Rhein und MoselDepartements sein Gesuch um Kassation des fraglichen Urtheils durch keine Mittel unterstüzt hat;

Verwirft der Gerichtshof sowohl das Kassa-

tionsGesuch des besagten Kais. GeneralProkurator, als das von Therese Balbiano, Wittwe Vorrath, von Eberhard Häng, und von Anne Marie Vorrath.

Das Urtheil ward am 16 Fructidor vollzogen. Sowohl Hang als die Amtmännin, vorzüglich aber die lezte, bewiesen ungewöhnlichen Muth vor der Hinrichtung. Sie bestieg selbst die Guillotine, zu welcher sie sowohl als Hang den Weg aus dem Arresthaus auf eignes Verlangen zu Fuß gemacht hatte, und zeigte in den lezten Augenblicken eine Karakterstärke, welche ihr die bis hierhin schier völlig entbehrte Theilnahme des Publikums in einem hohen Grade erwarb.

III.

Die falsche Marquise von Douhault,

entlarvt vor dem SpezialGericht zu Bourges.

(Fortsetzung.)

Anne Perisse, Kammerfrau der Frau von Douhault hatte sie bis zu ihren lezten Augenblicken nicht verlassen; sie hatte die Leiche derselben dem GeneralLieutenant der Amtmannschaft und dem Advokat des Königs vorgezeigt, und den von diesen Beamten errichteten VerbalProzeß unterzeichnet; sie war hierauf in die Provinz Berry, ihr Vaterland, zurückgekehrt, wo sie allenthalben die Nachricht von dem Tode ihrer Herrschaft verbreitet hatte. Als nun plözlich die wiederauferstandene Frau von Douhault daselbst erschien, ward sie anfangs von der Kammerfrau verläugnet; plözlich aber ändert sich die Szene; die lezte findet sich bei unsrer Heldin ein, begleitet sie allenthalben, dient ihr als Dollmetscherin, wirbt Zeugen für sie, unterrichtet sie von allen Partikularitäten, welche die Familien Douhault und Champignelles betreffen, und bestätigt in den Augen der Menge die wunderbare Wiederauferstehung der Marquise. Auch Thomas, ein ehemaliger Bedienter der Frau von Douhault findet sich ein; nun ertheilt unsre Heldin allenthalben öffentliche Audienz; die Gaffer und Neugierige strömten in Haufen herbei; mit Hülfe ihrer neuen Verbündeten und der Meinung des Volks fiel es ihr leicht, die Menge zu bethören, und die Einförmigkeit dieser Vorgänge ward nur durch die

lächerlichen Misverständnisse unterbrochen, zu welchen zuweilen das Zusammentreffen der Abentheuerin mit Verwandten oder genauen Bekannten der Familie Champignelles statt gab, welche sie oft nicht einmal dem Namen nach wiedererkannte.

Als sie ihren Anhang hinlänglich verstärkt zu haben glaubte, um mit Erfolg vor Gericht auftreten zu können, ließ sie im Jahr 4 die Republik, welche damals die Güter des Hrn. von Champignelles unter Sequester gelegt hatte, vor das Tribunal von Crosne vorladen, um über die Appellation von dem Urtheil des Tribunals von St. Fargeau vom 26 Mai 1792 erkennen zu sehn. Durch die Suppression des Tribunals von Crosne ward die Sache an das CivilGericht des Departements der Nievre verwiesen, wo sie während mehreren Audienzen kontradiktorisch zwischen der vorgeblichen Marquise und dem RegierungsKommissair, der für die Republik sprach, plaidirt ward. Dieser lezte sezte der Appellantin den SterbAkt der wahren Marquise entgegen, worauf ein erstes Urtheil die Beiladung der Herrn von Lavergne, Egrot Dulude und von Guercheville, welche diesen unterzeichnet hatten, verordnete, um über diesen Akt ihre Erklärung abzugeben.

Auf die Zustellung dieses Urtheils erschienen diese Herren, und erklärten, die beiden ersten, daß sie im Monat Jänner 1788 dem Begräbniß der Marquise von Douhault beigewohnt hätten, der lezte, daß diese Dame bei ihm am 19 Jänner desselben Jahrs verstorben wäre, alle drei, daß sie den SterbAkt mit völliger Gewißheit ihres Todes unterzeichnet hätten.

Nun behaupteten die Vertheidiger der Klägerin, der von dem RegierungsKommissair vorgebrachte Sterb-

Akt sei das Resultat eines zwischen den Hrn. Lavergne, Dulude und Guercheville und ihrem abwesenden Bruder Champignelles geschmiedeten Anschlags, um sie um Namen, Stand und Vermögen zu bringen; die Sache ward von neuem plaidirt, und durch ein Urtheil vom 19 Nivose 4 Jahrs verordnet das Tribunal von Nevers

„daß mit dem Urtheil über die von der vorgeblichen „Wittwe Douhault eingelegte Appellation solange „eingehalten werden sollte, bis dahin der kompetente „Richter über die von ihr artikulirten Verbrechen und „die Urheber und Mitschuldige derselben erkannt ha„ben würde; erklärt die Appellantin gehalten, in Zeit „von zwei Monaten ihre desfalsige Betreibungen zu „erweisen, widrigenfalls zum Urtheil über die Appel„lation geschritten werden soll."

Zu Gefolge dieses Urtheils übergab sie am 9 Ventose 5 Jahrs dem Director der AnklageGeschwornen von Argenton Dept. vom Indre, eine Klagschrift, wodurch sie die Herren Lavergne, Dulude und Guercheville der Verfertigung eines falschen Sterb-Aktes anklagte; der Director der Jury erließ aber am 25 desselben Monats eine Ordonnanz, wodurch er die Erkenntniß über diese Klage vor den FriedensRichter oder Director der AnklageGeschwornen von Orleans, dem Orte, wo das Falsum begangen worden sein sollte, verwieß.

Durch die Errichtung der SpezialGerichte durch das Gesetz vom 18 Pluviose 9 Jahrs gelangt die Klage an den SicherheitsBeamten zu Orleans, auf dessen Antrag der Director der AnklageJury am 7 Germinal 10 J. eine Ordonnanz erließ, wodurch er, in Erwägung, daß die Klage der angeblichen Wittwe Douhault nur ein persönliches Interesse darböte, daß

die öffentliche Ordnung nicht dabei betheiligt wäre, und daß kein materielles Falsum vorhanden wäre, sie von sich ab und vor den kompetenten Richter verweißt.

Diese Ordonnanz, so wie die Requisition des SicherheitsBeamten von Orleans wurden auf Betreiben der Klägerin durch zwei Urtheile des KassätionsGerichtshofes, vom 29 Thermidor 10 und 5 Prairial 11 null und nichtig erklärt, und die Prozedur in Gemäßheit des Art. 5 des Gesetzes vom 23 Floreal 10 und des Titels III. des Gesetzes vom 18 Pluviose 9 Jahrs vor das SpezialGericht von Bourges verweisen.

Am 28 Thermidor 11 Jahrs übergab hierauf die vorgebliche Marquise dem Kais. GeneralProkurator bei diesem Gerichte eine zweite Klage, wodurch sie Armand Ludwig Rogres de Lusignan de Champignelles, den sie ihren Bruder nennt, der Mitschuld an der Verfertigung des falschen SterbAktes vom 21 Jänner 1788 anklagt. Auf die Requisition dieses Beamten wurden nun die gegenseitig angegebene Zeugen abgehört, die Klägerin nochmal über Fragstücke vernommen, und die Handschrift der Dame Douhault mit der der Klägerin durch Kunstverständige verglichen. Am 21 Prairial 12 Jahr erklärte der SpezialGerichtshof sich kompetent, um über die Klage zu erkennen, schon am 17 Messidor ward dieses Urtheil vom dem KassationsGericht bestätigt, und am 20 Vendemiaire 13 Jahrs (12 Octob. 1804) die Debatten in der öffentlichen Audienz des SpezialGerichts eröffnet.

Ich habe, um die ProzeßGeschichte nicht zu unterbrechen, einige andere Vorgänge unberührt gelassen, die ich jedoch, da sie nicht ohne Einfluß auf die Hauptsache, nachführeu will, ehe ich zu dem Tageblatt der Debatten selbst übergehe.

Eine Dame Gouy zu Nevers vermißte im Jahr 7 einige Schnupftücher, ihr Verdacht fiel auf unsre Marquise, welche sie aus Gastfreiheit aufgenommen hatte, und dieser Umstand ward die Veranlassung, daß diese ihr Haus verließ, und den Gasthof zu der Nation bezog. In demselben logirte ein Offizier, Namens Froissard, welchem bald darauf einige Halsbinden fehlten. Er behauptete, die Marquise müsse sie Morgens, während er geschlafen, ihm entwendet haben; diese läugnet; man durchsucht ihre Sachen, und findet die Schnupftücher der Dame Gouy und die Halsbinden des Herrn Froissard darunter. Sie wird verhaftet. In ihrem Verhör behauptet sie, sie habe die Effecten in dem Gasthaus gefunden: da sie sich oft auf Reisen befände, so wären ihr bereits viele Sachen unterwegs entkommen, und sie habe daher diese, da sie der Wirthin nicht mehr als ihr angehört, zur Kompensation mit den verlohrnen eingepackt. Die Anklage wird gegen sie erkannt, allein die UrtheilsJury erklärt, daß die Effecten zwar entwendet worden, daß Adelheid Marie Rogres de Lusignan von Champignelles, Wittwe von Ludwig Joseph von Douhault sie entwendet habe, allein nicht in diebischer Absicht. Dem Gesetz gemäß mußte sie freigesprochen werden. Diese ganze Prozedur ward unter obigem Namen gegen sie geführt, den sie in ihren Verhören angenommen hatte.

(Die Fortsetzung folgt.)

V.

Miszellen.

Am 26 Fructidor hatte die PreißVertheilung unter die Zöglinge der Akademie der Gesetzgebung, unter dem Vorsitz des StaatsRaths Regnaud (de St. Jean d'Angely) Kaiserlicher GrosProkurator und GrosOffizier der EhrenLegion, statt. Der Präsident und viele Glieder des Senats, des Tribunats, des GesetzgebendenKörpers, und des Staats-Raths so wie Deputationen der Gerichtshöfe, der Kammern der Avoues und Notarien, des Instituts und der andern gelehrten Gesellschaften zu Paris, und die GeneralInspectoren der Rechtsschulen wohnten dieser Feierlichkeit bei, welche der Hr. GeneralVerwalter Brugiere (vom Gard) mit einer kurzen Anrede eröffnete. Mehrere Zöglinge sprachen nach und nach jeder über einen besondern Zweig der Rechts-Wissenschaften; eine Rede des Hrn. Präsidenten, die der Raum uns mitzutheilen verbietet, endigte die Sitzung, welche das größte Interesse erregte.

Der Senat hat durch ein SenatusKonsult die Wiedereinführung des Gregorianischen Kalenders vom 1 Jänner 1806 an verordnet. Wir werden deshalb die: Uebersicht der Gesetzgebung im Jahr XIII

erst im FebruarHeft 1806 liefern, um die drei lezten Monate des Jahrs 1805 darin begreifen zu können.

Der peinliche Gerichtshof des Rhein und Mosel-Departements zu Koblenz hat im Jahr 13 neun Urtheile erlassen, welche Verurtheilungen wegen Verbrechen enthalten und wirklich vollzogen worden sind. Unter dieser Zahl sind die nothwendig zahlreichere Urtheile eben so wenig einbegriffen, welche er als AppellationsGericht von den ZuchtPolizei Gerichten in Materien von der Kompetenz dieser leztern erlassen hat, als diejenige welche Freisprechungen enthalten. Folgendes waren die Verbrechen welche zu diesen Verurtheilungen Anlaß gegeben haben:

Natur der Verbrechen	Zahl der Verurtheilten aus dem Bezirke von		
	Coblenz	Bonn	Simmern
Mord	=	=	2
An Personen verübte Gewaltthätigkeiten	1	=	=
Betrügereien	2	=	=
Einfache Diebstähle . . .	1	1	1
Diebstähle auf der Landstrasse	1	=	=
Diebstahl mit Einbruch . .	=	2	=

Verurtheilt wurden also in allem zwölf Personen; wovon 2 zum Tode, 1 zu zwanzigjähriger Einsperrung, eine zu dreitägiger, drei zu 6 monatlicher und 2 zu zweijähriger Zuchthausstrafe, 1 zu 4 jähriger, 1 zu 10 jähriger, 1 zu 12 jähriger und 1 zu 16 jähriger Kettenstrafe.

Wenn man dies Resultat mit der Bevölkerung des Departements, die sich auf 230,601 Seelen beläuft, vergleicht, so liefert es für die Moralität seiner Bewohner und die mit der Handhabung der öffentlichen Sicherheit beauftragten Beamten nothwendig ein sehr ehrenvolles Zeugniß.

VI.

LOIS
ET
DÉCRETS IMPÉRIAUX,

rélatifs à l'ordre judiciaire,

rendus depuis la session legislative de l'an XIII,
jùsqu' au 1ér Janvier 1806.

XXXI.

Police Correctionnelle.

(Marque des tabacs.)

(N.° 793.) *Décret du* (3 *Nivose* 13) 24 *Decembre* 1804.

NAPOLÉON, Empereur des Français;

Sur le rapport du ministre des finances; le Conseil d'état entendu,

Décrète:

Art. 1.er Tous fabricans, négocians, marchands ou dépositaires de tabacs fabriqués en carottes ou filés, dépourvus des marques de fabrique, ou du type prescrit par les lois des 22 brumaire an VII et 5 ventôse an XII, ainsi que de tabacs revêtus de marques imitées de l'étranger, seront tenus, dans les trois jours pour les lieux situés dans les deux myriamètres de la ligne des douanes, et pour l'intérieur dans la huitaine de la publication du présent décret, d'en faire leur déclaration

au premier bureau de la régie des droits réunis.

2. Après avoir acquitté les droits de fabrication, lesdits tabacs recevront une marque spéciale, à la faveur de laquelle ils pourront être admis dans la circulation, et dont l'empreinte sera déposée au greffe des cours d'appel, pour y recourir au besoin.

3. Ladite marque ne pourra être apposée aux tabacs qui seraient présentés après les délais ci-dessus accordés pour la déclaration.

4. Les tabacs non déclarés, et qui n'auront pas reçu la marque spéciale, continueront d'être traités comme les marchandises prohibées, conformément à l'article 1er du titre V de la loi du 22 août 1791.

5. Aucun certificat d'origine, ou autre pièce, ne pourra remplacer les marques prescrites par le présent réglement et par les lois antérieures.

6. Le ministre des finances est chargé de l'exécution du présent décret.

XXXII.

Justice Criminelle.

(Impression des jugemens rendus contre les recéleurs de conscrits réfractaires.)

(N.° 796.) *Avis du Conseil d'état du* (15 *Prairial*) 4 *Juin* 1805.

Le Conseil d'état, qui, d'après le renvoi de sa Majesté l'Empereur, a entendu la section de législation sur un rapport du grand-juge ministre de la jus-

tice, contenant la proposition d'un décret impérial qui ordonne l'impression et l'affiche des jugemens rendus contre les recéleurs des conscrits réfractaires et des déserteurs;

Considérant que la loi du 6 floréal an XI ordonne l'affiche et l'impression des jugemens rendus contre les conscrits réfractaires et les déserteurs

Qu'aux termes des articles 2, 3 et 4 du titre III de la seconde partie du code pénal, les complices des crimes ou délits sont sujets à la même peine que l'auteur principal du délit;

Que le recéleur d'un conscrit réfractaire ou d'un déserteur est le complice de la désobéissance à la loi ou de la désertion.

Est d'avis qu'il n'y a nul doute que les recéleurs des conscrits réfractaires ne doivent être condamnés aux frais d'impression et d'affiche des jugemens rendus contre eux, mais que cette disposition résultant du texte même de la loi, il serait superflu de rendre aucun décret impérial à ce sujet; qu'il suffit, pour servir d'instruction aux tribunaux, d'insérer le présent avis au Bulletin des lois.

XXXIII.

Droit public.

(Epoque, à compter de laquelle les Décrets impériaux sont obligatoire.)

(N.° 812.) *Avis du Conseil d'état du* (25 *Prairial*) 14 *Juin* 1805.

Le Conseil d'état, qui, d'après le renvoi fait

par sa Majesté impériale, a entendu le rapport de la section de législation sur celui du grand-juge ministre de la justice, tendant à faire décider de quel jour les décrets impériaux sont obligatoires ;

Considérant que la proposition et la discussion publiques des lois ont permis de déterminer dans l'article 1.er du Code civil un délai après lequel leur promulgation étant présumée connue dans chaque département, elles y deviennent successivement obligatoires ;

Que les décrets impériaux étant préparés et rendus avec moins de publicite, ils ne peuvent pas être frappés de la même présomption de connaissance, et qu'en effet ils n'ont pas été compris dans la disposition de l'article 1.er du Code.

Qu'il faut donc, pour qu'ils deviennent obligatoires, une connaissance réelle qui résulte de leur publication ou de tout autre acte ayant le même effet,

Est d'avis que les décrets impériaux insérés au Bulletin des lois sont obligatoires, dans chaque département, du jour auquel le Bulletin a été distribué au chef-lieu, conformément à l'article 12 de la loi du 12 vendémiaire an IV ;

Et que quant à ceux qui ne sont point insérés au Bulletin, ou qui n'y sont indiqués que par leur titre, ils sont obligatoires du jour qu'il en est donné connaissance aux personnes qu'ils concernent, par publication, affiche, notification ou signification, ou envois faits ou ordonnés par les fonctionnaires publics chargés de l'exécution.

XXXIV.

Police Correctionnelle.

(Annonce et vente de remèdes secrets.)

(N.° 8013.) *Décret impérial du* (25 *Prairial*) 14 *Juin* 1805.

NAPOLÉON, EMPEREUR DES FRANÇAIS;
Sur le rapport du grand-juge ministre de la justice;
Vu la loi du 21 germinal an XI;
Le Conseil d'état entendu,

DÉCRÈTE:

ART. 1.er La défense d'annoncer et vendre des remèdes secrets, portée par l'article 36 de la loi du 21 germinal an XI, ne concerne pas les préparations et remèdes qui, avant la publication de ladite loi, avaient été approuvés, et dont la distribution avait été permise dans les formes alors usitées: elle ne concerne pas non plus les préparations et remèdes qui, d'après l'avis des écoles ou sociétés de médecine ou de médecins commis à cet effet depuis ladite loi, ont été ou seront approuvés, et dont la distribution a été ou sera permise par le Gouvernement, quoique leur composition ne soit pas divulguée.

2. Les auteurs et propriétaires de ces remèdes peuvent les vendre par eux-mêmes.

3. Ils peuvent aussi les faire vendre et distribuer par un ou plusieurs préposés, dans les lieux où ils jugeront convenable d'en établir; à la charge de les faire agréer, à Paris par le préfet de police, et dans les autres villes par le préfet, sous-prefet, ou, à défaut, par

le maire, qui pourront, en cas d'abus, retirer leur agrément.

4. Le grand-juge ministre de la justice est chargé de l'exécution du présent décret.

XXXV.

Timbre et Enrégistrement.

(Registres des communes.)

(N.° 826.) *Décret impérial du* (4 *Messidor*) 23 *Juin* 1805.

NAPOLÉON, Empereur des Français;

Sur le rapport du ministre des finances; le Conseil d'état entendu,

Décrète:

Art. 1.er Les receveurs des droits et revenus des communes, et de tous autres établissemens publics, les dépositaires des registres et minutes d'actes concernant l'administration des biens des hospices, fabriques des églises, chapitres, et de tous autres établissemens publics, sont tenus de communiquer sans déplacer, à toute réquisition, aux préposés de l'enregistrement, leurs registres et minutes d'actes, à l'effet, par lesdits préposés, de s'assurer de l'exécution des lois sur le timbre et l'enregistrement.

2. Il est accordé aux communes et établissemens publics un délai de six mois, à compter du jour de la publication du présent décret, pour acquitter, sans être

tenus d'aucune peine, les droits de timbre et d'enregistrement auxquels leurs registres et actes étaient assujettis; passé lequel délai, les amendes et autres peines encourues seront exigées pour tous les articles dont les droits n'auront pas été payés.

3. A l'avenir, les établissemens publics pourront tenir, pour les actes relatifs à leur administration, deux registres : l'un pour les actes de police intérieure, et sans aucun rapport avec des personnes étrangères à l'établissement; et l'autre, pour les actes d'administration temporelle et extérieure. Le premier registre sera exempt de timbre; aucun acte sujet à l'enregistrement ne pourra être inscrit sur ce registre.

4. Si sur le registre destiné aux actes d'administration temporelle et extérieure, il était porté des actes reçus par un secrétaire ou autres officiers de l'établissement, et qui constateraient qu'on s'est présenté devant lui pour rédiger les conventions y portées, lesdits actes seraient alors sujets à l'enregistrement dans les vingt jours, comme ceux des secrétaires des administrations centrales ou municipales.

5. Tous les autres actes qui seraient consignés sur le registre en papier timbré, en forme de délibération des membres de l'établissement, même avec le concours des particuliers, ne seront considérés que comme actes sous seing-privé, qu'il suffira de faire enregistrer lorsqu'on voudra en faire un usage public, excepté ceux qui renfermeraient des dispositions translatives de propriété, d'usufruit ou de jouissance de biens immeubles, lesquels doivent être enregistrés dans les trois mois de leur date.

XXXVI.

Timbre.

(Lettres de voiture etc. etc.)

(N.° 854.) *Décret impérial du* (16 *Messidor*) 5 *Juillet* 1805.

NAPOLÉON, Empereur des Français;

Sur le rapport du ministre des finances: le Conseil d'état entendu,

Décrète:

Art. 1.er Les préposés des douanes et les préposés à la perception des droits d'octroi sont tenus de se faire représenter les lettres de voitures, connaissemens, chartes-parties et polices d'assurance des marchandises et autres objets dont le transport se fait par terre ou par eau, et de vérifier si ces actes sont écrits sur papier d'un franc, ainsi qu'il est prescrit par l'article 5 de la loi du 6 prairial an VII.

2. En cas de contravention, ils en rédigeront des procès-verbaux, pour faire condamner les souscripteurs et porteurs solidairement à l'amende fixée par l'article 4 de la même loi.

3. Pour indemniser les préposés des soins de cette vérification, il leur sera accordé la moitié des amendes qui auront été payées par les contrevenans.

4. Les préposés de l'administration de l'enregistrement et des domaines qui auront constaté des contraventions de la même nature, profiteront également de la moitié desdites amendes.

Diejenigen Buchhandlungen, welche den ersten Jahrgang dieser Zeitschrift durch die Jägersche Buchhandlung in Frankfurt bezogen, und die Fortsetzung derselben nicht erhalten haben, werden hierdurch benachrichtiget, daß das eilfte Heft dieses Jahrgangs in einigen Tagen die Presse verlassen, und das zwölfte und lezte in einigen Wochen folgen wird. Sie werden daher gebeten, bei der ebengenannten Jägerschen Buchhandlung die ihnen fehlenden Stücke in Erinnerung zu bringen, und wenn die ohne Erfolg bleiben sollte, sich direkte an die unterzeichnete Verlagshandlung zu wenden und alsdann der baldigen Nachlieferung des Fehlenden versichert zu seyn.

Lassaulxsche Buchhandlung.

Journal

für

Gesetzkunde und Rechtsgelehrsamkeit.

Herausgegeben

von

F. Lassaulx

Advokat bei den Tribunalien zu Koblenz.

Zweiter Jahrgang.

Achtes Heft.

Mit Genehmigung S. E. des GroßRichters.

Koblenz, 1805.

in der Lassaulx'schen Buchhandlung.

Nachricht.

Von gegenwärtiger Zeitschrift erscheint monatlich ein Heft. 6 Hefte machen einen Band aus, zu welchem Titel und Register nachgeliefert werden. Der Pränumerations-Preiß für den Jahrgang ist 15 Franks 50 Cent., fl. 7 12 kr. Rheinisch oder Rthlr. 4 Sächsisch, auf kürzere Zeit kann man sich nicht abonniren. Wer diesen Betrag baar an die VerlagsHandlung einschickt, dem geben wir hiermit die Versicherung, daß er die Hefte immer pünktlich nach ihrem Erscheinen und so weit die französischen Posten reichen, portofrei zugesandt erhalten soll; diesen Vortheil kann jedoch sonst Niemand als die Verlagshandlung gestatten.

Inhalt.

1.
CONCLUSIONS MOTIVÉES
dans la cause
du comte Chrêtien *d'Oberndorf* etc.
(Suite.)

§. III.
Discussion de la cause.

Quant à nous, Messieurs, nous croyons que la cause présente en elle même, et sous le point de vue qu'elle a été traitée par les parties, les questions suivantes à examiner :

1.mo) Le jugement du Tribunal civil du Département du Mont-tonnère du 20 Messidor an 10, dont est appel, est-il nul ?

2.do) Les lois françaises publiées dans le pays conquis avant la paix, qui a reuni ce pays à la France, sont elles obligatoires d'après le droit des gens ?

3.tio) Ces lois sont-elles applicables à la cause d'après le droit commun ?

4.to) Le testament du Ministre peut-il subsister d'après les lois françaises, quant à la partie de sa succession située en France ?

5.to) Les intimés ont-ils acquiescé à ce testament ?

6.to) Quels doivent être les effets de cet acquiescement ?

1. *Le jugement dont est appel est-il nul ?*

Voyons l'art. 14. du titre 5. de la loi du 24 Août 1790 et cherchons y la reponse.

„ *Nul appel d'un jugement contradictoire ne pourra être* „ *signifié, ni avant le delai de huitaine à dater du jour du* „ *jugement, ni après l'expiration de trois mois à dater du* „ *jour de la signification du jugement faite à personne ou domi-* „ *cile: ces deux termes sont de rigueur, et leur inobservation* „ *emportera la décheance de l'appel; en conséquence, l'exécution* „ *des jugemens, qui ne sont pas exécutoires par provision, de-* „ *meurera suspendue pendant le délai de huitaine.*"

Il y a appel de tout jugement rendu en matière personnelle et mobiliaire, si l'objet surpasse mille Livres, et en matière réelle, si l'objet excéde cinquante Livres de revenus annuels. L'objet soumis au premier juge surpassait cette valeur; donc son jugemént était sujet à l'appel.

Son jugement du 13 Messidor 10 est un jugement définitif, car il décide un point préliminaire de contestation, indépendant de la contestation principale, celui de savoir: si les tribunaux français sont compétens pour connaitre de la cause. Ce jugement n'est pas non plus de la classe de ceux dont la loi permet l'exécution provisoire, sans préjudice à l'appel. Dèslors il fallait laisser écouler la huitaine, à dater du jour de sa prononciation, avant de le mettre à exécution. En l'exécutant avant l'expiration de ce délai, la partie qui serait venue plaider, se serait elle même privée de l'appel par son acquiescement; l'appel qu'elle aurait interjetté du jugement au fond n'aurait pas atteint le jugement de compétence, puisqu'un jugement de compétence n'est pas préparatoire ou de pure instruction.

Le legislateur voulant préserver la partie condamnée du danger d'un appel interjetté inconsidérément et dans

la première effervesçence, a sagement defendu l'exécution du jugement pendant la huitaine, à fin de laisser à la partie condamnée le tems de reflechir sur le parti qu'elle voudra prendre. Il ne doit pas être permis au Juge d'être plus sevère que la loi, ni de s'arroger, au mepris de l'appel, une compétence qu'il ne peut plus tenir que de la volonté des deux parties ou de la décision du Juge supérieur.

Vainement les intimés veulent-ils établir une distinction entre les exécutions par voie de saisie et de contrainte et l'exécution d'un jugement, qui, en écartant l'exception d'incompétence, ordonne de plaider au fond; la loi ne fait pas cette distinction, elle est générale et absolue. Il suffit qu'il s'agisse de l'exécution d'un jugement sujet à appel et non exécutoire par provision, pour que cette exécution doive rester suspendue pendant huit jours entiers, en quoi que cette exécution puisse aussi consister.

Le premier Juge s'est ecarté de cette regle générale et de rigueur, en se déclarant competent le 13 Messidor et prononcant au fond deja le 20 du même mois, par conséquent le septième jour; son jugement ne peut pas échapper à l'annullation de la cour.

Quant aux deux autres reproches de nullité, nous ne les trouvons pas fondés.

Il est bien vrai que les qualités des parties ne sont pas rappelées en tête du jugement du 20 Messidor an 10; il est même vrai que les intimés, qui soutiennent aujourd'hui que le jugement du 13 Messidor précedent, qui présente les quatre parties exigées par la loi, ne fait qu'un seul et même jugement avec celui du 20 Messidor, ont soutenu le contraire, lorsqu'on a plaidé le 25 Frimaire de l'an 12, dans le dessein d'en faire déclarer l'appel

non reçevable ; mais il suffit sans doute que les deux jugemens soient écrits dans la même expédition l'un à la suite de l'autre, qu'ils aient été signifiés par un même et seul exploit, et que les qualités des parties soient distinctement établies en tête du premier jugement, pour que le voeu de la loi soit rempli. Cette nullité n'est donc qu'imaginaire.

L'autre nullité n'est pas plus réelle. Le jugement du 13 Messidor an 10 a été prononcé contradictoirement. D'après les regles de la procédure qu'on suivait alors, et qui n'est pas encore abrogée aujourd'huy, l'ordonnance de 1667 ne faisant loi absolue que dans les articles publiés, la prononciation contradictoire tenait lieu de signification et d'intimation dans les cas, où le Juge retenait la cause et où il s'agissait seulement de plaider devant lui ; ainsi il ne fallait ni citation ni avenir préalables, et le jugement devrait naturellement subsister de ces deux chefs, s'il n'était pas radicalement nul du premier.

2 *Les lois françaises publiées dans le pays conquis avant la paix, qui a reuni ce pays à la Françe, sont-elles obligatoires d'après le droit des Gens ?*

Personne ne contestera à l'appelant le principe que la conquête seule d'un pays ne transmet pas au conquérant les droits incommutables de la souveraineté. Il suit de là que sa souveraineté finit avec l'occupation, et par une suite naturelle que, l'ancien souverain rentrant dans la possession, peut *quasi jure postliminii*, revoquer et changer ce qui avait été fait et ordonné par le conquerant. Mais en suit il aussi que le conquérant ne puisse pas, pendant la possession, exercer tous les droits d'un vrai souverain, et changer le gouvernement politique et civil ou donner des lois aux peuples vaincus ? certainement pas ; aussi n'y a-t-il point d'auteurs qui

prennent la peine inutile d'enseigner une doctrine aussi peu accommodante pour les conquérans, ils se bornent seulement à leur tracer des regles de prudence et d'humanité, en les exhortant de ne point toucher trop près aux lois et moeurs des peuples vaincus pour ne pas se les aliener trop.

Heineccius dans son traité du droit naturel et des Gens §. 206, nous dit: „*Injuria sane non fit victo, si victor* „*persequatur jus suum, donec debellatum sit, ipsumque sibi* „*imperium in victos vindicet, illudque suo arbitrio consti-* „*tuat, et tamdiu exerceat, donec vel inita pace certi quid* „*statuatur.*" et *Sickingen Hohenburg*, dans sa dissertation sur le droit de paix et de Guerre, dit chapitre 5. art. 6. *de translatione* summæ potestatis *per occupationem bellicam:* „*Quod si minus tutum sit, omni in victos im-* „*perio abstinere, res tamen ita temperari poterit, ut aliquid* „*imperii ipsis relinquatur, aut ipsorum regibus. Sed et cum* „*omne imperium victis eripitur, relinqui tamen illis possunt* „*circa res privatas et publicas minores suæ leges, suique* „*mores et magistratus.*" L'immortel *Montesquieu* lui même, qui a professé les sentimens les plus moderés et les plus doux sur ce point, est néanmoins d'avis que le conquérant peut exercer tous les droits de souverain, et qu'il est surtout de l'interêt d'une république conquérante, de changer la forme de gouvernement et les lois du peuple vaincu, pour qu'elles ne soient point en trop grande disharmonie avec les siennes propres, et pour remédier aux inconveniens qui naissent de la nature des choses.

Ainsi il n'y a pas de doute que le Gouvernement français n'ait pu donner des lois aux habitans de la rive gauche du Rhin pendant qu'il tenait ce pays comme conquérant, et que ces mêmes lois n'aient obligé les personnes et les biens dans tout le territoire conquis. Il n'y

a pas de doute non plus, que ces mêmes lois, n'étant pas revoquées, ne soient encore obligatoires aujourd'huy, par la raison toute simple que le pays est resté au vainqueur par la paix conclue, qu'il en est devenu souverain legitime et qu'on ne peut par conséquent pas prétendre qu'il détruise son propre ouvrage, beaucoup moins que les Juges s'erigent en censeurs de ses actions et exercent un pouvoir qui ne leur appartient sous aucun rapport. Beaucoup d'actes du Gouvernement actuel, et des arrêts de la cour suprême de cassation, nous prouvent qu'en prononçant sur des affaires publiques et privées, on s'en est tenu dans la décision aux lois et reglemens publiés par les commissaires-généraux.

En thèse générale la réponse à la question ne souffre donc pas de difficulté: d'après le droit des gens les lois publiées par le commissaire général français dans le pays conquis ont obligé les personnes du peuple vaincu et affecté les biens situés dans l'étendue du pays conquis.

Mais ces lois sont elles applicables aussi dans l'espèce particulière, où le testament a été fait par un etranger, qui n'a point d'heritiers en France; où le testateur est mort avant la cession du pays conquis par la paix conclue, et où le testament embrasse seulement une partie de biens situés dans le pays conquis?

Cette question, plus difficile que la première, doit trouver sa solution dans le droit commun, elle consiste à savoir: si les biens sont, quant à leur transmission par succession, regis par la loi du lieu de leur situation, ou par celle du domicile de la personne qui délaisse l'heredité?

La reponse à cette dernière question dépend entierement de la reponse à la troisième question que nous nous sommes proposée, savoir:

3. *Si les lois françaises sont applicables à la cause suivant le droit commun?*

Il est dans la jurisprudence, comme dans la réligion, des dogmes fondés sur l'authorité des péres et consacrés par l'antiquité, que l'on n'oserait attaquer sans heurter l'opinion de la multitude. Mais quelques respectables que soient ces dogmes par leur ancienneté et l'authorité sur laquelle ils reposent, nous ne croyons pas que ce soit un motif legal pour condamner d'avance comme téméraire tout examen sûr leur verité, et pour faire flechir la raison devant leur empire. Le doute conduit le courage à la recherche, et la recherche nous fait souvent découvrir des erreurs là où l'on avait crû trouver des verités. Nous nous permettrons donc quelques réflexions.

Contre l'opinion commune nous pensons que les lois de succession sont essentiellement personnelles, parcequ'elles sont uniquement faites pour les hommes, et ne sont executées dans les biens, qu'après avoir été appliquées aux personnes en raison de leurs liens de parenté avec le defunt. Les hommes succédent aux hommes, ils ne succédent pas aux biens. Nous ne sommes d'ailléurs pas le premier qui professe un sentiment contraire à l'opinion commune; l'illustre *Cujacius*, le savant *Mencke* et le celebre *Puffendorff* pensaient deja que les lois du domicile du defunt devraient regler sa succession, quant aux biens mêmes situés ailleurs.

Dans chaque état bien organisé les lois de succession tiennent à la forme du gouvernement politique. Dans une République purement démocratique, la représentation va quelque fois à l'infini; c'était le cas chés nous. Cette manière de succéder favorise le systeme d'égalité jusques dans les fortunes. Dans un état monarchique la représentation est plus restreinte, selon qu'on y cherche à favoriser les grandes fortunes, pour donner plus de splendeur aux familles et les rendre plus illustres et plus puissantes.

Mais dans tous les cas le legislateur ne s'occupe, et n'a vraiment intérêt de s'occuper que du bien de l'état et de ses habitans. Dès que l'un ou l'autre n'est pas lésé, peu importe au legislateur par quel étranger, en quelle portion et comment les biens situés dans son territoire soient possedés.

Qu'une personne domiciliée dans l'Etat soit assujetie à ses lois de succession, soit qu'elle laisse des heritiers étrangers on indigénes, cela se conçoit: comme habitant de l'Etat, il doit en respecter la loi, et laisser sa fortune à ceux que cette loi y appèle.

Qu'une personne domiciliée à l'étranger soit tenue de se conformer aux lois du lieu où elle délaisse des biens, lorsqu'elle y a un heritier que cette loi appèle à la succession, cela se conçoit encore: le legislateur a un intérêt de favoriser le regnicole plus que l'étranger.

Mais qu'une personne domiciliée à l'étranger, qui n'a point d'heritiers appelés par la loi du lieu où elle possède des biens, soit tenue de se conformer à cette dernière loi, qui lui est etrangère ainsi qu'à ses heritiers, et ne puisse pas disposer de ces mêmes biens conformément à la loi de son propre pays; nous avouons que nous n'en pouvons pas trouver de motif politique ou privé.

Du moins il n'y a pas de loi positive qui décide le cas. L'on se fonde bien sur les lois qui authorisent l'action en petition d'heredité devant le Juge de la situation des biens, mais il nous parait qu'on donne trop d'extension à ces lois; car en effet de ce qu'on peut porter l'action en petition d'heredité devant le Juge du lieu de la situation des biens, il ne suit pas nécessairement que la succession doive être reglée selon ses lois, quant au droit

de successibilité. Il est vrai qu'il pourrait paraitre ridicule, humiliant même pour ce Juge, de juger d'après des lois étrangères ; cependant n'est-il pas souvent tenu de le faire dans d'autres cas? et ne devrait on pas toute fois excepter le cas, où personne dans le lieu de la situation des biens n'étant interessée dans l'heredité, le mort en aurait disposé conformément à la loi à laquelle il était soumis personnellement?

C'est du moins notre sentiment, que nous croyons fondé en jurisprudence philosophique et qui, s'il était adopté, ferait gagner le procès à l'appelant; puisque le Ministre, son oncle, a disposé de sa fortune d'après la loi qui regissait sa personne et même celles de tous ses heritiers.

Néanmoins comme l'usage général y est contraire, et que les auteurs les plus accredités sont d'un avis different du notre, entre autres Voët dans son commentaire aux pandectes tit. XXXVIII. §. 34. où il dit: „*Cæterum occasione* „*variantium circa successionem intestatam statutorum, generaliter observandum est, bona defuncti immobilia et quæ juris in*„*terpretatione pro talibus habentur, deferri secundum leges* „*loci in quo sita sunt; adeo ut tot censeri debeant patrimo*„*nia diversa, ac tot hæreditates, quot locis diverso Jure uten*„*tibus immobilia existunt.*" *Stockmans Décisions de Brabant, Decis: CXXV. N.° 9, et Leyser, Meditat. ad pandect: Specim: CCCCXXI.*

Comme la loi du 8 — 14 Avril 1791 porte art. 3 „*que* „*les étrangers, quoiqu'établis hors de France, sont capables* „*de recueillir en France les successions de leurs parens, même* „*français; et qu'ils pourront de même recevoir et disposer par* „*tous les moyens qui seront authorisés par la loi*"

et que l'on pourrait inferer, peut être, de cette disposition que le legislateur français a voulu généralement astreindre les étrangers à suivre les lois de succession de la France pour leurs biens y situés, qu'ils aient ou qu'ils n'aient pas des heritiers français; quoique cette loi ne nous parait concerner que l'abolition du droit d'Aubaine, et promettre des lois regulatrices de ses effets;

Comme l'art. 3 §. 2. et l'art. 11 du code civil, portent: „*Que les immeubles, même ceux possedés par des étran-„gers, sont régis par la loi française*" et que „*l'étranger „jouira en France des mêmes droits civils que ceux qui sont „ou seront accordés aux français par les traités de la nation „à laquelle cet étranger appartiendra.*"

Comme ces articles, disons nous, pourraient sembler établir le principe, que les biens des étrangers situés en France sont généralement regis par la loi française, aussi pour la transmission par testament ou ab intestat, à moins qu'il n'ait été autrement reglé par un traité d'état à état; et qu'il n'appert pas d'un pareil traité dans le présent cas;

Nous devrons sacrifier notre opinion personnelle à l'opinion générale, et dire que, d'après le droit commun reçu chés les peuples, et d'après le droit civil français, qui ne lui est pas contraire, les lois françaises sont applicables à la cause.

Voyons donc, si

4.to) *le testament du Ministre d'Oberndorff peut subsister suivant la loi française, quant à la partie de sa succession située en France?*

Si le Ministre était decédé avant la publication de la loi du 18 Pluviose an 5, et que cette question se trouvait

à juger sous l'empire de la loi du 17 Nivose an 2, elle devrait absolument être repondue négativement ; les articles premier et neuf de la dite loi, que nous avons rapportés textuellement plus haut, en prononceraient la nullité.

Mais il est mort sons l'empire de la loi du 18 Pluviose an 5, et l'art. 1. de cette loi porte :

„ *Les avantages, prélevemens, préciputs, donations entre* „ *vifs, institutions contractüelles et autres* dispositions irré- „vocables de leur nature, *legitimément stipulés en ligne di-* „ *recte avant la publication de la loi du 7 Mars 1793, et* „ *en ligne collatérale ou entre individus non parens, antérieu-* „ *rement à la publication de la loi du 5 Brumaire an 2,* „ *auront leur plein et entier effet, conformément aux anciennes* „ *lois, tant sur les successions ouvertes jusqu'à ce jour, que* „ *sur celles qui s'ouvriront à l'avenir.*"

Or l'appelant s'attache principalement à démontrer, qu'il existait un pacte de famille irrévocable de sa nature, stipulé et exécuté en partie, longtems avant la publication des lois françaises sur la rive gauche du Rhin, et qu'il ne fonde pas son droit exclusivement sur le testament du Ministre, mais sur d'autres actes antérieurs y relatifs, dont ce testament n'est que le complément et l'exécution.

Récapitulons donc tous ces actes pour voir, s'il existait vraiment dans la famille *d'Oberndorff* une pareille disposition irrévocable maintenue par la loi du 18 Pluviose an 5.

Le premier acte est le contrat de mariage de la mère commune des parties du 24 Nov. 1784.

Il y est dit, qu'il a été concerté, fait et arrêté du consentement, avis et de la volonté du Ministre, ainsi que

de l'avis et du consentement d'autres proches parens, *en forme d'un contrat entre vifs irrévocable.*

La mère y transporte la proprieté de ses biens sur quatre Demoiselles ses filles; elle s'en réserve simplement l'administration et l'usufruit pendant sa vie. Les oncles, Joseph le futur époux, et le Ministre son frère acceptent la donation au nom de ces filles. La mère institue ensuite ses quatre autres enfans heritiers de la legitime à titre honorable; mais par un article subséquent elle impose à ses deux fils l'obligation de renoncer à leur legitime en faveur des filles. Cette renonciation sera censée avoir été faite par le seul fait de l'adition des fidei-commis établis en leur faveur. Enfin Messieurs les oncles agréent cette condition et signent le contrat.

Le 5 Fevrier 1800 la mère fait un deuxième testament. Dans son premier testament du 18. Nov. 1784, elle avait deja parlé des fidei-commis que ses fils avaient l'espoir d'obtenir de la generosité de leurs oncles et les avait, par cette raison et celle qu'ils étaient deja placés avantageusement, réduits à la portion legitimaire.

Mais dans son dernier testament, elle parle plus positivement; presque à chaque page elle se refère au contrat de mariage pour justifier et lui faire concorder ses dispositions testamentaires. Par l'article 6, elle impose de nouveau à ses fils l'obligation de rénoncer à la legitime, attendu, dit-elle, qu'ils ont été tant favorisés par les riches fidei-commis, et que ses filles doivent être pourvues de ses propres biens. Il est bien vrai qu'elle a néanmoins institué ses fils heritiers de la legitime à titre honorable; mais qui n'y voit pas que c'était uniquement pour la forme du testament?

Elle meurt le 5. Décembre 1800.

L'oncle *Joseph*, second mari de la mère commune, était deja décedé le 22. Décembre 1797.

Charles Auguste, frère de l'appelant, est entré, lors de son decès, en possession et jouissance de toute sa succession à titre d'heritier fidei-commissaire.

Dans le testament, en vertu duquel *Charles Auguste* possède les biens, le testateur *Joseph* parle de science certaine de la détermination où était son frère le Ministre de fonder également un fidei-commis de la généralité de ses biens en faveur du comte *Chrêtien*. Il y ordonne qu'il y ait toujours deux lignes fidei-commissaires savoir: de Rhin-palatin l'une et de palatin-Neubourg l'autre. Il defend à son heritier fidei-commissaire de se jamais immiscer en rien dans les revenus et biens du fidei-commis de Rhin-palatin, ni d'elever le principe de succession sur ce fidei-commis *ex pacto et providentia majorum*, à peine de décheance absolue du fidei-commis de Palatin-Neubourg. Enfin, et ce qu'il faut rémarquer sur tout, il substitue une ligne à l'autre pour le cas que l'une d'elles viendrait à s'eteindre entièrement avec la descendance mâle.

Le Ministre n'est decedé que le 29 May 1799.

Dans son testament du 14. Juin 1792 il institue d'abord le comte *Chrêtien*, son neveu, heritier pur et simple de sa succession; mais par un article subséquent il soumet sa succession aux liens d'un fidei-commis perpetuel en faveur de la primogeniture de la descendance mâle du comte Chrêtien.

Parlant ensuite du fidei-commis de palatin-Neubourg établi par son frère Josèph, il applique à son propre fidei-commis les mêmes conditions que son frère avait appliquées au sien, en defendant au comte Chrêtien et à ses successeurs,

de s'immiscer jamais dans le fidei-commis de Palatin-Neubourg, ni d'élever le principe de succession *ex pacto et providentia Majorum* sur les biens d'icelui, aussi longtems que les deux lignes pourront subsister, à peine de déchéance du fidei-commis de Rhin-palatin. Il impose à son premier heritier fidei-commissaire Chrêtien l'obligation de rénoncer aux successions de ses père et mère; déclare le fait de l'adition de sa succession fidei-commissaire comme rénonciation, et finit par vouloir, que, si son testament ne pourra pas subsister comme institution fidei-commissaire, à cause de manque de solemnités, il subsiste et ait son effet comme toute autre disposition ainsi qu'il pourra selon les lois, édits, statuts etc. du pays.

Connaissant maintenant tous les actes, sur lesquels le comte Chrêtien fonde son droit, analysons-les les uns après les autres et comparons les ensemble.

Nous voyons d'abord dans le préambule de l'acte de mariage de la mêre, qui fait la bâse de tous les autres, quil a été concerté, fait et arrêté entre l'oncle Joseph et la mère, du consentement et de la volonté du Ministre et d'autres proches parens; qu'il a été fait en forme *d'un acte entre-vifs et irrévocable;* que la mère s'est dépouillée dès à present de la propriété de ses biens en faveur de ses filles, et que les oncles en ont accepté la donation pour elles, tous caractères bien distincts d'un acte entrevifs de celui à cause de mort.

Joseph et son frère le Ministre ont signé ce contrat de mariage, ils y ont donc acquiescé parcequ'ils n'ont pas seulement agi comme simples temoins et acceptans pour les filles, mais se sont obligés personnellement en agréant

une condition qui leur imposait un devoir, savoir : l'engagement d'un fidei - commis de leurs biens. *Joseph* était d'ailleurs un des principaux stipulans en qualité de futur conjoint, et le Ministre était frère, beau frère et oncle.

La mère n'avait pas un autre motif d'exhereder pour ainsi dire ses fils, en leur imposant l'obligation de renoncer à leur legitime maternelle, que la certitude qu'elle avait que les oncles leur laisseraient leurs entières successions ; elle a donc voulu indemniser autant qu'elle pouvait ses filles de la privation des successions de leurs oncles ; ceux-ci seuls pouvaient réaliser le desir de la mère, parçequ'elle ne pouvait pas exclurre ses fils malgré que les oncles leur eûssent laissé toute leur fortune à l'exclusion des filles ; les oncles se sont prêtés au voeu de la mère, c'est donc un avantage que les oncles ont fait indirectement aux filles, pour les dedommager en quelque sorte de l'exclusion de leurs successions. L'acte qui contient cette double convention est un acte fait en forme d'un contrat entrevifs, les oncles ont agréé la condition, concernant leurs successions, inserée dans le même acte ; qui agrée s'engage à remplir ; il y est parlé des fidei - commis comme deja établis. Ainsi, pourrait - on dire, les oncles étaient liés irrévocablement, et il importe fort - peu quelle forme d'acte ils ont choisi ensuite pour exécuter leur engagement, il sortait d'un contrat entrevifs dont la nature n'a pas pu être changée par les simples actes posterieurs d'exécution.

On peut encore dire que tous les actes produits ne sont vraiment que la répetition l'un de l'autre, que les oncles et la mère ont constamment persévéré et sont morts dans la volonté, que le contrat de mariage ait sa pleine exécution, que les filles aient la totalité de la succession maternelle à l'exclusion des fils, que Charles Auguste

ait la succession entière de son oncle Joseph à l'exclusion de son frère Chrêtien et de ses soeurs, et que Chrêtien prenne à son tour la succession totale du Ministre à l'exclusion de son frère Charles Auguste et de ses soeurs.

On peut ajouter à ce raisonnement que, si le pacte de famille n'avait pas même existé irrévocablement dès le contrat de mariage de la mère, il serait devenu irrévocable par l'exécution du testament de l'oncle Joseph, qui a eu lieu avant la publication des lois françaises; par la raison qu'en n'exécutant pas le testament du Ministre, la condition ne se trouverait pas remplie sous laquelle le comte Charles Auguste devait avoir la totalité de la succession de l'oncle Joseph, puisque Charles ne doit avoir cette totalité que si son frère a la totalité de celle du Ministre; qu'en annullant donc le testament de ce dernier pour ce qui regarde les biens de la rive gauche du Rhin, le testament de Joseph devrait corruer également, ce qui ne se peut pourtant plus parcequil a été exécuté de commun accord entre les parties; et qu'il y a conséquemment irrévocabilité sous quel point de vue qu'on envisage la chose.

L'objection qu'on peut faire „que malgré l'irrévocabilité de ces actes, ils ne pourraient pourtant pas avoir leur effet, puisqu'ils établiraient un fidei-commis et que les fidei-commis sont prohibés par la loi française" ne nous arrêterait pas beaucoup: il serait facile de la détruire.

La loi prohibitive laisse, quant aux fidei-commis ouverts deja lors de sa publication, la proprieté pure et simple aux grevés de substitutions, qui les possedaient ou devaient les posseder.

Ainsi donc, et si le Ministre avait eu assuré irrévocablement sa succession fidei-commissaire au comte Chrêtien, celui-çi y aurait eû un droit acquis, tenant à la fois

de la nature d'une convention et d'acte à cause de mort. D'après la nature de l'institution contractuelle la première aurait prevalüe, le fidei-commis aurait dû être regardé comme ouvert deja avant la loi, et le comte *Chrêtien* en auroit hérité la pleine proprieté à la mort du Ministre, puisque il n'aurait plus été au pouvoir de celuiçi de frustrer l'institué de ses droits, ni de se donner un autre heritier pour tout ou partie de ses biens, quoiqu'il aurait pû les administrer, vendre, contracter etc. pourvû qu'il le fit sans frauder les droits de l'institué. Tels sont les principes qui regissent les institutions contractuelles, selon ce que nous enseignent les auteurs français, notamment le celèbre *Domat*. Et dès que la loi du 18 Pluviose an 5 les maintient, il faudrait en faire l'application qne nous venons de dire, pour les concilier avec la loi abolitive des fidei-commis, de manière, que ces institutions contractuelles maintenues pûssent produire un effet et non de manière qu'elles fûssent entièrement anéanties.

Nons devons avouer franchement à la cour que ces considerations ont operé en nous la parfaite conviction que les oncles et la mère commune ont voulu établir dans la famille d'Oberndorff un pacte irrévocable et régulateur des droits de succession entre les enfans mâles et femmelles de feu Ignaçe d'Oberndorff et leur posterité; et que nous n'hesiterions pas un moment de nous prononcer pour cette irrévocabilité, si la conviction morale ne devait pas se taire lorsque la loi subordonne la conscience du Juge à des formalités de rigueur, et l'astreint à juger l'intention et la volonté d'après la nature et la forme des

actes que les contractans ou disposans ont choisi pour les exprimer.

Qu'est-ce qu'une institution contractuelle ou disposition irrévocable de sa nature, dans le sens de la loi?

'C'est un acte par lequel on s'oblige de laisser sa succession à une ou plusieures personnes, lorsqu'on viendra à mourrir, et qui lie de manière qu'on n'en peut plus revenir; qui donne à la personne instituée un droit irrévocable à la succession dès le moment de l'institution, et met l'instituant dans l'impossibilité de disposer autrement de tout ou partie de sa fortune, soit par donation entre-vifs soit à cause de mort; quoiqu'il puisse continuer d'administrer ses biens, d'en jouir, de récompenser, de vendre pour cause de necéssité, et que les droits de l'institué soient exposés à tous les hasards de la fortune; pourvû que l'instituant n'ait pas exercé ces actes en fraude de l'institué. On les appèle institutions contractuelles, parcequ'elles sont ordinairement stipulées dans les contrats de mariage par les ascendans ou autres parens des futurs conjoints en faveur de ceux-çi ou de leurs enfans, et parcequ'elles font, pour ainsi dire, la condition absolue et *sine quà non* du mariage.

L'acte, dont le comte Chrêtien dérive la disposition ou le pacte de famille irrévocable, est à la verité le contrat de mariage de sa mère; cet acte est qualifié en termes d'acte entrevifs irrévocable; la stipulation est faite par des parens en faveur des enfans de la mère; et la mère s'y dépouille dès à présent de ses biens, quant à la propriété en faveur de ses filles. Voilà en effet tous les caractères d'une disposition entrevifs et irrévocable.

Mais envers qui existe-elle dans l'espèce? entre la mère et ses filles.

Messieurs les oncles ont ils pris d'engagemens aussi formels envers leurs neveux, les comtes Chrêtien et Charles Auguste? nous ne le trouvons pas. Il est vrai qu'ils agréent la condition ulterieure, (proposée sans doute par la mère,) que „*où* les neveux Chrêtien et François Albert — (remplacé depuis par Charles Auguste) — *auront le bonheur d'adier les fidei-commis de famille* d'Oberndorf, *établis en leur faveur, ils renonceront à leur legitime maternelle par le seul fait de l'adition des fidei-commis*;" mais ces expressions sont elles assés claires et fortes, pour en inférer une institution formelle d'heritier, ou une assurance irrévocable auxdits Chrêtien et Charles Auguste sur les successions de leurs oncles? nous ne pouvons pas le penser. Et ne faut-il pas, dans l'incertitude, quelle peut avoir été l'intention des deux oncles, la chercher dans leur conduite posterieure au contrat de mariage, et supposer nécessairement qu'ils ne se seront pas écartés de la nature de l'engagement qu'ils y avaient pris? certes. Or, ils ne se sont pas seulement dépouillés de rien par le dit contrat de mariage, n'ont pas fait une institution d'heritier formelle, ni assuré en d'autres termes équipollans leurs successions à leurs neveux Chrêtien et Charles Auguste; mais ils ont établi leurs fidei-commis posterieurément au contrat de mariage, malgré qu'il y en est parlé comme s'ils avaient deja existé auparavant; et par quels actes les ont-ils établis? par des testamens; mais des testamens loin d'être irrévocables, sont révocables de leur nature, et ce qui plus est, le Ministre s'est reservé dans le sien la faculté de le revoquer, changer etc. Il ne l'a point fait, mais il pouvait le faire.

Pour qu'on puisse donc soutenir qu'il y a un pacte irrévocable de famille, qui assure la succession du Ministre au comte Chrêtien, il faudrait qu'il puisse demander cette succession en vertu du seul contrat de mariage ; celui-çi n'est pas suffisant, comme nous avons vu, pour authoriser cette demande; et dèslors le principal acte qui lui sert de fondement est le testament, conséquemment un acte révocable de sa nature.

On pourrait bien objecter à ce raisonnement que la mère, à laquelle on doit necéssairement supposer le desir de la splendeur de sa famille mâle, n'eût pas réduit irrévocablement ses fils à la simple legitime, si elle n'avait pas eu la certitude qu'ils auraient les successions de leurs oncles; et qu'ainsi les oncles auraient trompé la mère dans son attente, s'ils n'avaient pas entendû s'engager irrevocablement, par le contrat de mariage: intention que la delicatesse et le respect qu'on doit a leur mémoire ne permettènt pas même de supposer. Cette consideration est forte, cependant elle disparait lorsqu'on reflechit, qu'outre la juste confiance que la mère pouvait et devait avoir dans ses beaux-frêres, dont l'un devint son époux, et l'autre avait rempli la famille de bienfaits, (qui étaient autant de temoignages de son attachement constant) les égards et le respect qu'on portait naturellement à des parens de cet âge et d'une dignité si éminente ne permirent pas de s'exposer à perdre leur bienveillance, en ménageant peu leur sensibilité, et qu'on s'est donc contenté d'une simple espérance, que leur promesse pouvait deja faire régarder comme certaine et réelle, sans oser insister sur une institution contractuelle formelle ou sur un engagement absolu et présent.

Ainsi donc il n'existe pas dans le principe, du moins pas dans l'esprit de la loi, une institution contractuelle ou autre disposition irrévocable de sa nature. qui assurât au comte *Chrétien* la succession du Ministre à l'exclusion de ses autres heritiers ab intestat.

S'est-il établi un pacte irrévocable de famille par l'exécution du testament de l'oncle *Joseph*?

Si cette question était à décider entre le comte *Chrétien* et son frère le comte *Charles Auguste*, nous n'hesiterions pas un instant de nous déclarer pour l'affirmative.

C'était sous la condition, que le comte *Chrétien* aurait la succession entière fidei-commissaire du Ministre, que *Charles Auguste* a eu et recueilli celle de l'oncle *Joseph*, à peine de decheance s'il forme la moindre prétention sur celle du Ministre. En exécutant le testament il s'est soumis à la condition, et il s'èst formé par là, entre *Chrétien* et lui, un contrat irrévocable qui lie l'un et l'autre. Le comte *Charles Auguste* ne peut plus le rompre sans la volonté du comte *Chrétien*, à moins de s'exposer à la peine portée par le testament. Mais le comte *Charles* ne s'oppose pas à l'exécution du testament du Ministre, il n'est plus en cause, il s'est spontanément desisté de la pretention qu'il avait formée sur la succession située sur la rive gauche du Rhin.

Les intimés ne sont pas liés par le testament de l'oncle *Joseph*; ce dernier ne leur a rien délaissé et n'était pas obligé à leur délaisser quelque chose; il ne pouvait conséquemment pas leur imposer des obligations vis-à-vis le comte *Chrétien*, rélativement à la succession du Ministre; aussi ne leur en a-t-il imposé aucune, et il suit delà que l'exécution du testament de l'oncle *Joseph* ne leur a

pû porter aucun préjudice. Les rapports d'heritiers testamentaires, qui existent entre leurs deux frères, sont absolument étrangers aux intimés; il suffit à leur égard que le testament du Ministre soit un acte révocable de sa nature, pour pouvoir invoquer le bénéfice de la loi française.

De tout ce que nous venons de dire il resulte que, si en équité nous trouvons un pacte irrévocable de famille dans l'intention des disposans, ce pacte n'existe pas, d'après la rigueur du droit, dans la forme qu'ils ont adoptée pour l'établir, et que le testament du Ministre ne peut donc pas subsister suivant les lois citées, pour ce qui regarde les biens immeubles situés en France.

Peut-il subsister quant aux meubles existant en France?

A partir du principe généralement adopté en jurisprudence, suivant lequel, comme nous venons de voir, les biens immeubles sont regis, en matière de succession, par le statut réel, c. à d. celui du lieu de leur situation; on devrait naturellement penser, que les biens meubles doivent également être soumis à ce statut, lorsqu'il s'agit de les heriter, parcequ'ils n'etaient pas moins que les immeubles une propriété du défunt, font partie de sa succession tout comme ceux-çi, et se trouvent de même sous la puissance de la loi du lieu où ils sont, que rien ne saurait dèslors empecher d'exercer son empire sur eux, comme sur les biens immeubles. Mais il n'en est pas ainsi; les jurisconsultes, plus occupés à créer des fictions qu'à être conséquens dans leurs systemes, ont établi une différence de successibilité entre les meubles et les immeubles.

Vous savés, Messieurs, que les meubles, et ce qui était reputé meubles par le statut, suivaient la loi du do-

micile du defunt propriétaire, parcequ'ils étaient censés suivre sa personne.

Les anciens auteurs sont d'un accord surprenant sur ce point.

Voet ad pandectas, Liv. XXXVIII. Tit. 17. §. 34. in fine, „dit : *Mobilia vero ex lege domicilii ipsius defuncti, vel quia „semper domino præsentia esse finguntur, vel ex comitate pas„sim inter gentes usu recepta.*" Maevius, part. II. N.° 100 est du même avis : „*Vulgata est sententia*, y lit-on, „*bona mobilia et nomina sequi personam domini et jura domi„cilii ab ipso contracti ; ideoque cum de successione in ista „quæritur, credunt Iconsulti eam sequi leges, non loci, ubi „sunt aut exiguntur, sed ejus, ubi defunctus domicilium ha„buit, cum ejus velut ossibus infixa censeantur.*" Il observe que l'on ne s'écarte de cette regle générale que quand le propriétaire leur a donné une destination, qui fait presumer qu'il a voulu les laisser invariablement dans le même endroit, et que c'est alors le statut local de leur situation qui les regit. Gail, Lib. II. obs. 124. et Leyser, spec. CCCCXXI, professent absolument la même doctrine, quoique ce dernier ne se soit rangé de cet avis que par complaisance et par la crainte de passer pour un perturbateur de la paix entre les praticiens, s'il osait s'écarter du chemin battu, comme il l'a suffissamment annoncé par les „expressions suivantes : *Eam (regulam pervulgatam) ego „semper magnis dubiis obnoxiam credidi .... sed nolo pacem, „quæ in hoc capite præter consuetudinem inter plerosque jure„consultos coaluit, turbare.*"

Si cette regle était encore suivie en France l'appelant aurait eû raison de l'invoquer dans son plaidoyer ; mais elle a eprouvée des modifications même en Allemagne.

Hoffacker, dans ses principes du droit romano-germanique, Livre 1. §. §. 140 et 143, mais surtout Thibaut dans son système du droit des pandectes, §. 39, nous dit, que le statut du lieu de la situation regit les biens meubles à l'instar des immeubles, particulièrement lorsqu'il affecte les uns et les autres.

Ce qui doit donc, en prenant même l'opinion d'un auteur allemand pour guide, nous déterminer à regarder la loi de la situation comme régulatrice aussi de la succession mobiliaire, c'est, que la loi française touche les meubles aussi bien que les immeubles, parcequ'elle ne fait pas de distinction et ne parle partout que de biens ou de *successions*. Or ces mots comprennent naturellement tout ce qui fait partie de la fortune du défunt. D'où il suit que le testament du Ministre ne peut pas plus subsister pour les meubles que pour les biens immeubles existant en France.

Passons à l'examen de la cinquième Question.

5. *Les intimés ont-ils acquièscé au testament du Ministre, leur oncle ?*

Quand on reflechit, que la mère commune des parties en cause ne pouvait pas imposer à son fils *Chrétien* l'obligation de rénoncer à sa legitime maternelle en faveur de ses filles, et qu'il n'y avait que le Ministre seul qui pouvait lui en faire un devoir, parcequ'il était authorisé par la loi à prescrire à son heritier testamentaire telle condition raisonnable qu'il voulait; il ne peut pas rester de doute que les intimés ne tiennent la legitime du comte Chrétien, dans la succession maternelle, de la volonté et d'une disposition expresse du Ministre, et que la rénonciation à faire par le comte *Chrétien*, convenue entre la

mère et le Ministre, ne pouvait être demandée qu'on vertu du contrat de mariage de la mère avec le testament du Ministre. Les intimés conviennent de cette verité, lorsqu'ils disent page 37 de leur mémoire „ que „la renonciation du comte *Chrétien* est une suite de ce „testament" en ajoutant cependant que ce même testament ne peut pas avoir son effet sur la rive gauche du Rhin.

Ces principes posés, voyons la conduite que les intimés ont tenue. Après la mort du Ministre on a procedé à la liquidation de la masse, toutes les parties en cause se sont fait representer à cette opération par des mandataires.

Le comte *Chrétien* a demandé d'être authorisé à lever un capital sur les fonds de la masse, pour subvenir aux frais et charges extraordinaires. Les mandataires des intimés n'y ont pas consenti par la raison, qu'il doit être pourvu aux frais et charges par les revenus aussi longtems que l'insuffisance de ceuxci n'est pas constatée.

Le comte *Chrétien* a presenté des memoires de depenses faites pour l'entretien des biens dépuis la mort du Ministre, notamment pour des biens situés en France. Les mandataires des intimés ont rejeté ces memoires, en soutenant que les depenses doivent être acquittées par le comte *Chrétien*, comme jouissant des revenus courrans.

Enfin le comte *Chrétien* a proposé le sieur *Mærdens* pour faire rentrer l'arrièré des révenus échus avant le dèces du Ministre, c'est à dire, ceux appartenans à la masse. Les mandataires des intimés se sont encore opposés à ce que cette recette fût confiée au sieur *Mærdens*, par le motif qu'il serait à craindre que, ce même *Mærdens* chargé de la rentrée des revenùs courrans pour le comte *Chrétien*, ne soignît plutôt les interêts de celui que ceux de la masse.

Ces faits des mandataires, que les intimés n'ont jamais contesté, prouvent bien qu'ils ne pensaient pas alors d'attaquer en rien le testament du Ministre; car autrement ils devaient considerer les biens situés sur la rive gauche comme un fond commun entre eux et le comte *Chrêtien*, confondre l'arrière des revenus avec les revenus courrans, consentir à payer leur cote-part aux frais d'entretien des mêmes biens, ou demander que les revenus en soient mis en sêquestre, si le comte *Chrêtien* n'y avait pas voulu consentir.

Ils ont fait le contraire de tout ceci; ils ont distingué les revenus échus avant le decès du Ministre de ceux échus après, demandé que les premiers soient reunis au fond de la masse, et reconnu le comte Chrêtien comme usufruitier des autres.

Mais cette manière d'operer était parfaitement conforme au testament; elle etait donc l'effet de la réconnaissance et de l'exécution de ce testament.

Les intimés nous disent bien qu'il n'en resulté, tout au plus, qu'une réconnaisance d'un usufruit provisoire; mais c'est une interprétation imaginée après-coup pour détruire les effets de ces faits préjudiciables. On peut leur demander par quelle raison ils pouvaient reconnaitre l'appelant comme usufruitier, et certes ils ne pourront alleguer d'autre que celle fondée sur le testament, car il n'existe pas d'autre acte ou convention qui donne cette qualité au comte *Chrêtien*, sans prejudicier aux intimés.

Nul doute donc que leur conduite ne soit l'effet de la reconnaissance du testament du Ministre; mais il est un autre fait bien plus positif et caracteristique de cette même réconnaissance.

Les intimés ont provoqué la réconnaissance et l'execution du testament de la mère commune contre le comte

Chrétien. Ce fait est justifié par une lettre du 21 Juin 1801 écrite au conseiller de *Reichling* à Munich, et pleinement demontré par la reponse que *Gadé*, leur avoué près la cour d'appel de Trêves, a donnée dans un acte du 5 Thermidor an 12, à l'avoué de l'appelant sur l'interpellation que celui-ci lui avait faite par acte du 17 Germinal précedent. Ils disent dans cet acte, qui est joint au dossier ; „*qu'ils conviennent d'avoir provoqué l'exécution des* „*dispositions testamentaires de la mère commune, mais que* „*ces dispositions ne contiennent aucune cause imposant l'ob-* „*ligation de renoncer à leurs droits sur la succession du* „*Ministre* d'Oberndorff "

A quelle fin ont-ils donc poursuivi leur frère, l'appelant, devant le conseil électoral aulique à *Munich?* Pourquoi voulaient ils donc qu'il se déclarât sur le testament de la mère?

Entendons les dans la lettre envoyée au conseiller de *Reichling.* „Moins, disent-ils, notre frère et beau-frère „le comte *Chrétien* est fondé à critiquer le testament ma- „ternel, *d'après la rénonciation sur la legitime notoire et* „*conforme aux actes*, plus il doit nous surprendre qu'il „tarde tant."

Cela veut-il dire autre chose si non: notre frère *Chrétien* doit en conformité du testament maternel, fondé en ceci sur le testament de notre oncle le Ministre et le contrat de mariage de notre mère, renoncer en notre faveur sur sa portion legitime dans la succession maternelle, parcequ'il est heritier fidei-commissaire de la succession délaissée par le Ministre. Ces actes sont notoires, notre frère ne peut donc pas critiquer la disposition testamentaire de la mère concernant cette rénonciation ; cependant comme il

tarde de faire cette rénonciation, nous prions la justice de le forcer à la faire. Car de quels autres actes notoires pouvaient ils parler concernant la rénonciation? il n'en existe pas d'autres.

Ainsi le bût qu'ils se proposaient par la déclaration du comte *Chrêtien* sur le testament maternel, était évidemment celui de faire exclurre entièrement le comte *Chrêtien* de la succession de la mère.

Or comme ils n'ignoraient pas que, suivant le testament du Ministre, la rénonciation à la legitime ne devait avoir lieu que contre la succession totale de celuici; comme le contrat de mariage de la mère et les termes de son testament, liés aux dispositions testamentaires du Ministre, leur apprenaient, qu'ils n'avaient à toucher la legitime maternelle de leur frère que comme une espèce de récompense pour leur privation de la succession du Ministre, et que le Ministre les en avait exclu sous cet avantage indirect; enfin comme ils savaient que l'un de ces testaments était la condition de l'autre par la coherance et la liaison de leurs dispositions; n'etait-ce pas de leur part réconnaitre et exécuter le testament du Ministre que de requerir la reconnaissance et l'exécution du testament de la mère conformément aux actes notoires? certainement. Et ces deux testamens n'étant en effet que des testamens correlatifs, dont la validité de l'un dépend de la validité de l'autre; pouvaient ils respecter l'un sans respecter l'autre? enfin peuvent ils se refuser à remplir la condition sous laquelle ils ont obtenû la legitime maternelle de leur frère, après avoir forcé judiciairement celuici de remplir celle sous laquelle seule il devait en être privée? non, et il est à la fois inconséquent et injuste de vouloir le prétendre.

L'appelant a posé en fait que les intimés se sont emparés de la totalité de la succession maternelle et l'ont partagée à son exclusion entre eux.

Les intimés ont contesté ce fait et pretendu qu'elle n'est point encore partagée, en ajoutant, par l'organe de leur avoué, que le comte *Chrétien* peut encore se présenter pour réclamer sa part, s'il s'y croit fondé.

Cette offre est tardive et captieuse.

Point de doute que si les intimés eûssent, dès l'ouverture de la succession de la mére, appelé leur frère, l'appelant, à la portion legitime, il n'y aurait rien à leur reprocher aujourd'huy; et qu'il n'y aurait même rien à leur reprocher, s'ils l'avaient seulement appelé pour une portion de la legitime en proportion de la succession du Ministre, sise sur la rive gauche. Ils auraient par là loyalement manifesté leur intention d'attaquer le testament du Ministre sur la rive gauche du Rhin. Mais ils ont fait le contraire.

C'est envain qu'ils prétendent que le comte *Chrétien* devait se présenter pour demander à être admis au partage de la succession de la mère, et qu'ils ont été induits eu erreur par son silence : qu'il s'est donc lui même preparé exprès une fin de non recevoir contré eux.

Le comte *Chrétien* ne pouvait rien demander dans la succession de sa mère, sans contrevenir au testament du Ministre. Il devait donc agir passivement, son adition de la succession du Ministre jointe à son silence emportaient sa réconnaissance du testament maternel. Personne n'est tenue à des faits prejudiciables à ses droits. Ainsi il n'a pas agi de mauvaise foi en se taisant.

Au reste peu importe que la succession de la mère soit partagée ou non. Il est jugé en dernier ressort par l'arrêt du conseil aulique de Munich du 21 Juillet 1802,

que la disposition du testament maternel relative au comte *Chrétien* est reconnue par lui; il est par conséquent jugé qu'il a renoncé à la succession de sa mère et que cette succession appartient exclusivement aux intimés. Cet arrêt, rendû entre les parties aujourd'huy en cause, est passé en force de chose jugée, et devenu un contrat judiciaire, dont une partie ne peut plus s'écarter sans le consentement de l'autre, qui lie l'une et l'autre d'autant plus que les intimés l'ont provoqué, et que personne d'eux ne s'y est jamais opposé.

Il nous semble donc demontré à l'évidence que les intimés ont acquiescé au testament du Ministre par des faits décisifs et concluans; et dès qu'ils veulent revenir contre cet acquiescement, l'on peut leur opposer qu'ils ont accepté le testament du Ministre, et leur appliquer, par une parfaite analogie du cas, les principes applicables aux legataires ou heritiers nécessaires, qui ne sont plus recevables à critiquer des testamens ou à instituer la querelle d'inofficiosité, lorsqu'ils ont en la moindre chose exécuté la volonté du testateur on accepté des legs, suivant la loi 10. ff. de inoff. testam. et la loi dernière au même titre, qui portent: „*Illud notissimum est, eum* „*qui legatum perceperit, non recte de inofficioso testamento* „*dicturum.*" „*Si exhæredatus petenti legatum ex testa-* „*mento advocationem præbuit, procurationem ve susceperit, re-* „*movetur ab accusatione:* Agnovisse enim videtur qui „quale quale judicium defuncti comprobavit." Car enfin ils ont reconnu la volonté du Ministre, en exigeant la rénonciation imposée à leur frère par son testament, et ont accepté une liberalité: la portion legitime maternelle du comte *Chrétien*, que ce même Ministre leur a faite indi-

rectement par son consentement à l'exclusion du même comte *Chrêtien* de la succession de la mère, en égard de sa propre succession qu'il lui a laissée.

Mais, disent les intimés, nous avons fait des protestations et reserves longtems avant les faits qu'on nous oppose; loin de révoquer ces protestations, nous les avons réiterées plusieurs fois; nous avons reservé nos droits même dans la lettre écrite à Monsieur de *Reichling*, en provocation de la declaration de notre frère sur le testament de la mère; longtems avant que l'arrêt du conseil aulique de Munich fût rendu, nous avions intenté, devant les tribunaux de France, l'action en partage ab intestat, de la succession du Ministre située en France; le comte de *Seiboltdsdorff* et la Dame de *Leoprechting* n'ont pas signé la lettre à Monsieur de *Reichling*, elle ne pourrait donc pas être opposée à ceux-ci; enfin le comte de *Seiboltdsdorff*, l'eût-il signée, ne pouvait pas préjudicier aux droits de son fils mineur; ainsi nous n'avons pas acquiescé: les rénonciations sont de stricte interprétation, elles ne se presument pas, il y faut l'intention bien prononcée.

Examinons la valeur de chacune de ces objections, et nous les verrons crouler l'une aprés l'autre.

Les intimés ont fait des protestations et reserves éventuelles dès l'ouverture du testament du Ministre, cela est vrai; ils ne les ont jamais revoqué par écrit, au contraire, dans la lettre qu'ils ont écrite au conseiller Monsieur de *Reichlingen*, par laquelle ils ont demandé que le comte *Chrêtien* soit tenu de se declarer sur le testament de la mère, on trouve ce passage: ,,*néanmoins sans préjudice à nos droits.*"

Mais sans nous étendre sur la valeur de ces reserves

et protestations simplement éventnelles, ne les ont-ils pas anéanties par cela seul qu'ils ont poursuivi leur frère en réconnaissance du testament de la mère ? et n'ont ils pas par ce fait tacitement donné à connaitre qu'ils avaient changé de sentiment, puisque cette dernière demarche est directement opposée à ces protestations éventuelles anterieures ? nous pensons qu'ouï, et ce qui nous confirme dans cette opinion, c'est que la lettre à Monsieur de *Reichlingen* nous fait assés appercevoir que les intimés étaient persuadés eux mêmes de l'incompatibilité de leurs protestations avec leur demande portée au conseil aulique de *Munich*, et qu'ils cherchaient à masquer ces protestations devant le conseil aulique, en glissant seulement dans leur lettre une clause qui devait plutot paraitre de forme ou se rapporter à toute autre chose qu'à une protestation contre le testament du Ministre sur la rive gauche du Rhin, àfin de ne pas créer eux mêmes un obstacle à leur demande formée devant ledit conseil aulique, et laisser néanmoins subsister leurs protestations à l'egard de leur frère.

Remarquons bien, Messieurs, ce que les intimés se sont gardés de vous dire, et ce qui parait être échappé à l'attention des defenseurs de l'appelant.

Toutes les reserves et protestations des intimés ont été faites à *Manheim*, lieu de l'ouverture de la succession du Ministre. Le conseil electoral aulique à *Munich*, lieu de l'ouverture de la succession maternelle, les ignorait absolument. Il était donc du devoir des intimés de l'en instruire. L'appelant n'était pas tenu de leur opposer l'exception de leurs réserves antérieures pour se nuire à lui même; au contraire d'après l'action qu'ils lui avaient intentée en reconnaissance de la disposition testamentaire maternelle qui le concerne, il devait croire que les intimés n'étaient pas intentionnés de faire valoir leurs protestations éventuelles,

il n'avait pas besoin de s'en faire une exception contre les intimés et de se préjudicier à lui même; il n'avait pas même besoin de parler dès qu'il n'avait rien à opposer à leur demande, et que l'acceptation par lui faite de la succession de son oncle le Ministre emportait deja par elle même sa rénonciation à la legitime maternelle, conformément aux testamens et au contrat de mariage.

En effet les intimés se plaignaient des retards apportés par leur frère à l'exécution du testamant maternel, et des dommages en resultans. Le conseil aulique de *Munich* ne pouvait il dès lors pas penser, que la clause inserée dans leur lettre: „*néanmoins sans prejudice à* „*nos droits*" fut seulement relative à ces dommages et retards? ne fallait-il pas qu'ils déclarassent franchement, qu'ils se reservoient expressement leurs droits sur la succession ab intestat des biens du Ministre situés sur la rive gauche du Rhin, pour mettre le conseil aulique à même de prononcer avec justice et en pleine connoissance de cause? et est-il seulement présumable que ce conseil leur aurait adjugé leur demande, s'ils lui avaient dit qu'ils se proposaient néanmoins d'attaquer les actes notoires, sur lesquels ils la fondaient? certainement pas.

La reserve équivoque contenue dans cette lettre n'a donc pas pu conserver la force des protestations antérieures, d'autant moins que l'arrêt du conseil aulique de *Munich* du 21 Juillet 1802 est pur et absolu, et ne fait mention d'aucune reserve.

C'est par la propre faute des intimés que ces protestations anterieures sont venues à cesser; ils ont voulu s'emparer de la legitime maternelle de leur frère et

prendre part aussi dans la succession du Ministre; mais l'exercice de l'un de ces droits est exclusif de l'autre; la finesse et la reticence employées pour obtenir l'un ne peuvent pas leur assurer l'autre.

Vainement objectent-ils que les rénonciations sont de stricte interprétation; qu'il faut une intention bien prononcée, pour être reputé rénonçant.

Ces principes, vrais en général, ne peuvent pas trouver d'application dans le cas particulier.

Il n'y avait pas de rénonciation à faire de leur part sur la succession du Ministre; le Ministre les en avait exclùs par des actes qu'ils connoissaient, en la donnant entièrement à *Chrétien*. Leur silence seul les aurait fait regarder comme voulant acquiescer; et ne voulaient ils pas acquiescer? il fallait protester, désigner clairement le genre de droit qu'ils reclamaient, et surtout ne plus rien faire qui fût incompatible avec la protestation, sans quoi elle tombait de droit. Or remarquons bien içi, qu'en examinant la teneur des actes et se penétrant de l'intention du Ministre et de la mère, il s'agit plutôt d'une option que d'une rénonciation. Prendre la legitime maternelle de leur frère *Chrétien* et lui laisser l'entière succession du Ministre: ou l'appeler à la succession de la mère et attaquer le testament du Ministre; voilà l'alternative laissée à leur choix, tant par le contrat de mariage et le testament de leur mère que par le testament du Ministre; mais ayant une fois exercé le choix, l'intention n'y etait plus pour rien: le choix d'un objet est la rénonciation de droit sur l'autre. D'ailleurs en matière de rénonciations même, il ne faut pas une intention formellement prononcée, car si cela était, il n'y aurait plus que des rénonciations écrites; il faut seulement des faits

tels, que suivant les regles de la logique, on en puisse raisonnablement conclurre sur une rénonciation. Ecoutons une authorité aussi respectable qu'eclairée sur ce point: Boehmer dans ses morceaux choisis de jurisprudence civile, exerçice XIII, §. 9. nous dit: *Cæterum in appella-*„*tionis interpositæ renunciatione talis declaratio sufficit, quà* „*animus ab ea recedendi perspicue significatur. Quæ cum* „*æque verbis disertis ac factis fieri possit, renunciatio ex-*„*pressa est vel tacita.* Tacita hujusce modi factis signifi-„catur, ex quibus voluntatem justa ratione colligere licet. „Tales sunt actus, cum appellatione aperte pugnantes: „*hos videlicet suscipere non posset provocans, nisi uti nollet* „*remedio interposito: cum* duo secum pugnantia simul velle „nemo possit, quin alterutrum cupiens *alterum repudiet.*" Ces principes sont applicables à toutes les rénonciations, et le celèbre jurisconsulte n'a fait ici que les appliquer à l'espèce particulière. — Qui ne voit pas que les poursuites exercées, et l'arrêt obtenû en conséquence à la cour aulique de Munich sont des faits diamétralement opposés à l'action en partage portée devant vous et qu'ainsi il y a lieu d'appliquer à cette action la regle établie par notre auteur?

Il ne fait rien à la chose que l'arrêt du conseil aulique de Munich soit anterieur ou posterieur au jugement du tribunal de Mayence dont est appel, et que le comte *Chrêtien* ait pû ou n'ait pas pû se prévaloir de l'exception de cet arrêt en première instance.

Est il anterieur? il a rendu les intimés non réçevables à commencer leur action devant le Juge de Mayence: et est-il posterieur? il emportait une rénonciation néces-

saire au jugement de Mayence, puisque nous avons vû que ces deux actions sont absolument inconciliables. D'ailleurs l'arrêt du conseil aulique de Munich est passé en force de chose jugée, et le jugement de Mayence est suspendu dans ses effets par l'appel que le comte *Chrétien* en a interjeté. Donc l'arrêt de Munich doit recevoir son éxecution, et rien n'empeche le comte *Chrétien* de faire valoir en instance d'appel contre le jugement de Mayence, tous les moyens et exceptions qu'il a pour le faire réformer, soit qu'ils aient existé avant ou qu'ils soient nés depuis, dès que ces moyens et exceptions ne constituent pas une nouvelle demande indépendante de celle mise deja en jugement. Tels sont les principes reçus d'après la maxime: qu'en instance d'appel *on peut alleguer et prouver ce qui ne l'a pas été en première instance*, particulièrement lorsqu'on justifie qu'on ignorait ces nouvelles exceptions. La loi du 3. brumaire an III, a respecté ces principes, en défendant seulement de former de nouvelles demandes devant le Juge d'appel. En effet, et s'il en était autrement, la justice favoriserait la chicane au lieu de la reprimer.

La circonstance que Monsieur le comte de *Seiboltdsdorff* et Madame de *Leoprechting* n'ont pas signé la lettre du 21 Juin 1801, ne fait rien non plus. Les signataires de cette lettre s'y sont qualifiés leurs chargés de commission: qualité qu'ils n'ont jamais desavouée; les poursuites contre le comte *Chrétien* ont été exercées au nom de tous, l'arrêt du conseil aulique de Munich est rendu au profit de tous, ils se l'ont tous approprié, et personne, ni le comte de *Seiboltdsdorff* ni la Dame de *Leoprechting*, ne s'est opposé

à son exécution. Peu importe donc qu'ils aient signé la lettre ou non.

Mais Monsieur le comte de *Seiboltdsdorff*, n'a agi qu'en qualité de tuteur naturel de son fils mineur; il ne peut pas lui porter prejudice. Cela est hors de doute. Cependant le mineur a été valablement representé par son père, et ce n'est que cela que nous avons à examiner maintenant. S'il a été lesé par le fait de son tuteur, le mineur conserve contre lui l'action de tutèle et le benefice de la restitution en entier. Pour ce qui regarde la première, elle ne peut être exercée qu'à la majorité du mineur ou à la fin de la gestion, et doit l'être devant le Juge de l'administration de la tutèle; la cour d'appel n'est pas ce Juge; et pour ce qui est de la restitution en entier, supposé qu'elle puisse être exercée à présent, et sans avoir essayé l'action de tutèle, qu'elle puisse même être portée devant la cour d'appel, parcequ'elle est saisie de la connoissance de la cause principale qui y donne lieu; on n'a pas formé cette demande, on n'en a pas même parlé, il ne peut donc pas en être question, et il suit delà que le mineur doit, quant à présent, subir le même sort que les autres intimés.

Ainsi et sous quel point de vue que l'on considère la chose, l'acquièscement des intimés au testament du Ministre est bien prouvé et reste dans toute sa force.

6. *Quels doivent-être les effets de cet acquièscement?*

Cette question ne peut pas souffrir de difficulté; le testament doit sortir ses effets et les intimés sont par conséquent non récevables dans leur demande en partage *ab intestat* des biens du Ministre situés en France.

Cependant il faut encore écarter quelques objections qui pourraient sembler s'opposer à cette conséquence.

Une première difficulté est de savoir : si l'on peut acquiescer à des dispositions contraires aux lois de successions en France.

Cette question est fort bien traitée dans un memoire de consultation, joint au dossier de l'appelant et redigé par MM. Schmitt et Willems, Docteurs en droit et Avocats près la cour d'appel. Ils sont d'avis que ces lois n'appartiennent pas au droit public ni aux lois absolumment prohibitives, qu'elles sont établies en faveur des particuliers, et qu'on peut y rénoncer.

Les parties en cause sont d'accord sur ce point, et les intimés prétendent seulement, comme vous avés entendu, qu'il n'y a point d'acquièscement de leur part, et que s'il y en avait, on ne pourrait pas lui attribuer les effets que l'appelant veut lui donner.

Quant à nous, nous pensons aussi que les lois de successions ne concernent que *rem familiarem*, et qu'on peut y renoncer. Pour distinguer les lois absolumment ou facultativement prohibitives écoutons la regle tracée par Boehmer dans ses éxerçices aux pandectes, Liv. 1. Tit 3. §. 14. Il dit: „*ex quibus omnibus facile conficitur regula :* „*ubicunque jus aliquod principaliter et directo respicit utili-* „*tatem publicam, à privatis mutari non potest ; sin vero* „*directo et potissimum ad privatorum tendit favorem, et sine* „*præjudicio reipublicæ et principis negligi potest, privatorum* „*renunciationi et transactioni cedit — Brevius, de jure quod* „*est publicum auctoritate et utilitate simul, transigi non* „*potest ; de jure vero, quod est publicum auctoritate tantum,* „*non etiam utilitate, siquidem de sola transigentis utilitate*

„agatur„ potest omnino." Et ce qui nous détermine entièrement pour cette opinion, c'est que les loix du 17 Nivose et 22 Ventose au 2, parlent elles mêmes de rénonciations, et en reglent les effets pour les cas de rapport lorsque le rénoncant a trop reçu, de façon qu'il ne peut pas rester de doute sur la faculté de rénoncer laissée aux interessés.

L'autre objection à écarter est celleci: Le testament établit un fidei-commis, les fidei-commis sont prohibés en France, ainsi, dit-on, malgré l'acquièscement le testament ne saurait subsister.

Cette objection est plus spécieuse que fondée.

D'abord elle est repoussée par le testament même; car l'article premier institue le comte *Chrétien* heritier pur et simple, et l'article 22 veut qu'il sorte ses effets ainsi qu'il pourra selon les lois, statuts etc. donc la substitution fidei-commissaire ne pouvant pas subsister d'après nos lois, c'est l'institution pure et simple qui doit trouver place, et il ne faut pas annuller le testament aussi longtems qu'il peut subsister d'aprés la volonté du testateur sans heurter la loi, d'après la regle: *Quamdiu „potest valere testamentum„ hæres legitimus non admittitur.*" R. 1. 89 ff. En effet il faut presumer que le testateur aurait preferé de donner toute la proprieté des biens à son heritier fidei-commissaire, plutôt que de lui en ôter jusqu'à la jouissance, quand même la clause codicillaire de l'art. 22 de son testament ne s'y trouverait pas.

Au reste la loi française donne la proprieté des biens au comte *Chrétien*, indépendamment des art. 1 et 22 du testament.

A la verité le Décret du 25 Oct. 1792 abolit les fidei

commis, mais tout en les abolissant au profit des instituans encore existans à l'epoque de sa publication, il donne la proprieté absolue aux grevés de substitutions dont les fidei-commis étaient deja ouverts avant la publication du Décret.

Que conclurre de ces dispositions ?

Que le testateur étant mort sans profiter de la loi, et ses heritiers, sur lesquels il avait transmis ses droits, ayant acquièscé à la disposition fidei-commissaire, leur acquièscement a operé la conversion du fidei-commis en proprieté pure et simple sur la tète de l'heritier grevé; puisqu'ils savaient, que leur acquièscement ne pouvait être concilié autrement avec la loi française, et que dès-lors il vient au même qu'ils aient été repoussés par la loi ou qu'ils se soient eux mêmes repoussés. Ainsi le non-usage de la loi abolitive fait considérer le fidei-commis comme s'il avait été ouvert avant la loi.

Que l'on applique donc le testament ou la loi française, le comte *Chrétien* est toujours devenu heritier de la libre proprieté des biens de la rive gauche, par la suppression des fidei-commis.

Ce sentiment est fondé sur le principe adopté par la jurisprudence que les biens sont regis, quant à la succession, par le statut local; mais pour ce qui est de notre opinion particulière, conséquents dans les principes que nous avons manifestés, nous ne pouvons pas nous persuader que des étrangers ne puissent pas avoir des biens fidei-commissés en France, puisqu'il importe peu au Gouvernement français à quel titre un étranger posséde des biens dans son territoire, dès que la constitution de l'empire et les droits privés et politiques des regnicoles n'en reçoi-

vent pas d'atteintes. Les fidei-commis sont abolis pour les citoyens français, comme contraires aux principes de leur gouvernement, ils ne le sont pas pour les étrangers.

Au reste il ne s'agit pas de décider: si c'est la propriété ou l'usufruit fidei-commissaire qui doit appartenir au comte *Chrétien*; il s'agit seulement de savoir, si les intimés peuvent demander le partage ab intestat, et nous ésperons avoir pleinement prouvé qu'ils ne le peuvent pas.

Une troisième objection est celleci: les biens sur la rive droite, où le fidei-commis subsiste, sont un équivalent plus que suffissant au comte *Chrétien* pour la privation de sa legitime maternelle.

Nous dirions oui, s'il s'agissait d'égaliser. Mais de quel droit peuvent ils établir cette echelle de proportion? Nous ne le savons pas. Le Ministre a tout donné à l'appelant, ses biens sur la rive gauche aussi bien que ceux sur la rive droite. Ce n'etait que contre ce tout, et non contre une portion quelconque de ce tout, qu'il devait renoncer sur la legitime maternelle, et que le testateur en a gratifié les intimés. Peuvent-ils arbitrairement fixer une mesure de compensation proscrite par le testament, Peuvent ils diviser la volonté indivisible du testateur? exécuter une partie de cette volonté et s'opposer à l'autre partie? Non certes, ayant executé le testament du Ministre dans un point essentiellement lié à d'autres points, ils doivent aussi se conformer à ceux-ci d'après la saine raison et le principe que nous enseignent les auteurs, notamment Stockmans, dans ses décisions de Brabant, N.° 21. §. 6. où il dit „*hoc amplius, approbans* „*testamentum in uno articulo, cogitur implere in alio con-* „*nexo et dependenti.*"

Ecartons la dernière objection : la mère commune des parties a voulu, dit-on, que le comte *Chrétien* se contente des biens de la rive droite du Rhin, et qu'il renonçe contre ceux-ci à la legitime maternelle. Elle connaissait nos prétentions sur les biens du Ministre situés en Françe, néanmoins elle ne nous a pas imposé l'obligation d'y renoncer.

Cette assertion, qui n'est d'aucune importance, n'est pas même vraisemblable.

Elle n'est d'aucune importance, car la mère n'aurait pas pu changer le testament du Ministre quand même elle aurait voulu, et parconséquent, pas pu rendre les effets de la rénonciation à faire par son fils plus onéreux qu'ils n'étaient deja par la volonté du Ministre. D'ailleurs elle n'avait pas besoin de préscrire à ses filles l'obligation de rénoncer aussi à la succession du Ministre; leur exclusion se trouve dans le testament de celuici, puisqu'il ne leur laissait rien de sa fortune, et la donnait en entier à *Chrétien*, à la charge par ce dernier de rénoncer à leur profit à la totalité de la succession de sa mère; d'où il suit naturellement, qu'en acceptant la totalité des biens de la mère, elles rénonçaient de fait à tous les droits qu'elles pouvaient avoir sur ceux du Ministre.

Elle n'est pas vraisemblable; puisqu'en examinant le testament de la mère, on y remarque à chaque phrase qu'elle se refère à son contrat de mariage et qu'elle parle toujours des riches fidei-commis echûs à ses fils, sans faire aucune restriction ni distinction; il est donc bien plus présumable qu'elle a entendu parler des fidei-commis, tels qu'ils avaient été établis par les testateurs, que de la restriction que veulent y mettre les intimés,

En terminant notre tâche, nous prions la cour de pardonner, en faveur de l'importance de la cause et des faits et moyens multipliés et compliqués qu'elle présente, l'abus que nous pouvons avoir fait de son tems et de son indulgence, et en nous résumant, nous pensons avoir demontré que,

1) Le jugement, dont est appel, est nul et que la cour doit faire droit par nouveau jugement.
2) Les lois françaises sont obligatoires d'après le droit des Gens.
3) Ces mêmes lois sont applicables à la cause suivant le droit commun reçu.
4) Le testament du comte *d'Oberndorff*, en son vivant Ministre palatin, est nul d'après les lois françaises, pour la partie de sa succession située en France; mais
5) les intimés ont spontanément acquièscé à ce testament, et
6) les effets de cet acquièscement sont une fin de non-recevoir contre eux, qui ne leur permet plus de faire valoir cette nullité.

En conséquence nous estimons qu'il y a lieu,

,,de mettre l'appellation et ce dont est appel au néant, ,,émendant, statuant par nouveau jugement, déclarer les in- ,,timés demandeurs originaires non-recevables dans leur ,,demande en partage ab intestat de la partie de la succession ,,de feu le Ministre d'Oberndorff située dans le Département ,,du Mont-Tonnère; dépens compensés comme entre proches ,,parens.“ ,,ordonner la restitution de l'amende d'appel ,,consignée.“

ARRÊT TEXTUEL.

1.mo *Le jugement du 20. Messidor an 10, dont est appel est-il nul pour vice de forme?*

2.do *La demande des intimés, en partage des biens de la succession de François Albert Leopold comte d'Oberndorff, située sur la rive gauche du Rhin, est-elle fondée?*

Vû l'article 166 du reglement sur l'ordre judiciaire du 4 Pluviose an 6, ainsi conçû:

„Nul appel d'un jugement contradictoire ne pourra „être signifié .... avant le délai de huitaine à dater „du jour du jugement ..... En conséquence „l'exécution des jugemens qui ne sont pas exécu- „toires par provision, demeurera suspendue pendant „le délai de huitaine. (art. 14. du titre V de la loi du 24 Aout 1790)."

Attendu sur la première question que le jugement du 13 Messidor de l'an dix, par lequel le tribunal de première instance avait statué sur la compétence de l'affaire, n'était pas exécutoire par provision; que dèslors le jugement sur le fond de la cause ne pouvait intervenir que huitaine après celui rendu pour la compétence: d'où il suit que le jugement du 20 Messidor dont est appel, rendu avant l'expiration de ce délai, présente une contravention à l'art. 166 du reglement précité, et qu'ainsi ce dernier jugement ne peut subsister.

Pour ces motifs —

La cour annulle le jugement dont est appel rendu par le Tribunal civil du Département du Mont-tonnère le 20 Messidor an 10, et ordonne la restitution de l'amende consignée.

Et en ce qui concerne le fond du procès qui fait l'objet de la seconde question; la cour déclare que les membres qui remplissent actuellement les fonctions de juges se trouvent partagés entre deux opinions, et aux fins de vuider le partage

ordonne la jonction d'un autre Juge, conformément à l'avis du conseil d'état approuvé par arrêté du Gouvernement du 17 Germinal an 9; qu'en conséquence l'affaire sera de nouveau plaidée tant en présence des juges partagés d'opinions, que de celui qui leur sera adjoint, et qu'à cet effet les parties en viendront dans les délais des reglemens.

Ainsi jugé et prononcé en audience publique de la cour d'appel. Trêves le dix Fructidor an 13.

II.

Ueber das CivilGesetzbuch der Franzosen, rücksichtlich auf dessen Abweichungen von dem gemeinen Recht und der vorigen französischen Gesetzgebung.

(Fortsetzung.)

Dritter Titel.

Von dem Wohnsitz.

Korrespondirende Gesetzgebung.

Man konferire mit diesem Titel das L. XI. des ff., die Tit. 38 und 39 des Cod., den Titel 2 der Ordonnanz von 1667, den Art. 6 der Konstitutionen vom (22 Frimaire 8.) 13 Dezember 1799 und den Titel I. des I. Buchs des Gesetzbuchs.

Allgemeine Grundsätze.

Erster Grundsatz. Der Wohnsitz kann in doppelter Hinsicht betrachtet werden,

1) in Hinsicht auf die Rechte und Pflichten des Staats-Bürgers, 2) auf die bürgerliche Handlungen und Rechte.

Zweiter Grundsatz. Niemand kann an mehreren Orten zugleich seinen bürgerlichen Wohnsitz haben. Man kann diesen an einem andern Orte haben als den politischen. Man kann zugleich einen wirklichen und seinen, oder mehrere, erwählten CivilWohnsitz haben.

Dritter Grundsatz. Wer sein eigner Herr (sui juris) ist, hat seinen CivilWohnsitz da, wo er seine HauptNiederlassung hat. Wer unter der Herrschaft eines andern steht, hat seinen Wohnsitz bei diesem.

Ehedem, als Frankreich noch eine Menge verschiedener Gesetzgebungen hatte, waren die Regeln über den CivilWohnsitz weit wichtiger als itzt, weil oft der Zeitpunkt der Volljährigkeit, die Regeln der Gemeinschaft zwischen Ehegatten, die größere oder geringere Fähigkeit zu testiren, die Erbfolge ab intestat 2c. von dem Wohnsitz abhängig waren. Seitdem aber die CivilGesetzgebung Einförmigkeit erhalten hat, können nur in folgender Hinsicht sich Fragen über den Wohnsitz erheben, 1) bei Prozessen, um zu wissen, wo die Ladungen zugestellt werden müssen, 2) in Betreff der Kompetenz der Gerichte, 3) in Bezug auf die Ehe. Die Art. 74, 165 und 166 enthalten die Regeln, welche in diesem lezten Falle anwendbar sind.

Man kann nur einen wirklichen Wohnsitz haben, weil man nur an einem Orte wirklich wohnen, d. h. seine HauptNiederlassung, larem atque rerum ac fortunarum suarum summam haben kann; (102.) die Kommission hatte diesen Grundsatz zum Gegenstand einer ausdrücklichen Verfügung gemacht, welche die Sektion als überflüssig wegstrich, weil der Art. 102. die Einheit des Wohnsitzes hinlänglich ausspricht. Der Bequemlichkeit halber kann man jedoch für ein besonderes Geschäft, für einen Prozeß, einen andern als den wirklichen Wohnsitz erwählen, der sich alsdann auf dieses Geschäft beschränkt. (Art. 111.)

Der wirkliche Wohnsitz ist wieder zweierlei Gattung, 1) der ursprüngliche; wenn jemand an dem Orte, wo er gebohren worden, sich forthin aufhält, so kann

über dessen Wohnsitz wohl kein Zweifel entstehn. 2) Der gewählte, wenn nämlich jemand seinen GeburtsOrt oder seinen vorigen Wohnsitz für einen andern freiwillig gewählten verläßt. Und hier kam es vorzüglich darauf an, Regeln aufzustellen, nach welchen man einen solchen freiwillig gewählten Wohnsitz erkennen kann. Es war nothwendig zwischen den Personen, sui juris, (Art. 102 — 107.) und jenen, die von andern abhängig sind (Art. 108, 109,) einen Unterschied zu machen.

Der Art. 102 giebt ein allgemeines Kennzeichen des Wohnortes an; er entspricht der L. 6. Cod. de Incolis. Dieser einfache theoretische Grundsatz kann jedoch in der Anwendung mehrere Schwierigkeiten erleiden; es kann jemand sich bald hier bald dort aufhalten, ohne eine feste Niederlassung zu haben; nach welchen Regeln soll der Richter alsdann erkennen, wo er seine HauptNiederlassung hat? die Kommission hatte einen Artikel in Vorschlag gebracht, nach welchem jeder StaatsBürger seinen Wohnsitz an dem Orte haben sollte, wo er seine politische Rechte auszuüben befugt wäre; der Richter sollte nach den Umständen erkennen, wo diejenige Individuen den ihrigen hätten, welche keine StaatsBürger sind. Sie führte für diesen Vorschlag an: daß es oft sehr schwer wäre, den eigentlicheu Wohnort zu bestimmen, daß diese Schwierigkeit oft vorläufige Prozesse veranlaßte, um die Jurisdiction zu reguliren, welche durch diese einfache Regel beseitigt werden würden, die, wenn gleich nicht allgemein, doch auf die große und beste Mehrheit der Nation anwendbar, und der Absicht der Konstitution entsprechend wäre; der Vorschlag ward nichts destoweniger verworfen: weil man ihn sowohl unzulänglich als in seiner Anwendung nachtheilig fand; unzuläng-

lich sowohl, weil sie höchstens nur auf 4 Millionen Individuen anwendbar sein würde, als auch, weil man StaatsBürger sein kann, ohne jedoch einen politischen Wohnsitz zu haben, indem der Art. 6 der Konstitutionen vom (22 Frimaire 8) 13 Dezember 1799 die Ausübung der politischen Rechte nur dem erlaubt, der sich wenigstens ein Jahr in dem GemeindeBezirke aufgehalten hat, und daher leicht jemand StaatsBürger sein kann, ohne noch einen politischen Wohnsitz erworben zu haben; schwierig in der Anwendung, weil jemand seinen politischen Wohnsitz an einem Orte haben kann, den er nicht bewohnt, und der Kläger daher vorerst sich nach dem politischen Wohnsitz seines Gegners erkundigen müßte, den dieser oft an einem kleinen Orte haben könnte, während seine HauptNiederlassung in einer großen Stadt befindlich wäre; endlich fürchtete man, wenn der CivilWohnsitz dem politischen untergeordnet würde, die CivilGerichte in die Nothwendigkeit zu versetzen, über den lezten zu erkennen, welches nicht ohne Nachtheil gewesen sein würde.

Die Sektion brachte daher eine Verfügung in Vorschlag, welche dem Art. 102 entsprach; allein auch ihr Vorschlag fand seine Gegner, welche behaupteten: er sei unzulänglich, weil es oft sehr schwer zu bestimmen sei, an welchem Orte jemand seine HauptNiederlassung habe, und inkonstitutionell, weil es die Absicht der Konstitution sei, den wirklichen Wohnsitz nicht von dem politischen zu entfernen, damit der Bürger da, wo er wählen oder gewählt werden wollte, bekannt sei; man erwiederte dagegen: es sei unmöglich, eine Regel aufzustellen, welche alle Fälle vorgesehen hätte, deren Beurtheilung in einzelnen Umständen dem Ermessen des Rechtes nothwendig

anheim gestellt bleiben müßte; eben so ungegründet sei der Vorwurf der Inkonstitutionalität, denn es würde gegen die Grundsätze der Freiheit sein, den Bürger zu zwingen, seinen wirklichen Wohnsitz an dem Orte zu nehmen, wo er seine politische Rechte auszuüben befugt wäre; ohne diesen Zwang aber würde man durch die Erklärung, daß jener Ort auch für den seines CivilWohnsitzes gehalten werden sollte, den Intriguanten nicht verhindern, seinen politischen Wohnsitz an einem kleinen Orte zu nehmen, und seine HauptNiederlassung an einem großen zu machen, so daß der ganze Nachtheil jener Erklärung auf den zurückfallen würde, der eine Klage gegen ihn anzustellen hätte. Endlich laufe der Vorschlag der Kommission auch den Grundsätzen der Gleichheit zuwider, weil er den Tribunalien für einen Theil der Nation eine Norm ertheilen, den andern aber der Willkühr überlassen würde.

Der Vorschlag der Sektion ward demnach genehmigt; man kam jedoch überein, „daß die Ausübung der politi„schen Rechte als eines der Kennzeichen der HauptNie„derlassung anzusehen wäre; daß aber der Wohnsitz der„jenigen, welche kein Bürgerrecht besitzen, platterdings „nach den Umständen beurtheilt werden müßte.“

Der Art. 103 bestimmt, wie der Wohnsitz verändert wird Die folgende Artikel geben an, auf welche Art man erkennen kann, daß eine solche Veränderung statt gehabt habe.

Auch hier hat man sich vom dem Vorschlag der Kommission entfernt, welcher einen Artikel enthielt, folgenden Inhalts: „der Wohnsitz bildet sich durch die Absicht, „mit dem ThatUmstand einer wirklichen Wohnung ver„bunden. Erhalten wird er durch die blosse Absicht. Ver-

„ändert wird er nur durch eine entgegengesetzte Absicht, „mit dem ThatUmstand einer wirklichen Wohnung (an „einem andern Orte) verbunden." In der Sitzung vom (16 Fructidor 9) 3 September 1801 ward diese Abfassung genehmigt, welche übrigens den L. 4 und 20 ff. ad municip. entspricht; späterhin ward sie aber auf die einfache Verfügung des Art. 103. reduzirt, welcher wieder die Beurtheilung der einzelnen Fälle unbedingt dem Ermessen des Richters überläßt. Die Streitfrage, welche sich am häufigsten zur Entscheidung darbieten wird, ist ohnstreitig die, wie das Factum der wirklichen Wohnung von dem eines blossen Aufenthaltes zu unterscheiden sei? jedermann hat einen ursprünglichen Wohnort an dem Orte seiner Geburt: es wäre daher unnöthig gewesen, zu sagen, wie ein Wohnsitz sich bildet; indem man erklärt, wie er verändert wird, wird auch die Art, ihn zu bilden und zu erhalten, regulirt, denn so lange jemand seinen Wohnsitz nicht verändert, behält er den, den er durch seine Geburt erhalten oder bereits durch Wahl erworben hat; alles kām daher darauf an, zu bestimmen, wie die Veränderung eines Wohnsitzes geschehe? das Gesetz erfordert dazu, 1) die Absicht dieser Veränderung und 2) das Factum einer wirklichen Wohnung.

Was die Absicht betrifft, so lassen sich dem Richter in dieser Hinsicht keine Regeln ertheilen; er muß aus den Umständen zu ergründen suchen, ob die Verlegung der wirklichen Wohnung die Folge der Absicht einer Veränderung des Wohnsitzes ist. Ohne diese Absicht kann die Veränderung der Wohnung keine Veränderung des Wohnsitzes nach sich ziehen; ja das Parlament von Paris hat sogar entschieden, daß ein Individuum, welches seit 40 Jahren von seinem GeburtsOrt entfernt war, noch immer

seinen Wohnsitz dort behalten hätte, weil es immer die Absicht geäussert hatte, dahin zurückzukehren; eben so wenig ist aber auch die blosse Absicht ohne die wirkliche Verlegung der Wohnung hinlänglich; so würde z. B der blosse Transport einiger Möbel an einen Ort keine wirkliche (réelle) Wohnung daselbst konstituiren.

Man hatte die Frage aufgeworfen, ob die, mit der Absicht der Veränderung des Wohnsitzes verbundene, Verlegung der Wohnung an einen andern Ort gleich von dem Augenblicke dieser Verlegung an, oder erst nach einem gewissen Zeitpunkt die Veränderung des Wohnsitzes bewerkstelligen solle, um dadurch den blossen Aufenthalt leichter von einer wirklichen Wohnung unterscheiden zu können? der Appellationshof von Grenoble hatte ausdrücklich verlangt, daß erst nach einem Aufenthalt von einem Jahr der neue Wohnsitz als erworben angesehen werden sollte. Im StaatsRath waren die Meinungen getheilt. Die einen verlangten, daß die Veränderung des Wohnortes nur durch eine drei Monate vorher abgegebene Erklärung der Absicht und einen wirklichen Aufenthalt von einem Jahr bewerkstelligt werden sollte; durch diese Maasregel allein, behaupteten sie, würde das Interesse von dritten Personen sichergestellt; diese Zeitfrist allein könne den Beweiß der Absicht erbringen und einen Aufenthalt zu einer bleibenden Wohnung erheben; die Leichtigkeit, in einem Augenblick seinen Wohnsitz zu verändern, würde von betrügerischen Schuldnern gemißbraucht werden, um ihren Gläubigern zu entgehn, und auf einen vorübergehenden Aufenthalt gestüzt bald diese bald jene Jurisdiktion zu dekliniren; auch sei der Wille ohne Ueber-

legung nicht vollkommen, und könne erst durch die Zeit geprüft werden. Man erwiederte dagegen: jede andre als eine wirkliche Veränderung des Wohnortes könne nur in betrügerischer Absicht geschehen; da aber der Betrug jeden Akt fehlerhaft mache, so befände sich das Hülfsmittel schon in den Gesetzen, welche hinlängliche Verfügungen gegen den Betrug enthielten; diese Rücksicht sei aber die einzige, welche die Bestimmung einer Zeitfrist wünschenswerth machen könnte; in jeder andern Hinsicht sei sie nachtheilig; sie sei der Freiheit zuwider, indem sie erst nach einer Zeit die Wirkungen des Willens eintreten lasse; sie würde eine Quelle von Strittigkeiten und Nachtheilen werden; so könnte sie z. B. zur Folge haben, daß man jemand in Versailles wegen Schulden verklagen müßte, die er z. B in der Jahresfrist, seitdem er, um sich in Marseille niederzulassen, dahin gekommen wäre, in Marseille kontrahirt hätte; noch größer würden die Schwierigkeiten sein, wenn jemand in der Jahresfrist sterben sollte; man müßte alsdann an den Ort, den er mit Hab und Gut verlassen hätte, zurückkehren, um seine daselbst nicht mehr befindliche Erbschaft zu theilen, und seinen Kindern Vormünder zu ernennen.

Diese Erwägungen behielten die Oberhand, und die Bedingung einer Zeitfrist ward dem Artikel nicht beigesetzt. Die Gerichte haben daher, wenn anderst die Erklärung, von welcher der Art. 104 spricht, nicht geschehen ist, nach den Umständen zu beurtheilen, 1) ob die Wohnung wirklich und 2) ob sie ohne Absicht der Rückkehr in die vorige verändert worden. Die Umstände jedes einzelnen Falles müssen ihnen zur Richtschnur die-

nen. Schwierigkeiten sind dabei nicht zu vermeiden. Was denjenigen betrift, der seinen Wohnsiz verändert, so ist wohl keine Frage, daß die wirkliche Verlegung seiner Wohnung mit der Absicht der Veränderung verbunden, in Hinsicht auf ihn, auf der Stelle ihre Würkungen hervorbringen muß; so kann er z. B. auf der Stelle in seiner neuen Wohnung zu den Lokallasten angeschlagen werden. Schwieriger ist aber der Fall in Hinsicht auf Dritte, wenn er ihnen seine Absicht nicht durch die im Art. 104 vorgeschriebene Erklärung bekannt gemacht hat; sollen z. B. die Ladungen, welche sie ihm in der Unwissenheit dieser Veränderung in seinem alten Wohnsiz zugestellt haben, gültig sein oder nicht? Rodier (über den Art. 3 Tit. 2 der Ordonnanz, Fr. 7 Nro. 15) glaubt, daß sie gültig wären, wenn sie an die Thüre angeheftet worden, aber ungültig, wenn sie an jemand im Hause abgegeben worden, weil dieser Jemand nicht mehr zu der Haushaltung des Geladenen gehörte, vorausgesezt in beiden Fällen, daß seit dem Abzug desselben noch keine 6 Monate verflossen wären. Es scheint mir nicht, als ob diese Meinung auch noch izt als allgemeine Regel dienen könne. Der Richter, dem hier alles überlassen bleibt, hat die Umstände allein in Erwägung zu ziehen, vorzüglich diejenige, woraus sich ergeben kann, ob die Veränderung des Wohnsizes so notorisch war, daß sie dem Kläger bekannt sein mußte; in kleinen Städten oder auf dem Lande ist dies häufig der Fall, und wenn man freilich mit Recht erwarten kann, daß jeder, der in rechtlichen Absichten seinen Wohnsiz verändert, das einfache Mittel nicht vernachlässigen wird, welches ihm der Art.

104 darbietet, so wird es doch auch dem Richter nicht entgehen, wenn ein Kläger die Nachlässigkeit eines Abwesenden benuzzen wollte, um, ohngeachtet die Veränderung seines Wohnsitzes notorisch wäre, ungerechte Vorurtheilungen par defaut gegen ihn zu erschleichen.

Da zu jeder Absicht ein freier Wille gehört, so versteht sich, daß nur der seinen Wohnsitz verändern kann, der sui juris ist.

Um die Zweifel über den Wohnsitz so viel als möglich zu vermeiden, bietet der Art. 104 ein einfaches Mittel dar, sie zu beseitigen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß man jeden, der seinen Wohnsitz verändern will, hätte zwingen können, die von diesem Artikel vorgeschriebene Erklärung zu machen; der Appellationshof von Poitiers hatte es ausdrücklich verlangt; allein mit welcher Pönalität hätte man die Unterlassung dieser Erklärung belegen sollen?

Man hat gegen diesen Artikel den Einwurf gemacht, daß es hart sein würde, die Ladung, welche z. B. ein Gläubiger von Lyon gegen einen Schuldner zu Dünkirchen erlassen hätte, nichtig zu erklären, weil es diesem lezten gefallen hätte, einige Tage vorher zu erklären, daß er nicht mehr in Dünkirchen wohnen will. Allein 1) wird dieser Fall selten sein, weil ausser der Erklärung auch die wirkliche Verlegung der Wohnung erfordert wird 2) sind die Register, worin die Erklärung geschehen muß, öffentlich und der Kläger kann sich daher leicht von derselben versichern 3) würde diese Erklärung, wenn sie aus betrügerischer Absicht geschehen wäre, ohne Kraft seyn.

Der Art. 105 lautete in dem Vorschlag der Komission: „in Ermanglung einer Erklärung äussert sich die Absicht hinlänglich in folgenden Fällen 1) wenn ein Individuum in seinem GeburtsOrt wohnt 2) wenn es in dem „Orte, wo es wohnt, seine politische Rechte ausübt: „3) wann es daselbst seine PersonalLasten tragt." Man kam nach einer langen Diskussion dahin überein, daß die Beurtheilung der Umstände ausschließlich den Tribunalien überlassen bleiben müsse, und nur in wenigen, ganz unzweideutigen, Fällen in dem WirkungsKreiß des Gesetzes liegen könnte; solche Fälle sind die, welche die Art. 106 und 107 vorgesehen haben. Diese Artikel, welche der L 8 Cod. de incolis entsprechen, wurden auf Begehren des Tribunats zugesetzt. Die Komission hatte den öffentlichen Beamten, ohne Unterschied auf die Widerruflichkeit ihrer DienstAnstellung, einen doppelten Wohnsitz erlaubt, die Sektion hingegen hatte anfangs blos die im Art. 107. enthaltene Verfügung aufgenommen, ohne von den widerruflichen Beamten zu sprechen, und nachher auch diese weggelassen.

Die Art. 108. und 109. handeln von dem Wohnsitz solcher Personen, die sich in der Abhängigkeit von andern befinden; der Art. 108. entspricht den LL. 3. et 4. ff ad municip. Der Art. 109. den LL. 6. und 22 ff ad municip. Es ist wohl zu bemerken, daß die Personen, von welchen dieser leztere Artikel spricht, zwar allerdings sui juris sind; da sie aber, wenn sie in dem Hause desjenigen, für welchen sie arbeiten, auch wohnen, sicher daselbst auch ihre Hauptniederlassung haben, so können sie keinen andern Wohnsitz haben. (Art. 102.)

Die Kommission und die Sektion hatten noch einige Verfügungen in Vorschlag gebracht, welche die Gültigkeit der Ladungen zum Gegenstand hatten, die gegen solche Personen erlassen würden, welche gar keinen Wohnsitz hätten, so wie überhaupt die der Ladungen in Personalklagen, welche aber in den Codex der CivilProzedur verwiesen wurden.

Der Art. 111. enthält eine Abweichung von der vorigen Jurisprudenz (Rodier Quest. 6. über den Art. 3.) indem ehedem die Erwählung eines Wohnsitzes an einem andern Orte für ein gewisses Geschäft wohl die Wirkung hatte, daß alle darauf Bezug habende Zustellungen daselbst gültiger Weise gemacht werden konnten, aber den Richter des erwählten Wohnsitzes nicht kompetent machte, über die, dieses Geschäft betreffende, Streitfragen zu erkennen, welche Kompentenz der Artikel ihm ausdrücklich beilegt. Unentschieden ist die Frage, ob dieser Artikel auch für solche Akte seine Anwendung findet, für welche (wie z. B. bei MobiliarArresten) das Gesetz die Erwählung eines besondern Wohnsitzes vorschreibt, oder blos für freiwillige Erwählungen? die Allgemeinheit der Ausdrücke des Artikels scheint für die erste Meinung zu sprechen.

Der Gegenstand dieses Titels war nur weniger Verfügungen empfänglich, die der Codex der ZivilProzedur und die Jurisprudenz der GerichtsHöfe ergänzen muß. Der erste wird vorzüglich die Ausnahmen bestimmen, welche für dingliche Klagen von der allgemeinen Regel, daß die Zustellungen in dem Wohnsitz geschehen müssen, von jeher üblich waren.

(Die Fortsetzung folgt.)

III.

Entscheidungen strittiger Rechtsfragen.

A.

CivilGesezbuch. Testamente.

31. Ist ein Testament nichtig, wenn es, obgleich von einem Notar geschrieben, doch nicht die Meldung enthält, daß er es selbst niedergeschrieben hat, sondern bloß die, daß es ihm dictirt worden?

(Art. 972 und 1001, Buch III. Tit. II. Siehe erster Jahrgang II. Heft Seite 139, IV Heft S. 51.)

Seit den bejahenden Entscheidungen dieser Frage, welche wir an den angeführten Stellen geliefert haben, sind deren seitdem noch mehrere erfolgt, so daß es, um die Jurisprudenz in dieser Hinsicht als ganz festgesezt anzusehn, nur einer Entscheidung des obersten Gerichtshofs mehr bedurfte, die nun auch in dem im ersten Jahrgang dieser Zeitschrift Band II S. 51 gelieferten Falle erfolgt ist.

Die IntestatErben legten von dem dort mitgetheilten Urtheile des Tribunals von Versailles die Berufung ein, allein das AppellationsGericht von Paris bestätigte dasselbe. Von dem Urtheil dieses lezten suchte nun der Universallegatar Froid-Fond Duchatenet Kassation nach.

Man habe, behauptete er, bei den von dem Gesetz vorgeschriebenen Formalitäten diejenige, welche gleichsam vorübergehend wären, von denjenigen zu unter-

scheiden, welche solche bleibende Spuren zurückliessen, daß ihre Beobachtung nicht in Zweifel gezogen werden könne; von der Beobachtung der ersten müsse der ministerielle Beamte nothwendig ausdrückliche Meldung thun, damit der Beweiß derselben aus dem Akt selbst hervorgehe; anderst verhalte es sich mit den zweiten, denn da man sich durch die Sinne von ihrer Beobachtung überzeugen könne, so sei diese Meldung überflüssig; unter diese gehörte das Niederschreiben des Testamentes durch den Notar, so wie die Unterschrift des Testators und der Zeugen, da man sich, auch ohne die Meldung des Notars, durch das Gesicht davon überzeugen könnte; unter die ersten hingegen gehörte das dictiren des Testamentes durch den Testator, so wie die Gegenwart der Zeugen, welche als flüchtige und vorübergehende Thatsachen ausdrücklich bemeldet werden müßten; diese Meldung sei keine Formalität sondern ein Zeugniß; schon hieraus folge, daß wenn der Beweiß, daß eine Formalität beobachtet worden, auf unwiedersprechliche Weise erbracht wäre, es derselben weiter nicht bedürfe; die Thatsache, daß der Notar das Testament der Demoiselle Letellier niedergeschrieben habe, sei nicht einmal bestritten; der Zweck des Gesetzes sei daher erreicht; das angefochtene Urtheil stüzze sich darauf, daß der Art. 972 dem Notar befohlen habe: von allem Meldung zu thun; allein das Wort alles könne sich doch vernünftiger Weise nur auf das beziehen, was anzuführen nöthig oder nützlich sein könne; wozu es aber dienen solle, daß der Notar Meldung davon thue, daß er das Testament selbst geschrieben habe, wenn es aus der Schrift selbst erhelle, daß es ganz von seiner Hand geschrieben sei. Vergebens würde man den Einwurf machen, daß auf diese

Art das Schicksal der Testamente von einer immer unsichern Verifikation abhängig sein würde; dies sei immer der Fall, so oft die Hand bestritten werden würde, gleichviel ob die fragliche Meldung geschehen wäre oder nicht; endlich sei auch diese Meldung in den Worten des fraglichen Testamentes enthalten, weil das Wort Dictiren sowohl nach dem Diktionaire der Akademie *) als nach dem von Trevoux einen komplexen Sinn habe.

Der Herr GeneralProkurator Merlin trug hingegen auf die Verwerfung des KassationsGesuchs an. Das Wort: dictiren, behauptete er, drücke nicht adæquaté et identice, dieselbe Idee aus, welche jedermann mit den Worten: von unterzeichnetem Notar niedergeschrieben, verbände; die Definition der Akademie sei nicht strenge richtig, denn es sei möglich, daß jemand dictire, ohne daß jemand das Dictirte niederschreibe; richtiger würde man dictiren definiren: etwas Wort für Wort vorsagen, was ein andrer zur nämlichen Zeit niederschreiben soll. Dieser andre könnte aber jeder andre als der Notar sein; die vom Gesetz erfoderte Meldung sei daher keineswegs überflüssig. Setzen wir einmal den Fall, fuhr er fort, daß das fragliche Testament in der That von einer andern Hand als der des Notars geschrieben wäre, und nun dieser eines Falsums angeklagt würde, weil er fälschlich bezeugt habe, es selbst geschrieben zu haben. Würde dann nicht der Notar antworten: ich habe wohl gesagt, daß das Testament mir dictirt worden sei, aber nicht, daß ich es selbst niedergeschrieben habe; man kann eine Meldung, die ich nicht gemacht habe, nicht suppliren,

---

*) Die Definition desselben lautet: *dicter* est prononcer, mot à mot, *ce qu'un autre écrit en même tems.*

und mich keines Falsums züchtigen, weil ich nichts bezeugt habe, als was der Wahrheit durchaus gemäß ist. Würde nicht jeder Richter den Notar freisprechen müssen."

Urtheil

(vom 10 Thermidor 13) 29 August 1805, Sektion der Bittschriften, unter dem Vorsitz des ersten Präsidenten Hr. Target, nach einer langen Berathschlagung, und consultis classibus, erlassen.

Der Gerichtshof, angesehen, daß der angefochtene Urtheilsspruch, blos deshalb von dem Kläger angegriffen wird, weil er, weit entfernt, eine Zuwiderhandlung gegen das Gesetz zu enthalten, in dem Falle, wo der Kläger behauptet, als habe der Notar Mesnard, durch ein Aequivalent, (per equipollent) die durch den Art. 972 des CivilGesetzbuchs vorgeschriebene ausdrückliche Meldung ersetzt, diesem Artikel buchstäblich nachgekommen ist, verwirft das KassationsGesuch.

Anmerkung. Wie man sieht, hat der Kassations Gerichtshof blos erklärt, daß die buchstäbliche Handhabung des Art. 972 kein Grund der Kassation werden könne, ohne sich über die Frage selbst bestimmt zu erklären. Die Appellationshöfe scheinen indessen schier alle dieselbe Jurisprudenz angenommen zu haben, welche auch wohl dem allgemeinen Interesse bei Einführung eines neuen Gesetzbuchs am besten entsprechen mag, indem nichts der Würde der Gesetzgebung so nachtheilig und in der Länge der Zeit den Bürgern so schädlich wird, als wenn gegen den Text des Gesetzes eine Observanz sich einschleicht, die nachher die Quelle so vieler verschiedenen Herkommen wird, als verschiedene Meinungen bei den obern Gerichtshöfen Eingang finden. Die strenge und buchstäbliche Anwendung der Gesetze mag wohl in einzelnen Fällen hart, ja selbst unbillig, sein, allein

sie ist eine Wohlthat für die Allgemeinheit der Bürger, indem sie ihnen die Einförmigkeit der Gesetzgebung versichert und, wenn einmal die sclavische Beobachtung der gesetzlichen Formalitäten Gewohnheit geworden ist, die Quelle zahlloser Prozesse verstopft, die aus den verschiedenen und immer wechselnden Observanzen entspringen.

31. Ist ein Testament nichtig, welches die Anführung enthält, daß der Testator es unterzeichnet habe, und zugleich zu Ende die Meldung, daß derselbe Schwachheits halber es nicht unterzeichnet habe?

33. Kann man ein Testament nach dem Tode des Testators wegen dessen Wahnsinn anfechten, wenn vor dessen Tode keine Klage auf Interdiktion eingeführt war?

(Art. 973, 1001 und 504 des CivilGesetzbuchs.)

Beide Fragen hat der Appellationshof von Paris in folgendem Falle verneinend entschieden.

Johann Baptiste Hazard vermacht durch sein Testament seiner Nichte Zoe Gruest, einen Theil seiner Immöbel, und verordnet, daß der Rest seines Vermögens ab intestat getheilt werden soll. Der Vormund derselben klagt auf Auslieferung des Vermächtnisses: Franz Hazard, Bruder des Verstorbenen, setzte ihm unter andern Einreden auch die entgegen: daß sein Bruder im Wahnsinn verstorben wäre, welches er durch Zeugnisse von zwei Aerzten und einem WundArzte zu beweisen sucht.

Urtheil, par defaut, des Tribunals von Buon-sur-Seine, welches die Auslieferung des Vermächtnisses verordnet.

In der AppellationsInstanz behauptete der Appellant: jeder Akt, vorzüglich aber eine lezte Willensmeinung, müsse der Ausdruck des Willens seines Ur-

hebers sein; dieser Wille sei die wesentliche Bedingung ihrer Gültigkeit, und blos in ihrer Unterstellung habe das Gesetz den Vollzug dieser Akte verordnet; bei dem Wahnsinnigen könne man aber keinen Willen unterstellen; der Wahnsinn des Verstorbenen sei aber notorisch gewesen, und er wäre seit zwanzig Jahren zu allen Akten einer vernünftigen Ueberlegung unfähig gewesen; daß seine Interdiction nicht anverlangt worden, sei freilich eine Nachlässigkeit, die aber dem Testator den Gebrauch seiner Vernunft nicht habe geben können; auch könne es dabei nicht in Anschlag kommen, daß das Testament selbst keine Spuren dieses Wahnsinns enthalte, weil dasselbe das Werk des Notars wäre; endlich enthalte auch das Testament selbst einen Widerspruch, der ihm allen Glauben benehme; es enthalte nämlich die Anführung, als ob der Testator es unterzeichnet habe, da doch zu Ende ausdrücklich gesagt wäre, daß der Testator Schwachheits halber es nicht habe unterzeichnen können.

Für die Appellatin stüzte man sich in Hinsicht auf das erste Mittel, auf die Art. 503 und 504 des Gesezbuchs;*) in Hinsicht auf das zweite erwiederte man: es sei unmöglich, darin einen Widerspruch zu finden; der Notar habe geglaubt, daß der Kranke im Stande sein würde, das Testament zu unterzeichnen, und deshalb von seiner Unterschrift Meldung gethan; da aber in dem Augenblick, wo er habe unterzeichnen sollen,

---

*) 503. Der Interdiction vorherige Akte können nichtig erklärt werden, wenn die Ursache der Interdiction zur Zeit, wo diese Akte errichtet worden, notorisch schon vorhanden war.
504. Nach dem Tode eines Individuums können die von ihm errichtete Akte nicht mehr wegen angeblichem Wahnsinn angefochten werden, es sei denn, daß seine Interdiction vor seinem Sterbfall ausgesprochen oder nachgesucht worden wäre, wenn anderst der Beweiß des Wahnsinns nicht aus dem angefochtenen Akt selbst hervorgeht.

eine Ohnmacht ihn überfallen habe, so habe er auch von diesem Zufall, welcher Ursache gewesen, daß die erste Anführung nicht in Erfüllung gegangen, Meldung thun müssen.

Urtheil des Appellationshofs von Paris, 3 Sektion vom (30 Messidor 13) 19 Julius 1805.

Der Gerichtshof, nach Anhörung des Hrn General-Prokurators, angesehen, daß es kein Widerspruch in dem Testament ist, daß darin anfangs angeführt wird, als ob der Testator, der schreiben konnte, und den man noch im Stande hielt, zu schreiben, es unterzeichnet habe, und daß nachher darin gemeldet wird, daß als er versucht habe, es zu unterzeichnen, er es Schwachheits halber nicht gekonnt hätte;

Angesehen, daß man nach dem Art. 504 des Civil-Gesetzbuchs die von einem Individuum errichtete Akte nach seinem Tode nicht wegen Wahnsinn anfechten kann, wenn nicht der Beweiß des Wahnsinns aus dem Akt selbst erhellt, welches in dem fraglichen Akt nicht der Fall ist;

Verordnet, daß der Urtheilssprnch, wovon appellirt worden, seinem Inhalt nach vollzogen werden soll.

34. Bedarf die Frau zu einer Klage auf Ehescheidung, einer Ermächtigung?

35. Ist die Abschrift der durch den Art. 238 vorgeschriebenen Ordonnanz den Formalitäten einer gewöhnlichen Zustellung unterworfen?

36. Wird die Zeitfrist von 3 Tagen, während welchen dem Art. 240 zufolge das Tribunal die Erlaubniß

zur Vorladung ertheilen oder suspendiren soll, von dem Tag der Zustellung des VerbalProzesses, von welchem im Art. 239 die Rede ist, oder von dem des an das Tribunal erstatteten Berichtes an gerechnet?

(Art. 215, 218, 238, 239 und 240, B. I. Tit. IV.)

Die beiden ersten Fragen hat der Kassations-Gerichtshof verneinend entschieden, die lezte aber dahin, daß diese Zeitfrist erst von dem Tage an, an welchem der Bericht an das Tribunal erstattet worden, gerechnet wird.

Die Dame Desitz Lacoste klagt auf Ehescheidung gegen ihren Mann. Der Präsident des CivilGerichts von Paris erläßt in Gemäßheit des Art. 238 eine Ordonnanz, wodurch er die Parthien auf den (27 Prairial 11) 16 Junius 1803 vor sich ladet. Er läßt eine Abschrift derselben dem Beklagten durch einen Huissier überbringen, der aber über diese Zustellung keinen Akt errichtet. Da der Beklagte nicht erscheint, so errichtet der Präsident den vom Art. 239 vorgeschriebenen VerbalProzeß; am (6 Messidor) 25 Junius erhält die Dame Desitz-Lacoste in Gemäßheit des Art. 240 die Erlaubniß, ihren Mann in der gehörigen Form vorzuladen. Am (13 Thermidor) 1 August Urtheil, welches sie zum Beweiß der von ihr angeführten Thatsachen zuläßt; am (14 Frimaire 12.) 6 Dezember Urtheil, welches den Beweiß unzulänglich erklärt und die Klägerin abweißt. Am (14 Fructidor 12.) 1 September 1804 Urtheil des Appellationshofes von Paris, welches den Beweiß für erbracht erklärt, und die Ehescheidung ausspricht.

KassationsGesuch des Hrn. Lacoste gegen dies Urtheil, welcher sich auf folgende Mittel stüzt. 1) Ver-

lezzung der Art. 215 und 218 des Gesezbuchs, weil die Klägerin zu der Klage weder durch ihren Mann noch durch die Gerichte ermächtigt gewesen. 2) Verlezzung des Art. 238 des Gesezbuchs und der Art. 2 und 3, des Titels II. der Ordonnanz von 1667, weil über die Zustellung der Ordonnanz des Präsidenten durch den Huissier kein Akt errichtet worden. 3) Verlezzung der vom Art. 240 vorgeschriebenen Zeitfrist, weil der Präsident am 27 Prairial seinen VerbalProzeß errichtet, die Erlaubniß zur Ladung aber erst am 6 Messidor, also nicht in den 3 Tagen, ertheilt worden sei.

Urtheil des KassationsGerichtshofes vom (25 Germinal 13) 15 April 1805, Sektion der Bittschriften, unter dem Vorsiß des Hrn. Murraire, und auf den Bericht des Hrn. Delacoste.

Der Gerichtshof, nach Anhörung des Hrn. Jourde, Substituten des GeneralProkurators, angesehen, daß das CivilGesetzbuch, indem es die bei ScheidungsProzessen zu beobachtende Formalitäten vorgeschrieben hat, die der vorläufigen Ermächtigung der Frau nicht darunter begriffen hat; daß die Art der Formalitäten, die es für diese Prozedur insbesondere vorgeschrieben hat, sogar diese Ermächtigung ausschließt, weil dieselbe bis zum Urtheil, wodurch die Klage zugelassen wird, oder wenigstens bis zur Erlaubniß, in der gewöhnlichen Form vorladen zu lassen, blos die Annäherung der Ehegatten, durch Versuche zur Aussöhnung, die von den gewöhnlichen Formen ganz verschieden sind, bezwecken;

daß der Gesetzgeber aus demselben Grunde die für gewöhnliche Klagen vorgeschriebene Formalitäten und namentlich die Zustellungen und Ladungen nicht anwenden

wollte, um diese Versuche zur Versöhnung zu konstatiren, ehe die Vorstellungen und Bemerkungen, die er den Präsidenten allein den Ehegatten zu machen ermächtigt hat, erschöpft wären;

daß der Art. 238 des Gesetzbuchs will, daß der Richter eine Abschrift seiner Ordonnanz, wodurch er den Ehegatten, gegen welchen die Klage auf Ehescheidung eingeführt werden soll, vorladet, in Gegenwart des andern Ehegatten vor ihm zu erscheinen, diesem Ehegatten zustelle; daß der Präsident des Gerichts erster Instanz sich nach dem Buchstaben und dem Geiste des Art. 238 bemessen hat, indem er einen Huissier beauftragt hat, die Abschrift seiner Ordonnanz zu überbringen, daß dieser Huissier seinen Auftrag vollbracht hat, indem er diese, von ihm unterzeichnete Abschrift, in dem Hause des Klägers zurückgelassen hat; daß hieraus folgt, daß der Kläger, selbst wenn man darauf keine Rücksicht nehmen wollte, daß er vor dem ersten Richter keine Beschwerden vorgebracht, sondern die ganze Instruction gebilligt hat, doch nicht berechtigt sein würde, die Strenge der zur Gültigkeit gewöhnlicher Zustellungen vorgeschriebenen Formalitäten auf diesen Akt anzuwenden;

Angesehen, daß die Zeitfrist von drei Tagen, in welchen der Art. 240 will, daß das Tribunal die Erlaubniß vorzuladen ertheilen oder suspendiren soll, ohne irgend eine Verlezzung des Gesetzes, nicht von dem Tage der Zustellung des vom Art. 239 vorgeschriebenen VerbalProzesses sondern von dem an gerechnet werden konnte, wo die Uebergabe der Papiere an den Kais. Prokurator und die BerichtErstattung an das Tribunal das öffentliche Mi-

nisterium und den Richter in den Stand gesetzt hatten, Kenntniß von der Sache zu nehmen; am 4 Messidor machte der Prokurator seinen Antrag; am 6 Messidor ward das Urtheil erlassen, wodurch die Erlaubniß zur Vorladung ertheilt ward; die von dem Kläger, der übrigens durch seinen Antrag zur Bestätigung des Urtheils alles gutgeheissen hat, vorgeschützte Zuwiderhandlung kann daher kein Grund zur Kassation werden; aus diesen Gründen verwirft der Gerichtshof ꝛc.

B.

Civil Prozedur.

6. Ist die Opposition gegen ein Urtheil par defaut noch nach Ablauf der Zeitfrist von 8 Tagen von dem der Zustellung an zuläßig, wenn das Urtheil selbst auf eine nichtige Ladung erlassen worden war?

7. Kann ein Zeugniß, welches ein Huissier ausstellen würde, den Glauben seines Aktes schwächen?

8. Behält die Parthie, deren Opposition als verspätet verworfen worden ist, das Recht der Appellation?

Von diesen Fragen hat der Appellationshof in Brüssel die beiden ersten verneinend, die dritte bejahend entschieden.

Vancazeele läßt Vanthinen vor das Tribunal von Ecloo vorladen; das Original der Ladung ist vom 21 Brumaire datirt und bestimmt den Tag der Erscheinung auf den 30 desselben Monats. Auf der Abschrift, welche der Huissier Vanthinen zurückgelassen hatte, war das Datum ausgelassen. Da Vanthinen nicht erscheint, so ward er am 21 Frimaire 1, par defaut verurtheilt. Das Urtheil wird

ihm am 1. Nivose zugestellt: das Original und die Abschrift sind in gehöriger Ordnung; allein auf der lezten befindet sich unten von der Hand des Huissiers die Anmerkung: abgegeben am 29 Nivose. In den 7 Tagen, von dem Datum dieser Anmerkung an, legt Vanthinen Opposition gegen das Urtheil vom 21 Frimaire ein.

Der Kläger behauptet, diese Opposition sei unzulässig, weil das Urtheil am 1 Nivose zugestellt worden, und die OppositionsFrist also schon am 9 abgeloffen gewesen wäre. Vanthinen antwortet darauf: 1) da die Ladung, auf welche das Urtheil vom 21 Frimaire erlassen worden, nichtig gewesen wäre, so habe die OppositionsFrist auch nicht laufen können, weil das Urtheil mit dieser Nullität behaftet gewesen wäre; 2) die Abschrift der Zustellung des Urtheils sei, so wie das eigne Zeugniß des Huissiers es beweise, erst am 29 und nicht am 1 Nivose abgegeben worden.

Urtheil des Tribunals von Ecloo vom (22 Ventose 13) 13 März 1805 welches die Opposition unzulässig erklärt, und den Vollzug des Urtheils vom (21 Frimaire) 12 Dezember 1804 verordnet.

Appellation von Seiten Vanthinens. Der Art. 2. Titel 35 der Ordonnanz, behauptete er, setze der OppositionsFrist keine Schranken, sobald eine Parthie nicht gehörig geladen gewesen; zwar spreche dieser Artikel blos von der Opposition gegen die in lezter Instanz erlassene Urtheile, allein derselbe Grund sei auch auf Urtheile in erster Instanz anwendbar; die Ordonnanz habe die Opposition gegen diese Urtheile gar nicht gekannt, da sie aber durch den GerichtsGebrauch nunmehr ermächtigt wäre, so müsse sie in dem Sinne des Art. 2. Titel 35. der Ordonnanz von 1667 verstanden werden. Daß Vanthinen aber nicht gül-

tiger Weise geladen worden, und daher das Urtheil vom 21 Frimaire nichtig wäre, sei unwidersprechlich, und die Opposition daher zulässig gewesen. Allein sie sei sogar in den acht Tagen von der Zustellung des Urtheils an eingelegt worden, weil das Zeugniß des Huissiers erweise, daß diese Zustellung nicht am 1 sondern am 29 Nivose geschehen wäre: der Huissier sei der Bevollmächtigte von Vancazeele, und die Erklärung des Bevollmächtigten sei für den Mandanten verbindlich; wäre endlich sogar die Opposition unzulässig gewesen, so wäre doch das Urtheil vom 21 Frimaire der Appellation unterworfen, indem das Urtheil vom 22 Ventose blos den Weg der Opposition unzulässig erklärt habe, die Berufung aber nicht ausschliessen könne.

Vancazeele antwortete auf diese Mittel: sein Gegner habe den Art. 2. des Titels 35 der Ordonnanz von 1667 übel ausgelegt; die Ordonnanz unterscheide zweierlei Oppositionen; die Opposition desjenigen, der nicht Parthie in dem Prozeß gewesen (tierce opposition) welche an keine Zeitfrist gebunden wäre; und die der Parthie, welche immer in den 8 Tagen von der regelmässigen Zustellung des Urtheils an eingelegt werden müßte; von der ersten allein sei in dem angeführten Artikel die Rede, die Note des Huissiers auf der Abschrift der Zustellung könne keinen Beweiß gegen ihn erbringen; die Huissiers wären ministerielle Beamte, welche den Auftrag hätten, auf Ansuchen der Parthieen die von diesen anverlangte Zustellungen und Signifikationen in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form zu machen; dieser Auftrag endige sich mit dem Schluß ihrer Akte, alles was sie nachher machten, könne den Parthien, welche sie gebraucht hätten, nicht zum Nachtheil gereichen; sie wären Beamte des Gesetzes, gezwungene Agenten, und nicht selbst

erwählte Bevollmächtigte; und wenn sie durch spätere Zeugnisse das Datum ihrer Akte ändern könnten, so würde es nur von ihnen abhängen, die Würkungen der RechtsKraft zu verhindern. Eben so wenig könne man das Urtheil par defaut reformiren, und das zweite, kontradictorische, bestehen lassen, wodurch die Opposition verworfen, und der Vollzug des ersten befohlen worden; das Urtheil par defaut wäre durch das lezte definitiv geworden; dies zweite sei unangreifbar; wolle man nun aber das Urtheil par defaut reformiren, so müßte man das zweite bestätigen; eine solche Verfügung würde ein offenbarer Widerspruch sein, man würde hier sagen müssen, daß am 21 Frimaire übel gesprochen worden, und dort, daß dies Urtheil vollzogen werden solle, weil das Urtheil vom 22 Ventose es so verordne; Vanthinen habe allerdings die Befugniß gehabt, von dem Urtheil vom 21 Frimaire zu appelliren; er habe auch den Weg der Opposition gehabt; er habe diesen lezten, aber zu spät, gewählt, und sich daher selbst den Weg der Appellation verschlossen, indem er selbst eine Entscheidung provozirt hätte, die über jede Kritik erhaben, und mit welcher das Schicksal des Urtheils par defaut verbunden wäre; so habe sich ein gerichtlicher Kontrakt zwischen den Parthien gebildet, welcher den fehlerhaften Zirkel, worin Vanthinen sie herumführen wolle, nothwendig ausschliessen müsse.

Urtheil vom (29 Messidor 13.)

Angesehen, daß das Urtheil vom 21 Frimaire par defaut erlassen erlassen worden ist, und daß diesem Urtheil nicht beigetreten worden ist; daß es also noch im Wege der Appellation angefochten werden konnte.

Angesehen, daß das Urtheil vom 22 Ventose kontradictorisch ist, und daß in der gehörigen Zeitfrist davon appellirt worden ist;

Angesehen, was das erste Urtheil betrift, daß es par defaut auf eine nichtige Ladung erlassen worden ist, weil die dem Appellanten zurückgelassene Ladung den Tag der Verfallszeit nicht anzeigt, und weil die Abschrift dem geladenen Theil statt des Originals gilt; woraus folgt, daß dieses Urtheil nichtig ist;

Angesehen, was das Urtheil vom 22 Ventose betrift, daß dasselbe bloß entschieden hat, daß der Appellant sich nicht mehr in der Zeitfrist der Opposition befand, und daß der erste Richter diese nicht mehr annehmen konnte, daß dasselbe dem Appellanten in der Hinsicht der Unzuläßigkeit der Opposition keine Beschwerde zugefügt hat, was jedoch die Appellation von dem ersten Urtheil nicht ausschließt, weil die Unzuläßigkeit bloß daraus herfließt, weil der erste Richter wegen Ablauf der Zeitfristen, nach der am 1 Nivose geschehenen Zustellung des Urtheils vom 21 Frimaire, keine Vollmacht mehr hatte;

Vernichtet der Gerichtshof, in Betreff des Urtheils vom 21 Frimaire die Appellation und das, wovon appellirt worden: erklärt, verbessernd, dies Urtheil nichtig und ohne Würkung; erklärt die Appellation in Hinsicht auf das Urtheil vom 22 Ventose, als welches blos die Unzuläßigkeit des OppositionsWegs betrifft, ungegründet, befiehlt, daß dasselbe, in so weit es den Weg dieser Opposition ausschließt, seine Würkung behalten soll; und die Hauptsache evozirend, vertagt es die Sache auf 2c. 2c.

V.

Merkwürdige KriminalProzeduren.

III.

Die falsche Marquise von Douhault.

(Fortsetzung.)

Nach diesem Abentheuer kam unsre Heldin nach Paris zurück, und versuchte, um ihre erschöpfte Kasse zu füllen, dasselbe Mittel nochmal, das sie schon einmal ins Zuchthaus gebracht hatte. Sie prahlte allenthalben mit ihren Gütern, die aber nun nicht mehr aus den Landgütern von Champignelles und Berry allein, sondern auch aus einem, in Palästina gelegenen, Gute von 30,000 Liv. Renten, dem lezten Reste der Besizungen ihres Ahnen Guy von Lusignan, Weiland Königs von Jerusalem, bestanden. Ausserdem hatte sie in den Bureaux eine Liquidation von 1,100,000 Fr., worauf sie durch die Grosmuth der Kaiserin bereits 150,000 erhalten hatte. Um dies ansehnliche Vermögen zu verwalten, bedurfte sie eines Intendanten, dem sie einen Gehalt von 10,000 Fr. nebst dem Unterhalt eines Kabriolets aussezte. Diese glänzende Verheissungen lockten die Herrn Pele und Favelles, beide Schreiber des Hrn. Groscassant Dorimont, Advokaten in Paris, in ihr Garn; der lezte lieh ihr eine Summe von 6315 Fr., wofür sie beiden die Verwaltung ihrer Geschäfte übertrug. Sie entdeckten bald

den Betrug, allein zu spät, um ihr Geld zurückzuerlangen.

Noch erfindungsreicher, und zugleich verwegener aber zeigte sie sich bei folgender Gelegenheit. Sie sah wohl ein, daß ihr in ihrem Prozesse immer ihre eigne, vor dem Tribunal zu St. Fargeau abgegebene Erklärung im Wege stehen würde, daß sie am 3 Jänner 1786 in die Salpetriere gebracht worden, denn da sie erst im Jahr 1789 diese verlassen hatte, so konnte sie dann unmöglich dieselbe Marquise von Douhault sein, welche im Jahr 1787 in ihrem gewöhnlichen Wohnorte eine Menge authentischer Akte, Inventarien, Theilungen rc. unterzeichnet hatte; es mußte ihr auch deshalb daran gelegen sein, dies Geständniß zu vernichten, weil in den Registern der Salpetriere grade unter demselben Datum der Eintritt der Anne Buiret in dies Gefängniß aufgezeichnet war. Durch einen blossen Wiederruf konnte sie nicht hoffen, dies gerichtliche Geständniß zu beseitigen; und suchte daher, indem sie plötzlich alle Thathandlungen der Frau von Douhault während dem Jahr 1787 sich beilegte, und erst im Jahr 1788 in die Salpetriere gebracht worden zu sein behauptete, diese Behauptung dadurch zu unterstüzzen, daß sie sich irgend einen Beweiß zu verschaffen suchte, der darthun sollte, daß sie dies Jahr 1787 wirklich nicht in der Salpetriere zugebracht habe.

Zu Ende Aprils 1800 fahrt plötzlich ein Wagen am HopitalGeneral an; unsre Dame steigt, reichgekleidet, aus und läßt die Aufseherinnen, Pitout und Langles zu sich bitten; sie erneuert die Bekanntschaft mit ihnen, dankt ihnen für die Wohlthaten, die sie während ihres Aufenthaltes in der Salpetriere von ihnen erhalten, und vertraut ihnen endlich an,

daß sie in Madame Bonaparte eine Baase und Beschützerin gefunden, deren Freundschaft sie in die glücklichste Lage versetzt habe; ihre Baase habe, so fuhr sie fort, die Absicht, dem HopitalGeneral, als dem ZufluchtsOrt so vieler Unglücklichen, bedeutende Wohlthaten zufliessen zu lassen, und auf ihre Empfehlung die beiden Aufseherinnen zu Ausspenderinnen derselben bestimmt; sie würde zu dem Ende sie am folgenden Tage, wo grade grosse Parade wäre, abhohlen lassen, und nach derselben der Madame Bonaparte vorstellen. Nachdem die guten Nonnen die ganze Nacht von der unerwarteten Ehre geträumt und schon früh am Morgen ihre Toilette bestmöglichst bestellt hatten, kommt wirklich ein Wagen an, und fährt sie nach den Thuillerien; sie werden in ein Zimmer geführt, welches man für das des Generals Clarke ausgiebt, und wo sie die Dame von Blainville treffen, welche sie ausserordentlich gnädig aufnimmt; man sieht die Parade an, während welcher oft von Madame Bonaparte die Rede ist, die jedoch nicht erscheint; endlich kommt jemand und entschuldigt dieselbe wegen einer Unpäßlichkeit, die ihr weder erlaube Besuch anzunehmen noch sich selbst zu den Damen zu begeben. Die Frau von Blainville ist in Verzweiflung über dies Hinderniß, sie läßt die Aufseherinnen versprechen, einen andern Tag wieder zu kommen, und bittet sie für heute zu Gast. Alles Widerspruchs ohngeachtet führt sie sie zu einem Restaurateur, wo der Wein den Taumel vollendet, worein die hohe Ehre schon die armen Geschöpfe versetzt hatte. Von hier bringt sie sie zu dem Notar Oudinot, wo dieselbe es nicht wagen, ihre Unterschrift auf einem Akt zu verweigern, wodurch sie bescheinigen, daß sie Adelheiden Marie Rogres von Champignelles, Wittwe von

„Ludwig Joseph von Douhault sehr gut „kennen; daß sie wissen, daß dieselbe im „Jänner 1788 in die Salpetriere gebracht „worden ist, daß dieselbe seit ihrem Eintritt in „dieses Gefängniß bis zu ihrem Austritt im Julius „1789 immer unter dem Namen Blainville be„zeichnet worden ist, und daß man sie so, und „nicht Wittwe Douhault, oder Rogres du „Lusignan de Champignelles genannt habe, „so wie es ihnen, als welchen sich die besagte „Wittwe Douhault gleich nach ihrem Ein„tritt in das Haus zu erkennen gegeben „habe, sehr wohl bekannt sei."

Es wäre unnöthig, noch mehrere Beispiele von Betrügereien und Geniestreichen unsrer Heldin anzuführen. Wir beschränken uns daher auf die Bemerkung, daß die erzählten nicht die einzigen waren, wodurch sie ihre Celebrität zu vermehren bedacht war, und gehen daher zu der Geschichte der Debatten vor dem SpezialGerichtshof in Bourges über.

IV.

Debatten vor dem SpezialGerichtshof.

Am (20 Vendemiaire 13.) 12 October 1804 wurden die Debatten eröffnet. Mehrere hundert Zeugen waren geladen worden. Die Klägerin selbst erschien in Begleitung ihres Vertheidigers, Huart Duparc, eines Avoues, einer Kammerfrau und eines Schreibers, und nahm den Angeklagten gegenüber Plaz. Die AnklageAkte wird verlesen, und nach derselben auf Begehren des Vertheidigers der Angeklagten, Hr. Piet, der als falsch angegriffene SterbAkt so wie der VerbalProzeß, den der GeneralLieutenant in Orleans errichtet hatte, und in welchem die Indentität des

leichnams durch die Kammerfrau Perisse anerkannt worden war.

Der Arzt Latour und der WundArzt Lambron beide von Orleans, werden zuerst abgehört. Beide bezeugen die Krankheit, und den Tod der Frau von Douhault. Interressant war das Zeugniß des dritten Zeugen, der Kammerfrau Perisse. Auch sie erzählte weitläuftig alle Umstände der Krankheit der Marquise; sie war gegenwärtig, als dieselbe mit den Sakramenten versehen ward; sie gestand, sie nicht eher verlassen zu haben, als bis der Todesschweiß ihr auf der Stirne gestanden, sie nach dem Tode leichenblaß gesehen, bei der Siegelauflage ihre Effecten in Ordnung gebracht, dem Leichenzuge beigewohnt, und nach ihrer Rückkunft in die Provinz Berry die Nachricht von diesem Sterbfall daselbst verbreitet zu haben. Dem allem ohngeachtet erkennt sie ihre ehemalige Herrschaft in der Klägerin.

Nun folgen mehr als hundert Zeugen, welche dieselbe Anerkennung wiederhohlen; Bauern, Bettler, Wäscherinnen, Handwerker und Taglöhner, alle sagen dieselbe Lektion auf: ich erkenne die Frau von Douhault; alle antworten auf die Frage woran: „an „ihrer Gestalt, ihrem Gang, ihren Zügen.“ Mehrere dieser Zeugen waren schon in jenem Zeugenverhör par turbes aufgetreten, welches zu Champignelles unter Trommelschlag veranstaltet worden war; andere hatten vorher Zeugnisse ausgestellt, oder Akte der Offenkundigkeit unterzeichnet, welche die Anklägerin durch, von Haus zu Haus, gehende Notarien hatte aufnehmen lassen; diese schlug kein Auge von ihren Zeugen sobald sie auftraten; auch entgieng den Richtern das Einverständniß nicht, welches zwischen ihnen herrschte; allein unglücklicher Weise zerstörten

die meisten durch ihre Antworten auf die an sie gestellte Fragen selbst die Würkung dieser Anerkennung; die einen erkannten die Frau von Douhault an ihren blauen Augen, und bestanden darauf, ohngeachtet man ihnen bemerkte, daß die der Klägerin sehr schwarz wären; andre, die sie nur von unten herauf am Fenster gesehen hatten, wollten sie an einigen Haaren im Bart erkennen; andre erkannten sie durch ihre Aehnlichkeit mit dem Hrn. von Champignelles, den man ihnen als den zweiten unter den Angeklagten gezeigt hatte; und als am folgenden Tage Hr. von Lavergne diese Stelle einnahm, so verfehlten die folgenden Zeugen nicht, ihn für den Hrn. von Champignelles zu nehmen; ein anderer erkannte die Marquise an ihrem Schneuzen; auf alle Fragen, die man weiter an die Zeugen richtete, erhielt man keine andere Antwort als die: ich erkenne sie an ihrem Wuchs, an ihrem Gang, an ihren Zügen.

Die folgende Zeugen berichteten alle Umstände der Ankunft der Klägerin zu Champignelles, die Trinkgelage im Wirthshaus, den Zusammenlauf des Volkes, die Drohungen, womit man die überhäufte, welche sich sie anzuerkennen weigerten, den Triumphzug in das Berry, die Ausflüchte, die Intriken, die Geldschneidereien der Klägerin, die Sammlungen von Beiträgen für sie; kurz alle die Umstände welche wir früher berichtet haben. Die Ohren des ganzen Publikums wurden durch die pöbelhafte Sprache der Klägerin beleidigt, womit sie diese Aussagen kommentirte, so wie durch ihre tiefe Ignoranz, welche mit dem Rang und der Erziehung derjenigen, deren Stelle sie behauptete, auffallend kontrastirte.

Die Sitzung des dritten Tags ward mit der Abhörung eines Zeugen eröffnet, dessen Erscheinung zu fol-

gendem unterhaltendem Dialog zwischen dem General-Prokurator und der Klägerin statt gab. Der Generalprokurator: kennen sie den Herrn, Madame? Antw. nein. Und sie Zeuge, kennen sie Madame? ich habe sie nie gesehn. — Kannten sie die Frau von Douhault? — sehr genau. Wir waren Geschwister-Kinder. Sie brachte oft mehrere Monate bei meinem Vater zu. — Madame, erinnern sie sich des Namens dieses Herrn? nein. — Wie heissen sie mein Herr? Lefebure von Laubriere. Der Gen. Prof. sie Madame, haben in ihrem Verhör gesagt, daß sie Briancon, das Schloß ihres Onkels nicht kennten. Sie haben es damals mit dem Schloß Barbancon bei Bourges verwechselt. Könnten sie uns izt wohl sagen, wo es liegt? Antw. In Poitou. Der Zeuge: Nein Madame. — Ich irre mich, ich wollte sagen bei Tours. — Nein Madame, es liegt bei Angers. Der Gen. Prof. Liegt es in der Stadt, in einem Dorf, oder auf dem Lande. Antw. In einem Städtchen. Der Zeuge. Nein Madame, es liegt auf dem Lande. Der General Prokurator. War ihr Zimmer nahe bei dem ihres Onkels? — Antw. Grade neben an. Der Zeuge. Die Zimmer meines Vaters wurden von dem meiner Base durch eine Gallerie von mehr als hundert Schritten in der Länge getrennt. Der Gen. Prof. War Frau von Laubriere zur Zeit ihrer lezten Reise nach Briancon noch am Leben. Antw Nein mein Herr, mein Onkel war Wittwer. Der Zeuge. Sie sind übel unterrichtet, Madame, denn meine Mutter ist, Gott sei Dank, noch am Leben. Alle Antworten der Klägerin waren von derselben Art, und als die Fragen kein Ende nehmen wollten, erwiederte sie zulezt ganz naiv, daß wenn sie hätte vorsehen können, daß man sie um so

viele Dinge befragen würde, sie sich an Ort und Stelle nach denselben erkundigt haben würde. Sie erklärte, sie habe so viele Onkel von mütterlicher Seite, daß sie deren Anzahl und Namen nicht wüßte, während der Zeuge der einzige Onkel der Frau von Douhault von mütterlicher Seite war; sie wußte nicht, daß der Zeuge und die Mutter der Marquise beide Kinder eines Hrn. von Laubriere waren, der als Wittwer in den geistlichen Stand getreten, und Bischoff von Soissons geworden war; endlich verwechselte sie das Haus von Laubriere mit einer Familie von Lusignan, die im Poitou lebt und mit keiner der beiden Familien verwandt ist.

Auf diesen Zeugen folgten die der Klägerin, welche fortfuhren sie anzuerkennen; auf diese folgten andre, welche die Frau von Douhault genau gekannt hatten, und durch jede ihrer Aussagen die Klägerin in neue Verlegenheit brachten; man bemerkte dabei die Frau von la Peyrouse, welche sich ganze Monate bei der Frau von Douhault aufgehalten hatte, die ehemalige Supperiorin von Montargis, die eigne Schwester der Frau von Douhault, die Herrn Lacoigneux und Belabre, bei welchen Frau von Douhault jährlich einige Monate zugebracht hatte, und die ihre beständige Gesellschafter waren, den Hr. Rougier, ihren Pfarrer und Beichtvater, die Frau von Feuillans, ihre innige Freundin, die Frau von St. Marie, ihre Verwandte, bei welcher sie zu Orleans den ersten Anfall ihrer Krankheit verspürt hatte, endlich den Arzt Descotes, welcher die Frau von Douhault während zwanzig Jahren schier täglich besucht hatte. Die Debatten dieses Zeugen mit der Klägerin waren höchst interessant; er brachte sie durch die Anführung einer Menge von Umständen, welche die Frau

von Douhault unmöglich vergessen haben konnte, ganz in Verwirrung; er durchgieng sodann alle ihre Züge und erklärte, daß sie weder die Haare, noch die Stirne, noch die Augen, noch die Nase, noch das Kinn ꝛc. der Frau von Douhault habe, wobei er den Unterschied immer genau angab, und nachdem er sie gebeten hatte einige Schritte zu machen, bestätigte er nochmal, daß ihr Gang ganz von dem der Frau von Douhault verschieden wäre.

Von nun an verließ die Klägerin den Kampfplaz; sie ließ am folgenden Morgen erklären, daß sie krank wäre; ihre Abwesenheit benahm den Debatten einen grossen Theil ihres Interesse's. Alle Zeugen, welche durch besondere GeschäftsVerbindungen, durch Nachbarschaft oder Freundschaft mit der Frau von Douhault in Verbindung gestanden hatten, hätten ihre Gegenwart gewünscht, um sie des Betrugs zu überführen, worüber jeder seinen besondern Beweiß im Hinterhalt hatte. Mehre GutsBesitzer der Gegend, St. Loup, der alte Concierge des Schlosses von Champignelles, die Frau Mary, welche bei der Frau vou Douhault in Diensten gestanden hatte, die Demoiselle Lacote, die Tochter ihres Geschäftsmannes, die Milchschwester der Frau von Douhault und eine Menge anderer unverwerflicher Zeugen erschienen nacheinander, und gaben unwidersprechliche Kennzeichen dieses Betrugs an; ferner erschien Hr. Groscassand Dorimont, welcher sie wegen der an seinem Clerk verübten Gaunereien verfolgte; J. Retard, der sie sehr gut als Anne Buiret gekannt hatte, als sie noch bei ihrer Grosmutter Broquet in Paris wohnte; Hr. Epoigny, der als RegierungsKommissair von St. Fargeau sie schon des Betrugs überführt hatte; die Zeugen von Brinon, von Sens, und von Pa-

ris, die sie als eine Frau von schlechtem Lebenswandel und als Anne Buiret gekannt hatten; merkwürdig war es jedoch, daß Johann Buiret, welcher gleichfalls erschien, seine Frau nicht in der Klägerin erkennen wollte, welches man allgemein der Furcht dieses Mannes zuschrieb, sie zurücknehmen zu müssen.

Die Abhörung der Zeugen gieng in den lezten Tagen wegen der Abwesenheit der Klägerin rasch vorwärts, und am fünften Tage wurden die Debatten mit den umständlichen Aussagen über den Tod der Frau von Douhault geschlossen. Die lezten Zeugen waren die, welche die Leiche gewaschen und gekleidet, und die Todtengräber, welche sie eingescharrt hatten.

Der GeneralProkurator nahm sodann das Wort und reduzirte in einem lichtvollen und scharfsinnigen Vortrag das Resultat der weitläuftigen Prozedur auf wenige Punkte. Wir werden im nächsten Heft einen Auszug desselben, so wie das Urtheil liefern.

(Der Beschluß folgt.)

V.

Esprit du Code NAPOLÉON, tiré de la discussion, ou Conférence historique, analytique et raisonnée du Projet du Code civil, des Observations des Tribunaux, des Procès-verbaux du Conseil d'état, des Observations du Tribunat, des Exposés de motifs, des Rapports et Discours, etc., etc.; Dédié à S. M. l'EMPEREUR et ROI, par J. G. Locré, Secrétaire général du Conseil d'état, Membre de la Légion d'honneur. *)

Elémens, objet et plan de l'ouvrage.

La publication du Code civil est un événement d'une si haute importance, qu'elle ne pouvoit manquer d'éveiller l'attention génèrale. Les philosophes étoient impatiens de savoir si l'on réussiroit à remplacer tant de lois diverses, incohérentes, et qui, malgré leur multiplicite, laissoient encore de nombreuses lacunes à remplir, par un système de législation uniforme, simple, bien lié, complet, et puisé tout-à-la-fois dans la nature, dans l'expérience, et dans les convenances sociales. Les politiques n'observoient pas avec moins de curiosité ce qui se passoit en France: prêts à tirer des conséquences bien différentes

*) Mit Bestellungen auf dieses Werk kann man sich an den Herausgeber oder die Verlagshandlung wenden.

pour l'avenir, suivant qu'on déféreroit trop, soit aux erreurs nouvelles, soit aux préjugés anciens, ou qu'on passeroit à travers les uns et les autres pour arriver aux véritables idées d'ordre et de justice. Chacun, quelles que fussent sa condition et sa fortune, étoit pressé de connoître quels seroient dans le Code civil son état et ses droits.

On s'est donc arraché le livre du Code civil aussitôt qu'il a paru. Quatre-vingt mille exemplaires de l'édition officielle ont été enlevés en moins d'un mois, et néanmoins les éditions que les libraires ont faites se sont écoulées avec rapidité.

Mais la lettre nue de la loi ne révèle pas toujours les intentions du législateur; jamais elle ne fait apercevoir ses motifs: aussi n'en est-il aucune qui n'ait été commentée.

C'est ce qui est arrivé au Code civil au moment même de sa naissance. De tous côtés, on a vu paroître ou des traités ou des commentaires.

Nous ne porterons point de jugement sur chacun de ces ouvrages; mais nous examinerons quelle espèce de travail peut être entrepris avec succès sur cette matière.

Qu'y a-t-il à faire sur le Code civil!

Tout se borne à trois choses: en développer l'esprit; conférer la loi nouvelle avec la législation ancienne pour faire remarquer ce qu'elle conserve, ce qu'elle modifie, ce qu'elle détruit, ce qu'elle ajoute; enfin recueillir les arrêts dont la série doit, par la suite des tems, fixer le système d'application.

De ces trois sortes de travaux, le premier est certainement le plus pressé, et l'on peut dire le plus important. Il faut avoir bien saisi la législation nouvelle avant de la comparer avec l'ancienne; et à l'égard de la juris-

prudence, elle dénatureroit le Code et ne consacreroit que des erreurs, si elle étoit réglée par une fausse intelligence du texte.

C'est de ce premier travail que M. *Locré* s'est chargé. Il lui appartenoit de l'entreprendre. Le rédacteur aussi éclairé qu'impartial et fidèle des importantes discussions qui ont préparé le Code civil, n'avoit besoin que de se recueillir en lui-même pour nous révéler les intentions du législateur et les motifs qui l'ont déterminé; familiarisé avec la matière, aidé de ses souvenirs et de tous les renseignemens qu'il est possible de rassembler, il étoit en état d'éclaircir les doutes et de lever les difficultés que le texte le mieux conçu ne peut toujours prévenir.

Aussi son ouvrage étoit-il desiré avec la plus vive impatience; et l'attente du public n'a pas été trompée.

Nous en ferons connoître, d'après lui-même, les élémens, le plan et l'objet.

Il n'a pas voulu en faire un *commentaire*, si l'on entend par ce mot des explications prises de l'imagination et de l'opinion personnelle de leur auteur. On a dit avec raison de ces commentaires qu'ils tuent la loi. Ils l'obscurcissent par le mélange d'idées étrangères, et que rien ne garantit. Ils ont l'art dangereux de rendre problématique le texte le plus clair, et d'en tirer des doutes et des questions. Alors, la loi manque son but; loin de tracer des règles qui préviennent les difficultés, elle devient, pour la subtile chicane, un moyen de les faire naître. Alors, la loi perd sa majesté: elle n'est plus ce régulateur suprême, cette raison publique devant laquelle la raison individuelle doit se courber avec soumission et respect; c'est une lettre morte que chacun tourmente et défigure au gré de ses caprices et de son intérêt, et qui, cessant d'avoir un sens propre, se prête à tous ceux qu'on veut lui donner.

L'*Esprit du Code Napoléon* n'est donc vraiment composé, comme son titre l'annonce, que des élémens de la discussion.

Ils sont à la vérité dans la main de tout le monde, mais tout le monde ne sait pas l'art d'en faire usage.

M. *Locré* trace les règles de cette étude

Il ne veut pas qu'elle soit partielle. Celui qui se borneroit à méditer, soit les procès-verbaux du Conseil d'état, soit les exposés de motifs et les discours du Tribunat; celui même qui ne remonteroit pas jusqu'aux projets rédigés par la commission, et aux observations des cours de justice, n'acquerroit ni des lumières assez étendues, ni des lumières assez certaines.

Mai si l'on ne doit pas se contenter d'une étude partielle, on ne doit pas se contenter davantage d'une étude isolée des conférences du Conseil, des exposés de motifs, etc. Pour les méditer avec fruit, il faut conférer entre eux tous les élémens de la discussion, afin d'en saisir la liaison et l'ensemble, et de se former un corps de doctrine.

Cette tâche, aussi vaste que difficile, est l'objet du livre que nous annonçons.

A l'égard du plan, l'auteur avoit deux modèles : *Domat*, dans son livre *des Lois civiles*; et *Pothier*, dans ses *Pandectes*.

L'un et l'autre se sont proposés de ramener les lois du Digeste et du Code à un ordre simple et naturel. Tous les deux y ont réussi, mais par des moyens différens.

Domat, plus élevé, a travaillé moins sur les mots que sur les idées. Il s'est emparé de sa matière, se l'est

rendue propre, et ne prenant que la substance des textes et les principes qu'ils établissent, en a tiré ses règles.

Pothier emploie les textes littéralement Son dessein n'est que de les classer sous les divisions qui lui ont paru les plus exactes; de les lier, et de les présenter sous un point de vue tel que, par le seul effet des rapprochemens, on puisse en saisir les rapports et arriver à un ensemble.

La nature de l'ouvrage ne permettroit pas d'user exclusivement de l'une ou de l'autre de ces méthodes.

Celle de *Pothier* ne se prêtoit pas toujours à un travail où il ne s'agissoit pas de rapprocher des textes de lois, mais de découvrir les motifs du législateur, de les démêler au milieu des discussions trèsétendues et trèscoupées, de fondre des matériaux sans cohérence, de discerner la liaison et les rapports presque imperceptibles des idées, d'en parcourir la chaîne entière ou plutôt de la former, de tirer des résultats clairs de ce qui, sans une méditation profonde, ne paroît que confusion et chaos, et de conserver tout-à-la-fois la forme historique et la forme délibérative.

La méthode de *Domat* eût mieux convenu à ce plan; mais elle donnoit trop de latitude à l'opinion personnelle de l'auteur.

Toutes ces difficultés ont été vaincues par une combinaison ingénieuse des deux méthodes. Quand le sujet et le plan l'ont permis, l'auteur s'est servi de celle de *Pothier*; lorsqu'il a été forcé de l'abandonner, il a eu recours à celle de *Domat*.

L'exécution répond à la beauté du plan.

C'étoit déjà beaucoup que de fixer la théorie du Code,

civil, et de la réduire à un plan tellement méthodique, qu'il est difficile de pousser plus loin l'esprit d'analyse.

Mais quand on examine l'ouvrage dans ses détails, on est frappé des lumières qu'il jette sur l'ensemble de la loi, et sur chacune de ses parties. Chaque système, chaque disposition est prise à sa naissance, les diverses propositions qui ont été faites sont fidellement rapportées. On voit ce que proposoit la Commission qui a rédigé le projet du Code civil, le jugement qu'en ont porté les cours de justice, la forme sous laquelle la section de législation du Conseil d'état a présente chaque article du Projet, les raisons par lesquelles il a été attaqué et défendu, les modifications successives qu'il a subies, les motifs qui ont décidé le législateur, l'étendue et les conséquences qu'il a voulu donner à ses dispositions. Enfin, cet ouvrage remplit parfaitement son titre, il dévoile l'esprit du Code civil d'après la discussion.

Nous ne citerons qu'un seul exemple à l'appui de cette assertion. Quand on ouvre le titre *des Absens*, on se trouve embarrassé de concilier l'article 113, qui, en réglant la manière dont l'absent présumé sera représenté dans les successions, suppose nécessairement qu'il succédera, avec l'article 136, qui n'admet à succéder que les personnes dont l'existence n'est pas incertaine.

Cette question est traitée avec beaucoup d'étendue à la page 691 et suivantes. Il faut avoir lu cette discussion pour apercevoir la distinction que le texte suppose sans l'énoncer, et pour savoir que l'esprit de la loi est de n'admettre les absens présumés à succéder que lorsque leur existence n'est pas contestée par leurs co-héritiers.

Les matières sont distribuées sous des divisions savantes prises de l'essence des choses, conduites dans l'ordre naturel des idées et poussées jusqu'aux dernières déductions. Elles ne s'écartent pas de celles du Code civil, mais elles les portent beaucoup plus loin.

S. M. l'EMPEREUR et ROI a daigné accepter l'hommage de ce livre, et cette faveur a donné occasion à M. *Locré* de nous faire admirer dans un prince qui déjà a tant d'autres titres à la gloire, le caractère particulier de législateur. „Dans la discussion du Code civil, lui dit-il Votre Majesté, par la hauteur de ses pensées, a étonné les plus profonds, déconcerté les plus habiles. Au-dessus des vieilles erreurs, au-dessus des préjugés nouveaux, elle a pesé au poids de la raison les institutions de nos pères et les institutions récentes; distingué entre l'expérience et la routine, entre les progrès réels des lumières et les illusions de l'idéologie. On l'a vue écarter également les abus qui n'avoient dû leur autorité qu'à d'aveugles habitudes, et les changemens inconsidérés introduits par l'esprit d'innovation; maintenir ou rétablir tout ce qui, dans les lois anciennes et modernes, portoit l'empreinte de la justice, ajouter à la sagesse des siècles en ouvrant des vues aussi vastes que nouvelles; et déployer ce génie créateur et puissant qui n'a besoin que de lui-même pour fonder ou pour reconstituer les empires, pour donner à chaque peuple les lois les mieux assorties à ses mœurs, à son caractère.“

L'Esprit du Code Napoléon est précédé d'une introduction qui n'est pas la partie la moins importante de l'ouvrage.

Elle est divisée en trois parties:

La première, entièrement théorique, explique la *nature*

des lois qui forment le droit civil, leur objet et leur matière. Ce sujet, sur lequel le commun des hommes n'a que des idées vagues et confuses, est traité avec une grande profondeur.

La deuxième partie retrace *l'histoire de la confection du Code*, histoire qu'il ne falloit pas laisser ignorer à la postérité. On y verra de quel état de désordre le Code civil nous a tirés, les difficultés sans nombre qu'il a fallu surmonter pour nous en faire jouir, les tentatives infructueuses des Gouvernemens qui se sont succédés en France, les efforts plus heureux du PREMIER CONSUL, l'utile coopération de ceux qu'il a bien voulu faire concourir à ce grand dessein. Les contemporains eux-mêmes y trouveront des détails intéressans qu'ils ont ignorés ou qui leur ont échappé. Ils applaudiront sur-tout au portrait de S. A. S. Mgr l'Archi-chancelier de l'Empire, de ce sage qui le premier a entrepris de nous donner une législation civile, et rendu tant de services à sa partie.

La troisième partie fixe *l'esprit dans lequel le Code civil a été rédigé, en développe le plan, les suites.* L'excellent discours que M. *Portalis* a mis à la tête du Projet, et son exposé général, ont fourni ici presque tous les matériaux. On reprochera peut-être à M. *Locré* d'avoir donné trop d'étendue à cet extrait; mais que celui qui lui fera ce reproche, s'il est homme de goût, indique les lignes qu'il auroit eu le courage d'effacer.

Nous ne doutons point que le livre de l'*Esprit du Code Napoléon*, ne fortifie le goût de l'étude pendant trop long-temps assoupi. Il formera des jurisconsultes, éclairera sur la législation nouvelle, même ceux qui sont déjà formés, dirigera la jurisprudence et guidera les tribunaux

dans l'application du Code civil. Il sera d'un grand usage dans les écoles, et utile à tous ceux qui cultivent la science des lois. La clarté qui y règne et la netteté des divisions le met à la portée même des personnes qui, étrangères à cette science, voudroient le consulter pour la conduite de leurs affaires, et apprécier les avis qui leur sont donnés.

Le premier volume qui paroit contient l'exposé des *Elémens, de l'Objet et du Plan de l'Ouvrage; l'Introduction*; le titre préliminaire, *de la Publication, des Effets et de l'Application des lois en général*; le titre *de la Jouissance et de la Privation des Droits civils*; celui *des Actes de l'état civil*; celui *du Domicile*; celui *des Absens.*

Il forme 720 pages *in*-4° ou 90 feuilles d'impression.

Les autres volumes paroîtront successivement, et avant la fin de l'année prochaine (1806), on jouira de la totalité de l'ouvrage; mais dès-à-présent les parties que nous avons sont complettes. Il faut en effet se souvenir que chaque titre du Code forme une loi particulière, et tellement distincte, que tous ces titres ont été décrétés et promulgués successivement. On a même douté un moment s'il ne convenoit pas de les laisser subsister comme autant de lois séparées (1).

Nous ne parlerons pas de la partie typographique; il suffit de dire que l'ouvrage sort des presses de l'Imprimerie Impériale, et que la beauté du papier répond à celle des caractères.

1) Voez l'*Esprit du Code*, page 82.

VI.

LOIS
ET
DÉCRETS IMPÉRIAUX,

rélatifs à l'ordre judiciaire,
rendus depuis la session legislative de l'an XIII.

XXXVII.

Justice Criminelle.

(Mise en jugement des préposés de la régie des droits réunis.)

(N.° 855.) *Décret impérial du* (28 *Messidor*) 17 *Juillet* 1805.

NAPOLÉON, Empereur des Français;

Sur le rapport du grand-juge ministre de la justice; le Conseil d'état entendu,

Décrète ce qui suit:

Art. 1. Le conseiller d'état directeur général de la régie des droits réunis pourra désormais autoriser la mise en jugement des préposés qui lui sont subordonnés.

2. Le grand-juge ministre de la justice et le ministre des finances sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

XXXVIII.

Code Civil.

(Mariage.)

(N.° 858.) *Avis du Conseil d'état du* (4 *Thermidor*) 23 *Juillet* 1805.

Le Conseil d'état, auquel sa Majesté a renvoyé un rapport du grand-juge ministre de la justice, sur les difficultés que rencontrent beaucoup de mariages dans l'application de divers articles du Code civil ;

Après avoir ouï le rapport de la section de législation ;

Considérant que les difficultés naissent de ce que les officiers de l'état civil ne discernent pas assez soigneusement les divers cas que la loi a voulu régler, de ceux qu'elle a laissés à la disposition des principes généraux et du droit commun ;

Que, quoique l'acte de naissance des futurs mariés soit nécessaire, il est pourtant permis de le remplacer par les formalités mentionnées dans l'article 71 ; mais que ces formalités prescrites lorsqu'il s'agit de suppléer au titre constitutif de l'état des personnes, ne peuvent être exigées en remplacement d'actes moins essentiels ; qu'il ne faut donc pas, pour remplacer l'acte de décès des pères et mères ou ascendans, un acte de notoriété contenant la déclaration de sept témoins et homologué par le tribunal ;

Que le supplément naturel de l'acte de décès des pères et mères est dans la présence des aïeuls et aïeules, et dans l'attestation qu'on peut leur demander de ce décès ;

Que si, par l'ignorance du lieu où sont décédés les pères et mères et ascendans, on ne peut produire leur acte de décès; que si, comme cela arrive souvent dans les classes pauvres, par l'ignorance du dernier domicile, on ne peut recourir à l'acte de notoriété prescrit par l'article 155 et destiné à constater l'absence d'un domicile connu, dans ce cas la raison suggère de se contenter de la déclaration des témoins; que déjà, dans beaucoup d'occasions semblables, les officiers de l'état civil de Paris ont procédé aux mariages sur des actes de notoriété passés ou devant notaires ou devant les juges de paix, par des témoins que les parties ont produits.

Qu'il n'en est résulté aucun inconvénient ni plainte; qu'il en est au contraire résulté beaucoup, lorsque, dans des cas pareils, on a voulu être plus rigoureux et exiger davantage;

Que même plusieurs fois on a suivi une voie plus simple et encore moins coûteuse que celle des actes de notoriété, et qui mérite d'être préférée et de devenir générale: on s'est contenté de la déclaration des quatre témoins nécessaires à l'acte de mariage, faite à l'officier public et mentionnée dans cet acte;

Que cette déclaration, aussi solennelle qu'un acte de notoriété, est sans danger relativement au mariage des majeurs pour lequel le consentement ou le conseil des ascendans n'est pas d'une nécessité absolue et dirimante;

Que rien n'est à craindre relativement au mariage des mineurs, puisqu'en force de l'article 160 du Code civil, toutes les fois qu'il n'y a ni pères ni mères, ni

aïeuls ou aïeules, ou qu'ils se trouvent dans l'impossibilité de manifester leur volonté, les fils ou filles mineurs de vingt-un ans ne peuvent contracter mariage sans le consentement du conseil de famille,

Est d'avis,

1.° Qu'il n'est pas nécessaire de produire les actes de décès des pères et mères des futurs mariés, lorsque les aïeuls ou aïeules attestent ce décès; et, dans ce cas, il doit être faite mention de leur attestation dans l'acte de mariage;

2.° Que si les pères, mères, aïeuls ou aïeules, dont le consentement ou conseil est requis, sont décédés, et si l'on est dans l'impossibilité de produire l'acte de leur décès ou la preuve de leur absence, faute de connaître leur dernier domicile, il peut être procédé à la célébration du mariage des majeurs, sur leur déclaration à serment que le lieu du décès et celui du dernier domicile de leurs ascendans leur sont inconnus. Cette déclaration doit être certifiée aussi par serment des quatre témoins de l'acte de mariage, lesquels affirment que, quoiqu'ils connaissent les futurs époux, ils ignorent le lieu du décès de leurs ascendans et leur dernier domicile. Les officiers de l'état civil doivent faire mention, dans l'acte de mariage, desdites déclarations.

XXXIX.

Code Civil.

(Inhumations.)

(N.° 865.) *Décret impérial du* (4 *Thermidor*) 20 *Juillet* 1805.

NAPOLÉON, Empereur des Français;

Sur le rapport du grand-juge ministre de la justice;

Vu l'article 77 du Code civil, portant: „Aucune „inhumation ne sera faite sans une autorisation, sur „papier libre et sans frais, de l'officier de l'état civil;“

Vu le décret du 23 prairial an XII sur les sépultures, qui soumet à l'autorité, police et surveillance des administrations municipales les lieux de sépulture, et accorde aux fabriques des églises et consistoires le droit exclusif de faire les fournitures nécessaires pour les enterremens;

Le Conseil d'état entendu,

Décrète:

Art. 1. Il est défendu à tous maires, adjoints et membres d'administrations municipales, de souffrir le transport, présentation, dépôt, inhumation des corps, ni l'ouverture des lieux de sépulture; à toutes fabriques d'églises et consistoires, ou autres ayant droit de faire les fournitures requises pour les funérailles, de livrer lesdites fournitures; à tous curés, desservans et pasteurs, d'aller lever aucuns corps, ou de les accompagner hors des églises et temples, qu'il ne leur apparaisse de l'autorisation donnée par l'officier de l'état civil pour l'inhumation, à peine d'être poursuivis comme contrevenant aux lois.

2. Le grand-juge ministre de la justice, le ministre de l'intérieur et le ministre des cultes, sont chargés de l'exécution du présent décret.



